Heft 8 August 2003 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

ANNE-FRANK-PREIS FÜR HORST MAHLER?

GREMLIZA ÜBER DIE ZEIT, DIE WUNDEN HEILT

IG METALL ALLE RÄDER STEHEN STILL

DER FALL FRIEDMAN

BESTSELLER HARRY POTTERS HITLERJUGEND

08
4 191202 704806

in konkret August 2003

Hier Konkret von Diether Dehm
Auf ihrem Berliner Sonderparteitag Ende Juni hat die PDS Vorsitz und Vorstand neu besetzt. Diether Dehm, bis dato Stellvertreter der Vorsitzenden Zimmer, schaffte es als vermeintlich »linker Sektierer« (»FAZ«) nicht einmal mehr in den Vorstand. KONKRET fragte ihn nach den Gründen

von Konkret

an Konkret

Anne-Frank-Preis für Horst Mahler? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Schlachteplatte von Joachim Rohloff
Wie die deutschen Medien den Fall Friedman zum Anlaß nahmen, sich einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen zuzuwenden: der Prostitution.

Gleitender Übergang von Günther Jacob
Deutschlands Lieblingsmetaller heißt Berthold Huber. Er wußte schon als Maoist ganz genau, was die Massen wirklich wollen.

Eisheiliger Arbeiterfrühling von Georg Fülberth
Nach der Streikniederlage im Beitrittsgebiet: Die IG Metall möchte stark und flexibel bleiben – im Umgang mit ihren Mitgliedern.

»Ciao, Fritz!« von Peter O. Chotjewitz
Deutsch-italienische Kabalen: ein Stück modernes politisches Theater.

Soufflé im Taifun von Rayk Wieland

»Radikalste Revision des Versailler Vertrages« von Stefan Frank
Die deutsche Wirtschaft hat seit 1990 stark nach Osten expandiert, nun folgt die EU.

»Schutz ohne Migration« von Thorsten Fuchshuber
Die EU plant neue Maßnahmen zur Flüchtlingsbekämpfung.

»Jüdischer Faktor« von Erich Später
Das »arische« Wirken von Studenten und Professoren an der Deutschen Universität zu Prag 1922-1945: Teil 1 einer unregelmäßigen Serie über die segensreichen Folgen der sog. Benesch-Dekrete.

»Amoklauf der US-Ostküste« von Joachim Rohloff
Am 30. Juni trafen sich in der Berliner Humboldt-Universität fünf Journalisten und ein ehemaliger Bundesminister, um der Welt zu erklären, daß die Amerikaner am 11. September sich selbst überfallen haben.

Taube, Falke, Strauss von Tina Klopp
Sind der Philosoph Leo Strauss und seine neokonservativen Schüler in den USA schuld am Irakkrieg? Ein kritischer Blick auf eine Verschwörungstheorie.

Lauter letzte Gefechte von Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer
Nicht vor dem Frieden verzweifelt die US-Armee im Irak, sondern vor dem Krieg, der bis heute weder gewonnen noch beendet ist.

Deutsche Stimmen von Thomas von der Osten-Sacken

Zu Protokoll von Thomas Schmidinger
Das große Wort hatten vor und nach dem Irakkrieg die Nahostexperten. Was die Iraker dachten und denken, die vor Saddam hatten fliehen müssen oder ins Exil gegangen waren, interessierte besonders die Kriegsgegner so gut wie gar nicht. Thomas Schmidinger hat bei einem Treffen Anfang Juli in Wien Sprecher der irakischen Opposition befragt

Belagerungszustand von Erich Später, Klaus Thörner
Israel: Eindrücke von einem Kriegsschauplatz.

Geschlossene Gesellschaft von Rolf Surmann

Ein Hörrohr für den Popdiskurs von Jürgen Roth
Glaubhaft und doch wahr: Die SPD hat einen »Beauftragten für Popkultur + Popdiskurs«.

Kunst & Gewerbe - Land des Raunens von Jens Hoffmann

Kunst & Gewerbe - Jörg von Arabien von Erwin Riess

Kunst & Gewerbe - Herbarium des Grauens von Armin Schreiber

Kunst & Gewerbe - Propheten des Neonliberalismus von Marit Hofmann

Harrys Hitlerjugend von Stefan Ripplinger
Kulturkolumne

Friedenspreis vs. Rumsfeld von Horst Pankow
Die Verleihung des diesjährigen Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an die US-Autorin Susan Sontag ist Teil des Kalten Kriegs, den die Deutschen gegen die Amerikaner führen.

Buch & Deckel von Christel Dormagen
António Lobo Antunes: Einblick in die Hölle. Luchterhand, München 2003, 287 Seiten, 20 Euro

Buch & Deckel von Werner Jung
Wilhelm Genazino: Eine Frau, eine Wohnung, ein Roman. Hanser, München 2003, 162 Seiten, 15,90 Euro

Buch & Deckel von Michael Saager
Ronald Miehling/Helge Timmerberg: Schneekönig. Mein Leben als Drogenboß. Rowohlt, Berlin 2003, 156 Seiten, 16,90 Euro

Buch des Monats von Jan Pehrke
Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Campus Verlag, Frankfurt 2002, 208 Seiten, 19,90 Euro

Dopplung & Deutung von Martin Büsser
Wie die Photographie versucht, der Malerei ihren Rang als Kunstform streitig zu machen.

Praktische Kritik von Ludwig Seyfarth
Eine erste Monographie stellt die Zerstörungskunst Gordon Matta-Clarks vor.

All along the watchtower von Tjark Kunstreich

Politische Architektur als »Allgemeingut«, israelische Architektur als »Kriegsverbrechen«: über die Berliner Ausstellung »Territories«.

Filmtheater - Lichter von Manfred Hermes

Regie: Hans-Christian Schmid; mit Ivan Shvedoff, Anna Janowskaja; Deutschland 2003 (Prokino); 205 Minuten; ab 31. Juli im Kino

filmtheater von Michael Klarmann

Bernd Kleinhans: Ein Volk, ein Reich, ein Kino. Papyrossa, Köln 2003, 229 Seiten, 14,95 Euro

Filmtheater - Nicht auflegen! von Tim Slagmann

Regie: Joel Schumacher; mit Colin Farrell, Forest Whitaker; USA 2003 (Fox); 81 Minuten; ab 7. August im Kino

Film des Monats - Die Blume des Bösen von Manfred Hermes

Regie: Claude Chabrol; mit Nathalie Baye, Benoit Magimel; Frankreich 2003 (Concorde); 104 Minuten; seit 24. Juli im Kino

Beruf: Folterer von Oliver Tolmein

Mario Bechis Film »Junta« erzählt eine Geschichte aus der Zeit der argentinischen Militärdiktatur. In vielen Ländern läuft er mit Erfolg – nur in Argentinien nicht.

Ästhetik der Reaktion von Ralf Havertz

Wie die älteste Tragödie des Abendlandes neue Aktualität erhalten soll.

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser

Jeffrey Lewis: It’s The Ones Who’ve Cracked That The Light Shines Through. Rough Trade/Sanctuary/Zomba

Melodie & Rhythmus von Alexander Kasbohm

Steely Dan: Everything must go. Wea/Warnermusic

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser

The Cinematic Orchestra: Man With The Movie Camera. Doppel-LP/CD/DVD. Ninja Tune/Zomba

Platte des Monats von Alexander Kasbohm

James Kirk: You Can Make It If You Boogie. Marina Records/Efa

KEIN SCHÖNER LAND - Stadt, Land, Russ’ von Jürgen Roth, Michael Rudolf, Michael Sailer, Kay Sokolowsky

Anekdoten aus der fränkischen Historie.

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/03, S. 3

Diether Dehm

Hier Konkret

Auf ihrem Berliner Sonderparteitag Ende Juni hat die PDS Vorsitz und Vorstand neu besetzt. Diether Dehm, bis dato Stellvertreter der Vorsitzenden Zimmer, schaffte es als vermeintlich »linker Sektierer« (»FAZ«) nicht einmal mehr in den Vorstand. KONKRET fragte ihn nach den Gründen

konkret: Sie hatten es in der SPD zum kulturpolitischen Berater von Willy Brandt und Peter Glotz gebracht. Bei der PDS wurden Sie dann vor vier Jahren – gegen Gysi und Bartsch – zum Vizevorsitzenden gewählt. Was gab Ihnen die Hoffnung, Sie würden die SPD und später die PDS nach links verschieben können?

Dehm: Zunächst gab es zur marxistischen SPD-Linken ja lange keinerlei Alternative, die DKP war damals Bündnispartner. Die heutige PDS war zwar einst Staats- und Regierungspartei. Aber die hatte nach 1989 derartige Sauereien von der neuen Staatsmacht zu spüren gekriegt, daß an der Basis eine widerständige Partei gewachsen war. Bei parlamentarischen Parteien ist es ja regelrecht eingeschliffen, sich mit höheren Werten zu maskieren: christlich, liberal, ökologisch, sozialdemokratisch, um die entsprechenden Hoffnungen dann im Namen der Herrschenden zu verwalten. Sonst müßten die Wähler ja über nackte Konzerninteressen abstimmen. So entstand um Verlagskonzerne und BND-gestützte Medienmacher die publizistische Kaste, Schild und Schwert des Kapitals. Die mischt schon seit jeher überall in der Linken mit, wo Realos Fundis ausgrenzen oder Modernisierer die Traditionalisten. Dem hat die PDS-Basis erstaunlich lange widerstanden.

konkret: Als Bisky, Gysi, Bartsch und Brie beschlossen hatten, Sie aus dem Vorstand zu werfen, spottete der »Spiegel«: »Angst vor Dehm?« Wie wichtig fühlen Sie sich?

Dehm: In der Nacht vor der Vorstandswahl lief durch die Delegationen, Gysi sei nur dazu bereit, die PDS zu retten, wenn ich aus dem Vorstand fliege. Sind aber die brillant denkenden, schreibenden und argumentierenden Sahra Wagenknecht und Harald Werner, die immerhin gewählt wurden, weniger wichtig? Nein, es ging darum, schlicht die Zahl derer zu reduzieren, die in ihrer Praxis und im neuen Parteiprogramm-Entwurf auf radikalen Bruch mit der Kapitalmacht zielen. Zehn Monate lang stellten wir eine knappe Minderheit unter den 20 Vorstandsmitgliedern und konnten gelegentlich mit guten Argumenten zwei bis drei andere für eine Mehrheit gewinnen. Nun dürften die Mehrheiten wieder funktionieren wie früher. Es ist vielleicht etwas überzogen, aber es gibt Beobachter, die von Putsch sprechen und Parallelen zur Inszenierung bei der IG Metall ziehen.

konkret: Sind die verbliebenen Linken, wie bei den Grünen, Lockmittel fürs linke Wählerspektrum?

Dehm: Die Grünen-Basis ist nicht antikapitalistisch. Das ist bei der PDS komplett anders. 75 Prozent der Berliner PDS-Wähler lehnen die unsoziale Sparpolitik des Senats ab. In neuen Umfragen ist die PDS-Berlin von 22,4 auf 10 Prozent abgestürzt, nur 2 Prozent der Berliner trauen ihr noch Problemlösungskompetenz zu. Ich erlebe an der Parteibasis ausschließlich Kopfschütteln über die Einschränkung der Lernmittelfreiheit, über die verdeckte Einführung von Studiengebühren, die Risikoabschirmung für unsittliche Fondsspekulanten bei der Berliner Bankgesellschaft, über die Einschnitte bei Kleider- und Fahrtgeld von Sozialhilfeempfängern. Nur bei einigen Spitzengenossen, längst nicht nur früheren SED/

FDJ-Eliteanwärtern, gibt es eine Anfälligkeit für die Epauletten der Macht, Senatsfürze auf SPD-Druck unten als Parfüm zu verkaufen.

konkret: Hätte Gysi weiter hohe Parteifunktionen innehaben und Wirtschaftssenator bleiben sollen?

Dehm: Er ist doch immer wieder zurückgetreten! Besonders kurz vor den entscheidenden Wahlen in NRW und zum Bundestag. Das hat PDS-Wähler zu Hunderttausenden enttäuscht und vertrieben. Und bei all seinem Spielertalent: Viele Attac-Leute, Gewerkschafter und Kriegsgegner, die sich erinnern, wie Gysi im September 2001 für einen »Polizeieinsatz« in Afghanistan eintrat, wie penetrant er für eine PDS-Zustimmung zur Renten- und Steuerreform im Bundesrat warb oder wie er sich via »Frankfurter Rundschau« für mich als Sprecher des »Anti-Bankenmacht-Bündnisses« peinlicherweise bei der Deutschen Bank entschuldigt hat, halten ihn heute bestenfalls für einen, wenn auch nicht gerade linken, Sozialdemokraten.

konkret: Sie waren Liedermacher, ein erfolgreicher Produzent und Konzertveranstalter von Gruppen wie Bap und Bots und Sängern wie Klaus Lage und Wolf Biermann, bevor es Sie in die Politik verschlug. Würden Sie es noch mal machen?

Dehm: Ich bin 1998 aus meinem bürgerlichen Beruf ausgestiegen, habe die Geschäftsführung von Firmen, das Management von Katarina Witt endgültig für die PDS-Arbeit aufgegeben. Seit Gysi mir im Liebknecht-Haus die Mittel abdrehen ließ und besonders seitdem er gegen Uwe Hiksch und mich in seinen Kolumnen in Burdas »Superillu«, im Springer-Boulevard, in »Spiegel« und »Stern«, in Briefen an Delegierte mit völlig haltlosen, ehrabschneidenden Unwahrheiten vorging, habe ich wieder mit dem Schreiben angefangen. Gedichte über PDS-Innenansichten, ein Theaterstück über Börsenkurse und Sex, das zum Beispiel auch am Berliner Ensemble lief, und einen Roman über die

Entstehung des Partisanenlieds »Bella Ciao«. Auch meine früheren Textarbeiten, etwa an »Monopoly«, »Das weiche Wasser«, »Aufstehn«, »Was wollen wir trinken« oder meine Abende mit Brecht-Eisler-Songs haben ja mit antikapitalistischer Überzeugung zu tun. Und dafür werde ich jetzt in und außerhalb der PDS, besonders nach dem letzten Parteitag, verstärkt eingeladen.

Konkret 08/03, S. 4

von Konkret

Zweierlei Israel?, der **konkret-texte**-Band, in dem der jüdische Marxist und israelische Staatsbürger Moshe Zuckermann, Historiker an der Universität Tel Aviv, den KONKRET-Autoren Ebermann, Weiß und Gremliza Auskunft über Politik und Gesellschaft seines Landes gibt, hat ein seltsames Echo gefunden. Blätter und Redaktionen, die sich sonst in ihrer Kritik an Israel besonders gern bei dem vermeintlichen Kronzeugen Zuckermann bedienen, sind – bis auf die »Frankfurter Rundschau«, die es aber auch besser gelassen hätte – dem Buch aus dem Weg gegangen. Die kleineren linken Blätter haben – von den rühmlichen Ausnahmen der »Jungle World« und der Zeitschrift des »IZ3W« abgesehen – das Ansehen ihres Zuckermann dadurch gemehrt, daß sie die Ansichten seiner Diskussionspartner niedergemacht haben. Eine Erklärung, warum Zuckermann es für wert erachtete, mit Typen wie diesen drei Tage lang zu debattieren, mußten sie ihren Lesern natürlich schuldig bleiben. Inzwischen hat Moshe Zuckermann in Begleitung je eines oder zweier der drei Fragesteller sein Buch in zehn deutschen Städten vorgestellt, zuerst in Hamburgs stinkbürgerlicher Patriotischer Gesellschaft, zuletzt im Berlin-Kreuzberger Szeneschuppen SO 36. Die 450 Zuhörer, die dessen Raum faßte (weitere 70 fanden keinen Platz), mußten am Eingang eine ungewöhnliche Sicherheitsprozedur über sich ergehen lassen. Erlebnisse beim Kleben von Ankündigungsplakaten hatten eine gewisse Vorsicht nahegelegt. KONKRET bittet um Verständnis.

Ein Schreiben an die »Chefredaktion KONKRET« auf halbem Weg vom Briefkasten zum Papierkorb:

Sehr geehrter Herr Schneider, das vielfältige, bundesweite Gedenken an den 50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR stieß auf einen ebenso erfreulichen wie unerwartet großen öffentlichen Widerhall. Die bundesdeutschen Medien haben sich des Themas seit Monaten in beispielhafter Weise angenommen und damit einen eminent wichtigen Beitrag zur historischen Selbstverständigung der bundesdeutschen Vereinigungsgesellschaft geleistet. Ich möchte Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen hierfür herzlich danken!

Da nich für, wie wir an der Küste sagen.

Die 1998 vom Deutschen Bundestag gegründete Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sieht sich in der Verantwortung, das Gedenken an diese – wie es der Bundespräsident am 17. Juni zu Recht formulierte – Wegmarke der deutschen und europäischen Freiheitsgeschichte auch über den Jahrestag hinaus zu befördern. Sie will dies u.a. dadurch tun, indem sie die Vielfalt der medialen Beiträge zum Thema Juniaufstand

nicht zu velwechsern mit Oktoberrevolution

möglichst vollständig in ihrem Archiv verwahrt ... Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Ihr Haus uns die – möglichst – komplette, eigene Berichterstattung zum Juniaufstand 1953 kostenfrei zur Verfügung stellen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Rainer Eppelmann

Den gibt’s also auch noch. Wie sagen wir’s nun aber dem Herrn Pastor? Vielleicht so: Die Redaktion wird der historischen Tatsache, daß die Teilnehmer des Juniaufstands wie die Deutschen des Jahres 1953 insgesamt zu zirka 95 Prozent aus Wählern der NSDAP, gerade von ihren Heldentaten aus Leningrad, Lidice, Oradour, Distomo, Theresienstadt, Auschwitz und so weiter zurückgekehrten Männern der Wehrmacht, der SA, der SS, der Hitlerjugend, der Reichsarbeitsfront, des Reichsnährstandes, des NS-Rechtswahrerbundes oder des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und aus Frauen der NS-Frauenschaft bzw. des Bundes Deutscher Mädel bestanden, stets ein mahnendes Gedenken bewahren. Und niemals vergessen, daß das Volk, das am 17. Juni 1953 aufgestanden ist, vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 keine Sekunde daran gedacht hat, sich zu erheben und nicht immer nur die rechte Hand. Und bedauern, daß der Tag, an dem der Aufstand dieser Volksgenossen niedergeschlagen wurde, keine Wegmarke der europäischen Freiheitsgeschichte werden durfte.

Daß auch die Erfinder des Ratespiels *Wer wird Revolutionär? Das erste Quiz für rote Socken*, das Martin Krauß in KONKRET 7/03 vorstellte, nicht unfehlbar sind, fiel der Redaktion erst mit Verspätung auf. In der von Krauß zitierten Frage »Unter welchem Titel erschien die Zeitschrift KONKRET bis zur Augustausgabe 1955?« (richtige Antwort: c. »Studentenkurier«) stimmt das Datum nicht. Der »Studentenkurier« erschien bis Oktober 1957. Bis sie Revolutionäre geworden sind, müssen die roten Quizmaster noch ein wenig üben – und, mit Brecht, daran denken, daß eine richtige Frage mitunter wichtiger ist als eine richtige Antwort.

Das sehr Gemischte Doppel aus Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer steht wieder für Lesungen bereit; Interessenten melden sich bitte beim Verlag.

Konkret 08/03, S. 8

an Konkret

Großes Übel

KONKRET 7/03: KONKRET-Extra »Der Deutschland-Relaunch«

Es wäre ein Vorteil für Strategie und Taktik der Humanität, wenn diese nichtsnutzigen und störenden Gewerkschaften zerschlagen sind. Und das Schönste: Solche eklige Dreckarbeit macht der Feind ganz freiwillig selbst und erspart das unsereinem! Das bedeutet freies politisches Schußfeld ohne zwischen den Gräben herumtaumelnde intellektuelle Idioten, Funktionärstypen als Diener anderer Herren oder intellektuelle, zynische Schlachtenbummler, auf die unsereins zu lange Rücksicht nahm und die einem vor dem Lauf herumeierten, wenn man solch einen ja weithin sichtbaren, immer auch etwas bräunlich schimmernden Goldfasan auf der anderen Seite gerade mal im Visier hatte und nur noch den politischen Finger hätte krumm machen müssen! Bravo Merz, bravo Gysi, bravo Sabine Illgner, toll Professor Miegel! Weiter so! Macht sie fertig, die unfähigen Bonzen der Gewerkschaften!

Harras Schenk

per E-Mail

Die Forderung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, nach Wiedereinführung der Leibeigenschaft ist in Politik und Medien auf ein breites positives Echo gestoßen. Die ebenfalls von Hundt angedachte Prügelstrafe dürfe nicht bloß bei renitenten Arbeitern angewandt werden; auch manchem Gewerkschafter könne ein »tüchtiger Satz heiße Ohren nichts schaden«. Er wisse »aus eigenen Erfahrungen im engsten Familienkreis, daß eine ordentliche Maulschelle manche Flausen vertreiben« könne. Lediglich der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske bezeichnete die »Wiedereinführung der Sklaverei« als »Rückfall ins Mittelalter«. Auch die geplanten 7/8tel-Essensrationen für Ost-Leibeigene stünden »im krassen Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz«.

Eurer Zeitschrift wünsche ich ein langes Bestehen und die nötige politische Schärfe und Klarsicht.

Marcel Bathis

per E-Mail

Großes Latrinum

KONKRET 7/03: »Plötzlich in diesem Sommer« von Hermann L. Gremliza

Wenn Hermann Gremliza bereits vor Jahren Heiterkeit mit der Behauptung verbreitet hat, »Frieden zwischen Israel und den Palästinensern könne nur von der Hamas und Ariel Sharon geschlossen werden«, so wurde seinerzeit zu Recht gelacht. Der Frieden wird möglich durch Verhandlungen der US-Regierung mit denjenigen, die die Hamas finanzieren. Ariel Sharon und seine Regierung sowie die Palästinenser mögen sich den Ergebnissen fügen. Hermann Gremliza scheint nicht zu merken, daß sein Zitat des Avi Primor seiner eigenen Einschätzung widerspricht. Schade, daß die Gremliza-Kolumnen immer weniger scharfe Analysen bieten und stattdessen in billiger Polemik den Antideutschen zum Munde reden. Die Polemik hat inzwischen das Niveau von Stammtischen oder besser: von Klatschweibern. Eine Kolumne ergibt oft ein erstaunlich gutes Bild vom Kolumnisten, hier von einem alternden Mann, der sich der Jugend im Stil anbiedert. Difficile est satiram non scribere.

Gudrun Eussner

Perpignan

Gremlizas Kolumne – in Siebenmeilenstiefeln von der Analyse zum Stammtischgesülze – sic transit gloria ... bitter, diese Entwicklung erleben zu müssen.

Friedhelm Kötter

Hemer

Die Feststellung, Frieden in Israel könne nur zwischen der Hamas und Sharon geschlossen werden, ist paradox, da der Kampf bis zur Zerstörung Israels erklärtes Ziel dieser wie auch der meisten übrigen palästinensischen Terrororganisationen

ist. Dadurch legitimieren sich diese Gruppen. Auch ohne Unterstützung durch die Europäer und andere Mitglieder der antisemitischen Internationale wird die Hamas nur aus taktischen Gründen auf Anschläge verzichten. Sie muß deshalb dauernd bekämpft werden. Solange das nicht palästinensische Sicherheitskräfte übernehmen, bleibt dafür nur die israelische Armee. Ausgerechnet in einer Situation, in der die Hamas geschwächt ist, einen Waffenstillstand abzuschließen, bezeichnete nicht nur Perez zu Recht als »Quatsch«.

Stefan Wirth

per E-Mail

Vor nicht allzu langer Zeit vermochten Sie an gleicher Stelle plausible Auskunft darüber zu geben, wer und was verantwortlich war für den Niedergang von Hygiene und Gesundheit der Bewohner von Woronesch sowie derjenigen des Gebietes der einstigen Sowjetunion in den letzten 14 Jahren. Habe ich die Darlegung Ihrer Gründe für eine Änderung Ihrer Geschichtsbetrachtung überlesen, oder haben Sie einfach einen Schlußstrich unter die alte Argumentation gezogen und fangen jetzt ganz neu an (»am Anfang waren Schmutz, Krankheit und miserable Küche in der GUS«)? Dies wäre in den alten Zeiten, als das Denken noch geholfen hat, »Dezisionismus« gewesen und als Regelverstoß geahndet worden.

Hermann Muntschick

Göttingen

Großes Verbrechen

KONKRET 07/03: »...die armenische Rasse zu vernichten« von Corry Görgü

Daß die Türkei den Genozid an den Armeniern bis heute leugnet, ist bezeichnend genug. Dankbarerweise zeichnet Görgü aber auch die deutsche Beteiligung daran nach, die in der BRD immer noch gerne totgeschwiegen wird. Neben einem neuen Sachbuch über die Historie ist zwar auch das große Werk Franz Werfels genannt. Unerwähnt mußte jedoch der neue Roman *Mit dir lacht mein Herz* des preisgekrönten Autors Kemal Yalcin bleiben, der mit Hilfe von armenischen Zeitzeugen des Massakers entstand. Ein Buch, das beim ersten Veröffentlichungsversuch in der Türkei auf Druck von oben eingestampft wurde und für das sich in Deutschland bislang kein Verlag finden ließ.

G. Jäger

per E-Mail

Große Ränder

KONKRET 07/03: Hier KONKRET

Peter Vetter äußert den Eindruck, bei Wiemeyer und Breyer handele es sich »keineswegs um irgendwelche Randfiguren« in der akademischen Szene. Ich kann diesen Eindruck nur bestätigen. Ich habe mich vor kurzem im Rahmen eines Diskussionspapiers mit aktuellen Reformvorschlägen im Bereich der Sozialversicherungen beschäftigt. In diesem Zusammenhang habe ich über die Vorschläge der beiden Herren geschrieben: »Selbst das in Deutschland einst so beliebte Thema der Euthanasie feiert in dieser Diskussion also fröhliche Urständ.« Von verschiedenen Hohenheimer Kollegen wurde mir dringend geraten, diese und andere Passagen müßten aus dem Beitrag raus, sonst würde ich wissenschaftlich nicht ernst genommen.

Jan Pieter Schulz

Lehrstuhl für Finanzwissenschaft

Stuttgart

Große Platte

KONKRET 06/03: »Platte des Monats« von Alexander Kasbohm

Was Alexander Kasbohm über das neue Album von Paddy McAloon schreibt, ist Wort für Wort wahr. Dieser Mann hat Geschmack und bringt es auf den Punkt.

Mirko Driller

per E-Mail

Kleiner Fehler

KONKRET 07/03: »Hohler Kern« von Peter O. Chotjewitz

Chotjewitz macht aus Ettersberg »Nettesberg, bei Weimar, wo das KZ Buchenwald stand«, und schließt mit dem Satz: »Aber so doof wie Habermas darf man nicht einmal sein, wenn man das Gute verteidigen will.« Stimmt, aber so flusig wie der gute Chotjewitz darf man nicht einmal sein, wenn man Habermas angreifen möchte.

Hermann Kant

Neustrelitz

Konkret 08/03, S. 9

Hermann L. Gremliza

Anne-Frank-Preis für Horst Mahler?

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, hat die Erinnerung an die Vertreibung der 15 Millionen Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa als eine gesamtdeutsche Aufgabe bezeichnet. Völkermord und »ethnische Säuberungen« ließen sich niemals rechtfertigen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete anläßlich der Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises. Der Preis wird von der Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« verliehen, der Steinbach und der Hochschullehrer Peter Glotz vorsitzen.

Berthold Kohler, Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, wies in der Festrede darauf hin, daß den deutschen Vertriebenen das Recht, ihren Schmerz über den Verlust ihrer Lebenswelt zu äußern, lange nicht zugestanden worden ist.

Neben Ralph Giordano gehören der Preis-Jury auch der Grünen-Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit … Otto von Habsburg … Otto Graf Lambsdorff … György Konrad … und Erika Steinbach an.

Aus der »FAZ«

Pack verträgt sich. Lang aber hält die Erleichterung, die solches Urteil am Ort der Tat verschafft, nicht vor. Da darf die Chefin einer Firma, die nach der deutschen Kapitulation als Sammelbecken von Nazis aller Dienstgrade bis zu deren Ableben gedient hatte, den Namen eines jüdischen Prager Schriftstellers arisieren, den die Firmengründer, wäre er ihrer SS nicht entkommen, im KZ hätten verrecken lassen, und neben einem stockreaktionären »Kaiserenkel« und einem Herunterhändler von Zwangsarbeiterlöhnen stehen drei Überlebende des Holocaust dieser Schmiere Schmiere.

Was hier getan ist, wäre in der guten alten Zeit, da noch getrennt war, was nie wieder hätte zusammenwachsen sollen, unvorstellbar gewesen. Daß das Unsägliche Ereignis werden würde, hatte sich freilich angekündigt, und deutlicher nie als zum fünfzigsten Jahrestag des Weltkriegsendes. Damals war in der Berliner Kinder-»FAZ« zu lesen gewesen, das Verbrennen der Toten von Dresden habe »den Geruch von Auschwitz entfacht«, weshalb nun endlich »das eigene Leid – auch das selbstverschuldete – erzählt und betrauert werden« müsse. Früher, in der schlechten alten Zeit, hätten »die Nachgeborenen die Berichte ihrer Eltern über Flucht und Vertreibung als politisch unkorrekt abgebügelt. Ihre Erzählungen über Vergewaltigung, Mord und Totschlag schienen einer Generation, die gerade erst entdeckt hatte, daß ihre Eltern Täter waren, peinliche Lappalien zu sein im Verhältnis zu dem, was die Deutschen der halben Welt antaten. Jede Erzählung, die nicht mit Deutschlands Schuld begann, galt als neuerlicher Beweis für Verdrängung und Relativierung. In diesen Monaten aber hörten die Enkel den Großeltern zu, und die durch Lebenserfahrung und Wissen milder gewordenen 68er kramten in Tagebüchern.«

»Am Ende dieses Jahres der Jahrestage«, hatte ich damals repliziert, »soll die Vergangenheit eine Zeit geworden sein, in der alle allen und nicht zuletzt sich selber Schreckliches angetan haben, was allen nachträglich furchtbar leid tut, aber keiner keinem nachträgt und vor allem sich selber nicht. Dann dürfen die Deutschen, die so vieles wiedergutgemacht haben, endlich Wiedergutmachung an Deutschland üben. Wer sich in der Tür der Gaskammer den Finger eingeklemmt hat, erzähle sein Leid und weine.«

Die Ansage durfte ein wenig länger warten, ehe sie sich um so fürchterlicher erfüllt sehen mußte. Erst noch hatte die Rechte zu verstehen, was die Linke für sie tat, wenn sie an jedem Toilettenhäuschen ein Schild anbrachte, auf dem einer Untat der Nazis gedacht ward. Doch weil, Jahre nach Ablauf jeglicher Verjährungsfrist, all die Rituale und Gesten keinen mehr etwas kosteten, begann schließlich auch die Rechte, die noch heute jedem Deserteur der Wehrmacht nachtrauert, der seiner verdienten Hinrichtung entgehen konnte, den Charme des Rezepts zu entdecken, das ungeschrieben über dem Tor zur Bewältigung der Vergangenheit hing: Trauerarbeit macht frei!

Zur Verleihung des Vertriebenen-Preises hat Ralph Giordano das segensreiche Zusammenwirken von Rechten und Linken gewürdigt: »Die Vorgeschichte der Vertreibung«, begann er, ohne eine der sudetendeutschen Greueltaten aufzurühren, aus denen diese Vorgeschichte bestand, »rechtfertigt kein einziges Verbrechen an Vertriebenen, keine einzige Menschenrechtsverletzung an Vertriebenen. Aber ohne die Vorgeschichte der Vertreibungen hätte es kein einziges Verbrechen an Vertriebenen … gegeben. Wer die Vorgeschichte der Vertreibung verdrängt, verstößt gegen die Unteilbarkeit der Humanitas, wie der, der die Nachkriegsgeschichte ausblendet.«

Alles wird gut. Die Deutschen sind es längst geworden, und die Tschechen, die zögern, die Bestrafung jenes Gesindels, das ihnen die Wehrmacht und die SS ins Land geholt hat, damit sie dessen jüdische Bürger vernichten konnten, als ein Verbrechen anzusehen, werden es mit deutscher Nachhilfe noch werden. »Auch nach Kritik aus Prag bleibt

Bundesaußenminister Joschka Fischer bei seiner Unterstützung für eine ›humanitäre Geste‹ für Sudetendeutsche«, meldet die »Süddeutsche Zeitung«. In einem Brief an Edmund Stoiber hat Fischer dem bayerischen Ministerpräsidenten versprochen, er werde sich um Zahlungen aus den Mitteln des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds, der zur Hilfe für tschechische Naziopfer vorgesehen ist, an bestimmte Sudetendeutsche bemühen. Vielleicht bleiben dem Außenminister so jene »Hängt sie auf! Stellt sie an die Wand!«-Chöre erspart, mit denen die Besucher des Vertriebenentages das Recht, ihren Schmerz über den Verlust ihrer Lebenswelt zu äußern, bei seiner Parteifreundin Antje Vollmer eingeklagt haben. Alles wird immer besser.

Ein Fähnlein des von Frau Steinbach geführten Vereins hat seine Reifeprüfung bereits bestanden. Die »Landsmannschaft der Schlesier« hat ihr »Schlesien ist unser« durch »Heimat ist Menschenrecht« ersetzt. Das neue Motto klingt wie von Cohn-Bendit oder Giordano ersonnen und heißt doch genau so viel wie das alte, und noch ein bißchen mehr, denn wo Menschenrechte bedroht sind, wird die Bundeswehr sich humanitären Missionen auf Dauer nicht entziehen können.

Alarmismus? Man solle, hat Thomas Ebermann jüngst geraten, nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre davon ausgehen, daß alles so heiß gegessen wird wie gekocht. Ein paar Jahre bevor er Bomben auf Belgrad werfen ließ, hat Fischer seinen Parteifreund Cohn-Bendit, der das verlangte, für verrückt erklärt. Ein paar Wochen nachdem Erika Steinbach bei der »Burschenschaft Rheinfranken« zu Marburg »den Wert der Burschenschaften für die demokratische Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart« besungen hatte – er bestand unter anderem darin, jüdische Gelehrte aus deutschen Universitäten zu vertreiben – , hat Giordano »trotz aller anfänglichen Skepsis die ausgestreckte Hand der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen ergriffen« (»FAZ«). Denn keine ist aequalis der filia hospitalis.

Die kleinen zivilisatorischen Gewißheiten, die Reeducation und Zeitkritik hinterlassen hatten, haben im Zuge der deutschen Vereinigung ihr Verfallsdatum überschritten. Mitte der Neunziger schon hatten die Söhne, Töchter und Enkel sich selber zu fragen begonnen, was Eltern und Großeltern aller Dienstgrade sie einst gefragt hatten: Wie nämlich sie, die Jungen, in jener schweren Zeit sich denn verhalten hätten, und ob nicht nur die Gnade der späten Geburt sie davor bewahrt habe … Das nationale Feuilleton hat im Verzicht der Jüngeren, die Alten zu richten, ein Zeichen gewachsener Toleranz erkannt. Er war aber bloß die Annonce, in künftiger schwerer Zeit sich zu verhalten, wie die Alten es in der vergangenen getan haben.

Konkret 08/03, S. 10

Herrschaftszeiten

Vor den Reformen

31. Mai, »Süddeutsche Zeitung«:

Für den Münchner Autobauer BMW war 2002 ein absolutes Rekordjahr: Der Umsatz lag bei rund 42 Milliarden Euro, gut zwei Milliarden hat das Unternehmen Gewinn gemacht. Der Kämmerer bekommt vom Erfolg allerdings nichts ab, denn Gewerbesteuer hat BMW im vergangenen Jahr in München trotzdem nicht abgeführt. »Wir verstehen, daß das den Menschen schwer vermittelbar ist«, gibt ein Firmensprecher zu, doch sei man schließlich den Aktionären gegenüber verpflichtet, den steuerpolitischen Rahmen auszuschöpfen.

Noch fallen im Irak Schüsse, da blickt Washington bereits über dessen Grenzen. Wenn uns durch den Sieg über Hitler gelungen ist, Europa zu amerikanisieren, warum sollte uns nach der Niederwerfung Saddam Husseins in der dortigen Region nicht das Gleiche gelingen?

Horst Eberhard Richter, deutscher Seelenkundler

Wunderland für Alice

20. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

Das Internet hat auch den Heiratsmarkt revolutioniert. Wer sich auf den Webseiten einer Partneragentur für eine »Dame« entschieden hat, klickt auf den Button »Bestellung« und legt die Frau in den »Warenkorb« ... Zudem sind die meisten Seiten voll von skurrilen, beinahe rassistischen Klischees. In dieser Hinsicht ist auch der vom Bundesverband (der Partnervermittler) herausgegebene »Ratgeber für internationale Partnersuche« keine Ausnahme. So warnt die Broschüre vor Südamerikanerinnen: Diese Frauen seien heißblütig und hätten Temperament. Kaum ein Deutscher könne damit lebenslang umgehen. Filipinas dagegen, so eine andere Agentur, seien nicht nur »sündhaft schön«, sie »altern« wegen des Klimas ihrer Heimat auch nicht vorzeitig. Für Tschetscheninnen spreche, daß sie im allgemeinen »Freude an der Hausarbeit« hätten. Russinnen besäßen Charaktereigenschaften, die man bei westlichen Frauen immer seltener finde: »Anmut, Schönheit, Treue, Intelligenz, Familiensinn«. Der große Vorzug aller Osteuropäerinnen sei außerdem, daß sie im Gegensatz zu Asiatinnen in Deutschland weniger auffallen.

Ein Held der westlichen Welt

21. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Der Mann scheint die Idealbesetzung für den heiklen Job an der Spitze der US-Truppen im Irak zu sein. Drei-Sterne-General John Abizaid, geboren in Kalifornien als Sohn einer libanesisch-amerikanischen Familie, gilt als Vertreter einer neuen militärischen Generation, die bereit ist, sich von traditionellen Doktrinen zu lösen. Ein Schlaglicht auf seine Mentalität wirft eine Episode während der US-Invasion auf der Karibik-Insel Grenada 1983, als er von den militärischen Schulweisheiten abwich und einen Bulldozer gegen eine kubanische Stellung schickte. Dieser Angriff wurde so berühmt, daß ihn Clint Eastwood 1986 für seinen Film »Heartbreak Ridge« adaptierte.

... and so he faced the final courtain

24. Juni, »Spiegel-Online«:

Seine Leidenschaft für Lieder von Frank Sinatra hat ein philippinischer Karaoke-Sänger mit dem Leben bezahlt. Seine Interpretation des Sinatra-Klassikers »My Way« brachte den Gast einer Geburtstagsfeier derart in Rage, daß er auf den 25 Jahre alten Sänger mit einem Messer einstach. Der Karaoke-Sänger soll einfach nicht den richtigen Ton getroffen haben, teilte die Polizei am Dienstag mit.

Aus der Zirkulationssphäre

25. Juni, DPA:

Spuren von Kokain finden sich mittlerweile auf fast allen deutschen Euro-Noten. Das hat eine Studie Nürnberger Wissenschaftler ergeben. Kurz nach der Währungsumstellung, im Januar 2002, sei das Rauschgift nur auf zwei von 70

Scheinen gefunden worden, teilte das Institut für Biomedizinische und Pharmazeutische Forschung mit.

Love Parade

26. Juni, »Newsweek«:

»Dort saß er und log mich an«, sagte ein wütender George W. Bush kürzlich einem ihn besuchenden europäischen Staatsoberhaupt. »Er« ist der deutsche Kanzler Gerhard Schröder, mit dem Bush eine Verabredung glaubte getroffen zu haben – Schröders Schweigen zum Irak gegen Bushs Verzicht, den Kanzler vor den Wahlen mit der Forderung nach Unterstützung unter Druck zu setzen. Der offenherzige Texaner sagt, er hege keine schlechten Gefühle gegenüber den Deutschen oder Deutschland. Seine Abneigung gegen den deutschen Kanzler jedoch ist tief, persönlich und unversöhnlich. »Schröder ist hier nicht mehr willkommen«, hat der Präsident offenbar zu Jürgen Schrempp, dem Chef von Daimler-Chrysler, bei dessen kürzlichem Besuch im Weißen Haus gesagt.

Man darf einen Politiker, der anderer Meinung ist, nicht als Nazi beschimpfen, schon gar keinen Deutschen

Schultz (Deutschland)

Perestrojka

27. Juni, »Hamburger Abendblatt«:

Auftragskiller töteten binnen eines Jahres in Rußland 350 Politiker und Manager, zuletzt den Liberalen-Chef Juschenkow. Gestern wurde dessen einstiger Vize festgenommen. Experten befürchten, daß die Zahl von 350 Auftragsmorden aus 2002 in diesem Jahr noch deutlich übertroffen wird. Grund: Der Wahlkampf hat begonnen – und damit auch der Kampf um Posten, die zu Einfluß vor allem auf die boomenden Energieunternehmen verhelfen.

Vice versa

30. Juni, »Süddeutsche Zeitung«:

Seit Samstagmorgen wird zurückgeflogen: Der senegalesische Innenminister Mamdou Niang hat am Wochenende neun Franzosen in ihre Heimat ausfliegen lassen. »Auge um Auge, Charter um Charter«, jubelte die senegalesische Zeitung »Le Matin«. General Niang wird dafür gefeiert, daß er ankündigte, unliebsamen Franzosen ab sofort »dieselbe Behandlung zukommen zu lassen, die senegalesische Staatsbürger über sich ergehen lassen müssen, die sich in Frankreich aufhalten, ohne daß ihre rechtliche Situation geklärt wäre«.

Wilkie-Talkie

1. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Ein israelischer Student, der sich in Oxford beworben hat, um für seine Doktorarbeit zu forschen, ist aufgrund seiner Staatsbürgerschaft abgelehnt worden. Amit Duvschani studiert Molekularbiologie in Tel Aviv. Er hatte sich an Andrew Wilkie, Nuffield-Professor für Pathologie am Pembroke College, gewandt mit der Bitte, in seinem Labor mitarbeiten zu dürfen. Er legte seinen Lebenslauf bei, auf dem neben seinem Bildungsweg stand, daß er Wehrdienst geleistet hat. Wilkie erwiderte, daß er und zahlreiche andere britische Akademiker angesichts der Politik gegenüber den Palästinensern nicht bereit seien, Israelis anzunehmen. In einer E-Mail schrieb Wilkie, er habe »große Schwierigkeiten mit der Art, in der Israelis sich wegen des Holocaust aufs hohe Roß setzen und dann den Palästinensern grobe Menschenrechtsverletzungen beifügen, weil diese in ihrem eigenen Land leben wollen«.

Soldaten sind Mörder

Kurt Tucholsky, Dichter

Wenn Tucholsky noch leben würde, würde er die Auslandseinsätze der Bundeswehr für richtig halten

Peter Struck, Denker

Immunitätsschwäche

3. Juli, »Neues Deutschland«:

Die USA haben im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof jetzt 35 Ländern die Militärhilfe gestrichen. Wie der Sprecher des Washingtoner Außenministeriums, Richard Boucher, mitteilte, müssen unter anderem auch die sechs osteuropäischen Nato-Anwärter Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei und Slowenien künftig auf US-amerikanische Militärhilfe verzichten, weil sie USA-Bürgern keine Immunität vor Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof gewähren wollen. Die verhängten Sperren werden sich erst im kommenden Jahr voll auswirken, weil der Großteil der Militärhilfe für das laufende, Ende September zu Ende gehende USA-Haushaltsjahr bereits ausgezahlt ist. Allerdings erteilte Präsident George W. Bush für 22 weitere Länder Ausnahmegenehmigungen, die eine Vereinbarung mit den USA noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben. Das sei »wichtig im nationalen Interesse«. Dazu gehören Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Afghanistan, die DR Kongo und Panama. Rund 50 Länder haben bislang bilaterale Abkommen mit den USA geschlossen, die im Falle einer Anklage das Ausliefern von US-Bürgern an den Gerichtshof ausschließen.

Memories are made of this

6. Juli, »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«:

Weniger als ein Viertel der Briten behaupten, sie sprächen nur etwas Deutsch, oder zumindest das, was sie dafür hielten, was aller landläufigen Erfahrung widerspricht, die davon zu berichten weiß, daß nahezu jeder Brite wenigstens die deutsche Unterholzlyrik des »Mein Fjuhrer«, »Sieg Heil« und »Schweinhund« im immer wieder gern imitierten Stechschritt – It makes you wonder! – zu rezitieren weiß. Derweil waren manche erleichtert, als Bundespräsident Rau wünschte, daß die beiden offiziellen Regierungsflugzeuge ihres Schriftzuges »Luftwaffe« beraubt werden, der selten ein klassischer »Eisbrecher« für ein Gespräch war. Insbesondere in Osteuropa, heißt es, habe das Logo manche Stirn in Falten gelegt.

Vorher – nachher (1)

10. Juli, »Tagesspiegel«:

Die USA sind nach den Worten von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nicht auf der Grundlage neuer Beweise für Massenvernichtungswaffen in den Krieg gegen den Irak gezogen. »Die Koalition hat nicht im Irak eingegriffen, weil wir völlig neue Beweise gehabt hätten für das Streben des Irak« nach Massenvernichtungswaffen, sagte Rumsfeld vor dem Streitkräfteausschuß des US-Senats. »Wir haben gehandelt, weil wir die Beweise in einem völlig neuen Licht gesehen haben – durch das Prisma unserer Erfahrungen mit dem 11. September.«

Vorher – nachher (2)

11. Juli, »Hamburger Abendblatt«:

Die US-Gefreite Jessica Lynch war zu internationaler Berühmtheit gelangt, als das Pentagon nach ihrer gefilmten Rettung erklärt hatte, daß die Gefreite in heldenhaftem Kampf mehrere Iraker erschossen und sich bis zur letzten Kugel verteidigt habe. Tatsächlich war ihr Humvee-Transportfahrzeug mit 70 Stundenkilometern gegen einen LKW gefahren, weil die Fahrerin, Lynchs Freundin, seit 60 Stunden im Einsatz und total übermüdet war. Sie starb. Die schwer verletzte Jessica Lynch wurde auch nicht von Irakern gefoltert, sondern im Krankenhaus gut versorgt – wo sie dann später »befreit« wurde.

Vorher – nachher (3)

11. Juli, »Hamburger Abendblatt«:

Selbst die britische Regierung (glaubt) nach einem BBC-Bericht nicht mehr daran, im Irak Massenvernichtungswaffen zu finden – sie waren immerhin der offizielle Kriegsgrund. »Nachdem man uns erst erzählt hat, diese Waffen seien binnen 45 Minuten einsatzbereit, kann man ja jetzt wohl schlecht sagen: Es gab da mal ein paar Wissenschaftler, die irgendwann die Kapazität dazu gehabt haben könnten«, spottete der frühere Außenminister Robin Cook.

Der Unterschied ist, daß die Nazis vorhatten, Europa zu besiegen; die Amerikaner aber wollen die ganze Welt besiegen.

Peter Zadek, Theatermacher

Ein Querdenker denkt

11. Juli, Reuters:

Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat sich für die CDU-Chefin Angela Merkel als Unions-Kanzlerkandidatin ausgesprochen, ihr aber eindringlich zu einem gefälligeren Outfit geraten. »Das eine oder andere muß

sie natürlich nicht ändern. Es ist mir völlig schleierhaft, wer ihr zu den Kleidern rät, die sie anzieht«, sagte Geißler. »Mit der Frisur ist es ein bißchen besser geworden.«

Müllabfuhr

13. Juli, »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«:

Greg Thielmann ist eine der Schlüsselfiguren bei der Aufklärung darüber, wie die amerikanische Regierung trotz interner Warnungen fehlerhafte Geheimdienstinformationen genutzt hat, um den Krieg gegen den Irak zu rechtfertigen. Bis Juli 2002 war Thielmann Abteilungsleiter in der Geheimdienstabteilung des Washingtoner Außenministeriums. Er kann bis heute nicht nachvollziehen, wie die Behauptung, der Irak versuche »große Mengen Uran in Afrika zu kaufen«, Teil der Rede von Präsident Bush zur Lage der Nation am 28. Januar werden konnte. Thielmann kennt die Dossiers, die von Bushs Beratern für die Rede herangezogen worden waren. Die Behauptung in Bushs Rede, es habe eine Afrika-Verbindung gegeben, sei »dämlicher Müll« und die Rede der traurige Höhepunkt in der Karriere einer Falschmeldung gewesen.

Konkret 08/03, S. 12

Joachim Rohloff

Schlachteplatte

Wie die deutschen Medien den Fall Friedman zum Anlaß nahmen, sich einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen zuzuwenden: der Prostitution.

Nun, da Michel Friedman endlich einsieht, daß Kokain nur solange hilft, bis man damit erwischt wird; da er uns alle und Bärbel Schäfer um Verzeihung bat, obwohl er doch niemandem außer Bärbel Schäfer etwas angetan hatte; und da er spätestens in einem halben Jahr von »n-tv« seine zweite Chance erhalten wird – nun also könnte der Fall erledigt und alle außer dem Betroffenen zufrieden sein. Die Mehrheit der Wahlberechtigten hält zwar Politiker samt und sonders für unfähig und korrupt, nimmt es aber übel auf, wenn ihnen einer, noch dazu auf irgendwie undeutsche Weise, zu nahe tritt; sie wird ihn nun nicht mehr ertragen müssen. Die Verdächtigungen, denen sich die Justiz eine zeitlang ausgesetzt sah, haben sich als haltlos erwiesen, und auch die Behauptung, vierzig Angehörige der legislativen Gewalt hätten Entspannung ausgerechnet im kriminellen Milieu gesucht, war bloß eine Zeitungsente.

Aber der Fall wäre kein veritabler Skandal gewesen, wenn sich nicht auch anläßlich seiner allerhand Abgründe aufgetan hätten, die man vor ein paar Wochen wohl erahnen mochte, von denen man aber nichts Genaues wissen konnte, bevor man von der Presse aufgeklärt wurde. Manche ahnten sogar mehr, als ihnen guttat. Auf der Rechten legte die »Deutschland-Bewegung« des Dr. Mechtersheimer in ihrer Schriftenreihe, mit der sie »gegen geheime Mächte in den Medien« kämpft, ein Dossier noch einmal auf. Es trug den originellen Titel: »Vorsicht Friedman« und rechnete mit dieser »wandelnden Ermahnung an die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte« gründlich ab. »Friedman ist Bestandteil eines größeren Ganzen, eines komplexen Medien-Netzwerkes«, dem auch noch der Geschäftsführer der Fernsehproduktionsgesellschaft »Ave«, M. Walid Nakschbandi, und die Journalistin Alice Brauner angehören. »Dieses Netzwerk übt im Medien- und Kulturbetrieb der Bundesrepublik großen Einfluß aus, wirkt in Politik und Wirtschaft hinein und deformiert das Denken vieler Menschen. Diese ineinandergreifende Machtstruktur verfolgt ganz bestimmte Ziele: den multikulturellen, antinationalen Umbau der Gesellschaft.« Jenes mächtige Netzwerk, das ein jüdisches zu nennen sich der Autor scheute, obwohl zwei Drittel der Mitglieder Juden waren, mußte aber untätig zuschauen, wie einer der Seinen abserviert wurde. Die antinationale Gesellschaft wird also noch für eine Weile ausbleiben, und um die Sache des »offenen antideutschen Rassismus« steht es seit Friedmans Rückzug schlecht.

Auf der Linken nahm Jürgen Elsässer sich des Falles an. »Für den Kriminalisten (wie den Kommunisten) sollten die materiellen Tatsachen im Mittelpunkt stehen«, hatte er in der »Jungen Welt« festgestellt, als Möllemann vom Himmel gefallen war, und auch gleich ein Beispiel dafür gegeben, wie es ausgehen kann, wenn ein Journalist und Kommunist sich als Kriminalist versucht. »Die widersprüchlichen Angaben über die Sprungfolge verführen zu Spekulationen. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft sprang Möllemann als Letzter, nach Recherchen des Internetportals ›yahoo‹ und von ›Bild‹ als Vorletzter, nach Angaben der ›FAZ‹ als Drittletzter.« Statt nun jedoch der Frage nachzuspüren, wer die beiden Unbekannten hinter Möllemann waren, ob sie ihn geschubst hatten und warum die Staatsanwaltschaft sie hatte verschwinden lassen, schloß Elsässer die Ermittlungsakte. Und als sich wenig später die Behörden erneut sehr seltsam benahmen, merkte er nichts, sondern folgte einer Spur, die geradewegs in die Irre führte: »Die mediale Liquidierung Friedmans war sicherlich für alle Möllemänner dieser Republik ein innerer Parteitag. Das beweist aber noch lange nicht, daß die Profiteure der Kampagne auch ihre Anstifter waren. Bis dato jedenfalls sind unspektakuläre Erklärungen aus dem Bereich der Kriminalität mindestens (mindestens!) genauso in Betracht zu ziehen. Wie hart die Sex-Mafia gegen Mitwisser vorgeht, wenn es brenzlig wird, zeigt das Beispiel Belgien. Tote Zeugen pflastern den Weg des verdächtigen Kinderschänders Dutroux.« Allerdings übersah Kommissar Elsässer die Tatsache, daß Friedman ja bloß medial und nicht materiell liquidiert worden war. Deshalb scheint die Hypothese, die Sex-Gangster hätten ihn auffliegen lassen, damit er sie nicht verriet, mindestens (!) zweifelhaft.

Wie viel einfacher hatte es da doch der Genosse Kollege von der »UZ«! »Politischer Mord oder moralische Vernichtung machen nur einen graduellen Unterschied, falls etwa der Bedarf besteht, den Toten als Waffe im ideologischen Arsenal auf einen ideellen Sockel zu stellen.« Wenn man aber die Täter ein für allemal identifiziert hat, besteht das ganze Arsenal aus der Erkenntnis, daß die Tragödie sich als Farce wiederholt und die Welt verschieden interpretiert wird, während sie doch verändert werden muß. »Michel Friedman ist Jude. Man braucht kein Anti-Deutscher zu sein, um zu sehen, daß die Entsorgung des Juden Friedman und ihre spezielle Art und Weise das ideologische Feld für brutale und offene Menschenverachtung bereiten, wie sie den Diktaturen des Kapitals wesenseigen ist. Worüber ein Möllemann gefallen ist, darüber kann man einen Friedman schon lange stürzen lassen.« Denn daß Möllemann gekokst und Friedman krumme Waffengeschäfte mit den Arabern gemacht hat, ist kein materieller Unterschied, es sind bloß zwei graduelle Tatsachen, die sich im Unendlichen treffen. Solange aber die Herrschenden herrschen, die schon einmal sechs Millionen Juden ermorden ließen, um davon abzulenken, daß sie die Gewerkschaften verboten hatten, steht Friedman mit offener Nase als Menetekel auf dem ideellen Sockel, damit die Krauses nichts merken vom Lohnraub und von der Abschaffung des Flächentarifs.

»Politikern haben die Herrschenden schon immer gern gezeigt oder zeigen müssen, wo ihre Grenzen liegen. In Cäsar hat man einige Messer gesteckt, Kennedy erschossen, Barschel gebadet, Friedman mit offener Nase und Hose erwischt. Wir denken wieder an Tragödie und Farce. Politiker eignen sich im Zuge der medialen Verdummung à la Hollywood hervorragend als Sündenböcke, zugleich als Menetekel für die eigene Zunft, aber auch für die Massen, denen der Fall eines ›Großen‹ über die triste Realität helfen soll, daß immer noch Krause das Fell über die Ohren gezogen wird und nicht Krupp. Ausnahmen schlagen statistisch genauso vernachlässigbar zu Buche, wie sich Parallelen erst im Unendlichen treffen.«

Es kann aber noch viel schlimmer kommen. Möglicherweise erleben wir soeben »einen weiteren reaktionären Wendepunkt, mit dem wir immer mehr an Unmoral und Gesetzlosigkeit gewöhnt werden sollen, bis wir braune Scheiße für 1000jährige Reiche halten und erst kurz vor dem Ende aus unseren Träumen erwachen, wenn unser rotes Blut den eigenen Militärmantel näßt«. Daß die Scheiße und das Blut zu tropfen beginnen, sobald wir vom käuflichen Sex träumen, ist jedoch weniger interessant als die täglich sich wiederholende Beobachtung, daß die Linke der Rechten an Blödheit nicht mehr nachsteht, aber immer noch das schlechtere Deutsch schreibt.

Die Presse der Herrschenden benutzte derweil den Anlaß, den Friedmans Verfehlung bot, um sich einem ihrer Lieblingsthemen hinzugeben, der Prostitution und dem schlimmen Schicksal osteuropäischer Frauen, die sich an deutsche Männer verkaufen müssen. »Ständig unter Aufsicht, regelmäßig verprügelt und jeden Morgen bis auf den letzten Euro abgezockt.« So stand es in allen Zeitungen, und nur diejenigen vermochten ihre ehrliche Empörung zu bremsen, die täglich auf ihren hinteren Seiten die einschlägigen Kleinanzeigen abdrucken. Beiläufig wurde das Vorurteil korrigiert, der Anteil männlicher Zuschauer, die sich an den Storys von vergewaltigten und mißhandelten Vierzehnjährigen aufgeilen, statt Mitleid zu empfingen, sei bei »RTL2« größer als bei »Phoenix«. Denn »der Bürger im Puff ist heute vor allem der Bildungsbürger«, teilte der »Spiegel« mit. »Nach einer der wenigen wissenschaftlichen Studien über Freier aus dem Jahr 1994 lag der Anteil der Männer mit Abitur bei 19 Prozent – deren Anteil unter den Freiern aber bei 41,6 Prozent.« Und wie es mancher Frau ergangen war, deren Dienstleistungen er erwirbt, erfuhr der gebildete Herrenmensch, der über ebenso viel Mannes- wie Kaufkraft verfügt, nun von seinem Nachrichtenmagazin. »Die 20-Jährige mußte sich nackt auf den Waldboden legen. Als sie sich weigerte, schlug ihr einer der Unbekannten ins Gesicht. Den einen Russen mußte sie danach oral befriedigen, der andere drang in sie ein.« So beschrieben Andrea Brandt, Renate Flottau, Almut Hielscher, Carsten Holm, Marion Kraske, Felix Kurz, Udo Ludwig, Christian Neef, Heiner Schimmöller, Caroline Schmidt, Holger Stark und Wilfried Voigt eine »Odyssee durch die Hölle«. Und im Angesicht der »Armutsprostitution«, die Russinnen, Ukrainerinnen und Polinnen nach Deutschland treibe, verstieg sich der »Spiegel« zu der Bemerkung, in den Zeiten der Sowjetunion habe es so etwas nicht gegeben.

Aber es geht auch anders. Tanja, die Frau auf dem Titelbild, hat Glück gehabt. Ihr »neuer Besitzer zeigte sich ›geschockt‹ vom Zustand des Mädchens. ›Da waren Tiere am Werk‹, sagt er über die ausländischen Kollegen, ›anders kann man das nicht nennen.‹ Obwohl auch sein Bordell im Speckgürtel Berlins damals unter dem Einfluß einer ›kaukasischen Brigade‹ stand, hätten die Frauen bei ihm immerhin menschenwürdige Bedingungen vorgefunden: Arbeitszeiten von 22 bis 2 Uhr sowie ordentliche Bezahlung, nach ›Tarif‹. Von den 65 Euro, die ein Freier für eine halbe Stunde Sex zahlte, standen den Prostituierten 20 Euro zu, plus Gewinnbeteiligung am Getränkeverkauf.« Deshalb überrascht es nicht, daß Tanja sich heute nichts Besseres mehr vorstellen kann, als deutsche Männer in einem Puff mit deutscher Bewirtschaftung oral zu befriedigen. Sie sagt, »daß es ihr ›so weit gut‹ dabei gehe, weil sie ›fast nur noch Stammfreier‹ bedienen würde«. Wenn diese überhaupt noch in sie eindringen wollten. »Einer, so Tanja, wollte neulich noch nicht einmal Sex – sondern ›nur einen schönen Abend‹ mit ihr.«

Inzwischen kam sogar der Postfeminismus zu der Erkenntnis, Beate Uhse habe mehr für die weibliche Emanzipation getan als alle Frauenbeauftragten, und die Prostitution sei nicht nur eine Möglichkeit, das eigene Leben autonom zu gestalten, sondern obendrein auch noch ziemlich einträglich. Und da die rotgrüne Bundesregierung die orale Befriedigung und sämtliche Dienstleistungen, inklusive der rückwärtigen, sozialversicherungsfähig und steuerpflichtig gemacht hat, gibt es für eine Erweiterung der Agenda 2010 nur noch gute Gründe, aber keine Hindernisse mehr. Herrn Gersters Agentur könnte gewiß jeder ihrer Kundinnen einen Job in einem mittelständischen Puff anbieten, und wenn sie ihnen noch mit dem Entzug des Arbeitslosengeldes drohen dürfte, sänke die Statistik blitzschnell aufs Niveau des Jahres 1960.

»Manchmal komme ich sogar zum Höhepunkt«, erzählte die »Edel-Hure Tanja (24)« der »Bildzeitung« von ihrem Berufsalltag. »Mein Orgasmus ist echt.« Welcher durchschnittliche Angestellte kann das schon behaupten? Es wäre also wirklich allen geholfen, zumal da die Schriftstellerin Karen Duve den deutschen Männern ohnehin von der Importware abriet: »Warum bestellt Michel Friedman sein Fleisch nicht dort, wo noch hausgeschlachtet wird? Warum bestellt er beim Ukrainer?« Auf eine Green Card für osteuropäische Prostituierte, die der »Spiegel« wegen des steigenden Bedarfs für nötig hielt, könnten wir verzichten, und die Behörden könnten sich endlich ganz dem Straftatbestand widmen, den sie – Sexsklaverei hin oder her - schon immer am meisten verabscheuten, dem illegalen Aufenthalt.

Am Ende bliebe nur noch eine Frage offen. Dürfen Politiker in den Puff gehen? »Bild« hat sie gestellt, der grüne Abgeordnete Volker Beck schlug eine Antwort vor, über die zu diskutieren sein wird: »Die Inanspruchnahme der Dienste von Prostituierten ist keine Verletzung des Ehrenkodex, solange sich der Freier ordentlich benimmt, korrekt bezahlt und ein Kondom verwendet.«

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 7/03 über die Hatz auf Michel Friedman

Konkret 08/03, S. 14

Günther Jacob

Gleitender Übergang

Deutschlands Lieblingsmetaller heißt Berthold Huber. Er wußte schon als Maoist ganz genau, was die Massen wirklich wollen.

»Deutschland braucht neue Gewerkschaftsführer.«

»Die Welt«

Es ist schon erstaunlich, wie vergeßlich Linke sein können, wenn sie für die »gute Sache« Partei ergreifen. Zum Beispiel für den »Traditionalisten« Jürgen Peters von der IG Metall, der den Haß der Unternehmer, der Politiker und der Journalisten auf sich gezogen hat und schon deshalb als Linker gilt.

Dessen »gute Sache« war der Streik in den neuen Bundesländern, der unter der Parole stand: »Im Osten geht die Sonne auf«. Sein Motiv war die nationalistische Untertanenklage früherer DDR-Werktätiger, sie wollten keine »Deutschen zweiter Klasse« sein, sondern, wie schon 1990, als der Ruf »Wir sind ein Volk« braunen Totschlägern den Weg ebnete, erstklassige Deutsche. Niedriglöhne sollten nicht deshalb bekämpft werden, weil sie den Lohn überall drücken. Hasso Düvel, Bezirksleiter der IG Metall in Sachsen, der sich als »Kämpfer für den Osten« feiern ließ, hatte einst selber unter Verweis auf östliche Produktivitätsdefizite geholfen, Niedriglöhne durchzusetzen. Worum es ihm jetzt ging war die sogenannte Vollendung der inneren Einheit.

Der »Traditionalist« Düvel gehört zu jenen IG Metall-Funktionären, die ihre rasante Karriere wesentlich den »vereinigungsbedingten Sonderaufgaben« der Gewerkschaften verdanken. Was für eine große Zeit war das, als man, von der Kohl-Regierung und Unternehmerverbänden mit allen Vollmachten ausgestattet, die Ostgewerkschaften mitsamt Vermögen und Mitgliedermassen (bei Ausschluß *aller* Funktionäre und Mitarbeiter) kassieren und das Anschlußgebiet erst einmal fit machen durfte für die kapitalistische Verwertung. Die fünf Lohngruppen, die es in der DDR nur gab, mußten durch eine ordentliche kapitalistische »Tarifstruktur« mit ganz viel »leistungs- und qualifikationsorientierter Entgeltdifferenzierung« ersetzt werden. 1,5 Millionen Beschäftigte wurden von der IG Metall einzeln und per Dekret neu eingestuft. Die Gewerkschaft setzte das von der Regierung Modrow verabschiedete Abkommen zum Schutz vor Rationalisierungsmaßnahmen außer Kraft, um anschließend die Stillegung von zwei Dritteln der Industriebetriebe im deutschen Osten »tarifpolitisch« zu flankieren.

Diese schönste Zeit der IG Metall ist lang vorbei. Was heute zählt, sagt ihr der Bundeskanzler, der über den Zusammenhang der aktuellen imperialistischen Ambitionen Deutschlands, des »Umbaus des Sozialstaates« und der Rolle, die dabei den Gewerkschaften zugedacht ist, in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 klare Auskunft gab. Schröder sprach von der Notwendigkeit eines starken, geeinten Europas unter deutscher Führung, erklärte mit den Worten: »Es geht auch um die Unabhängigkeit unserer Entscheidungen in der Welt von morgen« die USA zum Haupthindernis dieses Anspruchs und leitete aus dieser Beschreibung umstandslos die Notwendigkeit einer »Bereitschaft zum Wandel im Innern« ab: »Wir müssen Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern.« Man könne nicht länger hinnehmen, »daß Lösungen an Einzelinteressen scheitern, weil die Kraft zur Gemeinsamkeit nicht vorhanden ist ... Gerade in schwierigen Zeiten sind es doch Betriebsräte und auch Gewerkschaften, die ihren Beitrag dazu leisten, daß Betriebe weiter arbeiten können. Natürlich müssen sich die Gewerkschaften bewegen und erneuern.«

Schröder ging es um mehr als die übliche Beschwörung von Weltmarktkonkurrenz, Globalisierungsdruck und Standortverteidigung. Seine Rede sprach offen aus, daß die vielen bisher gängigen Praktiken korporatistischer Interessenvertretung Deutschlands neuem Machtanspruch im Weg stehen. Die Botschaft stellte dem deutschen Arbeitsmann, der heute den Gürtel enger schnallen soll, immerhin in Aussicht, morgen an den Erfolgen neuer deutscher Machtentfaltung beteiligt zu werden.

In der IG Metall, wo man diese Botschaften verstanden hat, wird seither in heftigen Flügelkämpfen eine zur neuen Lage passende Führung gesucht. Als Favorit für die Rolle eines wahrhaft modernen Arbeiterführers gilt der baden-württembergische Bezirksleiter Berthold Huber, dessen »Reformvorschläge« vor allem den Arbeitgeberblättern gefallen. Sie loben Huber als »Verfechter einer innovativen Tarifpolitik« (»Manager-Magazin«), einer differenzierten Tarifpolitik mit »Flexi-Löhnen« (»Capital«), die »vom wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe« abhängig gemacht wird (»Die Welt«) und die jeweilige »Wirtschaftslage widerspiegelt« (»Capital«). »Alle Mitarbeiter sollen nur eine Mindesterhöhung bekommen, der Rest der Lohnerhöhung kann zwischen den Betrieben differieren«, freute sich die »Süddeutsche Zeitung«. »Impulse« liebt Huber für seine »Wiederbelebung betrieblicher Tarifpolitik«, das »Handelsblatt« schätzt die durch betriebliche Zusatzverträge »geregelte Öffnung« des Flächentarifvertrags, also die letztendliche Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen »vor Ort« durch Betriebsräte, also ohne Streikrecht. Außerdem ist der Reformer gegen ein

»gesetzliches Verbot von Überstunden«, für »flexiblere Regeln auch bei den Arbeitszeiten«, »Veränderungen beim Kündigungsschutz« und »gleitende Übergänge, damit die Menschen länger im Betrieb arbeiten können«.

Wie Düvel gehört Huber zu jenen IG Metall-Funktionären, deren Karriere erst 1990 richtig losging. Franz Steinkühler, damals Vorsitzender der Gewerkschaft, berief ihn zum Chef des gerade entstehenden IG-Metall-Bezirks Sachsen, »in dem riesige Industriekonglomerate ums Überleben kämpften« (»SZ«). In Dresden hatte Huber dann sein Pfingsterlebnis, das ihn, wie die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« weiß, mit allen »ideologischen Irrungen und Wirrungen« abschließen ließ. Dort im Osten sei ihm klar geworden, wie »die zu befreiende Klasse über Jahrzehnte entmündigt wurde. Daraufhin trat er in die SPD ein – sozusagen als spätes Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Heute sitzt er in Landesvorstand und Präsidium der SPD in Baden-Württemberg und pflegt eine Art kritische Solidarität zum Kanzler.«

Huber sagte nicht, wohin seine »ideologischen Irrungen und Wirrungen« ihn geführt hatten. Eine Richtung kann er allerdings ausschließen: »Meine Sympathien für den real existierenden Sozialismus waren nie sehr ausgeprägt«, sagte er, und »in dieser für mich sehr wichtigen Zeit sind sie mir vollends abhanden gekommen«. Was der »Pragmatiker« hier unterschlägt, ist, daß er den Realsozialismus deshalb nicht mochte, weil er in ihm einen Revisionismus sah, einen Verrat am echten Marxismus-Leninismus. Weshalb es ihm einigen Spaß gemacht haben dürfte, nach dem Ende der DDR dafür zu sorgen, »daß – anders als in manchen Schwesterorganisationen – die Mitglieder der von der SED gelenkten DDR-Metallgewerkschaft nicht per Übertragung von Karteien zur IG Metall übertreten konnten, sondern nur durch eine persönliche Erklärung« (»Frankfurter Rundschau«).

Die zahlreichen äußerst einfühlsamen Porträts, mit denen die Wirtschaftspresse den »intellektuellen Vordenker« Huber seit Jahren hochschreibt, verschweigen sorgfältig, was für eine Art Irrender Huber einst gewesen ist. Er war von 1969 bis 1980 Aktivist und Funktionär des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschland (KABD), aus dem 1982 die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands hervorging. Noch bis Mitte der 1980er Jahre war Huber als Aktivist kommunistischer Gruppen von den antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüssen der IG Metall bedroht. Nicht bekannt ist, wie es Huber gelang, 15 Jahre hindurch unbehelligt zu bleiben. Man weiß nur, was er tat, als er 1989 Gewerkschaftsfunktionär geworden war: Er trug den Ausschluß etlicher seiner Ex-Genossen mit. Abgezeichnet wurden diese Rauswürfe durchweg von Jürgen Peters.

Peters steht den Konzepten Hubers auch sonst nicht so feindlich gegenüber, wie die Leitartikler glauben machen wollen. Die Differenz zwischen beiden besteht vor allem darin, daß Peters mehr auf gewerkschaftlicher Eigenständigkeit bei der Betreuung kapitalistischer »Sachzwänge« beharrt, was ihn in einer Situation, in der genau dieses Eigengewicht des Korporatismus zur Disposition steht, als »Traditionalisten« erscheinen läßt. Noch vor fünf Jahren schrieb die »FAZ«: »Peters – im Machtanspruch an Steinkühler erinnernd – ist weit davon entfernt, die neue Arbeitswirklichkeit nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sein Modell der Arbeitszeitverkürzung bei VW reagiert pragmatisch, nicht dogmatisch auf die neuen Bedingungen der Arbeitswelt. Es mutet den Menschen lieber Einkommenseinbußen als Mobilität zu.« Und vor zwei Jahren noch hieß es an gleicher Stelle: »Erstmals deutete Peters an, daß seine Organisation Differenzierungen zulassen könnte, um der unterschiedlichen Ertragslage der Betriebe wie auch den unterschiedlichen Erwartungen der Beschäftigten gerecht zu werden: ›Auch darüber muß man nachdenken.‹«

Wie sollte es auch anders sein: Ertragslage und Produktivität der Unternehmen und der Standort Deutschland generell waren immer die Kriterien, an denen die IG Metall ihr Handeln ausgerichtet hatte. Daß Arbeitzeiten und Löhne flexibel, Personalkosten niedrig sein müssen, Lohn nach (mehr) »Leistung« gezahlt werden muß und man nicht jeden Arbeitsplatz retten kann – all das war in der IG Metall nie umstritten.

Das »Modell Deutschland« galt viele Jahrzehnte als sicheres Bollwerk gegen links und fand deshalb Wohlgefallen im breiten Bürgertum. Jetzt wird dieser systemerhaltende Korporatismus selbst als Standorthindernis angegriffen, gelten die Gewerkschaften als »Plage« (Guido Westerwelle). Von der IG Metall wird heute der gleiche vorauseilende nationale Gehorsam erwartet wird wie vom Parteifußvolk der SPD und die Teilnahme an jener Treibjagd auf »Sozialschmarotzer«, zu der Journalisten und Professoren täglich blasen. Die Gewerkschaft soll die »Verbetrieblichung« der Lohnfindung durch unternehmenstreue und streikunfähige Betriebsräte forcieren und auf die kollektive Regulierung der Arbeitsbeziehungen verzichten.

Mit seiner Empfehlung an die IG Metall, sich die Chemiegewerkschaft zum Vorbild zu nehmen, hat Schröder die Richtung gewiesen: Deutschland braucht nicht keine, sondern andere Gewerkschaften, so wie es nicht keinen, sondern einen anderen Sozialstaat braucht, beide als unverzichtbare Ordnungsfaktoren. Gebraucht wird eine schwarz-rot-goldene Gewerkschaft, die stolz darauf ist, das zu sein. Das Bild der »freien Gewerkschaft«, das man einst den Realsozialisten entgegengehalten hatte, wird abgehängt. Das fällt verständlicherweise nicht allen leicht.

Günter Jacob schrieb in KONKRET 8/02 über Antiisraelismus nach dem 11. September

Konkret 08/03, S. 16

Georg Fülberth

Eisheiliger Arbeiterfrühling

Nach der Streikniederlage im Beitrittsgebiet: Die IG Metall möchte stark und flexibel bleiben – im Umgang mit ihren Mitgliedern.

Die vorletzte große Streikniederlage der IG Metall fand 1954 in Bayern statt. Wer etwas davon weiß, erzählt eine heroische Geschichte. Dabei war die Gewerkschaft zunächst ziemlich konzeptionslos in den Konflikt hineingestolpert. »Die Argumente für die Kündigung des Vertrages durch die IG Metall waren volkswirtschaftlich mehr als fragwürdig« – so urteilte später Theo Pirker in seinem Buch *Die blinde Macht*, einer zweibändigen Geschichte des DGB. Er fuhr fort: »Ein Teil der Funktionäre der IG Metall war aber bestrebt, die Gewerkschaft neu zu aktivieren. Ihrer Ansicht nach konnte das am besten durch eine aktive Lohnbewegung geschehen.« Als es dann soweit war, wurde auf beiden Seiten mit großer Härte gekämpft, die Landesregierung setzte Polizei ein. (Innenminister war der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner.) Der Schlichterspruch wurde von den Streikenden abgelehnt, von der Gewerkschaftsführung aber angenommen, da die satzungsgemäße Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks nicht zustande kam.

Die politische Bedeutung des damaligen Konflikts bestand unter anderem darin, daß seit 1953 der DGB-Stratege Viktor Agartz eine »offensive Lohnpolitik« propagiert hatte. Der bayerische Wirtschaftsminister Seidel erklärte, die IG Metall solle sich hierfür gefälligst ein anderes Experimentierfeld suchen. Agartz wurde 1955 auf Betreiben der CDU/CSU-Gewerkschafter gestürzt, später sogar unter der Anklage des Landesverrats vor Gericht gestellt (dort allerdings freigesprochen).

Zeiten waren das ... Der IG Metall hat die damalige Niederlage übrigens nicht nachhaltig geschadet, sie wurde nämlich noch gebraucht, gerade in Bayern. Dieses Bundesland war eines der Akkumulationszentren der BRD: Aus Agrar- wurden moderne Industrieregionen, in denen schließlich, nachdem die ländlichen Reserven aufgebraucht waren, die Arbeitskräfte knapp wurden. Die Gewerkschaften setzten hohe Lohnforderungen durch, auch die IGM. Da war es gut, daß es den Flächentarif gab. Sonst hätten einige besonders kampfstarke Belegschaften noch viel mehr herausgeholt.

Die zweite schwere Streikniederlage der IG Metall, 2003, wird »historisch« genannt. Damit ist nicht die Vergangenheit gemeint, sondern die Zukunft.

Die Ausgangslage kann so beschrieben werden: Im Westen wird in der Metallindustrie 35 Stunden wöchentlich gearbeitet, im Osten 38. Als Ursache hierfür werden Unterschiede in der Produktivität genannt, das stimmt aber nicht. Der tatsächliche Grund ist die nach wie vor besonders hohe Arbeitslosigkeit im Osten. Da können die Unternehmer leichter ihre Bedingungen durchsetzen. Deshalb haben einige westdeutsche Firmen, darunter VW, Fertigungsstätten im Osten aufgemacht. Die sind erstens enorm produktiv und zweitens sehr rentabel, eben wegen der längeren Arbeitszeiten und niedrigeren Löhne.

Vom Osten geht ein Druck auf den Westen aus. Auch da besteht die 35-Stunden-Woche längst nicht mehr durchgehend. Viele Unternehmen – darunter einige besonders florierende – haben die Arbeitgeberverbände verlassen und müssen sich dann an nichts mehr halten. Häufig wird bei ihnen ohne Mehrbezahlung bis zu vierzig Stunden produziert. Wer sich weigert, bekommt zu hören, der Prinzipal erwäge, nach drüben zu gehen. Da läßt es sich begreifen, daß die IG Metall das Loch zunächst im Osten stopfen wollte. Ist Parität zwischen den alten und den neuen Bundesländern hergestellt, so geht die Überlegung, kann man auch im Westen wieder härter auftreten.

Die Rechnung hat ein paar Schwachstellen: Der Organisationsgrad im Osten ist gering. Gleich hinter den Grenzen von Brandenburg und Sachsen liegen die nächsten Niedriglohn-Gebiete: Polen und Tschechien. Teile der IGM-Führung, darunter der Vorsitzende Zwickel, hielten nichts von einem Streik um die 35-Stunden-Woche im Osten. Die Tatsache, daß er dennoch geführt (und verloren wurde), wird nun zwei Funktionären vom linken Flügel der IG Metall angelastet: dem Tarifexperten Jürgen Peters und dem Bezirksleiter Düvel. Daß diese sich auf die Auseinandersetzung einließen, resultiert wohl aus ihrer – wahrscheinlich realistischen – Wahrnehmung des inneren Zustandes der IG Metall und ihrem Bemühen, daran noch etwas zu ändern.

Worum es dabei geht, läßt sich gut am gegenwärtigen Stand der öffentlichen Überlegungen zur 35-Stunden-Woche zeigen. Die wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre als Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit gefordert. Durch Senkung der Wochenarbeitszeit könne die Arbeit unter mehr Beschäftigte geteilt werden.

Wer das will, braucht gute Kampfbedingungen, die wichtigste davon: Vollbeschäftigung. Unter diesen Voraussetzungen war seit Mitte der fünfziger Jahre allmählich die 40-Stunden-Woche erreicht worden. Jetzt aber gibt es diese Grundlage nicht mehr: Die Gewerkschaften sind durch die hohe Arbeitslosigkeit geschwächt.

Man muß sich sogar fragen, wieso die IGM unter solchen Umständen im Westen dennoch die 35-Stunden-Woche durchsetzen konnte. Bei dem für sie seit langem ungünstigen Kräfteverhältnis ging das nur, weil auch die Unternehmen

sich etwas davon versprachen. Die großen Firmen zumindest konnten die Arbeitszeitverkürzung leicht durch Rationalisierungen kompensieren. Dies stärkte noch einmal ihre Stellung gegenüber den kleinen und mittleren Betrieben, die teils ihre Konkurrenten, teils ihre Zulieferer sind. So erklärt sich, daß vor allem sogenannte mittelständische Unternehmen ihre Arbeitgeberverbände verlassen haben.

Gibt es einerseits die 35-Stunden-Woche, andererseits über mehrere Tarifrunden hinweg nur niedrige Abschlüsse, fällt der ursprünglich geforderte Lohnausgleich faktisch weg. Das ist dann eher wie latente Kurzarbeit. Die 35-Stunden-Woche hat nicht so viele Neueinstellungen gebracht, daß dadurch die Erwerbslosenquote gesenkt worden wäre. Natürlich kann man behaupten, daß es ohne sie noch schlimmer gekommen wäre. Das läßt sich schlecht überprüfen. Ist die Auftragslage gut, gibt es eher Überstunden als Neueinstellungen. (Schuld ist angeblich der Kündigungsschutz.) Dabei müssen zwar die Betriebsräte gefragt werden, die sagen aber ungern nein. Sie könnten sonst Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Basis kriegen, die Angst vor Produktionsverlagerungen hat und den Zusatzverdienst gern mitnimmt. Zu den Reformen, die das Andenken an den Arbeitsministers Riester (früher: Zweiter IGM-Vorsitzender) wachhalten, gehört nicht nur die nach diesem benannte kapitalgedeckte Rente. Er war auch federführend bei einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Zahl der Betriebsräte vermehrte und diese stärkte – vielleicht gar nicht so sehr in ihrem Verhältnis zu den Unternehmern, sondern zu den Gewerkschaften.

Wenn letztere die Konsequenzen aus ihrer ständigen Schwächung ziehen, kommt die Politik der IG Bergbau, Chemie, Energie heraus. Dort haben drei Instanzen das Sagen: erstens die großen Unternehmen, zweitens deren Betriebsräte und drittens der Vorsitzende Hubertus Schmoldt, dieser aber eher in der Funktion des Musterschülers, der die Forderungen der anderen Gewerkschaften demonstrativ unterbietet.

Die IG Metall wollte nie so werden, doch haben sich ähnliche Entwicklungen bei ihr schon lange angebahnt. Als Riester ihr Zweiter Vorsitzender war, kamen aus seiner Grundsatzabteilung allerlei Papierchen, die als »reformorientiert« gelobt wurden. Jetzt hat der Stuttgarter Bezirksleiter Berthold Huber den Part des Vordenkers übernommen. Der Vorstand nominierte im April aber nicht ihn, sondern Jürgen Peters als Nachfolger Zwickels. Das war knapp und überraschend und läßt sich vielleicht am besten durch eine Momentaufnahme der damaligen Situation interpretieren. Gerade hatten die Gewerkschaften begonnen, gegen Schröders Agenda 2010 Front zu machen, und da paßte die Präsentierung des sogenannten »Traditionalisten« Peters besser in ein Bild, das sich allerdings schnell wieder wandelte.

Nach dem SPD-Sonderparteitag am 1. Juni krochen die Gewerkschaften vor Schröder zu Kreuze. Ob Kampfentschlossenheit mehr gebracht hätte, weiß man nicht. In Frankreich zum Beispiel wurde gegen die Verschlechterung der Renten und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (= Rürup à la française) einen Monat lang nicht nur demonstriert, sondern immer wieder auch gestreikt. Am Ende hat sich die konservative Regierung durchgesetzt. Es ist ihr überdies gelungen, die Gewerkschaften auseinanderzudividieren – in, na ja, Traditionalisten und Kooperationsbereite. Die Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT) zeigte sich kompromißbereit. Dem Generalsekretär der Confédération Générale du Travail (CGT), Bernard Thibault, sollen die Eisenbahnstreiks etwas peinlich gewesen sein. Auch der französische Ministerpräsident Raffarin wird seine Hubers und Schmoldts finden.

Der ostdeutsche Metallarbeiterstreik war also doch nicht Bestandteil eines neuen Frühlings der Werktätigen, dessen Anfang man im Erlebensfall auf die Massendemonstration der italienischen Gewerkschaften am 23. März des vergangenen Jahres (Thema: Kündigungsschutz) hätte datieren können. In Deutschland stellte die Arbeiterpartei klar, daß sie vor allem Regierungspartei ist.

Indem der IGM-Vorsitzende Klaus Zwickel das »Scheitern« des Streiks dekretierte, verhinderte er eine Urabstimmung über ein etwaiges – und sei es noch so mieses – Verhandlungsergebnis. Das ist ein Unterschied zu 1954. Selbst eine formelle Annahme der Arbeitgeber-Bedingungen durch die Große Tarifkommission hätte der Genehmigung oder Ablehnung durch die Basis bedurft. Für die Worte des Vorsitzenden gilt das nicht.

Häufig wird jetzt vorhergesagt, die Niederlage der IG Metall werde über kurz oder lang das Ende der Flächentarifverträge in Ost und West bringen. Das muß nicht sein. Besser als die Abschaffung dieser Regelwerke gefällt den Unternehmern nämlich deren Umgestaltung nach ihren Vorstellungen: mit niedrigen Abschlüssen und Öffnungsklauseln. Den Gewerkschaften wird einleuchten, daß das immer noch günstiger ist, als wenn sie vorher gar nicht mehr gefragt werden.

Friedrich Merz hat nun ein Streikverbot ins Gespräch gebracht. Damit dürfte er weitgehend allein bleiben. Der Kanzler hingegen rief den Gewerkschaften nach, sie seien unverzichtbar, und sie müßten sogar stark sein. Ähnlich stand es auch in Zeitungen, die vorher den Streik verurteilt hatten. Die spätere Aufmunterung war keine Heuchelei. Rente mit 67, Lockerung des Kündigungsschutzes, Kürzung des Arbeitslosengeldes, »Arbeitszeitkorridore« bis 40 Stunden: Das wünscht man sich hierzulande tatsächlich als Ergebnis eines Konsenses. Dies wäre sozusagen die B-Ausgabe des Rheinischen Kapitalismus. Gewerkschaftsführungen, die sich dabei nützlich machen wollen, müssen flexibel und stark sein, nämlich im Umgang mit den Mitgliedern. So gesehen, werden sie künftig tatsächlich gebraucht, auch eine – wenngleich gewendete – IG Metall. Damit tritt auch für die einstige Gewerkschaft Otto Brenners das Dichterwort in Kraft: »Und was sie ist, das

wage sie zu scheinen.«

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 7/03 über den Konformismus der SPD

Konkret 08/03, S. 18

Peter O. Chotjewitz

»Ciao, Fritz!«

Deutsch-italienische Kabalen: ein Stück modernes politisches Theater.

Ich war zwanzig, als ich zum ersten Mal »Fritz« genannt wurde. Ich betrachtete eine staufische Kathedrale, irgendwo in Apulien, jemand winkte mir huldvoll zu und rief: »Ciao, Fritz!« Noch schlimmer erging es meinem Sohn David. Als er 1970 in Rom in die Volksschule kam, hoben sich immer ein paar Arme, und die Ragazzi riefen in aller Freundschaft: »Heil Hitler!«

Ich war beleidigt, gewiß. Ausgerechnet einen durchtriebenen Preußen-Hasser als »Fritz« zu bezeichnen, war dumm, und die Begrüßung meines Sohnes eine grobe Beleidigung, da er nur mütterlicherseits braun eingefärbt war, väterlicherseits jedoch eine nahezu untermenschliche Weste trug.

Aber ging ich je über zur Gegenattacke, wenn im Ausland irgendwo eine der notorischen antideutschen Verbalinjurien ertönte? Wie könnte ich jemals von den Herren Bossi, Fini, Berlusconi, Stefani, und wie die aufgeblasenen Duci alle heißen, die ein Teil des italienischen Volkes in seiner Geistesverwirrung in die Sinekuren der westlichen Demokratien wählt, beleidigt werden?

Herr Berlusconi verkörpert eine neue Struktur und Qualität des modernen Parteiensystems und Staatswesens. Begriffe wie Gemeinwohl, Gewaltenteilung, Anstand, Respekt sind ihm fremd. Privatwirtschaft, staatliche Macht und Gangstertum sind in seiner Person vereint.

Die für den demokratischen Staat seit dem neunzehnten Jahrhundert typische Arbeitsteilung zwischen Politikerklasse und ökonomischer Hegemonie ist in ihm aufgehoben, und deshalb geht die moralistische Kritik auch an der Sache vorbei. Berlusconi ist so unmoralisch wie eine Schlange, die eine Maus frißt.

Der Reichtum übt, nach dem Verfassungsverständnis dieses Italieners, seine Macht nicht mehr nur durch die direkte Beamtenkorruption und die Allianz von Regierung und Börse (Engels, Lenin) aus, sondern in erster Linie durch die Personalunion. In der Trattoria da Berlusconi kocht der Chef selber.

Entsprechend kann der Staat, der sich in der Person des Souveräns Berlusconi manifestiert, dessen zentrale Botschaft lautet »L'état c'est moi!«, auch nicht mehr dem Ausgleich bzw. der Verkleisterung der Klassengegensätze dienen. Er schafft sich seine Legitimation und Massenbasis durch ein System hierarchisch angeordneter, scheinbar persönlicher Beziehungen, deren Struktur in der Tat dem Aufbau der mafiosen Gruppe gleicht, wie man ihn auch in volkstümlichen totalitären Systemen findet.

Worin liegt also die Beleidigung der Deutschen bis hinauf in die obersten Ränge der politischen Klasse? Nicht darin, daß ein Europaabgeordneter namens Schulz, der sich wichtig nimmt und meint, er könnte Jupiter ans Bein pinkeln, von diesem nach Gutsherrenart mit einem beleidigenden Vergleich zurechtgewiesen wird. Erst recht nicht in ein paar inhaltlich korrekten Charakterisierungen deutscher Touristen an Hesperiens schönen Stränden durch eine Null namens Stefano Stefani, Staatssekretär im italienischen Wirtschaftsministerium.

Der Skandal liegt tiefer. Es ist jenen sozialen Kräften, die den Aufbau der EU vorantreiben lassen, offensichtlich egal, von wem dieses neue Europa regiert wird, wenn nur ihre ökonomischen Zielsetzungen erfüllt werden. Es gibt offensichtlich keine normativen Instrumente, die verhindern könnten, daß das, was bislang auf Länderebene normal war, nämlich, daß irgendwo ein Haider, Bossi, Pim Fortuyn, Schröder, Blair regiert, nun auch auf EU-Ebene stattfindet. Es gab, sagt man, keine Möglichkeit, Berlusconi auf europäischer Ebene zu verhindern, und das ist das eigentliche Problem.

Was Herrn Schulz betrifft, so war er ein vielbelachter Trottel in einem TV-Serienhit der sechziger Jahre – »Stalag 13, ein Käfig voller Narren«, bekannt auch als »Hogans Heroes«. Der dort agierende Feldwebel Schulz, italienisch »Shultz«, wird in den Chat-Rooms noch heute abgefeiert, sobald ein Hogan-Revival droht: »Also ich find Schulz umwerfend komisch und saucool.« An ihn dürfte Berlusconi gedacht haben, als er nach einem kleinen Vergleich suchte. (»Schulz« ist im übrigen ein seit Lubitschs »Sein oder Nichtsein« auch international beliebter KZ-Scherge.)

Der stets diensteifrige Feldwebel »Shultz« hat als Paradigma des teutschen Nibelungen in Italien also einige Tradition – am schönsten gepflegt im Comic-Strip »Sturmtruppen«, der jahrzehntelang in der KP-nahen Boulevardzeitung »Paese sera« erschien und den teutonischen Trampel nicht nur ikonographisch auf die Schippe nahm, sondern auch sprachlich.

In »Sturmtruppen« ruft der Feldwebel »Diafolo!« oder gibt den Befehl: »Soldaten, in marcen!« Seinen Mannen rät er: »Non apettatevi ke kutten funzionen«,* und das Publikum quittierte die Verballhornungen der italienischen Sprache mit dem emphatischen Ausruf: »Sturmtruppen, che rideren!«**

Ganz sinnlos war der jüngste deutsch-italienische Krieg also nicht. Er lehrte zumindest eins: Es wäre Zeit, darüber nachzudenken, ob sich alte Mentalitäten und Feindschaften tatsächlich durch Massentourismus, internationalen Warenverkehr und Einheitswährung binnen zweier Generation verschleifen.

Das Auf und Ab der deutsch-italienischen Beziehungen seit, sagen wir, dem »Sacco di Roma«, also der Verwüstung Roms durch deutsche Truppen im Jahre 1527, hat erst dieser Tage Gian Enrico Rusconi in seiner Untersuchung *Germania Italia Europa* dargestellt. Stichworte: Die angebliche Prädisposition der Italiener für den Verrat an Deutschland und die deutsche Präpotenz.

Man sollte dies Büchlein deshalb ins Deutsche übersetzen, wenn man der Frage nicht selber nachgehen mag, wer wen beleidigt hat in den letzten Wochen, denn peinlich war schließlich auch die Selbstgerechtigkeit, mit der man in Deutschland sich wieder mal als armes Opfer zu stilisieren wußte, als ob man sich im Ausland nicht noch eine Scheibe abschneiden könnte zur Behandlung der urdeutschen Neigung zur Xenophobie.

Scheinbar neu am jüngsten europäischen Ehekrach war eigentlich nur, daß die antideutsche Schmähredе, die lange eine Domäne der Linken war, nun auf der Rechten hoffähig zu sein scheint, aber auch dieser Paradigmenwechsel könnte rational erklärbar sein.

In Italien schwelt, seit Berlusconis Wahl, eine unlösbare Regierungskrise. Die Interessen der drei Regierungschefs Fini, Bossi, Berlusconi sind zu unterschiedlich. Vor allem die Nationale Allianz Finis, die im Faschismus und Monarchismus wurzelt und damit streng zentralistisch denkt, reibt sich an der separatistischen (sowie rassistischen) Lega Nord Bossis, die zunächst eine bundesstaatliche Ordnung anstrebt.

So könnte es gewesen sein: Berlusconi nutzt die Kritik des Deutschen Feldwebels Shultz an seiner Unmoral zur üblichen Schmähredе, die nur in einem Rückgriff auf die deutschen Todsünden in der Nazizeit bestehen kann. Die Attacke gegen die prompte deutsche Empörung überläßt der Schlaufuchs seinem politisch nicht eben intelligenten Staatssekretär Stefani von der chauvinistischen Lega Nord. Der tritt nun erst recht voll ins Fettnäpfchen, denn das deutsche Monster will geliebt, nicht aber seiner Teutonenhaftigkeit wegen verunglimpft werden und gibt Berlusconi somit Gelegenheit, im Interesse der adriatischen Gastronomie seinen aufmüpfigen Regierungspartner Bossi zu deckeln. Dementsprechend lauteten die Agenturmeldungen am 12. Juli: »Deutsch-italienische Freundschaft; Berlusconi beendet Regierungskrise; deutsche Touristen willkommen; keine Alternative zur Regierung Berlusconi.«

Also doch nur Theater, aber politisches.

Peter O. Chotjewitz schrieb in KONKRET 7/03 über die Europa-Visionen des Jürgen Habermas

Konkret 08/03, S. 18

Rayk Wieland

Soufflé im Taifun

Erst kursierten Listen mit Namen von etlichen, ja fast allen Politikern im Deutschen Bundestag, die telefonisch aus dem Hohen Haus sexuelle Dienstleistungen akquiriert haben sollten. Dann hatte es diese Listen nie gegeben. Dann sollten auf diesen nicht vorhandenen Listen und unter den nicht existierenden Anrufern Minister, Vorstandsmitglieder der Parteien sowie sogar Ministerpräsidenten verzeichnet gewesen sein. Dann stellte sich Wolfgang Thierse persönlich vor seine Männer und erklärte, daß kein Mensch hinter seinem Rücken wen auch immer angerufen habe. Dann erfuhr die interessierte Öffentlichkeit, daß doch ein winziger Anruf, und zwar im Januar, getätigt worden sei. Und dann brach der Skandal, der zu Hoffnungen Anlaß gegeben hatte, zusammen wie das Soufflé im Taifun.

Traurig, aber wahr. Bis zuletzt hatte man heftigst ersehnt, daß es doch ein paar Politiker gebe, die nicht nur Gesetzgebungsroboter sind, sondern menschliche Regungen zeigen. Politiker, die offen sind, die Interessen haben und die finden, daß Politik sich auch lohnen müsse, wenigstens für den Politiker. Die ein Herz haben, die erreichbar sind, die sich selbst einbringen, die zurückgerufen werden möchten.

Die letzten Korruptionsfälle liegen auch schon wieder Jahre zurück. Menschen, die damals glaubten, die deutsche Politik werde endlich rationaler und berechenbarer, wirken heute ernüchtert. Sie erhofften sich Politiker, die kooperieren, die mitdenken und die da sind, wenn man sie braucht. Wer sich die gegenwärtige Bundesregierung ansieht, weiß, daß diese Hoffnungen grausam enttäuscht wurden. Kein Wunder, daß es mit der Wirtschaft bergab ging. Keine Frage, daß die Politikverdrossenheit zunahm.

Mit der Ächtung der Korruption wurde dem Ansehen der deutschen Politik im In- und Ausland zweifellos großer Schaden zugefügt. Das Ausbleiben des Sexskandals im Bundestag ist ein weiteres Desaster. Was sind das für Leute, die in dem Haus mit dem gläsernen Präservativ auf dem Dach arbeiten? Bereicherung und Wollust scheinen ihnen fremd zu sein. Das aber sind menschliche Grundbedürfnisse. Wenn nicht einmal die Herrschenden in der Lage sind, sie zu befriedigen, dann kann man den Kapitalismus gleich bleiben lassen. Dann ist, wenn‘s auch keiner hören will, die Revolution wieder in Rufweite.

Hallo??

Konkret 08/03, S. 20

Stefan Frank

»Radikalste Revision des Versailler Vertrages«

Die deutsche Wirtschaft hat seit 1990 stark nach Osten expandiert, nun folgt die EU.

Als der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft im vergangenen Dezember sein 50jähriges Bestehen feierte, war auch Gorbatschow unter den Gästen. Klaus Mangold, der Leiter des Ost-Ausschusses, würdigte dessen Verdienste: »Mit 400 Millionen Verbrauchern, guten Verkehrsbedingungen, niedrigen Arbeitskosten und einer gut ausgebildeten Bevölkerung können die Märkte im Osten den Deutschen erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen.« Die Direktinvestitionen in Osteuropa seien in den vergangenen fünf Jahren um 112 Prozent auf 25 Milliarden Euro gestiegen. Sie abzusichern und noch besser nutzbar zu machen, ist das Ziel der im Juni in Thessaloniki beschlossenen Ost-Erweiterung der EU.

»Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien«, schrieb Lenin 1915. Darüber, wie geteilt werden solle, konnte man sich indessen lange Zeit nicht einigen. Deshalb hatte der Graf Coudenhove-Kalergi, der in den zwanziger Jahren den »Zusammenschluß Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband« mit gemeinsamer »europäischer Währung« und ein »europäisches Militärbündnis« zwecks »gemeinsamer Erschließung der europäischen Kolonien« forderte, mit seinem 1923 erschienenen Buch *Paneuropa* zwar einen publizistischen Erfolg, fand aber bei den Führern des Kapitals kein Gehör.

Das wunderte ihn, schließlich habe Deutschland »als führender Industriestaat Europas« »das stärkste Interesse an der Schaffung des europäischen Zollvereins«, »die Schaffung des Europäischen Staatenbundes« sei »die radikalste Revision des Versailler Vertrages«. Doch die 1926 von Coudenhove in der sehr um das Wohl des deutschen Imperialismus bemühten Zeitschrift »Der deutsche Gedanke« entfachte Paneuropa-Debatte wurde jäh beendet, als Chefredakteur Axel Schmidt erklärte, gegen den Versailler Vertrag solle man lieber »die Waffe des Selbstbestimmungsrechts« gebrauchen.

Erst als die deutsche Bourgeoisie nach 1945 sah, daß die Pläne zur militärischen Eroberung Europas offenbar einen Rückschlag erlitten hatten, kam die Paneuropa-Ideologie wieder in Mode. Nach Osten hin blieb der Handlungsspielraum allerdings vorerst begrenzt; erst seit 1989 darf westeuropäisches Kapital wieder frei reisen. Noch bevor die ersten deutschen Sex-Touristen nach Slubice kamen, schickte der Internationale Währungsfonds seine Repräsentanten nach Warschau und Budapest. Sie sollten den dortigen Politikern die Funktionsweise der unsichtbaren Hand des Marktes erklären.

Zu den nach Polen gesandten westlichen Botschaftern des Kapitals gehörten Mark Allen und Rick Haas. In einem Artikel in der Zeitschrift »IMF Staff Papers« (Vol. 48, 2001) erinnern sie sich, wie glücklich sie 1990 waren, als sie sahen, wie schnell Warschau sich veränderte und wie gut die Mittel wirkten, die sie der Regierung empfahlen. Dort, wo einmal das Warschauer Ghetto gestanden und wo später Märsche zum 1. Mai stattgefunden hatten, da entstand nun ein Markt, auf dem jeder Warschauer seinen Hausrat loswerden konnte. Rentner verkauften ihre Kleider und andere überflüssige Sachen, die sie in der Hand hielten oder auf dem Boden ausgebreitet hatten. Auf einen Schlag wurden alle Polen zu Unternehmern, die unsichtbare Hand hatte ihren Segen verbreitet.

Aber die Ökonomen des IWF erzählen auch Überraschendes: So hätten etwa manche Politiker in Warschau die irrsinnige Idee gehabt, staatliche Unternehmen vor dem Verkauf zu modernisieren, um sie nicht zu einem absoluten Ausverkaufspreis verscheuern zu müssen. Die beiden Experten rieten dringend ab, sie fürchteten die »Rückkehr der zentralen Planung durch die Hintertür«. Glücklicherweise war Polen schon nach kurzer Zeit der Transformation so bankrott, daß an ein Hochtreiben der Preise nicht mehr zu denken war. Das ehemalige Volkseigentum ging zu einem günstigen Preis an vornehmlich deutsche Käufer über, wobei die Schnäppchenpreise noch weiter ermäßigt wurden durch die vom IWF und den Gläubigern angeordnete Abwertung der Währung.

Damit Investoren kontrollieren können, ob die Verelendung der Bevölkerung in Osteuropa die gewünschten Fortschritte macht, müssen die dortigen Regierungen regelmäßig Bericht erstatten. Auf der Internetseite des IWF kann man die unterwürfigen Briefe lesen, die osteuropäische Finanzminister und Notenbankpräsidenten an »Dear Mr. Köhler« in Washington schreiben. Sie erklären darin, was sie bereits für die ausländischen Gläubiger und Investoren getan haben und was sie noch zu tun gedenken. Dafür bekommen sie dann Zeugnisse ausgestellt: Vom IWF, von der EU (in den regelmäßig erscheinenden »Enlargement Papers«) und in den Länderberichten der OECD.

Dabei müssen sie immer wieder erfahren, wie schwer es ist, die Ansprüche des westlichen Kapitals zu befriedigen. Selbst der tschechischen Regierung wurde im »OECD Economic Survey« vom April 2003 vorgeworfen, nicht alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft marktgerecht ausgerichtet zu haben: Die Tatsache, daß Mieten noch nicht völlig freigegeben seien, behindere die »Mobilität der Arbeitskraft«. Die Lohnnebenkosten seien zu hoch. Gesetze, die Massenentlassungen regeln, seien »umständlich und anspruchsvoll« (»cumbersome and demanding«). Dringend sei eine Rentenreform nötig, bei der die privaten Versicherungen mehr profitieren, außerdem müsse das Renteneintrittsalter erhöht werden. Aus Sicht

der OECD das größte Übel: Das tschechische Gesundheitssystem funktioniere immer noch viel zu gut. Unter den Osteuropäern leisteten sich nur die Slowenen ähnlich viel Gesundheit. Zwar seien die Kosten bislang unter Kontrolle gehalten worden – in Zukunft aber könnten sie steigen (was möglicherweise zu höheren Steuern und Abgaben für die in Tschechien ansässigen westeuropäischen Konzerne führen würde). Deswegen sollten die medizinischen Bedürfnisse »enger definiert« (»defined more narrowly«) und »Überkapazitäten« im Gesundheitswesen abgebaut werden. – Hier hat sich die Prager Regierung allerdings schon an die Arbeit gemacht: »The Czech government is currently preparing adjustments«, loben die Autoren der Studie.

Viel Lob spenden die Autoren solcher Berichte meist auch dem osteuropäische Bankwesen. Weil es sich mittlerweile fast vollständig in den Händen westeuropäischer Konzerne befinde, sei es »sehr stabil«. Zu dieser Stabilisierung beigetragen haben vor allem die Hypo-Vereinsbank, die Raiffeisen-Zentralbank Österreich, die belgische KBC und die Bank Austria (die inzwischen von der Hypo-Vereinsbank übernommen wurde).

Der Volkswagen-Konzern hat nach dem Kauf von Skoda ein Werk im slowakischen Bratislava errichtet. Bis 2007 braucht VW dort keine Steuern zu zahlen. Die Deutsche Telekom und die Stromversorger RWE und Eon haben in Osteuropa zahlreiche Beteiligungen erworben. Dabei handelt es sich um sichere Geschäfte, da mit den Firmen zusammen die Kundschaft übernommen wird. Auch sind der Stromverbrauch und die Zahl der vermittelten Telefongespräche kaum konjunkturabhängig.

Wie der Transformationsprozeß von der sozialistischen Wirtschaft zur kapitalistischen Peripherie genau verlief, erfährt man in einem Buch über die Osterweiterung der EU, das der Wiener Historiker und Journalist Hannes Hofbauer kürzlich veröffentlicht hat. Hofbauer beschreibt, wie die »Privatisierungen« vonstatten gingen, worauf das westliche Kapital besonderen Wert legte und welche nationalen Besonderheiten es dabei gab.

So war etwa Rumänien 1989 schuldenfrei, Polen hingegen hochverschuldet und damit der Willkür der Gläubiger ausgeliefert. So wurde es zum Lieblingsspielfeld des Kapitals. Der vom IWF geschickte Harvard-Ökonom Jeffrey Sachs empfahl eine Schocktherapie mit einer die Ersparnisse der Bevölkerung vernichtenden Hyperinflation und Streichung aller staatlichen Subventionen. Finanzminister Leszek Balcerowicz, den Hofbauer den »eigentlichen Feldherrn der polnischen Wendepolitik« nennt, führte die Maßnahmen durch und sorgte dafür, daß der Staat den zum Verkauf stehenden Unternehmen den Strom subventionierte und ihre Altschulden übernahm. Allein auf den Markt wollte man sich also lieber doch nicht verlassen, das Wohl deutscher, französischer und amerikanischer Konzerne war wichtiger. Für sie wurden außerdem »Sonderzonen« eingerichtet, in denen Steuervergünstigungen gelten.

Einige osteuropäische Länder mochten nach 1989 nicht so recht einsehen, warum sie sich dem Diktat der neuen Herren aus dem Westen bedingungslos unterwerfen sollten. Es waren Rumänien, die Slowakei und Jugoslawien. Dort stellte man zwar nicht in Frage, daß die Zukunft nur eine kapitalistische sein könne, aber über den Weg dorthin wollten die jeweiligen Regierungen schon mitreden dürfen.

Ihren (allerdings paradoxen) Versuchen, kapitalistische Produktion und »Marktwirtschaft« einzuführen, dabei aber staatliche Souveränität aufrechtzuerhalten, widmet Hofbauer ein eigenes Kapitel. Er beschreibt, wie sich der rumänische Präsident Iliescu bis 1996 weigerte, den Bergbau vollständig zu privatisieren (oder zu schließen), und sich deshalb den Zorn westlicher Politiker und Medien zuzog, die ihn als »Nationalisten«, als »Kommunisten« oder gleich als »Nationalkommunisten« beschimpften.

Ähnlich erging es dem slowakischen Präsidenten Vladimír Meciar, der mit russischer Unterstützung bis 1998 eine relative Unabhängigkeit bewahren konnte, sich weigerte, den Energiesektor zu privatisieren und deshalb von der EU als »Diktator« bekämpft wurde. Beide Länder litten besonders unter Handelssperren mit vormals wichtigen Handelspartnern wie Jugoslawien, Syrien und Libyen. Die Waffenindustrie, der früher wichtigste und modernste Industriezweig der Slowakei, war schon 1990 vom damals noch tschechoslowakischen Präsidenten Havel stillgelegt worden. Bei den Wahlen im letzten Jahr verhinderten die EU und die USA einen möglichen Sieg von Meciars Partei HZDS, indem sie die anderen Parteien finanziell unterstützten und drohten, daß die Slowakei bei einem Erfolg Meciars keine Chance auf einen EU-Beitritt habe.

Was aus Jugoslawien wurde, ist bekannt. Sowohl Ion Iliescu als auch Vladimír Meciar änderten nach dem Nato-Überfall auf Jugoslawien übrigens ihre Meinung gegenüber dem westlichen Angriffsbündnis und hatten nun gegen einen Nato-Beitritt ihrer Staaten nichts mehr einzuwenden. Hofbauer schreibt, daß er in einem Gespräch mit Augustín Húska, dem Chefökonomen der HZDS, erfahren habe, daß dieser Sinneswandel eine direkte Folge des von der Nato an Jugoslawien statuierten Exempels sei. Manchmal braucht die unsichtbare Hand des Marktes eben ein paar Bomben, um ihr Ziel zu erreichen.

Nachdem nun ganz Osteuropa kapituliert hat, kann das »absolut wichtigste Feld der Außenwirtschaft« (Clement) endlich richtig beackert werden. Davor, daß mit der EU-Erweiterung die Löhne in Osteuropa merklich steigen könnten, hat die deutsche Industrie keine Angst. Dafür kann sie noch besser die Arbeiter im Westen disziplinieren. Angesichts des Metaller-Streiks in Ostdeutschland erklärte Bernd Gottschalk, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie: »Der Streik gibt

Oberwasser für Osteuropa, nicht für Ostdeutschland.« Zeitgleich mit der Angliederung des Ostens drängt vor allem die deutsche Regierung auf eine stärkere »politische Integration«. Es könne nicht mehr alles im Konsens beschlossen werden, statt dessen brauche man Mehrheitsentscheidungen und einen starken europäischen Außenminister.

Von den USA wird die Erweiterung der EU in offiziellen Stellungnahmen meist begrüßt. Die französische Tageszeitung »Le Monde« machte allerdings anläßlich des EU-Gipfels darauf aufmerksam, daß es in den USA durchaus Sorge über den Aufstieg eines Rivalen gibt: »L'‘Europe superpuissance' fait peur à l'Amérique«, war der Artikel überschrieben (22.6.03). Zwar hätten Frankreich und Deutschland nicht die Möglichkeit, militärisch mit den USA zu konkurrieren, aber diplomatisch könnten sie über die Uno und die EU Druck ausüben und den Einfluß der USA in Afrika, im Nahen Osten und in den internationalen Organisationen schwächen. Die osteuropäischen Staaten hingen in naher Zukunft mehr vom Geld aus Deutschland und Frankreich ab als vom militärischen Schutz der USA. Ein Journalist der amerikanischen Wochenzeitung »The New Republic« wird in dem Artikel von »Le Monde« mit den Worten zitiert, es sei »vielleicht schon zu spät, um das Schlimmste zu verhindern«.

Eine diplomatische Niederlage haben die USA kürzlich in Osteuropa erlitten. Sie hatten die osteuropäischen Länder gedrängt, bilaterale Abkommen zu unterschreiben, die US-Bürger vor Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) schützen. Einzig Rumänien unterschrieb. Der »Boston Globe« zitierte daraufhin ein Mitglied der estnischen Regierung: »Wir werden erst unterschreiben, wenn die EU-Richtlinien es uns erlauben.«

Literatur:

Hannes Hofbauer: *Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration.* Promedia, Wien 2003. 240 Seiten, 17,90 Euro

---

Stefan Frank schrieb in KONKRET 7/03 über das Wörterbuch der Agenda 2010

Konkret 08/03, S. 22

Thorsten Fuchshuber

»Schutz ohne Migration«

Die EU plant neue Maßnahmen zur Flüchtlingsbekämpfung.

Einmal mehr gedachte Deutschland am 21. Juni der toten Flüchtlinge. An diesem Tag wurde in Berlin-Treptow sogar ein Denkmal für einen von ihnen errichtet. Chris Gueffroy war der letzte von etwa 800 Menschen, die auf der Flucht in den Westen an der Ostgrenze der DDR zu Tode kamen.

Zeitgleich mit der Gedenkfeier spielte sich ein paar tausend Kilometer weiter südlich der Epilog eines Flüchtlingsdramas ganz anderen Ausmaßes ab. Am 20. Juni war vor der tunesischen Küste ein Schiff, das Migranten aus Nordfrika an Bord hatte, bei schwerer See gesunken. Nur 41 Menschen konnten gerettet werden, weitere fünfzig wurden tot geborgen. Tags darauf, als man in Treptow an die einzigen Flüchtlinge erinnerte, für die das Gros der Deutschen Mitgefühl hat, waren im Mittelmeer noch immer Suchmannschaften vergeblich damit beschäftigt, nach den verbleibenden 200 Vermißten Ausschau zu halten. Kein Einzelfall – fast täglich meldeten im Juni die Agenturen, daß erneut ein Boot mit Flüchtlingen vor einer der Küsten Südeuropas gesunken sei. Wie häufig es Havarien gibt, die gar nicht erst bekannt werden, ist kaum abzuschätzen.

Für die unzähligen Opfer dieser Dauertragödie wird es allerdings keine staatlichen Denkmäler geben. Im Gegenteil, als abschreckende Beispiele sind sie Teil des Kalküls der europäischen Antimigrationspolitik, die mit den geplanten Maßnahmen zur Sicherung der EU-Außengrenzen immer mehr zum offenen Krieg gegen Flüchtlinge übergeht. Während auf administrativer Ebene die Einführung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems vorangetrieben wird, sterben im Mittelmeer Hunderte jener Migranten, die durch die Abschottung Europas zu illegaler Einwanderung gezwungen sind. Die unvollständige Chronik nur eines Monats:

?Am 5. Juni springen vor der südspanischen Küste mehr als 20 Personen von Bord eines Flüchtlingsschiffs, als die Küstenwache sich nähert. Zwei Menschen ertrinken.

?Am 10. Juni sinkt ein mit 25 Flüchtlingen aus Afrika besetztes Boot vor der Kanareninsel Fuerteventura, als eine Polizeipatrouille das Schiff stoppen will. 16 Schiffbrüchige werden gerettet, acht werden tot geborgen, eine Person bleibt vermißt.

?Am 16. Juni sterben beim Untergang eines Flüchtlingsbootes südlich von Sizilien vermutlich fast 70 Menschen, nur drei Passagiere werden gerettet.

?Am 19. Juni werden 140 Menschen von der italienischen Küstenwache aus Seenot gerettet.

?Am 20. Juni rettet die italienische Marine weitere 100 Flüchtlinge, deren Boot zu sinken droht.

?Am 29. Juni sinkt ein Boot mit einer unbestimmten Zahl von Menschen vor der Küste Tunesiens. 30 Flüchtlinge werden gerettet, eine unbekannte Anzahl bleibt vermißt. Später werden acht Tote an Land geschwemmt.

Besonders die kleine, zwischen Sizilien und Tunesien gelegene, italienische Insel Lampedusa war in den vergangenen Monaten Ziel vieler Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten; mehr als 3.000 Personen sind dort allein im Juni an Land gegangen. Nachdem eine unentdeckte Überfahrt vor und während des Irakkriegs aufgrund der vielen Kriegsschiffe im Mittelmeer nahezu unmöglich war, hoffen nun schätzungsweise etwa eine Million Menschen an den Küsten Libyens und Tunesiens auf ihre Chance, nach Europa zu gelangen. Meist bezahlen sie mehrere Tausend Dollar für die Fahrt auf einem der völlig überfüllten Schrottkähne. In Lampedusa angekommen, werden sie häufig in ein Internierungslager gebracht, bevor sie aufs Festland geflogen werden. Tausend Flüchtlinge werden dort zur Zeit hinter Stacheldraht festgehalten; für ein Drittel war das Lager ursprünglich konzipiert worden.

Die italienischen Behörden indes autorisierten Ende Juni die Küstenwache, Flüchtlingsboote zurückzuschicken, falls diese noch seetüchtig seien und keine »genuinen« Asylsuchenden an Bord hätten. Die zu erwartenden Toten bei diesem »beschleunigten Asylverfahren« nimmt die italienische Regierung offenbar gerne in Kauf. Und auch der Rat der Europäischen Union spekuliert unverwunden mit diesem Umstand. So wird darüber nachgedacht, zur Abschreckung eine »regionale Task Force der EU zu errichten« die in den Herkunftsländern der Migranten präsent sein müsse, um »präzise und verläßliche Informationen« über die »Risiken im Zusammenhang mit dem Menschenschmuggel« zu verbreiten.

Dieser zynischen Logik entsprechend setzte Umberto Bossi, Chef der rechtsextremen Lega Nord und Minister im Kabinett Silvio Berlusconis noch eins drauf: In einem Interview forderte er, die Küstenwache solle die Flüchtlingsboote beschießen, falls diese nicht umkehren wollten. Ganz im Sinne der geplanten Task Force fertigte er entsetzte Journalisten mit der Bemerkung ab, daß reisen eben gefährlich sei.

Auch andere Mitglieder der italienischen Regierung nahmen eifrig am Kreativitätswettbewerb zur Flüchtlingsabwehr teil. Außenminister Franco Fratini etwa will Staaten, die Migranten auf eigenem Territorium an der Überfahrt nach Italien

hindern, eine »Belohnung« zukommen lassen. Berlusconi selbst versucht Libyen zu überreden, italienische Soldaten zur Sicherung libyscher Häfen und Grenzen ins Land zu lassen.

Zwar sträubt sich die Regierung in Tripolis noch gegen diese Form der Aufgabe staatlicher Souveränität, doch Anfang Juli unterzeichneten der italienische Innenminister Giuseppe Pisanu und der libysche Justizminister Mohammed Mosrati ein Abkommen mit dem Ziel, »die illegale Einwanderung gemeinsam zu bekämpfen«. Dazu sollen Schiffe der italienischen und der libyschen Marine künftig gemeinsam vor der Küste des nordafrikanischen Landes patrouillieren. Sogar das Waffenembargo gegen Ghadaffi wird in Rom mittlerweile in Frage gestellt: Zur Verbesserung der Grenzkontrollen will man Libyen Nachtsichtgeräte, bewaffnete Schnellboote und anderes Material verkaufen – Flüchtlingsbekämpfung ist nicht zuletzt ein Geschäft.

Bereits einige Monate zuvor hatte die britische Regierung ein Konzept veröffentlicht, das unter dem Titel »New Vision for Refugees« neue Maßstäbe der Abschottung Europas setzt. Der zentrale Gedanke des Papiers sieht die Rückführung von Asylsuchenden in ihre Herkunftsregionen vor, wo sie in sogenannten »regionalen Schutzzonen« untergebracht werden sollen. Komme beispielsweise ein Flüchtling aus dem Irak in ein EU-Land, um dort Asyl zu beantragen, so könne dieser bis zum Entscheid über seinen Antrag »in eine Schutzzone in, sagen wir, der Türkei, dem Iran oder den Kurdischen Autonomiegebieten« verbracht werden. Dieser »Schutz ohne Migration« diene ebenfalls der Abschreckung von »Wirtschaftsmigranten«, weil es für sie dann nicht mehr lohnenswert wäre, die Risiken, die mit der Flucht in ein EU-Land verbunden sind, in Kauf zu nehmen.

Die britischen Vorschläge sehen zudem auch Sanktionen und Militäraktionen gegen die Herkunftsländer von Migranten vor, um die »Ströme genuiner Flüchtlinge« zu reduzieren. Es gelte anzuerkennen, daß das probateste Mittel gegen Flüchtlingsströme in der Beseitigung jener Ursachen liege, die den Schutz erst notwendig machten.

Der Gedanke einer Internierung von Flüchtlingen durch die EU in exterritorialen Gebieten löst bei einigen Regierungen noch Unbehagen aus. »Wäre es denkbar, daß sie (die Flüchtlinge; T.F.) der Gerichtsbarkeit der Zielländer entzogen werden?«, fragt auch der Rat der EU mit Blick auf den Rechtsstatus der Migranten in diesen »Schutzzonen« vorsichtig nach. Die europäischen Medien hingegen, die nicht müde werden, die US-Regierung dafür zu geißeln, daß sie Talibankämpfer auf dem US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba gefangen hält, bleiben angesichts der nach dem selben Muster anvisierten Megalager der EU verblüffend still.

Mehr noch: Bei den Vereinten Nationen stößt die Idee aus Whitehall auf interessierte Zuhörer. Das Flüchtlingshochkommissariat der UN legte vor dem EU-Gipfel am 19. und 20. Juni in Thessaloniki eine modifizierte Version dieser Anregung vor. Ihr Vorsitzender Ruud Lubbers schrieb am 20. Juni in der britischen Tageszeitung »Guardian«, es gelte jene Flüchtlingsgruppen auszusondern, die das System »ausnutzten«, »namentlich Asylsuchende aus Ländern, die annähernd keine genuinen Flüchtlinge hervorbringen«. Diese seien für die Dauer des Asylverfahrens – im Unterschied zum britischen Vorschlag – in »geschlossenen Aufnahmezentren« innerhalb der EU festzuhalten. Dadurch unterlägen die Zentren den rechtlichen Standards der EU.

Auf dem Gipfel selbst wurden dann konkrete Beschlüsse zur Sicherung der EU-Außengrenzen gefaßt. Mindestens 140 Millionen Euro zusätzlich werden in den nächsten drei Jahren ausgegeben. Mit dem aufgestockten Etat soll unter anderem die Datenbank Vis (Visa-Informationssystem) angelegt werden, in die alle Visumsanträge an die EU-Staaten eingegeben werden. Dabei sollen auch biometrische Daten der Antragsteller gespeichert werden, um »Betrug« bei Einreisegenehmigungen zu unterbinden. Außerdem werden biometrische Informationen nach dem Wunsch der Staats- und Regierungschefs schon bald in den Pässen der Mitgliedsländer registriert. Bis Ende des Jahres wird die EU-Kommission Vorschläge zur Erfassung solcher Merkmale, wie Fingerabdrücke oder die Struktur der Augeniris, vorlegen. Für den Aufbau einer europäischen Grenzpolizei wollen die EU-Innenminister in einem ersten Schritt die Arbeit der nationalen Behörden besser koordinieren, sowie Ausbildungsstandard und Ausrüstung vereinheitlichen. Dies bedeutet nicht zuletzt eine Aufrüstung der Grenzregime der neuen Beitrittsländer.

In der Abschlußerklärung zum Gipfel in Griechenland kamen die Teilnehmer zudem überein, die Beziehungen zu »Drittstaaten« (die nicht Mitglied der EU sind) künftig auch entlang ihres Engagement bei der Bekämpfung von illegaler Einwanderung in EU-Staaten zu bewerten. Dazu soll ein Netz von »Verbindungsbeamten« in diesen »Drittstaaten« installiert werden, die mittels eines noch zu entwickelnden »Evaluierungsmechanismus« in regelmäßigen Abständen über die Kooperationsbereitschaft der betreffenden Länder berichten sollen. Die zu überwachenden Faktoren umfassen unter anderem:

?»Zusammenarbeit der Drittländer bei der Rückübernahme/Rückkehr ihrer Staatsangehörigen und der Staatsangehörigen anderer Drittländer«;

?»Anstrengungen bei der Grenzkontrolle und beim Abfangen illegaler Einwanderer«;

?»Bekämpfung des Menschenhandels«;

?»Anstrengungen der Drittländer bei der Neuausstellung von Ausweispapieren für ihre Staatsangehörigen«.

Auf der Grundlage dieser Überwachung, die sich die EU weitere 250 Millionen Euro kosten lassen will, sollen die Beziehungen zu diesen »Drittländern« alljährlich von der Europäischen Kommission überprüft und neu definiert werden. Mit anderen Worten: Jene Staaten, deren Regierungen sich nicht bedingungslos zu Schergen des EU-Grenzregimes machen lassen, haben nichts Gutes zu erwarten. Eine deutlichere Drohung an die ärmsten Länder kam bisher nur von der Regierung Blair, die explizit auch militärische Interventionen zum Nutzen der EU-Antimigrationspolitik für möglich hält.

Der britische Vorschlag, unweit von Krisenregionen »Schutzzonen« zu errichten, stand in Thessaloniki ebenfalls auf der Tagesordnung. Zwar scheiterte eine EU-finanzierte Umsetzung der Pläne vorerst am Widerspruch Schwedens und Griechenlands sowie an der deutschen Regierung, die an der Effizienz der Maßnahme zweifelt. »Ich glaube nicht, daß solche Zentren die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, verringern können«, meinte Otto Schily bereits im vergangenen März. Dennoch bekam die sogenannte »Koalition der Willigen«, bestehend aus Großbritannien, Dänemark, Österreich und den Niederlanden, grünes Licht für erste Pilotprojekte, die nun womöglich in Ostafrika entstehen werden. Dort führt unter anderem der Bürgerkrieg in Somalia zu größeren Flüchtlingsbewegungen. Die 15 Mitgliedsstaaten wollen darüber hinaus binnen zwölf Monaten weitere »praktische Vorschläge« erarbeiten, mit denen Flüchtlinge zum Verbleib in der Nähe ihrer Herkunftsregionen gezwungen werden sollen.

Unzufrieden ist man derzeit in den Reihen der EU-Administration vor allem mit der deutschen Regierung, denn diese stellt sich gegen eine vollständige EU-weite Vereinheitlichung der Asylgesetzgebung. Innenminister Schily, der befürchtet, daß Deutschland und einige andere Staaten durch das angestrebte Regelwerk »von den Asylsuchenden bevorzugt« werden, plädierte bei einer Tagung des UN-Flüchtlingshochkommissariats Ende Juni in Berlin für »nationale Spielräume«. Es sei notwendig, »die unterschiedlichen Traditionen der Mitgliedsstaaten zu respektieren«. Asylregelungen, mit denen Deutschland »gute Erfahrungen« gemacht habe, wolle man beibehalten.

Man wird sich jedoch zu arrangieren wissen. Denn über den Grundgedanken des gemeinsamen europäischen Asylsystems sind sich die Regierungen ja vollkommen einig: Mit Ausnahme derer, die aus ökonomischen Gründen gebraucht werden, soll auf legalem Weg möglichst kein Flüchtling mehr den Boden eines EU-Landes betreten können. Diejenigen aber, die den Versuch wagen, illegal einzureisen, sollen wissen, daß sie im »Gebiet der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit«, als welches die EU in der griechischen Abschlußerklärung bezeichnet wird, nichts zu suchen haben. Man wird es ihnen beibringen – mit allen Mitteln.

Thorsten Fuchshuber schrieb in KONKRET 6/03 über die EU-Militärpolitik

Konkret 08/03, S. 24

Erich Später

»Jüdischer Faktor«

Das »arische« Wirken von Studenten und Professoren an der Deutschen Universität zu Prag 1922-1945: Teil 1 einer unregelmäßigen Serie über die segensreichen Folgen der sog. Benesch-Dekrete.

Mit der Unterzeichnung des Dekrets Nr.1 (Betreff: Aufbau einer provisorischen Staatseinrichtung) durch Präsident Benesch beginnt die »dekretale Zeit« der tschechoslowakischen Exilregierung in London. Sie endet am 28. Oktober 1945 in Prag mit dem Zusammentreten der »vorläufigen Nationalversammlung«. Das juristische Problem bestand im Fehlen eines gewählten Parlaments. So mußten die Repräsentanten der CSR im Exil mit Notverordnungen regieren, mit Dekreten, die durch die Unterschrift des Präsidenten ihre formale Gültigkeit erlangten. Die insgesamt 143 »Präsidial-Dekrete« waren und sind von zentraler politischer Bedeutung für die staatliche Kontinuität und Souveränität der 1938/39 von Deutschland zerschlagenen und aufgeteilten ersten Tschechoslowakischen Republik. Sie vollzogen die Auflösung der Strukturen und Terrorapparate im von den Deutschen besetzten tschechischen Teil der CSR (»Protektorat Böhmen und Mähren«) und regelten den Aufbau neuer demokratischer Institutionen. Sie beinhalten die Annullierung der Münchner Verträge und die Auflösung der faschistischen slowakischen Republik. In fünf Dekreten werden die Bestrafung der Kollaborateure und Verräter sowie die Enteignung und Internierung der sudetendeutschen »Volksgruppe« geregelt. Die tschechoslowakische Nationalversammlung erklärte im November 1945 die Gesamtheit der 143 Dekrete für rechtsgültig und wirksam.

Folgt man der Geschichtsschreibung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die zentrale juristische und politische Thesen der NS-Propaganda gegen die »Londoner Exilregierung« aufgreift, war die »Auflösung des Kunststaates« CSR 1938/39 völkerrechtlich legitim. Präsident Benesch agierte demnach ohne staatsrechtliche Legitimation als »Privatperson«. In dieser Eigenschaft erließ er nach Auffassung der Landsmannschaft völkerrechtlich belanglose Dekrete, die die Vertreibung und Ermordung unschuldiger Deutscher anordneten. Das ist die historische und juristische Begründung der seit Mitte der neunziger Jahre von der Landsmannschaft geführten Kampagne gegen die »Benesch-Dekrete«.

***

Am 15. November 1922 beginnt an der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität zu Prag ein Streik. Vorlesungsboykott und Demonstrationen legen den Universitätsbetrieb lahm. Die Rebellion erfaßt die naturwissenschaftliche Fakultät und die deutsche Technische Universität Brünn. Die streikenden Studenten und der mit ihnen sympathisierende Lehrkörper werden von großen Teilen der tschechoslowakischen Bürger deutscher Herkunft unterstützt. Deutsche Turn- und Gesangsvereine, Zusammenschlüsse von Hunde- und Kleintierzüchtern, Ortsgruppen der Kriegsgeschädigten, Witwen und Waisen und vielerlei sonstige Vereine stellen sich hinter die Studenten. Kundgebungen werden in den Städten Eger, Joachimsthal und Falkenau abgehalten. Die streikenden Studenten und ihr gesellschaftliches Umfeld sind sich einig: »Weg mit dem Juden Steinherz! Ein Jude kann nicht Rektor der Deutschen Universität zu Prag sein.«

Die Regierung der tschechoslowakischen Republik und der für die Hochschulen verantwortliche sozialdemokratische Minister Rudolf Bechyne sind nicht bereit, den Forderungen des antisemitischen Mobs nachzugeben. Am 27. November, zwei Wochen nach Ausbruch des Streiks, beschließen die deutschen Studenten seinen Abbruch und verabschieden eine Kampfansage an die demokratische Republik: »Mit unserem Auftreten haben wir den verborgenen jüdischen Faktoren für das künftige Jahrzehnt die Lust genommen, an die Spitze der Deutschen Universität einen Feind des Deutschtums zu stellen. Der größte Erfolg unseres bisherigen Kampfes liegt vielleicht darin, daß auch der Gleichgültigste unter uns die Gefahr des Judentums in ihrer ganzen Größe erfaßt und die Überzeugung erworben hat, daß es für die Deutschblütigen nur eine Lebenslösung gibt: Die Ketten zu zertrümmern, in die die Auserwählten eines verbrecherischen Gottes unser armes Volk geschlagen haben.«

Die antisemitische Kampagne der deutschen Studenten richtete sich nicht nur gegen den tschechoslowakischen Bürger deutscher Herkunft und jüdischen Glaubens, Samuel Steinherz. Unerträglich war für sie die Verfassungsordnung der demokratischen Republik, deren Staatsverständnis nach westlichem Vorbild politisch und territorial definiert war. Die CSR-Bürger jüdischen Glaubens erhielten die Möglichkeit, für eine eigene jüdische Nationalität zu optieren. Der Präsident der Republik, Thomas Masaryk, war seit Jahrzehnten ein erbitterter Gegner des politischen Antisemitismus. Er verteidigte 1899 den jüdischen Angeklagten Leopold Hilsner in einem der letzten Ritualmordprozesse Mitteleuropas.

Zentrales Ziel der streikenden Studenten war neben der symbolischen Rektoratsfrage die Einführung eines Numerus Clausus für jüdische Studenten und der Ausschluß von Juden aus studentischen Organen. Im Verlauf des Streiks und der sich anschließenden Kampagne verlor Samuel Steinherz die Unterstützung etlicher seiner Kollegen. Lediglich 52 von 170

Professoren der Deutschen Universität folgten der Einladung zu einer Solidaritätsversammlung. Die Studenten sympathisierten mehrheitlich mit den »deutsch-arischen« Studentenorganisationen. Sie empfanden den Zustrom jüdischer Studenten vor allem aus Polen und Ungarn, wo antijüdische Gesetze den Zugang zur Universität erschwerten, als Provokation. In der CSR gab es keine Zulassungsbeschränkungen, und da die meisten Zugereisten eher Deutsch als Tschechisch sprachen, studierten sie an der Deutschen Universität. Im tschechoslowakischen Parlament wurde von Seiten der »Deutsch-Nationalen Partei« (DNP) der Antrag eingebracht, für alle jüdischen Schüler, Studenten und Lehrer an deutschen Bildungseinrichtungen Zulassungsbeschränkungen einzuführen. Vorsitzender der DNP war Lodgmann von Auen, der spätere langjährige Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Bundesrepublik.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 gewährt die CSR Tausenden von Deutschen großzügig Asyl, politische Freiheit und menschenwürdige Lebensbedingungen. Klaus Mann schreibt in seinen Lebenserinnerungen über die Republik, die ihn und seine Familie 1936 einbürgerte: »Die Tschechoslowakei Masaryks und Benes' hätte verdient, daß man um ihretwillen das Äußerste riskierte. Es war ein gutes Land, eine gute Demokratie. Von allen europäischen Völkern waren es die Tschechen, die damals am mutigsten und am klarsten die Ideale und Überlieferungen repräsentierten, die in Deutschland mit Füßen getreten wurden«.

Die vom tschechoslowakischen Staat gewährte Hochschulautonomie erlaubte es den deutschen Universitäten, nach Vorschlag des Professorenkollegiums eigenständig Hochschullehrer zu berufen. Zwischen 1933 und 1938 wurde an den Technischen Hochschulen Prag und Brünn kein einziger Lehrstuhl mit einem deutschen Hitler-Gegner besetzt. Auch die Prager Deutsche Universität lehnte jede Solidarität mit NS-Verfolgten ab, zum Beispiel mit dem international renommierten Völkerrechtler Hans Kelsen, der 1933 aus Deutschland geflohen war. Die juristische Fakultät verweigerte Kelsen den freien Lehrstuhl für Staats- und Völkerrecht. Der Fall sorgte für internationales Aufsehen. Erst der massive Druck der tschechoslowakischen Regierung – man drohte mit der Aufhebung der Hochschulautonomie – führte zur Berufung Kelsens, dessen Lehrtätigkeit in der Folge jedoch immer wieder durch Krawalle der deutschen Studenten gestört wurde.

Im April 1935 huldigte der Akademische Senat der Deutschen Universität dem Führer der nazistischen sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein. Nach einer Rede Henleins erhoben sich die Professoren und standen vor dem ehemaligen Turnlehrer stramm. Als Ersatz für die verbotenen Nazi-Hymnen ertönte der »Hohenfriedberger Marsch«. Die »Judenfrage« hatte für den Akademischen Senat weiter höchste Priorität. In einer Denkschrift, die unmittelbar nach Henleins Besuch verfaßt wurde heißt es: »Von 42 Professoren an der medizinischen Fakultät sind 16 Nichtarier. An den weltlichen Fakultäten sind von 200 akademischen Lehrern 75 Nichtarier ... Auch unter der Studentenschaft ist das Judentum sehr stark vertreten. Die Juden entstammen vielfach der Slowakei und Karpatorußland, aber auch Polen, und erweisen sich oft als wenig angenehme Gäste.«

Der Einmarsch der Wehrmacht und der SS im März 1939 wird in Prag wird von den Deutschen euphorisch begrüßt. Hitler empfängt auf dem Hradschin eine Abordnung der deutschen Studenten. Im Wintersemester 1939/40 müssen alle jüdischen Professoren, Dozenten und Studenten die Universität verlassen. Am 28. Oktober 1939, dem Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakischen Republik, kommt es in Prag zu Massendemonstrationen der Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer. Es sind die tschechischen Hochschulen, die zu Kristallisationspunkten des Widerstandes werden. Neun Studenten werden am 30. Oktober als »Rädelsführer« hingerichtet. Es folgen Massenverhaftungen. 1.200 tschechische Studenten werden ins KZ Sachsenhausen deportiert. Auf Anweisung der Besatzungsbehörden werden alle Hochschulen des Landes am 17. November geschlossen und bleiben es bis zur Befreiung des Landes. Mit der deutschen Okkupation beginnt der Prozeß der Erfassung, Entrechtung, Ausplünderung und Deportation der jüdischen Bevölkerung des »Protektorats«. Professor Steinherz, der ehemalige Universitätsrektor, stirbt am 16. Dezember 1942 im KZ Theresienstadt.

Der Anfang 1940 zum neuen Leiter der Deutschen Universität ernannte Göttinger Agrarwissenschaftler und SS-Standartenführer Wilhelm Saure soll die Universität zu einem Forschungs- und Planungszentrum für die politischen Zielsetzungen der NS-Besatzungspolitik in Böhmen und Mähren ausbauen. Er konzipiert die ersten Pläne zur Gründung einer an der deutschen Universität anzusiedelnden »Reichsstiftung«, die die »slawischen« wissenschaftlichen Institutionen unter deutsche Kontrolle bringen und ihre Germanisierung vorantreiben soll. Reinhard Heydrich, seit Juni 1941 stellvertretender Reichsprotektor in Prag, unterstellt die geplante Stiftung dem Reichssicherheitshauptamt. Nach der Tötung Heydrichs durch tschechische Widerstandskämpfer wird die Stiftung im Juli 1942 gegründet und nach ihm benannt. Die aufgelösten tschechischen Hochschulinstitute werden in die Stiftung eingegliedert und bilden die materielle Basis für ihren weiteren Ausbau.

Die Heydrich-Stiftung bestand aus neun Instituten. Alle Institutsdirektoren lehrten an der Deutschen Universität. Die Institute waren meist räumlich und personell identisch mit den gleichnamigen Universitätsinstituten. Die Forschungsarbeit der Institute für Völkerspsychologie, Volksbiologie, Völkerkunde, Tschechische Sprache und Volksmusik, Landesgeschichte und Deutsches Recht waren darauf ausgerichtet, durch Nachweis des dominierenden deutschen Einflusses die Besetzung des Landes zu rechtfertigen und die geplante Eindeutschung bzw. massenhafte Ermordung der

tschechischen Bevölkerung nach »wissenschaftlichen« Kriterien zu planen und ideologisch zu begründen. Leiter der Stiftung wurde Hans Joachim Beyer, der als Inhaber des Lehrstuhls »Volkslehre einschließlich Grenz-und Auslandsdeutschtum« an der Reichsuniversität Posen und als SS-Obersturmbannführer seine theoretischen und praktischen Fähigkeiten zur Organisation von Massenmord hinlänglich bewiesen hatte. »Umvolkung« und »Entvolkung« waren die zentralen Begriffe in Beyers Publikationen. Nach der Aufnahme seiner Tätigkeit als Leiter der Heydrich-Stiftung wurde Beyer Mitglied des Akademischen Senats der Deutschen Universität.

Das Institut für Sozialanthropologie und Volksbiologie des Professors Karl Valentin Müller führte Forschungsarbeiten über den »deutschen Blutsanteil« in der tschechischen Bevölkerung durch. Ziel war die Entwicklung von Rastern für die Selektion der tschechischen Bevölkerung. Die 18.000 Bediensteten der tschechischen Polizei, die Angehörigen der Feuerwehr sowie Belegschaften verschiedener Betriebe wurden nach »volksbiologischen« Merkmalen untersucht, um eine »subjektive Bestimmung der Konstitutions- bzw. Rassendiagnose« zu ermöglichen.

Die zentralen Dienststellen der SS und der Besatzungsbehörden wurden ständig über die Ergebnisse der Forschungsprojekte informiert. Eine enge Zusammenarbeit wurde mit wissenschaftlichen Institutionen im NS-Mustergau Sudetenland gepflegt. Gemeinsam mit der »Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung«, in deren Vorstand Mitarbeiter der Heydrich-Stiftung vertreten waren, wurden Publikationen und Forschungsprojekte initiiert, die sich mit dem »Sudetendeutschen Volkstumskampf« beschäftigten.

Am 5. Mai 1945 beendete der Aufstand der Prager Bevölkerung die Existenz der Heydrich-Stiftung und der Deutschen Universität. Den meisten Dozenten und Professoren war die Flucht gelungen. Sie wurden bis Mitte der fünfziger Jahre vollständig in den akademischen Betrieb der Bundesrepublik integriert. Karl Valentin Müller wurde Professor an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg und Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften. Auch dem Leiter der Heydrich-Stiftung, Obersturmbannführer Beyer gelang die Flucht aus Prag. Er wurde 1947 Pressesprecher der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche. 1950 wurde er Professor an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg. Er arbeitete und publizierte bis zu seinem Tod 1971 weiterhin für die Institutionen der deutschen Ost- und Südostforschung.

Am 18. Oktober 1945 wird die Universität als feindliche Institution per Dekret von Präsident Benesch aufgelöst.

Konkret 08/03, S. 26

Joachim Rohloff

»Amoklauf der US-Ostküste«

Am 30. Juni trafen sich in der Berliner Humboldt-Universität fünf Journalisten und ein ehemaliger Bundesminister, um der Welt zu erklären, daß die Amerikaner am 11. September sich selbst überfallen haben.

Es ist nicht bekannt, daß Mathias Bröckers jemals über besondere Geistesgaben oder irgendein Talent verfügt hätte. Zwar leitete er jahrelang das Kulturressort der »Taz«, aber dieses biographische Detail besagt wenig. Immerhin war er klug genug, den Anlaß des 11. September 2001 zu ergreifen, um seinen Verstand für ein beträchtliches Bankkonto einzutauschen, und nicht, wie es seine Absicht gewesen war, ein weiteres Buch über die Geschichte der Verschwörungstheorien zu schreiben, das sich höchstens einige tausendmal verkauft hätte, sondern statt dessen eine eigene Verschwörungstheorie zu verbreiten, die sich inzwischen hunderttausendfach verkauft hat und, dem Werbeprospekt ihres Verlags zufolge, auch »in so exotische Sprachen wie Bahasa Indonesia« übersetzt wurde. Die meisten Rezensenten kamen zu dem Urteil, es sei zwar nicht all den erstaunlichen Fakten zu trauen, die er während eines gründlichen Studiums des Internet entdeckt haben will, doch stelle er einige hochinteressante Fragen. Er selbst glaubt, »die Zukunft unserer Demokratie und der Welt« hänge davon ab, ob sie beantwortet werden.

Eine auch nicht uninteressante Frage stellte die »Berliner Zeitung« am 30. Juni auf ihrer ersten Seite, in der Ankündigung einer Podiumsveranstaltung in der Humboldt-Universität: »Am 11. September wurden fünf Mossad-Agenten festgenommen, als sie vom Dach eines benachbarten Hochhauses die Attacken auf das World Trade Center filmten. Das FBI sprach später von einer Geheimdienstoperation, bei der die Israelis erwischt wurden – was war das für eine Operation?« Das möchte man wirklich gern wissen. Steckten die Israelis hinter den Anschlägen in New York? Der Redakteur enthielt sich jeder Spekulation, aber das mögliche Tatmotiv, nämlich die Rechtfertigung noch brutalerer Maßnahmen der israelischen Armee in den palästinensischen Gebieten, und die dazu passende Information, daß alle im World Trade Center arbeitenden Juden rechtzeitig evakuiert wurden, dürfte auch ihm bekannt sein.

Hätte man die fünf kritischen Journalisten und den einen ehemaligen Bundesminister gefragt, die am Abend auf dem Podium im Auditorium Maximum saßen, so hätten sie vermutlich mit diesem Faktum nicht viel anfangen können. Denn obwohl sie immer wieder beteuerten, es gehe ihnen allein darum, auf Widersprüche in der offiziellen Darstellung der Ereignisse des 11. September hinzuweisen, wobei möglicherweise in den Köpfen der Zuhörer ein »alternatives Modell« entstehe, anhand dessen einiges sich vielleicht besser erklären und analysieren lasse, zeigten sie sich doch davon überzeugt, daß nicht eine terroristische Organisation namens Al-Qaida, die es womöglich nicht einmal gebe, die Anschläge verübt habe und eben auch nicht der Mossad, sondern die CIA oder das FBI, jedenfalls aber die amerikanische Regierung. Wollte man, als die Veranstaltung vorüber war, die empörenden Fakten des Abends mit dem bestürzenden Faktum des Morgens in Übereinstimmung bringen, so entstand ganz von selbst das Modell, daß der zuständige amerikanische Dienst den befreundeten israelischen eingeladen haben muß, einen Lehrfilm darüber zu drehen, wie man solche Operationen deichselt.

Der bürgerlichen Presse und dem Fernsehen verdanken es die Schuldigen, daß sie fast zwei Jahre nach ihren Untaten noch nicht entlarvt sind. Denn der »Mainstream-Journalismus« hat bekanntlich die Aufgabe, aus der Meinung der Herrschenden die herrschende Meinung zu machen. Der Anspruch der sechs Referenten, einer unterdrückten Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen, erzeugte das Gefühl, man wohne einer Veranstaltung bei, die sich irgendwie als »links« verstand. Zwar kennt auch die politische Rechte eine große Zahl unbequemer Tatsachen, die dem Volk verheimlicht werden, zwar werden auch ihre Wahrheiten unterdrückt, aber die Namen »WDR«, »Monitor« und »Eckart Spoo« mögen die Unbedarften im Publikum für ein paar Minuten darüber getäuscht haben, daß hier mit der Attitüde der Aufklärung die finsterste Dummheit sich mit sich selbst verständigte. Die Mehrheit schien ohnehin genau zu wissen, was bevorstand, und nur noch darüber zu wachen, daß auch nicht ein Beweis für die Niedertracht des amerikanischen Präsidenten ausgelassen wurde, der um der Weltherrschaft willen dreitausend Menschen ermorden ließ.

Nachdem Ekkehard Sieker, ein freier Mitarbeiter des Fernsehmagazins »Monitor«, dargelegt hatte, daß Osama Bin Laden sich in dem Video, das er nach dem 11. September 2001 in Umlauf setzte, mitnichten zu den Anschlägen bekannte, daß vielmehr seine Worte von Mitarbeitern der amerikanischen Regierung falsch übersetzt wurden, und nachdem Mathias Bröckers darauf hingewiesen hatte, daß einige der vermeintlichen arabischen Täter mit der Tat nachweislich nichts zu tun haben, erreichte die Veranstaltung ihren ersten Höhepunkt, der da hieß Gerhard Wisnewski. Von den seltsamen chemischen Prozessen, die zwischen den Ohren dieses Mannes sich vollziehen, gewinnt man schon eine hinreichende Anschauung, wenn man einen flüchtigen Blick auf seine Internetseite wirft (www.raf-phantom.de). »Begehen USA Greuel im Irak? Giftgas gegen Kurden war Iran-CIA-Operation. Diktator Bush sendet Todesschwadrone aus. Terroristische Attentate werden zu 80 Prozent gefälscht. Moskauer Geiselnahme: Stecken die USA dahinter? Bali-Anschlag: Der Reichstag brennt weiter«, lauten einige Überschriften. Nun hat er einen Film gedreht, der inzwischen vom WDR gesendet wurde, und ein

Buch geschrieben. »In seiner packenden kriminalistischen und politischen Spurensuche entwickelt Wisnewski ein überzeugendes Gegenmodell der ›Operation 9/11‹, wie es noch nie zu lesen war«, rezensiert er sich selbst.

Also: Die beiden Flugzeuge, die angeblich ins Pentagon gestürzt respektive nahe dem Städtchen Shanksville in Pennsylvania niedergegangen sein sollen, hat es gar nicht gegeben. Warum das Pentagon trotzdem ein großes Loch hatte, weiß man nicht. In den anderen beiden Flugzeugen, die das World Trade Center zum Einsturz brachten, saß niemand, sie wurden ferngesteuert. Die Passagiere der fraglichen Linienflüge waren bezahlte Statisten, sie sind auf einem abgelegenen Flugplatz wohlbehalten gelandet und nach Hause gefahren, ihre trauernden Hinterbliebenen lügen. Denn die beiden Maschinen wurden irgendwann gegen zwei menschenleere sogenannte »Drohnen« ausgetauscht. Obwohl Wisnewski zunächst versichert hatte, er wolle nichts behaupten, bekannte er sich im Verlauf seines Vortrags doch zu der Meinung, die CIA müsse sich für die Fernsteuerung entschieden haben, da sie eine wirkliche Entführung wegen des zu erwartenden Widerstands der Piloten nicht habe riskieren können.

Zum Beweis ließ er ein historisches Dokument an die Wand projizieren, aus dem hervorging, daß amerikanische Generäle schon vor vierzig Jahren ein ähnliches Manöver geplant hatten. Ein Urlauberflugzeug sollte irgendwo zwischen Florida und Mexiko heimlich von einer »Drohne« ersetzt werden, diese sollte einen fingierten Notruf absetzen und dann gesprengt werden. Den vermeintlichen Abschuß wollte man der kubanischen Luftwaffe in die Schuhe schieben, um eine militärische Invasion Kubas zu rechtfertigen. Bekanntlich wurde aus diesem Plan nichts.

Wer die CIA, nicht ganz zu Unrecht, für eine kriminelle Organisation hält, sollte doch von ihrer Gewohnheit wissen, die schlimmsten Verbrechen immer von anderen begehen zu lassen. Sie unterstützte und bezahlte allerhand Massenmörder und verhalf ihnen zur Macht in fremden Staaten, aber wenn es darum ging, selbst Hand anzulegen, achtete sie doch stets darauf, daß die Zahl der Opfer ein paar Dutzend nicht überstieg. Außerdem arbeitete sie immer im Interesse ihrer Regierung und nicht gegen sie. Man mußte sich also fragen, welche außerordentliche historische Situation die Führung der CIA oder den amerikanischen Präsidenten im Jahr 2001 dazu bewogen haben mochte, von der guten Tradition abzuweichen. Die Antwort gab Andreas von Bülow, der seinen treudeutschen Schwachsinn vor einiger Zeit leider auch in KONKRET ausbreiten durfte.

Zuvor jedoch erklärte Michael Opperskalski, ein Redakteur der Zeitschrift »Geheim«, noch einmal, warum Bin Laden und Al-Qaida es nicht gewesen sein können. Diese Organisation gebe es nämlich gar nicht. Sie sei von den Innenministern der westlichen Staaten erfunden worden, damit sie einen Vorwand liefere für die Intensivierung der insbesondere gegen Ausländer gerichteten Repressionen. Die gefährlichen Terroristen kämen aus Algerien und Ägypten, zu fürchten sei vor allem die algerische FIS. Da sie aber die Absicht habe, ihr Land »auszuverkaufen«, werde ihr Treiben von den deutschen und den französischen Behörden geduldet. Im übrigen sei der islamische Fundamentalismus ein Produkt des Kolonialismus, er habe die nationalen Befreiungsbewegungen im Nahen Osten schwächen sollen, die einschlägigen Organisationen seien von der CIA aufgebaut oder gesteuert oder benutzt worden. Und nun dieses Phantom namens Al-Qaida! »Was für eine Verlogenheit! Pfui!«

Für den zweiten Höhepunkt der Veranstaltung sorgte Horst Mahler, der in Begleitung einiger stämmiger Körperschützer den Saal betrat. Wer nun erwartete, das Publikum werde gegen die Anwesenheit eines Nazis während eines antiimperialistischen Teach-in protestieren oder doch wenigstens eine Stunde lang darüber diskutieren, ob der Nazi rauchen darf, mußte erleben, daß der Geist der Aufklärung sich heutzutage gleichmäßig in alle Himmelsrichtungen ausbreitet. Eine einzige Stimme erhob sich, um Mahlers Entfernung zu verlangen; sie wurde von der Mehrheit des Auditoriums zum Schweigen gebracht. Jeder habe das Recht, »sich unsere Argumente anzuhören«, so kam es vom Podium; wenn aber ein Nazi sie sich zueigen mache, dann mißbrauche er sie.

Was Mahler zu hören bekam, dürfte ihm gefallen haben. Denn Bülow stellte nun fest, alle größeren terroristischen Verbrechen der letzten Jahre seien »gefälscht« worden, wie ja auch schon der Überfall der Japaner auf Pearl Harbor gefälscht, nämlich von den USA provoziert worden sei. Der Anschlag auf das Regierungsgebäude in Oklahoma City wurde selbstredend ebenso gefälscht wie beide Anschläge auf das WTC. Aber warum tun die Amerikaner so etwas? Warum sprengen sie ständig Häuser in die Luft und töten Menschen? Sind sie böse? Bülow glaubt, sie strebten nach der Weltherrschaft. Man brauche ja bloß in den Büchern von Kissinger und Brzezinski zu blättern, dann wisse man Bescheid. Ums Öl geht es ihnen nur ganz nebenbei, sie sprengen und morden in New York und Oklahoma, weil sie Angst erzeugen wollen in der ganzen Welt, weil sie uns Europäer an ihre Seite zwingen wollen im großen Krieg, den sie gegen China führen. Und dabei rauben sie uns die »Friedensdividende«, die uns seit dem Untergang der Sowjetunion zusteht.

Auf einem Flugblatt, das während der Veranstaltung verteilt wurde, stand zu lesen: »Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit stellen die Ereignisse vom 11. September 2001 eine geschichtsmächtige Täuschung der gesamten Menschheit dar, um innerhalb und außerhalb der USA Unterstützung für den militärischen Amoklauf der US-Ostküste zu mobilisieren und dadurch diesen Kräften den III. Weltkrieg zur Unterjochung Chinas und Rußlands zu ermöglichen. Das Deutsche Volk ist in Gefahr.« Daß Nazis ihre Propaganda treiben können mit den Argumenten der sechs nutzlosen Trottel im Gefolge des Friedenskanzlers Schröder, die an diesem Abend auf dem Podium saßen, hat mit einem Mißbrauch wenig

zu tun. Es muß doch wohl an den Argumenten liegen.

Konkret 08/03, S. 28

Tina Klopp

Taube, Falke, Strauss

Sind der Philosoph Leo Strauss und seine neokonservativen Schüler in den USA schuld am Irakkrieg? Ein kritischer Blick auf eine Verschwörungstheorie.

In Briefen an ihren Freund Leonard Bloomfield beschwerte sich die Emigrantin Hannah Arendt bitter über das Betragen ihres Mitemigranten Leo Strauss. Beide waren als Juden in den dreißiger Jahren aus Deutschland geflohen, beide hatten ihre wissenschaftliche Karriere daraufhin in den Vereinigten Staaten vorangetrieben. Trafen sie sich jedoch zufällig auf den Fluren der Universität von Chicago, würdigte Strauss Arendt keines Blickes. »Bei uns in Ostpreußen«, schrieb Bloomfield ihr zurück, »haben wir einen Namen für Leute wie Strauss. Wir nennen sie Korinthenkacker.«

Der Korinthenkacker hat es jüngst zu allerhand Popularität gebracht. Eigentlich war Strauss, als er 1973 starb, so gut wie unbekannt, weit entfernt jedenfalls von der Bekanntheit Hannah Arendts. Mittlerweile hat man dem deutschen Philosophieprofessor posthum die Schuld an einem stattlichen Feldzug angehängt. Seit Wochen geistert durch die amerikanische und, begierig kolportiert, auch durch die deutsche Presse eine aufsehenerregende These: Strauss' Lehre sei es zu verdanken, daß die amerikanische Führung ihren isolationistischen Kurs ad acta legte, um in den Krieg gegen den Irak zu ziehen. Seine Schüler und Schülersschüler hielten in Washington die Fäden der Macht in der Hand. Und seinem philosophischen Rüstzeug sei es geschuldet, daß ihnen die Öffentlichkeit dabei aus der Hand frißt. Die Promotoren dieser These sind einige links- bis linksliberale Autoren. Unter ihnen bekannte Publizisten wie Ian Buruma (»New York Review of Books«), Seymour Hersh (»The New Yorker«) oder William Pfaff (»International Herald Tribune«).

Die Debatte um den Einfluß der Straussianer innerhalb der amerikanischen Rechten ist nicht neu. Bisher war sie hauptsächlich akademischen Kreisen vorbehalten und schlug sich in wissenschaftlichen Veröffentlichungen nieder (u.a. Deutsch/Murley: *Leo Strauss, the Straussians and the american Regime*; Drury: *Leo Strauss and the American Right*). Gelegentlich verkochten die Diskurse allerdings zu einem öffentlichkeitstauglichen Verschwörungssüppchen. Und davon hat kürzlich auch der bekannte Kampf-Oppositionelle Lyndon La Rouche einen kräftigen Schluck genommen. Er trommelt seitdem eifrig gegen Strauss' »Children of Satan«. Damit hatten die Medien eine prima Vorlage – und lieferten den deutschen Friedensaktivisten neue Nahrung. Als Pentagon-Berater Richard Perle, zu Gast in der Berliner Kulturbrauerei, über die Zukunft der Vereinten Nationen parlierte, brüllte ein junger Pazifist: »Sie sind ja Straussianer!« Perle antwortete: »Ich weiß gar nicht, was ein Straussianer ist.«

Daß die Strauss-Konspiration überhaupt einen Platz in den Zeitungen fand, liegt am unbestreitbaren Charme dieser Theorie und dem Faible der Medien für Personalisierungen. Auch eignet sich Leo Strauss hervorragend für eine Geschichte über das Böse. Strauss stand dem antiliberalen Denken eines Carl Schmitt oder Martin Heidegger nahe. Seinen eigenen Schülern legte er vor allem die griechische Philosophie ans Herz. Sein Vorschlag einer Regierung der Besten resultierte aus dem feinen Elitismus seiner Politikauffassung. Die Masse schätzte er gering. Nur wenige Auserwählte seien in der Lage, den wahren Sinn zwischen den Zeilen der großen Werke zu entschlüsseln – und noch weniger seien fähig, diese Wahrheiten auch auszuhalten: zum Beispiel die Erkenntnis, daß es keine letzten Gründe gebe oder daß »Gott« nichts sei als eine (nützliche) Erfindung. Einem linken Nihilismus hielt Strauss die stramme Führung einer aufgeklärten Elite entgegen, die das gemeine Volk im Zweifelsfall auch belügen müsse. Um ihre Gefolgschaft auf den richtigen Weg zu bringen, müsse die Führung zu einfachen Feindbildern greifen. Religion, Nationalstolz und das Vertrauen in die Elite könnten ein Volk zusammenschweißen und dem Verfall der Massen entgegenwirken.

Seine Schüler wußte Strauss, der als ausgesprochen charismatischer Lehrer beschrieben wird, mit der Aussicht auf diese schwere, aber verdienstvolle Leitungsfunktion um sich zu scharen. Und wenn es auch nur wenige Auserwählte waren, so brachten es doch einige inzwischen zu verantwortungsvollen Positionen in der amerikanischen Gesellschaft. Ihren abstrakt-philosophischen Background übertrugen nun Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh und andere findige Köpfe auf die aktuelle Außenpolitik. Der Irakkrieg wurde in ihren Augen zum sichtbarsten Zeichen des »leo-konservativen« Siegeszugs und zum erfolgreichen Praxistest ihrer demokratieverachtenden Lehren.

Zu den prominenteren Leo-Konservativen gehört Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz. Gemeinsam mit Abram Schulsky, Direktor des Office of Special Plans und ebenfalls Strauss-Schüler, gelang es ihm, die Öffentlichkeit an der Nase herumzuführen. Unter ihrer Verantwortung, so Hersh im »New Yorker«, seien dürre Beweise für eine Bedrohung durch das irakische Regime zu einem handfesten Kriegsgrund zusammengeschustert worden. Ob handverlesene CIA-Informationen, uralte Diplomarbeiten oder die redigierten Berichte der Waffeninspektoren – unter dem Einfluß der Straussianer wurde alles, was den eigenen Interessen diente, zu einer »noble lie« verwurstet.

Für Nachdruck sorgten ihre straussianischen Brüder in Medien und Geisteswissenschaften. Die konservative Presse kontrolliere ohnehin der Strauss-Schüler William Kristol, Herausgeber des »Weekly Standard«. Das intellektuelle Futter

lieferten die Straussianer an amerikanischen Think Tanks wie der Rand Coorperation oder dem regierungsnahen American Enterprise Institute (AEI). Spätestens nachdem Bush eine Gruppe Journalisten, Intellektueller und Verwaltungsmitglieder, allesamt Straussianer, in einer Rede vor dem AEI als die besten Köpfe seines Landes bezeichnet hatte – »and my government employs about 20 of you« – , war das Material für eine Verschwörungstheorie konplett.

»Weshalb interessieren sich nur auf einmal alle so für Strauss?«, wundert sich Professor Dietmar Herz von der Universität Erfurt, der bereits vor Jahren über Strauss' politische Philosophie publizierte. Den Hochschulbetrieb der USA kennt der Havard-Absolvent von innen und weiß daher, daß die Bildung von Schulen um bestimmte akademische Köpfe nichts Ungewöhnliches ist. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden sei das Straussche Denken durch das populärwissenschaftliche Buch *The closing of the mind* seines Schülers Allan Bloom, das vor allem durch allgemeinen Kulturpessimismus bei geringem Präzisierungsgrad besticht.

Das sich in den USA eine bestimmte (gar: philosophische) Richtung innerhalb der konservativen Bewegung durchgesetzt habe, vermag Herz beim besten Willen nicht zu erkennen. Die amtierende Rechte ist alles andere als eine homogene Gruppe. Vielmehr hat sich eine illustre Mischung aus religiösen Rechten und den Neokonservativen zusammengeschlossen, um trotz inhaltlicher Differenzen Gestaltungsmacht zu gewinnen. Auch unter den Neokonservativen bilden die Straussianer nach wie vor eine Minderheit, was den Zusammenhalt unter ihnen eher noch stärke und vermutlich so überhaupt erst das Bild eines Geheimzirkels hat entstehen lassen. Strauss' obskure Lehre mag den Eindruck befördert haben, man pflege hier ein elitäres Geheimwissen. So ließ er seine Schüler zum Beispiel die Kapitelnummern bedeutender Texte analysieren, um daraus Hinweise auf versteckte Botschaften zu erhalten. »Das ist vor allem ein großer, nebulöser Quatsch«, lacht Herz. Daß man Strauss so viel politische Relevanz andichtet, sei »eine unverdiente Ehre«.

Praktische Schlüsse hat Strauss aus seinen Theorien selten gezogen, sich kaum zu aktuellen politischen Problemen geäußert. Seine eigenen Erfahrungen beruhten zudem auf dem Aufstieg des Nationalsozialismus auf den Trümmern der Weimarer Demokratie. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Strauss' demokratieskeptische Impulse. Im übrigen ist wenig an seiner politischen Philosophie wirklich originell. Auf die Idee, ihre Wähler zu belügen, sind Politiker auch ohne ihn bereits gekommen. Daß sich die Falken innerhalb der amerikanischen Administration durchgesetzt haben, ist wohl weitaus weniger der Taktik ihrer Protagonisten geschuldet als vielmehr den Veränderungen der Welt seit dem 11. September 2001.

Eine kritische Prüfung der Strauss-Connection entlarvt vor allem die Verschwörungstheorie ihrer Jäger. Sie zeigt an, wie schwer es den Kritikern des derzeitigen US-Regierungskurses fällt, Interesse für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Bush-Regierung aufzubringen. Unterhalb einer Weltverschwörung ist das Thema nicht an den Mann zu bringen. Zu den unlauteren Motiven der Straussianer-Basher zählt zudem ein latenter Antisemitismus. Strauss war Jude, als Zionist hatte er sich zumindest in den ersten Jahren seiner Lehrtätigkeit zu erkennen gegeben. Patrick Buchanan, Mitglied der Neuen Rechten, hatte im Vorfeld des Irakkriegs die Mär von der »jüdischen Lobby« verbreitet, die den Bush-Clan in einen Stellvertreterkrieg für Israel treibe. Ein Motiv, daß bekanntlich auch Eingang in die Köpfe deutscher Pazifisten fand.

Die Auseinandersetzung mit den Quellen der Ideologie der Konservativen könnte für die Linke dabei durchaus ein Gewinn sein, eröffnet sie doch einen genaueren Blick auf das Denken ihrer Gegner. Hinter der Strauss-Kritik steht das berechtigte Anliegen, die geistigen Prämissen der amerikanischen Führung zu hinterfragen. Die Behauptung eines Durchmarschs tatsächlicher oder vermeintlicher Straussianer ist überhaupt nur vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Unbehagens an der Rekrutierung der Washingtoner Führungsriege zu begreifen. Ein Blick auf die amerikanische Wahlkampffinanzierung gibt da vermutlich mehr Aufschluß als die Jagd auf bestimmte akademische Zirkel. Die Strauss-Debatte um die »noble lies« thematisiert zudem die mangelnde Transparenz und das zweifelhafte Wahrheitsverständnis der politischen Führung. Bekanntlich werden nicht nur Geheimdienstinformationen von Washington (wie im Rest der Welt) nach Gutdünken interpretiert.

Nicht zuletzt steht hinter der »Enttarnung« der Straussianer die zentrale Frage nach der Güteklasse der Kriegsgründe. Das Thema, unter welchen Bedingungen in die Angelegenheiten eines anderen Landes eingegriffen werden darf oder sogar eingegriffen werden muß, sollte eine intelligente Diskussion vertragen können. Daß man dafür aber in den Hinterlassenschaften eines vor zwanzig Jahren verstorbenen, etwas verschrobenen Philosophen herumkramen muß, ist nicht einzusehen.

Tina Klopp schrieb in KONKRET 7/03 über den Bürgerkonvent

Konkret 08/03, S. 30

Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer

Lauter letzte Gefechte

Nicht vor dem Frieden verzweifelt die US-Armee im Irak, sondern vor dem Krieg, der bis heute weder gewonnen noch beendet ist.

Geschichte kann so einfach sein. »Die Engländer und Franzosen stiegen auf zur Beherrschung des ganzen Gebietes von Syrien und Irak im Norden bis zum Sudan im Süden. Schließlich fielen die Franzosen, und die Amerikaner kamen. Aber nun hatte die Zeit begonnen – und sie war schon stürmisch vorwärts gegangen – , da die Araber alle Usurpatoren aus ihren Ländern verjagten.« Daß dem »deftigen amerikanischen Driller der Stuhl schon fortrutscht«, während der Beobachter noch seine Beobachtung zu Papier bringt, dessen war sich Maximilian Scheer, Verfasser eines DDR-Reisebüchleins über Karim Qasims Irak völlig sicher. Das Gegenteil freilich geschah. Kaum lag das Buch in den Läden, da war Qasim schon ermordet und seine »Revolution« dahin. Macht nichts, möchte man meinen, da die Geschichte doch ohnehin unaufhaltsam zur Befreiung strebt. Oder etwa nicht?

Anderthalb Jahrzehnte nachdem nun auch der Staat passé ist, an dem der sozialistische Optimismus des Reiseautors seine Freude hatte, sind zwar die Gewißheiten noch immer nicht ausgegangen, der Glaube an Besserung aber scheint vorerst erledigt. Die Vorzeichen haben sich umgekehrt, unter denen die Entwicklungen der Welt gesetzmäßig hatten vonstatten gehen sollen. An die Stelle hoffnungsvoller Zuversicht in die Geschichte ist der Glaube an die finale Niederlage getreten, »wenn man so will, die endgültige Kapitalisierung der Erde, der Natur und der Kultur. Das ist die Expansion des Kapitalismus in jeden Winkel der Gesellschaft und des Erdballs, die der Kapitalverwertung und Kommerzialisierung bisher noch nicht unterworfen waren.«

Die Worte stammen aus einer Rede André Bries, gehalten auf dem PDS-Sonderparteitag wenige Tage vor der Befreiung Bagdads und dem Sturz der irakischen Diktatur. Denn daß mit amerikanischer Militärhilfe Befreiung nicht zu machen ist, ist in Deutschland ebenso Konsens wie die Behauptungen, daß Krieg keine Voraussetzungen für Demokratie schaffen und aus Unrecht niemals Gerechtigkeit entstehen könne. Globalisierungskritisch gewendet heißt dies, daß die »aberwitzige kapitalistische Produktionsweise, die längst die ganze Welt, wenn auch oder gerade im negativen Sinne, integriert« hat, selbst die notwendige Voraussetzung der »despotischen Barbarei« Saddam Husseins sei, wie eine Freiburger Studentengruppe erklärt. »Von einer Wahl zwischen Schurkenstaat und Demokratie (könne) nur sprechen«, heißt es in ihrem Pamphlet, »wer ihren Zusammenhang verdrängt.« Gemeinsam ist den Kriegsgegnern unterschiedlichster Provenienz heute die Hoffnungslosigkeit, die aus ihren Analysen spricht. »Was die Befreiung anbetrifft«, sagt Antje Vollmer, »so glücklich wollte dieses Volk nicht aussehen, auch nicht jene US-gestützten Straßengangs von männlichen Jugendlichen, die nur mit Militärmaschinen die Denkmäler gestürzt kriegten.« Da nicht sein kann, was nicht sein soll, werden feiernde Irakis zu US-gestützten Gangstern, wird der Sturz der Diktatur zum Verbrechen, hat es die Befreiung nie gegeben.

Die Übereinstimmung der Apokalyptiker von heute mit den Revolutionspropheten mag beruhigend wirken, haben doch beide bis dato Unrecht behalten. Denn so wie der damalige Berichterstatter aus dem Irak vor allen Dingen die DDR der späten fünfziger Jahre beschrieb, so formulieren die heutigen Kriegsgegner in erster Linie einen deutschen Konsens, der den Nahen Osten selbst nur am Rande berührt. Das Eingeständnis, daß die »USA wohl jeden Krieg gewinnen« könnten, wie Brie seine Rede schloß, hat keine bessere Perspektive als das totale Scheitern zu bieten: daß sie nämlich »Frieden, Sicherheit, Zukunft (nicht) gewinnen« können. Spätestens aber seit die Überreste der gestürzten Ba'th-Partei Mitte Juni ihre terroristische Offensive begannen, wird offensichtlich, daß einmal mehr das Gegenteil dessen eingetreten ist, was hierzulande prognostiziert wurde. Denn nicht vor dem Frieden verzweifelt die amerikanische Armee, sondern vor dem Krieg, der bis heute weder gewonnen noch beendet ist. Mehr als dreißig amerikanische Soldaten sind seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen bei Anschlägen ums Leben gekommen, in etwa halb so viele Opfer hat die britische Armee zu beklagen.

Einer der Gründe liegt darin, daß es den Koalitionstruppen mit ihrem Programm eines befreiten und demokratischen Irak offensichtlich ernst ist. Denn weder haben sie die militärischen und administrativen Strukturen des alten Staates übernommen, um mit Hilfe eines Hussein-Regimes ohne Saddam eine schnelle Nachkriegsordnung einzurichten, noch treten die Koalitionstruppen bis dato als jene alles kontrollierende Kolonialmacht auf, wie es ihnen im Vorfeld gerne unterstellt wurde. Weder wurden landesweit Militärtribunale installiert, noch wurden die alten Eliten und ihre Apparate integriert, sondern die Ba'th-Partei wurde verboten, Armee und Geheimdienste wurden aufgelöst. Der amerikanische Übergangsverwalter Paul Bremer, so der irakisch-kurdische Autor Kamal Mirawdeli, versuchte damit genau das, wovor die irakischen Revolutionäre und Putschisten der letzten siebzig Jahre immer zurückgeschreckt waren: einen umfassenden Neuanfang ohne die überkommenen Staatsapparate und -eliten.

Diese Politik, die Mirawdeli als revolutionär bezeichnet, stellt das amerikanische Übergangsregime im Irak vor enorme Probleme. Denn mit dem anvisierten vollständigen Sturz der alten Eliten zeigt die amerikanische Übergangsverwaltung

nicht nur, daß es ihr Ernst ist mit der versprochenen Veränderung des Landes, sondern zugleich auch, daß ein Kompromiß mit den radikalen Panarabisten und Islamisten derzeit nicht auf der Tagesordnung steht.

So setzt die Offensive der Ba'thisten, zu denen sich immer mehr islamistische und panarabische Freiwillige aus den Nachbarstaaten gesellen, nicht zufällig genau dort an, wo durch die Absetzung der früheren Nomenklatura Schwachstellen entstanden sind. Denn es sind zwar Koalitionstruppen als militärisch-politische Befreier in die Städte eingerückt, von dem Elend, daß die Ba'th-Partei im Land hinterließ, konnten sie die Bevölkerung bislang jedoch keineswegs befreien. Im Gegenteil: Die zivile Infrastruktur liegt in den meisten Regionen des Landes danieder, Strom, sauberes Trinkwasser und medizinische Versorgung sind nicht in allen Städten gewährleistet. Die Ursache hierfür ist vornehmlich in der nachhaltigen Zerstörung der letzten Jahre zu suchen, in denen die irakische Regierung praktisch keine Schritte unternahm, die Versorgung der Zivilbevölkerung aufrechtzuerhalten. Mit der Ausnahme der Städte des sogenannten sunnitischen Dreiecks, dem Kernland der irakischen Ba'th-Partei im Zentrum des Landes, sowie jenen Vierteln der Großstädte, die Partei- und Militärangehörigen vorbehalten waren, stellte eine regelmäßige Versorgung mit Strom und Trinkwasser allerdings bereits vor dem Krieg vielfach eher eine Ausnahme als die Regel dar. Ganze Stadtviertel Mosuls etwa, der drittgrößten Stadt des Landes, verfügen nicht über ein geschlossenes Abwässersystem (von den Städten im Südirak ganz zu schweigen), während in der unmittelbaren Umgebung der Stadt in den vergangenen Jahren unter dem Embargo-Regime der Vereinten Nationen circa 200 neue Militäranlagen errichtet wurden.

Große Teile der Bevölkerung waren schon in den vergangenen Jahren von regelmäßigen Hilfslieferungen abhängig, die an das Verteilungssystem des Staates gebunden waren. Weder die im Irak tätigen internationalen Hilfsorganisationen noch die Agenturen der UN bemühten sich um eigenständige Verteilungswege, auf denen die Hilfsgüter hätten an die Bevölkerung gebracht werden können. Nach dem Krieg ist deshalb nicht nur – wie beklagt wird – die Zufuhr von Hilfsgütern unterbrochen, sondern mit dem Staatsapparat Saddam Husseins auch die zentrale »Hilfsagentur« des Irak gestürzt worden. Die notwendige Verwaltung der Nothilfe muß seitdem für das gesamte Land praktisch neu erfunden werden. Bis die Verteilung von Hilfsgütern wieder einigermaßen funktioniert, schätzten UN und Hilfsorganisationen bereits Mitte Mai, werden Monate vergehen, mindestens aber bis Ende Juli oder Anfang August werde sich die Situation der Bevölkerung weiter verschlechtern. Widerspruch gegen diese Einschätzung wurde auch von amerikanischer Seite nicht laut – im Gegenteil.

Recht freimütig räumt der mit der Übergangsverwaltung betraute amerikanische Diplomat Paul Bremer ein, daß die Wiederherstellung der Infrastruktur Zeit benötige. »Saddam brauchte 35 Jahre, um das Land derart runterzureiten. In 35 Tagen läßt sich das nicht reparieren. Die Menschen müssen Geduld haben.« Geduld allerdings fällt schwer, wenn es am Notwendigsten fehlt, und vor allem hierin liegt das zentrale Dilemma, vor dem die amerikanische Übergangsverwaltung steht. Die beste Möglichkeit, eine Grundversorgung in der Krise aufrechtzuerhalten, ist eben genau jenes staatliche Nothilferegime, das abzulösen sie angetreten ist.

So regt sich der Widerstand im Irak derzeit vor allem dort, wo die amerikanische Verwaltung am wenigsten als Besatzungsmacht in Erscheinung tritt, sondern lokale Eliten weitgehend intakt gelassen hat. Das Bestreben, zwar auf nationaler Ebene die Verantwortung zu übernehmen, die konkrete Verwaltung vor Ort jedoch lokalen Strukturen zu übertragen, hat vor allem im Zentralirak dazu geführt, daß die alte ba'thistische Nomenklatura als eine Art klandestines Herrschaftssystem weiterexistiert. Denn während beispielsweise im Süden und Norden die Lokalverwaltungen sich aus Stämmen und regionalen Abordnungen rekrutieren, die dem Regime Saddam Husseins in der Regel feindselig gegenüberstanden, steht die Verwaltung im Zentralirak vor dem Problem, daß die Stammes- und Lokaleliten mitunter beträchtlich vom alten System profitiert haben. Zwar ist hochrangigen Ba'thisten der Zugang zu Verwaltungsposten offiziell versperrt, da aber unterhalb der 55 Meistgesuchten die Offiziers- und Verwaltungselite des Ba'th-Staates bislang weitgehend unbehelligt blieb, übt die alte Herrschaftskaste vielerorts nach wie vor eine Art informeller Macht aus und schart jene um sich, die mit der Diktatur auch ihre Begünstigungen verloren haben. In erster Linie sind dies die Offiziere und Beamten des Militär- und Sicherheitsapparates.

Genau hier setzte die Offensive der Ba'thPartei seit Mitte Juni an. Die Anhänger des alten Regimes spüren, daß für sie kein Platz in einem neuen Irak sein wird. Folgerichtig haben sie mit Attacken auf Koalitionstruppen und Irakis begonnen, die für die US-Verwaltung arbeiten. Nur eine weitgehende und schnelle Destabilisierung des Landes und der militante Versuch, die Wiederherstellung der Infrastruktur zu stören, bieten ihnen eine letzte Chance. Und solange Saddam Hussein nicht gefaßt ist, verbreitet er weiter Angst; nicht wenige Irakis fürchten, die USA könnten sich für einen Abzug entscheiden und sie erneut, wie 1991 nach den gescheiterten Aufständen gegen das Regime, ihrem Schicksal überlassen.

Unterstützt werden die Terror-Aktionen von arabischen Freiwilligen und sunnitisch-islamistischen Gruppierungen, die schon unter Saddam Hussein legal operieren konnten und nun aus Saudi-Arabien Unterstützung erhalten. In ihrem Widerstand immerhin sind sie dem Ba'thismus treu geblieben. Nicht kapitalistische Verwertung, sondern die völlige Unterwerfung eines Landes, das nicht als souveräner Nationalstaat, sondern als Agentur einer ideologisierten Bewegung betrachtet und behandelt wurde, bestimmte die Politik der Ba'thisten. Ihr Versprechen ist die Rückkehr zur dauerhaften

Elendsverwaltung. Zu jener »antikapitalistischen Alternative« also, die nicht die totale Abschaffung von Unterdrückung und Ausbeutung bedeutete, sondern die »allgemeine Sklaverei«. Folgerichtig beklagt die »Junge Welt«, daß 140 Paläste und Villen der irakischen Regierung von der amerikanischen Übergangsverwaltung versteigert werden. »Die Käufer müssen sich allerdings verpflichten, die Anlagen in öffentlich zugängliche Freizeiteinrichtungen umzuwandeln. Einem Erwerb der irakischen Prachtbauten etwa durch Disney World und anschließendem Betrieb als Vergnügungszentren inklusive Riesenrad, Kettenkarussell und Geisterbahn stünde mithin nichts im Wege.« Was wäre das für eine Welt, in der Irakis kreischend Achterbahnen fahren, statt als Akklamationsmasse ihrem Führer zu huldigen!

Der Aufstand der Ba'thisten hat allerdings bislang vor allem das Gegenteil dessen bewirkt, was er beabsichtigte. Weder ist die Übergangsverwaltung zur Militärverwaltung regrediert und hat die Bevölkerung zum Feind erklärt, noch wurde die Transformation zu einer irakischen Selbstverwaltung dadurch verhindert. Seit die Angriffe der Ba'thisten zunahmen, hat die US-Übergangsverwaltung ihr Konzept der schrittweisen Übertragung administrativer Verantwortung an irakische Kräfte beschleunigt. Schneller als ursprünglich geplant wurde der mit weitgehenden Exekutivbefugnissen ausgestattete Regierungsrat, dem alle bedeutenden ehemaligen Oppositionsgruppen angehören, ins Leben gerufen. Und in Ramadi und Faluja, jenen Städten, in denen die Koalitionstruppen auf den stärksten Widerstand stießen, hat sich das US-Militär mittlerweile vollständig zurückgezogen und lokalen Polizeikräften die Verantwortung übertragen. Auch die schiitischen Parteien im Süden des Landes, die noch während des Krieges als radikale Gegner der USA gefürchtet wurden, bieten angesichts der ba'thistischen Konteroffensive den Besatzern ihre Kooperation an. Aus Basra, Nadjaf, Diwnijah und anderen Städten meldet »Iraq Press« neuerdings eine enge Zusammenarbeit der lokalen Notablen und Stämme mit den Koalitionstruppen, um »Sicherheit und Ordnung« wiederherzustellen.

Die Angriffe, teilweise bis zu 25 am Tag, wie der scheidende US-Oberbefehlshaber Tommy Franks bekanntgab, zielen allerdings nicht nur auf die Infrastruktur des Irak; sie sollen auch die öffentliche Meinung in den USA, die bislang, in allerdings schwindendem Umfang, Bushs Politik noch stützt, zum Kippen bringen. Um zwanzig Prozent ist die Befürwortung des Irakkrieges inzwischen gesunken, nicht nur weil bislang die annoncierten Massenvernichtungswaffen nicht gefunden wurden, sondern vor allem weil es täglich neue Meldungen von erschossenen Soldaten gibt. Schon versuchen die Demokraten die Gunst der Stunde zu nutzen und den Irakkrieg zum Wahlkampfthema zu machen, während die Europäer sich eine Stärkung der UN gegen die USA versprechen.

Weder die amerikanischen Demokraten noch die deutsch-französisch-russische »Friedens-Achse« hat jedoch eine andere Alternative anzubieten, als das Land erneut in jener Barbarei versinken zu lassen, die sie bis vor kurzem mit am Leben erhielten. Archivfunde in Bagdad legen von dieser Alternative beredtes Zeugnis ab. Axel Graf Bülow beispielsweise, seines Zeichens Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Tankstellen, schrieb vor zwei Jahren in einem Brief an den damaligen irakischen Vize Tarik Aziz, sein Verband sei allzeit bereit, »an der Seite des irakischen Volkes und seines großen Führers Saddam Hussein zu stehen, um das Embargo der Tyrannen zu brechen, die Rechte des irakischen Volkes zu unterstützen und alle Feinde des großen Irak zu bekämpfen ... Wir beten zu Gott, dem Allmächtigen, auf daß er das Volk des Irak und seinen großen Führer Saddam Hussein gegen alle Feinde von Recht und Gesetz unterstütze.«

Thomas Uwer und *Thomas von der Osten-Sacken* sind Autoren/Mitherausgeber des konkret texte-Bandes »Saddam Husseins letztes Gefecht?«

Konkret 08/03, S. 32

Thomas von der Osten-Sacken

Deutsche Stimmen

»Die Kommunisten erklären sich für das fascistische Programm 1919, ein Programm des Friedens, der Freiheit und der Verteidigung der Arbeiterinteressen ... Wir sind bereit, mit Euch und dem ganzen italienischen Volk für die Verwirklichung des fascistischen Programms zu kämpfen.« Der wahre und gemeinsame Feind nämlich sei das Großkapital, hieß es im August 1936 in einer Erklärung, des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti.

Erst acht Jahre später aber, in der kurzlebigen Republik von Saló, erinnerte sich Mussolini an die antikapitalistisch-sozialrevolutionären Ursprünge des Fascismus und kam auf das Angebot der KPI zurück: »Der Fascismus ist die Gefahr Nummer eins für das Kapital, weil die Verwirklichung seiner Grundsätze unvermeidlich eine tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Revolution in die ganze Welt trägt«, verkündete sein Hausblatt, und der »libertäre Kommunist« Edmondo Cione durfte den Krieg der »Arbeit gegen das Kapital« ausrufen, einen Krieg gegen die »Plutokraten«, die inzwischen in Süditalien gelandeten »kapitalistischen Westmächte«. Die KPI aber erinnerte sich nur ungern an Togliattis Angebot, so daß die von Mussolini 1945 geforderte »revolutionäre Mobilmachung der Volksmassen gegen die reaktionären Westmächte« ausblieb.

Sechzig Jahre später folgt die »Deutsche Stimme« Togliattis Ruf. Mit Interesse und Anteilnahme beobachtet das Theorieorgan der NPD den Kampf deutscher Antiimperialisten und anderer »extremer Linker« gegen jene sich Kommunisten nennenden »Antideutschen«, die sich, so sieht□s die NPD, in Wirklichkeit »unter Preisgabe jeder Imperialismus- und Kapitalismus-Kritik den USA als verbliebener Hauptmacht der Anti-Hitler-Koalition an den Hals« schmeißen. Ihre Solidarität bekundet die Nazizeitung deshalb jenen, die der Kritik des Kapitalismus und Imperialismus die Treue halten, an erster Stelle dem »stimmgewaltigsten innerlinken Kritiker (der) Heiligsprechung des Judäo-Amerikanismus«: Robert Kurz.

Es sei nämlich allerhöchste Eisenbahn, entweder für »den jüdischen oder den arabischen Nationalismus und für den amerikanischen oder den deutschen Nationalismus Position zu beziehen«, eine Wahl, die ein weiterer Autor »der linkssozialistischen Theoriezeitschrift □Krisis□«, Ernst Lohoff, bereits vorbildlich getroffen habe. Die »Deutsche Stimme« zitiert Lohoff: »Wenn die US-Army oder Nato als bewaffneter Arm des Gesamtimperialismus bomben und massakrieren, dann schrumpft die Palette möglicher Meinungen und Positionierungen unweigerlich auf eine simple Alternative zusammen: dafür oder dagegen.«

Die Zeiten der »Dritten Wege« seien vorbei, meint das Naziblatt, die Linke müsse sich entscheiden, ob sie künftig für »den jüdisch-amerikanischen Machtblock und dessen globale Unterdrückungspolitik ein(tritt) oder sich auf die Seite aller anderen Völker dieser Welt (schlägt) und mit Deutschland ihren Frieden (macht)«. Manne tak.

Konkret 08/03, S. 33

Thomas Schmidinger

Zu Protokoll

Das gro□ e Wort hatten vor und nach dem Irakkrieg die Nahostexperten. Was die Iraker dachten und denken, die vor Saddam hatten fliehen m□ ssen oder ins Exil gegangen waren, interessierte besonders die Kriegsgegner so gut wie gar nicht. Thomas Schmidinger hat bei einem Treffen Anfang Juli in Wien Sprecher der irakischen Opposition befragt

Die meisten irakischen Oppositionsgruppen haben den Krieg der USA gegen den Irak Saddam Husseins unterstützt, andere nicht. Warum?

Mustafa Ramazan (Demokratische Partei Kurdistans, DPK): Der Irak hat 35 Jahre unter grausamster Tyrannei gelitten. Uns war klar, daß wir Irakis das Regime Saddam Husseins nicht allein beseitigen konnten. Deshalb waren viele irakische Oppositionsgruppen nicht gegen den Krieg. Wir haben zwar nicht zu diesem Krieg aufgerufen, aber wir hätten ihn auch nicht verhindern können. Wir haben mitgemacht, weil in diesem Krieg über unser Schicksal entschieden wurde.

Kasim Talaa (Irakische Kommunistische Partei, IKP): Wir waren selbstverständlich gegen die Diktatur der Ba'th-Partei, der über eine Million Menschen zum Opfer gefallen sind. Es ist falsch, die irakische Bevölkerung nur in Schiiten, Sunniten, Kurden, Turkmenen oder Araber einzuteilen und nicht nach ihrer Weltanschauung zu fragen. Man kann Schiit und Kommunist sein. Uns verfolgte das Regime, weil wir Kommunisten sind. Wir haben jahrelang gemeinsam mit der PUK und der DPK bewaffnet gegen dieses Regime gekämpft. Allerdings waren wir im Gegensatz zu den anderen Parteien hier von Anfang an gegen den Krieg der USA gegen den Irak. Wir hatten gehofft, das Regime durch die eigene Bevölkerung – mit internationaler Unterstützung – stürzen zu können. Von Europa hat es diese Unterstützung aber nicht gegeben. Wir waren gegen den Krieg, weil es historisch kein Beispiel gibt, wo mit einem Krieg eine Demokratie errichtet werden konnte.

Sind nicht Deutschland und Österreich Beispiele, daß dies sehr wohl möglich ist? Wäre Deutschland nicht militärisch durch die Alliierten besiegt worden, regierte hier noch immer die NSDAP.

Kasim Talaa: Man kann den Irak nicht mit Deutschland vergleichen. Die Ba'th-Partei wurde zwar ideologisch in vielerlei Hinsicht von den Nazis beeinflußt und stand ihnen auch in ihrer Brutalität nicht nach, aber in Deutschland haben die Alliierten eine Demokratie, die es vor 1933 schon gegeben hat, wiederhergestellt. Im Irak jedoch gab es auch vor dem Putsch der Ba'th-Partei keine Demokratie. Die Deutschen hatten Hitler gewählt, aber die überwiegende Mehrheit der Irakis war gegen Saddam Hussein. Wenn alle oppositionellen Kräfte zusammengearbeitet hätten, hätten wir Saddam Hussein und die Ba'th-Partei ohne fremde Hilfe irgendwann gestürzt.

Der Krieg wurde in erster Linie aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen geführt. Uns droht nun eine ähnliche Entwicklung wie in Afghanistan, wo Stämme und religiöse Parteien regieren. In einem Interview mit BBC erklärte der US-Zivilverwalter Paul Bremer, daß er keine Übergangsregierung, sondern nur eine Übergangsverwaltung mit einen Komitee aus unabhängigen Personen bilden will, die nicht politische Gruppierungen repräsentieren, sondern Stämme und religiöse Gruppen, die die Politik der USA akzeptieren. Die sollen dann die irakische Verfassung ausarbeiten. Was Bremer will, entspricht in erster Linie den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA im Irak.

Daban Shadala (Patriotische Union Kurdistan, PUK): Ich möchte etwas zu den politischen Schwierigkeiten sagen, die wir im europäischen Exil gehabt haben. In Europa sind die Massen gegen diesen Krieg auf die Straße gegangen. Wir, die PUK, haben gesagt, daß wir zwar nicht für den Krieg sind, aber für einen Machtwechsel im Irak. Gegen den Krieg zu sein, hieß jedoch, sich dafür zu entscheiden, daß Saddam Hussein länger an der Macht bleibt. Saddam hat aus dem Irak zwei Iraks gemacht – einen unter der Erde, ein Massengrab, und einen, in dem die Leute sowohl psychisch als auch physisch kaputtgemacht wurden. Die europäische Politik war für uns keine Friedenspolitik. In Deutschland wurde der Krieg aus Wahlpropagandazwecken thematisiert. Die Deutschen, die Franzosen und die Russen waren ökonomische Partner des Ba'th-Regimes. Die irakische Opposition hat oft versucht, mit diesen Regierungen zu reden. Aber niemand wollte mit uns sprechen.

Sami Lazar (Assyrische Demokratische Bewegung, ZOWAA): Die Assyrer wurden im Irak ebenso verfolgt wie die Kurden und alle anderen Gruppen, die das Ba'th-Regime als seine Feinde betrachtete. Mitte der achtziger Jahre wurden viele politische Führer unserer Bewegung in Bagdad gehängt. Angesichts des Terrors des Regimes haben wir uns entschieden, für einen gewaltsamen Regimewechsel durch die US-Truppen einzutreten.

Was soll nun, nach dem Sturz Saddam Husseins, aus dem Irak werden?

Mustafa Ramazan (DPK): Vor und während des Krieges haben sich die irakischen Oppositionsparteien in London und Salah ad-Din getroffen und Zukunftspläne für den Irak ausgearbeitet. Seit dem Sturz des Regimes haben die Alliierten intensive Gespräche mit allen politischen, religiösen und ethnischen Gruppen des Irak geführt. Wir versuchen, in diesen

Gesprächen einen demokratischen, parlamentarischen und föderalistischen Irak vorzubereiten. Wir fordern die Beseitigung aller Arabisierungsmaßnahmen, die durch das Regime Saddam Husseins durchgeführt wurden, und die Rückkehr der über 300.000 vertriebenen Kurden, Turkmenen und Assyrer in ihre ursprünglichen Regionen. Wir wollen eine proportionale Repräsentation der Kurden in der Zentralregierung in Bagdad und eine Einbindung der Kurden in der Verwaltung. Und wir fordern die Dokumentation und Veröffentlichung der Greueltaten des Regimes.

Dhia al-Dabbass (Hoher Rat des islamischen Widerstands, SCIRI): Unserer Ansicht nach benötigt der Irak ein politisches System, das folgende Eigenschaften aufweist: Es muß erstens frei sein. Aufgrund der jüngsten Ereignisse haben wir etwas Freiheit erlangt, sind jedoch noch nicht völlig frei. Wir sind von ausländischen Truppen besetzt.

Zweitens wollen wir ein System, das den Islam achtet, denn die Mehrheit der irakischen Bevölkerung ist muslimisch. Die islamischen Bräuche, die Kultur und die Traditionen müssen respektiert werden. Auch die islamischen Vorschriften sollten geachtet werden. Die islamische Rechtstradition sollte eine der Rechtsquellen des zukünftigen Irak sein.

Drittens soll das Rechtssystem die Besonderheiten des irakischen Volkes respektieren. Die Schiiten etwa haben ihre eigene Kultur und religiösen Traditionen, genauso wie die Sunniten, Kurden, Assyrer und Turkmenen. Diese verschiedenen Traditionen und Kulturen sollten geachtet und nicht diktatorisch vereinheitlicht werden, wie dies das Ba'th-Regime versucht hat.

Viertens wollen wir die Einheit des Irak bewahren. Der Irak muß ein Land für alle Irakis werden.

Was heißt »islamische Rechtstradition«? Fast alle islamischen Staaten haben ja den einen oder anderen Bezug auf das islamische Recht in ihrer Verfassung, trotzdem liegt in der Realität ziemlich viel zwischen dem islamischen Recht in Tunesien oder Ägypten und der Scharia in Saudi-Arabien, im Iran oder im Sudan.

Dhia al-Dabbass: Wir wollen das islamische Recht als *eine,* nicht als die einzige Quelle unserer Rechtssprechung. Die Mehrheit der Irakis sind Muslime, und es wäre undemokratisch, gegen diese Mehrheit zu regieren. Das heißt aber nicht, daß wir die Scharia wie etwa im Iran einführen wollen. Wir wollen ein parlamentarisches Mehrparteiensystem und niemandem vorschreiben, wie er leben soll. Es gibt aber gewisse Dinge, wie etwa die Prostitution als Geschäft, die vielleicht in Europa von der Bevölkerung akzeptiert werden, die in einem mehrheitlich islamischen Land aber nicht legalisierbar sind.

Sami Lazar (ZOWAA): Der Irak ist zwar mehrheitlich islamisch, aber es gibt auch uns als christliche Minderheit und andere religiöse Minderheiten, die sicher kein islamisches Recht wollen.

Dhia al-Dabbass (SCIRI): Der Islam ist die Religion der Mehrheit. Das heißt nicht, daß wir andere Religionen unterdrücken wollen. Selbstverständlich wollen wir volle Religionsfreiheit auch für Christen, Juden, Mandäer, Yesidi und alle anderen Religionen im Irak.

Mustafa Ramazan (DPK): Diese Frage wurde auch in London und Salah ad-Din diskutiert. Es gibt hier einen weitgehenden Konsens, daß der Islam zwar die Staatsreligion des Irak sein soll, aber alle anderen Religionen dieselbe Religionsfreiheit genießen sollen und der Irak ein laizistischer Staat werden soll.

Kasim Talaa (IKP): So sehr wir Kommunisten uns über das Ende der Ba'th-Diktatur freuen, so unerfreulich ist die augenblickliche Situation im Irak. Die Infrastruktur ist weitgehend zerstört, und es kommt immer noch zu Plünderungen. Die Schergen Saddam Husseins laufen immer noch frei herum, die lokale Verwaltung ist von Sippen und religiösen Gruppierungen übernommen worden oder weiter in der Hand von Getreuen des alten Regimes. Fundamentalistische Söldner sorgen für Unruhe auf den Straßen. Der Irak hat keine Regierung und keine Verfassung. Es gibt nicht einmal einen irakischen Vertreter in der US-Militärverwaltung. Es existiert keine Übergangsregierung, sondern eine amerikanisch-englische Verwaltung, die von der Uno anerkannt wurde.

Der Irak steht damit unter einer Besatzung. Das ist nicht die Befreiung, die uns versprochen wurde. Wir müssen gemeinsam handeln, um die Zustände in diesem Land zu ändern. Deshalb fordern wir die Bildung einer Übergangsregierung unter Einbeziehung aller politischen Kräfte des Irak, den Wiederaufbau der Infrastruktur und der Verwaltung und die Wiederherstellung der allgemeinen Sicherheit. Wir müssen eine Verfassung ausarbeiten, die Selbstverwaltung der Kurden anerkennen und freie Wahlen vorbereiten, die unter internationaler Beobachtung stattfinden sollen. Dabei müssen auch die Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten anerkannt werden. Diese Ziele können wir realisieren, wenn sich alle politischen Kräfte des Irak auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm einigen.

Daban Shadala (PUK): Es ist sehr schwer, ein Land wieder aufzubauen, das 35 Jahre lang systematisch zerstört wurde. Wir wissen genau, was uns jetzt erwartet. Wir haben seit zwölf Jahren im Norden des Landes eine eigene Verwaltung. Am Anfang waren dort über 4.000 Dörfer total zerstört, 200.000 bis 300.000 Menschen ermordet. Wir haben heute im Nordirak trotz vieler Schwierigkeiten eine Demokratie. Diese Demokratie wollen wir nun für den gesamten Irak verwirklichen. Wir sind bereit, uns an einer Übergangsregierung zu beteiligen und freie Wahlen mit vorzubereiten. Zugleich treten wir jedoch

auch innerhalb des Landes für Föderalismus ein, da auch wir Kurden das Recht haben, über unsere Verfassung zu entscheiden.

Es wird immer wieder davon gesprochen, daß sich die Amerikaner schnell zurückziehen sollten und eine Übergangsregierung gebildet werden müsse. Ich glaube, daß das zur Zeit sehr schwierig ist, da die Ba'th-Partei immer noch sehr gut organisiert und bewaffnet ist. Die Bevölkerung hat nach 35 Jahren Ba'th-Diktatur noch nicht realisiert, daß Saddam Hussein nicht mehr an der Macht ist. Sie hat nach wie vor Angst, daß er wieder an die Macht kommen könnte, wenn sich die Truppen der Allianz zurückziehen. Deshalb ist das noch ein langer Weg. Wir sind dafür, daß die Truppen der USA so lange bleiben, bis sie die Macht an eine Übergangsregierung übergeben können.

Uns Kurden ist von vielen Arabern und Europäern vorgeworfen worden, daß wir uns mit den Amerikanern eingelassen haben. In den arabischen Städten wurde gegen uns demonstriert und behauptet, daß wir Kurden den Irak aufteilen, einen Teil des Landes abspalten wollen. Aber das stimmt nicht. Sowohl wir, die PUK, als auch die DPK haben sich klar für die Erhaltung eines gemeinsamen Irak ausgesprochen. Föderalismus ist die beste Garantie dafür, daß dieser gemeinsame Irak erhalten bleibt.

Sami Lazar (ZOWAA): Wir waren in London und Salah ad-Din dabei und stehen zu den dort gefaßten Beschlüssen. Wir wollen einen demokratischen Irak ohne Diktatoren und Fundamentalisten. Wir wollen eine Regierung, in der alle politischen, religiösen und ethnischen Gruppen des Irak repräsentiert sind. Das ökonomische System des Irak muß verändert werden, damit die irakische Bevölkerung vom natürlichen Reichtum des Landes profitieren kann.

Welches Wirtschaftssystem soll im Irak gelten? Soll das vom Ba'th-Regime verstaatlichte Erdöl weiterhin von einem staatlichen Erdölkonzern ausgebeutet oder sollte es privatisiert werden? Die Europäer meinen ja, daß es eines der Hauptkriegsziele der USA gewesen sei, die Erdölförderung zu privatisieren und für US-Konzerne zu sichern.

Sami Lazar: Wir glauben, daß eine Privatisierung der Erdölindustrie durchaus im Interesse der irakischen Bevölkerung ist, da eine Marktwirtschaft sicher einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen könnte.

Kasim Talaa (IKP): Wir irakischen Kommunisten sehen das selbstverständlich anders. Es wäre fatal, wenn das irakische Erdöl, immerhin der wichtigste Bodenschatz des Landes, nicht in den Händen des Staates bliebe.

Daban Shadala (PUK): Die Verstaatlichung des irakischen Erdöls war das einzige Gute, das Saddam Hussein jemals gemacht hat.

Mustafa Ramazan (DPK): Es gibt bei den meisten irakischen Parteien einen Konsens, daß die Erdölindustrie nicht privatisiert werden sollte. Von den USA wurde uns auch zugesichert, daß das Öl weiterhin in irakischen Händen bleiben und eine zukünftige Regierung darüber entscheiden soll.

Eine der brisantesten Fragen ist wohl die Rückkehr von Flüchtlingen, die durch die Arabisierungspolitik Saddam Husseins vertrieben wurden. Nun leben in den Häusern Zehntausender vertriebener Kurden, Assyrerinnen und Turkmenen arabische, teilweise palästinensische Familien, und die damals Vertriebenen, die jahrelang als Flüchtlinge in Zelten leben mußten, wollen zurück in ihre Häuser.

Daban Shadala (PUK): Die Lösung dieser Konflikte gehört tatsächlich zu unseren dringlichsten Aufgaben. Es ist schwer, diesen Flüchtlingen zu erklären, daß sie jetzt nicht einfach in ihre Häuser zurückkehren können, sondern sich noch gedulden müssen. Wir können nicht einfach die arabischen Bewohner dieser Häuser wiederum vertreiben. Wir müssen rasch neue Häuser für die Flüchtlinge oder für die arabischen Bewohner ihrer Häuser bauen.

Sami Lazar (ZOWAA): Ich möchte die Vertreter der beiden kurdischen Parteien fragen: Wie stellt ihr euch den Föderalismus im zukünftigen Irak vor? Uns und etwa den Turkmenen würde es wenig nützen, wenn es nun ein ethnisch definiertes kurdisches Autonomiegebiet gäbe und wir dann dort eine Minderheit wären.

Daban Shadala (PUK): Der Föderalismus muß sicher alle anderen Minderheiten ebenfalls berücksichtigen.

Kasim Talaa (IKP): Ich denke, daß hier ein territorialer Föderalismus, etwa wie bei den österreichischen Bundesländern, sinnvoller wäre als ein ethnisch definierter. Wir wenden uns strikt gegen eine Übernahme der Macht durch ethnische Gruppen, Clans, Stämme oder religiöse Gruppierungen. Deshalb müssen alle politischen Parteien in die Übergangsregierung eingebunden werden.

Eines der ideologischen Elemente die das Ba'th-Regime von deutschen Nazis übernommen hat, war ein strikter Antisemitismus. Juden mußten fliehen, ihr Eigentum wurde geraubt. Soll das Eigentum zurückerstattet werden? Können die Juden wieder in den Irak zurückkehren?

Dhia al-Dabbass (SCIRI): Die irakischen Juden waren immer Teil der irakischen Bevölkerung. Es gab keine Probleme zwischen den anderen Irakis und den Juden. Wenn die Juden zurückkehren wollen, sind sie willkommen und können dann auch ihr Eigentum zurückerstattet bekommen.

Kasim Talaa (IKP): Wenn die irakischen Juden zurückkehren wollen, sind sie willkommen, und wir werden auch Wege finden, ihnen ihr Eigentum zurückzuerstatten. Als Touristen sollen sie aber nicht kommen, bis zwischen Israel und den Palästinensern ein Frieden unterzeichnet ist.

Was heißt das?

Kasim Talaa: Der Irak ist Teil der arabischen Welt. Wenn es eine Friedenslösung zwischen Palästinensern und Israelis gibt, werden auch wir, als Teil des Nahen Ostens, Teil dieses Prozesses auf der Basis von Demokratie, Selbstbestimmung und gegenseitigem Respekt sein. Bis jetzt gibt es aber noch keine Beziehungen zu Israel und deshalb wird es auch noch keinen israelischen Tourismus in den Irak geben können.

Dhia al-Dabbass (SCIRI): Wir sind Mitglied der Arabischen Liga und werden hier keinen Sonderweg gehen. Aber wenn es zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes kommt und die Palästinenser über einen eigenen Staat verfügen, werden wir dabei sein.

Daban Shadala (PUK): Wahrscheinlich ist es noch zu früh, darüber zu diskutieren. Die zukünftigen Beziehungen zu Israel werden wir einer zukünftigen demokratisch gewählten Regierung überlassen müssen. Es gibt ja auch sehr viele kurdische Juden in Israel, und ich würde mich sehr freuen, wenn diese zurückkommen würden oder wir gute Beziehungen zu ihnen aufbauen könnten.

Es wird also alles gut?

Kasim Talaa (IKP): Das Ba'th-Regime ist weg, aber wir stehen unter Besatzung und sind noch lange nicht frei. Die Situation ist zur Zeit nicht sehr ermutigend.

Dhia al-Dabbass (SCIRI): Wir haben uns sehr über den Sturz Saddam Husseins gefreut, kritisieren jetzt aber die Besatzungspolitik. Ohne Beteiligung der Iraker an der Verwaltung des Staates wird es zu keiner positiven Entwicklung im Land kommen.

Mustafa Ramazan (DPK): Wir haben jetzt eine einmalige Chance. Nach 35 Jahren Terrorherrschaft wird es lange dauern, bis das Land wieder aufgebaut ist und sich zu einer Demokratie entwickelt. Aber wir haben eine ernsthafte Chance, die es zu nutzen gilt.

Sami Lazar (ZOWAA): Ich glaube auch, daß es noch lange dauern wird und wir wohl auch noch eine lange Präsenz der Briten und Amerikaner brauchen werden. Aber wenn wir alle zusammenarbeiten und auch Minderheiten wie die Assyrer eingebunden werden, sehe ich optimistisch in die Zukunft.

Daban Shadala (PUK): Auch in Europa mußten die Besatzungstruppen nach 1945 länger bleiben, um eine demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Wir dürfen nicht vergessen, daß es immer noch zwei Millionen Ba'thisten gibt, die gut organisiert und bewaffnet sind. Die müssen noch besiegt werden, ehe wir eine funktionierende Demokratie etablieren können.

Thomas Schmidinger ist Publizist und lebt in Wien

Konkret 08/03, S. 36

Erich Später, Klaus Thörner

Belagerungszustand

Israel: Eindrücke von einem Kriegsschauplatz.

Der unauffällig gekleidete Mann wartet an der Haltestelle vor dem Klal-Einkaufszentrum an der Jaffa Road unweit des Marktes Machane Jehuda. In diesem Stadtviertel Jerusalems herrscht am späten Nachmittag Hochbetrieb. Während fromme Juden zum Gebet in die Synagoge eilen, versorgen sich Berufstätige nach der Arbeit auf dem Markt mit Obst und Gemüse. Gegen 17.15 Uhr besteigt der 20jährige Muhammad Shabani aus Hebron den Bus und zündet nach 20 Metern seinen mit Metallteilen gefüllten Sprengstoffgürtel. Der mit Menschen überfüllte Bus wird durch die Wucht der Explosion vollkommen zerstört. Siebzehn Menschen werden durch die Explosion und umherfliegende Metallteile zerfetzt. Viele der über 100 Verletzten werden lebenslänglich medizinische Hilfe benötigen. Unter den Opfern befinden sich Kinder und Jugendliche. Für vier Überlebende der deutschen Vernichtungslager, darunter die 74jährige Miriam Levy, die mit dem Flüchtlingsschiff »Exodus« nach Israel kam, kommt jede Hilfe zu spät. Ermordet wird auch der blinde 77jährige Alexander Kazaris, der in Jerusalem in einem Heim für alte und kranke Überlebende der Shoah lebte. Eine Terrorzelle der Hamas hatte das Attentat vorbereitet. Der Selbstmord-Attentäter hatte die engmaschigen Sicherheitskontrollen überlistet. Er war verkleidet – als orthodoxer Jude. Das Ziel des Anschlags, so viele Juden wie möglich zu töten, wurde erreicht.

Die Hamas beschreibt sich in ihrer Charta als Speerspitze und Avantgarde im Kampf gegen den »Weltzionismus« und das »internationale Judentum«. 1991 begann die Terrortruppe ihre Mordkampagne gegen die israelische Zivilbevölkerung. Von der libanesischen Hisbollah übernahm sie die Methode des »Selbstmordattentats«. Bis zum heutigen Tag weigert sich die Hamas, die Existenz Israels anzuerkennen. Ihre Charta erklärt unmißverständlich: »Die islamische Widerstandsbewegung glaubt, daß das Territorium Palästinas ein islamischer ›Waqf‹ (Gottes Eigentum) aller Generationen bis zum jüngsten Tag ist; niemand darf es oder einen Teil davon aufgeben.«

Ein Friedensvertrag oder Waffenstillstand kann für die Hamas daher nur befristet sein, ein taktischer Zug, um Zeit zu gewinnen. Der kürzlich zwischen dem palästinensischen Premier Abbas und Hamas, Islamischer Jihad und Al-Aksa-Brigaden vereinbarte »Hudna« ist Ausdruck einer solchen Taktik. Während »Hudna« in den westlichen Medien mit »Waffenstillstand« übersetzt wird, gilt er im islamischen Selbstverständnis als Waffenpause, die zum Kräftesammeln genutzt wird.

Seit der Entscheidung Arafats im Frühjahr 2000, den »Oslo-Prozeß« zu beenden und erneut Krieg zu führen, hat die Hamas 73 Selbstmordattentate durchgeführt, denen mehr als 500 israelische Bürger und Ausländer zum Opfer fielen. Hunderte von geplanten Attentaten konnten die israelischen Sicherheitskräfte verhindern. Allein seit dem »Friedensgipfel« von Akaba wurden von der israelischen Polizei und Armee mehr als 100 Palästinenser verhaftet, die Anschläge vorbereiteten.

Wir fahren jetzt sofort zu unserem Hotel. In der Innenstadt hat ein schwerer Anschlag auf einen Linienbus stattgefunden.« Es folgen weitere Erklärungen unseres israelischen Reiseleiters. Seit mehreren Minuten rasen Ambulanzen und Polizeiautos an uns vorbei. Wir, 25 Deutsche und zwei Israelis, fahren zurück zu unserer Unterkunft, dem Jugendgästehaus »Jitzach Rabin«, und lassen unseren Besuch bei der Organisation Zaka ausfallen. Am vierten Tag unserer Reise sind wir in Israel angekommen.

Die vier Buchstaben von Zaka stehen für »Zihui Korbanot Asson« (»Identifikation der Opfer von Unglücken«). Zaka, 1995 gegründet, rekrutiert seine freiwilligen Helfer fast ausschließlich aus dem orthodoxen Judentum. Meist gehören die religiösen Männer in ihren knallgelben Westen zu den ersten, die an den Orten der Massaker eintreffen. Sie befinden sich dabei in unmittelbarer Lebensgefahr, da jederzeit mit einem kalkulierten zweiten Attentat gegen die Rettungskräfte gerechnet werden muß.

Sie haben sich verpflichtet, den Tatort nach Körperteilen der Opfer abzusuchen und sie einzusammeln. Damit unterstützen sie die schwierige Identifikation der oft völlig verstümmelten und zerfetzten Leichen. Die Freiwilligen sind dem jüdischen Ethos der Achtung vor den Toten und der Heiligkeit des Begräbnisses verpflichtet. Rund 700 Menschen in Israel stellen sich dieser schweren Aufgabe.

Als wir abends nach dem Besuch des Anschlagortes zusammensitzen und die Beklommenheit weganalysieren, erinnern wir uns an das Treffen mit Miriam Avitan am Nachmittag. Frau Avitan, Mutter eines 15jährigen Jungen, der Anfang 2001 zusammen mit 15 anderen Teenagern bei einer Geburtstagsfeier im Café Rimon in Jerusalem bei einem Selbstmordanschlag getötet wurde, schilderte uns die Hintergründe der Ermordung ihres Sohnes. »Die Familie des Attentäters war stolz auf seine Tat. Sie haben Geld aus dem Irak erhalten.« Miriam Avitan, die sich regelmäßig mit anderen Eltern und Verwandten von Terroropfern austauscht, spricht voller Enttäuschung über die Politik der Europäischen Union

und der Uno. »Kofi Annan erhebt immer erst seine Stimme, wenn israelische Soldaten die Häuser der Massenmörder zerstören.« Auf eine klare Verurteilung von Selbstmordmassakern und eine juristische Verfolgung der Verantwortlichen durch die Uno oder die EU wartet sie bis heute vergeblich.

Frau Avitan und ihre Familie werden von der Organisation Keren Hayesod betreut. Sie ist eine der weltweit wichtigsten Organisationen zur Unterstützung des Staates Israel. Keren Hayesod hilft seit Ausbruch der Intifada im September 2000 bei der Finanzierung von lebensrettender Ausrüstung für die Trauma-Abteilungen der Krankenhäuser. Sie organisiert die Verbesserung der Schutzmaßnahmen für Vorschulen, Schulen und öffentliche Einrichtungen, und sie kümmert sich um die psychologische, medizinische und finanzielle Betreuung tausender Terroropfer. Auch die 400 israelischen Kinder, die ihre Eltern verloren, werden von Keren Hayesod betreut.

Am Vormittag hatten wir die Hadassah-Klinik, das größte und bestangesehene Krankenhaus des Nahen Osten besucht. Es besteht aus zwei Klinikkomplexen, die sich in Ostjerusalem und am westlichen Rand der Stadt befinden. Etwa 15 Autominuten vom Zentrum Jerusalems entfernt liegt das 1961 eröffnete Hadassah Ein Kerem Hospital. Es verfügt über 700 Betten und ist auf die Behandlung komplizierter medizinischer Fälle spezialisiert. Auch viele Patienten aus dem Gaza-Streifen, der Westbank und den umliegenden arabischen Staaten werden hier versorgt. Nicht wenige Patienten kommen aus Ländern, die den israelischen Staat bis heute offiziell nicht anerkennen. »Wir sind verpflichtet, jedes gefährdete Leben zu retten. Politische, religiöse oder ethnische Kriterien spielen bei der Auswahl und Versorgung der Patienten keine Rolle«, sagt der Anästhesist Alexander Avidan. Avidan stammt aus der Schweiz, in die seine Eltern Mitte der zwanziger Jahren einwanderten. Die in Polen und Deutschland verbliebenen Familienmitglieder wurden in den deutschen Vernichtungslagern ermordet. Der Mitarbeiterstab des Krankenhauses setzt sich aus orthodoxen und liberalen Juden, Moslems, Christen und Atheisten zusammen und hat seit Beginn der »Al-Aksa-Intifada« im September 2000 in seinen Notfall- und Trauma-Abteilungen mehr als 2.100 israelische Terroropfer behandelt. Auch verletzte palästinensische Attentäter wurden aufgenommen.

Avidan ist in ständiger Sorge um das Leben seiner Frau und seiner Kinder. »Jeder hier im Krankenhaus hat ein Terroropfer in seiner Familie oder seinem Bekanntenkreis. Ein Kollege wurde bei einem Anschlag getötet.« Die Liste der Angehörigen des Krankenhauses, die ihr Leben bei Terroranschlägen und in den israelisch-arabischen Kriegen verloren, ist lang. Bis heute unvergessen sind die Ereignisse des 13. April 1948. Ein mit dem »Roten Davidstern« gekennzeichneter Konvoi mit Ärzten und medizinischem Personal war auf der Straße zum Skopusberg in einen Hinterhalt der Milizen des Großmufti geraten. 77 Angehörige des Krankenhauses wurden erschossen oder verbrannten in ihren Bussen.

Avidan, der regelmäßig deutsche Zeitungen liest, vermißt eine klare Verurteilung der Selbstmordattentate durch die deutschen Medien. Er fordert die internationale Ächtung des »Suicide bombing« als »Crime against humanity« und die Verurteilung der politischen und religiösen Führer, die für die Planung und Durchführung der Massaker an Zivilisten verantwortlich sind.

Al Aksa ist in Gefahr«, rief Hadschi Amin, der Mufti von Jerusalem. Der Inhalt seiner Predigt war eindeutig. Nach der Versammlung in und vor der Al Aksa-Moschee begannen in Jerusalem die blutigen Ausschreitungen. Arabische Aufständische griffen das jüdische Viertel in der Altstadt an. Über das Land brach, gänzlich unerwartet, eine Welle der Gewalt herein. Während die britischen Behörden auf Verstärkung warteten, geriet die Situation außer Kontrolle. Die Forderungen der zionistischen Organisationen, eine größere Anzahl Juden zu bewaffnen, wurden von den Briten abgelehnt. Zu einem entsetzlichen Massaker kam es in Hebron. Die jüdische Gemeinde, nicht zionistisch und bisher in guter Nachbarschaft mit den Muslimen lebend, wurde ausgelöscht. Der Aufruf zur Verteidigung der »durch die Juden bedrohten« moslemischen Heiligtümer richtete sich nicht nur an die Araber Palästinas, sondern an die gesamte moslemische Welt.

Die blutigen Ereignisse des April 1929 transformierten den bisher eher begrenzten Konflikt der sogenannten Palästina-Frage hin zu einem zentralen Politikfeld der panarabischen moslemischen Bewegung. Hadschi Amin, der Großmufti von Jerusalem und Führer der palästinensischen Nationalbewegung, war einer der Drahtzieher der Pogrome. Amins Strategie, die Mobilisierung der Moslems zwecks Verteidigung der angeblich bedrohten Heiligen Stätten des Islams, war leicht verständlich, gefühlsbetont und rief die arabisch-moslemische Mehrheit zum Jihad gegen die kleine Minderheit der jüdischen Einwanderer und die seit Jahrhunderten ansässigen jüdischen nicht-zionistischen Gemeinden auf. Amin wird zehn Jahre später zum führenden Architekten der Allianz zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem arabischen Nationalismus.

Wir stehen in der Jerusalemer Altstadt, an jenem Stück der westlichen Mauer, die »Klagemauer« genannt wird. Im April 1929 hatten fromme Juden dort einen Wandschirm aufgestellt, um Männer und Frauen beim Gebet zu trennen. Ihre Anwesenheit an diesem Ort war den strengen Vorschriften der moslemischen Moscheeverwaltung unterworfen. Diese ordnete die Entfernung des Wandschirms an. Als die Juden dagegen protestierten, bot sich Amin die erhoffte Möglichkeit zur religiös begründeten Eskalation des Konflikts mit der jüdischen Gemeinschaft. Bis heute zeigt der Ruf »Al Aksa ist in

Gefahr« seine mobilisierende Wirkung. Ariel Sharons Besuch am 28. September 2000 auf dem Tempelberg war der palästinensischen Autonomiebehörde willkommener Anlaß, die erneute »Intifada«, das heißt den Krieg gegen Israel, auszurufen.

Sharon, denk daran, Deine Soldaten sind noch im Libanon«, übersetzt Illi Rubinstein von der Presseabteilung des Generalstabs der israelischen Armee und zeigt auf die hebräisch und arabisch gedruckte Inschrift auf dem riesigen Propagandaplakat der Hisbollah. Wir befinden uns unmittelbar an der libanesischen Grenze auf dem Gelände des israelischen Militärstützpunktes Ziporen, in der Nähe des Kibbuz Monara. Im Frühjahr 2000 beschloß die Regierung Barak den Abzug der Truppen aus der libanesischen Grenzregion. Nachdem Abschluß des Rückzugs übertrug die libanesische Regierung die Kontrolle und Überwachung ihrer Staatsgrenze bewaffneten Einheiten der Hisbollah-Miliz.

Diese hat die neue Machtposition genutzt, um ins Reisegeschäft einzusteigen und karrt Busladungen ihrer Anhänger zur Grenze. Krönender Abschluß dieser Tagestouren aus Beirut ist ein obligatorischer Steinwurf auf den israelischen Militärstützpunkt. Dabei kann man sich mit grünem Märtyrerband um den Kopf oder in Streetfighter-Pose fotografieren lassen. Man braucht die israelischen Soldaten nicht zu fürchten. Sie haben Anweisung, auf die permanente Verletzung der Staatsgrenze nur im äußersten Notfall zu reagieren. Auch den UN-Beobachtungsposten dicht daneben kann man getrost ignorieren. Zumal an der Grenze nicht immer klar ist, wer zur Hisbollah gehört und wer zur UN.

Am 7. Oktober 2000 patroullierten die drei israelischen Soldaten Adi Avitan, Benjamin Avraham und Omar Sawid auf der israelischen Seite der Grenze zum Libanon. Sie kehrten nicht zu ihrem Stützpunkt zurück. Die schnell eingeleitete Untersuchung ihres Verschwindens ergab, daß als UN-Soldaten verkleidete Mitglieder der Hisbollah die Soldaten nach einem Schußwechsel gefangengenommen und an einen unbekannten Ort verschleppt haben. Die Hisbollah verweigerte jede Auskunft über das Verbleiben der Soldaten. Mehrere Appelle der Familienangehörigen und der israelischen Regierung blieben unbeantwortet. Die israelische Armee geht mittlerweile davon aus, daß die Soldaten von der Hisbollah getötet wurden.

Das Hisbollah-Plakat, das die libanesische Grenze schmückt, ist Bestandteil der psychologischen Kriegsführung gegen Israel. Die Fotomontagen zeigen verwundete und getötete israelische Soldaten. Eine Aufnahme ist authentisch. Am 4. September 1997 wurde Itamar Ilya mit mehreren anderen Soldaten seiner Marineeinheit im Libanon getötet. Durch eine Explosion wurde er zerfetzt. Sein Kopf wurde vom Körper getrennt. Hisbollah-Milizionäre, von denen einige erbeutete israelische Uniformteile und Helme tragen, stehen neben und hinter einem ihrer Kameraden, der den Kopf des getöteten Israelis wie eine Trophäe in die Kamera hält.

1991 schrieb der ehemalige irische UN-Delegierte Conor Cruise O'Brien: »Die Gründe für die Entstehung des Staates Israel liegen in Europa, er ist ein Produkt europäischer Zurückweisung. Wir Europäer scheinen diese Grundtatsache manchmal zu vergessen, wenn wir den Israelis Vorträge darüber halten, wie sie sich verhalten sollen in dieser feindlichen Region, wo sie vor einem noch feindlicheren Europa Zuflucht gesucht haben. In Europa drohte ihnen der Genozid, und sollte ihre Widerstandskraft jemals nachlassen, so droht er ihnen auch im Nahen Osten.« Diese Sätze finden sich in Cruise O'Briens lesenswerter »Geschichte des Staates Israel«, die unter dem Titel *Belagerungszustand* erschien.

Erich Später schrieb in KONKRET 7/03 über die Beteiligung der Donauschwaben an NS-Verbrechen; *Klaus Thörner* in KONKRET 2/03 über die Rolle der Deutschen im Kosovo-Krieg

Konkret 08/03, S. 38

Rolf Surmann

Geschlossene Gesellschaft

Argyris Sfountouris, einer der wenigen Überlebenden des Wehrmachtsmassakers im griechischen Distomo, ging einen eigenen Weg, um sein Recht auf Entschädigung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen: Er klagte nicht in Griechenland oder in den USA, sondern im Land der Täter. Diese Vorgehensweise gibt der deutschen Gesellschaft immerhin die Möglichkeit, sich mit ihrer Schuld und Verantwortung auseinanderzusetzen. In den Vorinstanzen jedoch gescheitert, hat Sfountouris den Fall schließlich bis vor den Bundesgerichtshof gebracht. Der entschied nun ebenfalls gegen ihn und andere NS-Opfer.

Das überrascht nicht. Bemerkenswert ist allerdings die Begründung: Das Recht ausländischer Bürger auf individuelle Klageerhebung gegen die deutsche Regierung wird generell in Abrede gestellt; man verweist auf zwischenstaatliche Abkommen. Dabei braucht man nicht einmal an die Entschädigungsklagen in den USA wegen NS-Zwangsarbeit zu erinnern, um zu wissen, daß das so einfach nicht geht. Denn anderswo ist ja durchaus möglich, was man hierzulande den NS-Opfern verweigert.

Auch die Angewohnheit, Wehrmachtsverbrechen als Teil des (üblichen) Kriegsgeschehens hinzustellen, hat der BGH übernommen. Diente sie über Jahrzehnte dazu, die Mörder in Uniform als unbescholtene Bürger erscheinen zu lassen, spricht man jetzt den Opfern der Verbrechen mit diesem Argument ihr Recht auf Entschädigung ab. Wie wichtig dem BGH solche entschädigungspolitischen Stoppzeichen sind, zeigt sich letztlich daran, daß er das Urteil selbst fällte und die Klage nicht – halbwegs problemorientiert – an das Bundesverfassungsgericht verwies.

Wer nun glaubt, die Restaurationsprämissen der fünfziger Jahre seien eine unveränderliche Konstante in diesem Land, unterschätzt die Flexibilität deutscher Gewalten in Zeiten weltweiter Militärinterventionen für Menschenrechte. Das Gericht machte sich nämlich zu eigen, was zuvor die Bundesregierung hatte vortragen lassen: tiefes Bedauern über das begangene Unrecht. Das kam bei der hiesigen Presse trotz/wegen der Abfertigung der Opfer des deutschen Verbrechens gegen die Menschheit gut an. Zwar gab es einige Zeitungen, die von ihrer Forderung nach einem Almosen nicht lassen wollten, andere aber waren bereits ein Stück weiter. So vertrat Götz Aly in der »Berliner Zeitung« die Meinung, eine Erweiterung des Klagerechts von Opfern nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen könne dazu führen, daß auch Dresdner Bombenopfer die britische Regierung verklagen könnten. Die Verweigerung einer Entschädigung für NS-Opfer als Maßnahme zu ihrem eigenen Besten – darauf muß man erst mal kommen.

Konkret 08/03, S. 39

Jürgen Roth

Ein Hörrohr für den Popdiskurs

Glaubhaft und doch wahr: Die SPD hat einen »Beauftragten für Popkultur + Popdiskurs«.

Wie doof darf, wie doof kann eine Partei sein? Und: Muß man sich noch wundern?

Erstens zu zweitens: nein. Zweitens: Man muß schon die SPD bzw. Mitglied des Präsidiums der deutschen sozialdemokratischen Partei sein, um zu beschließen, daß es einen »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs« geben muß. Weil es den geben muß. Weil es ihn noch nicht gab. Wo es bereits alles andere gibt. Außer einen »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs«. Den es jedoch auf Beschluß des SPD-Präsidiums jetzt gibt. Einen »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs«.

Und nicht nur irgendeinen »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs«. Nein. Seit Juni ist der ehemalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Sigmar Gabriel, »Beauftragter für Popkultur und Popdiskurs«. Seines Zeichens. Auf Geheiß des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gabriel, Sigmar. Es konnte nur einer werden. Es kann nur einen geben. Nur einen »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs«. Sigmar Gabriel. Aus Goslar. Here he is.

Dreiundvierzig Jahre ist er alt, und jetzt ist er »Beauftragter für Popkultur und Popdiskurs«. Über Nacht geworden. Er selbst habe von seiner neuen Aufgabe und von seinem neuen Amt als »Beauftragter für Popkultur und Popdiskurs« aus der Zeitung erfahren. »Eine wichtige, eine fällige Personalentscheidung«, kommentierte die »Berliner Morgenpost«. Eine wichtige, eine fällige Aufgabe, äußerte sich der »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« dann auch selbst. Im Nebenberuf ist er SPD-Fraktionschef im niedersächsischen Landtag, weiterhin. Das haut hin.

Früher hat Sigmar »Peter« Gabriel »Rockkonzerte organisiert« (»netzeitung«). Das hat ihn, so ein ungenannter Sprecher des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für den neuen »Job« als »Beauftragter für Popkultur und Popdiskurs« qualifiziert. Der neue »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« fungiert nun und in der weiteren Zukunft als »Bindeglied zwischen Partei und Prominenz«.

Der »deutsche Meat Loaf« (»Berliner Morgenpost«, huhu) nimmt seine Aufgabe ernst. Damit das mit dem Ernstnehmen aber auch im mühseligen politischen Alltag klappt, hat das Präsidium der SPD dem neuen Beauftragten (usw.) Gabriel einen hauptamtlichen Mitarbeiter der Berliner SPD-Zentrale zur Seite gestellt. Seinen Namen kennen wir nicht. Noch nicht.

Gabriel will, wie er gegenüber der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« verlauten ließ, »Kontakt halten, Diskussionen führen, Verabredungen treffen«. Er will, so der »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs«, Kontakt halten zu »einer Branche, die sowohl kulturell als auch wirtschaftlich hochinteressant ist«, er will Diskussionen führen mit Vertretern einer Branche, die sowohl kulturell als auch wirtschaftlich hochinteressant ist, und er will Verabredungen treffen mit Vertretern einer Branche, die sowohl kulturell als auch wirtschaftlich hochinteressant ist. Was er nicht will: »jetzt versuchen, Trends hinterherzulaufen«.

Deshalb verlieh der neue »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« Ende Juni im Zuge seiner ersten offiziellen und öffentlichen Amtshandlung den schon Freddy Quinn, Udo Jürgens und Ralph Siegel übereigneten Paul-Lincke-Ring der Stadt Goslar an Udo Lindenberg. Der »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« würdigte bei dieser Gelegenheit seinen Ex-Wahlkampfhelfer Lindenberg als »Einmischer« und »Visionär«, zwei Ehrentitel, die sich Lindenberg u. a. durch einstige »Rockkonzerte« »gegen Atomenergie« auf der Loreley, zu denen damals der heutige »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« gefahren war, verdient hat und die beizeiten auch den »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs« schmücken werden. Wenn die Zeit reif ist.

Denn Sigmar Gabriel, der eigenen Aussagen zufolge schon mal ein Lied aus der »Netzwelt« der Napster-Börse heruntergeladen hat (»und ich muß zugeben, daß ich auch kein besonders schlechtes Gewissen hatte ..., ich fand einfach, daß ich diesen oder jenen Song jetzt mal brauche«), streitet dafür, »daß der besondere Umgang mit diesem Kulturgut« – dem »Pop«, der »Popkultur« und dem »Popdiskurs« – nicht verlorengeht (so in der Art meint er es). Das freut einerseits den Pop, andererseits den Popdiskurs, der ein besonders besonderes und schützenswertes Kulturgut ist (neben der deutschen Musik, für die der »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« gerne eine Radioquote – auf der Basis »freiwilliger Selbstverpflichtung« – eingeführt sähe). Die »Popkultur« heißt nun aber laut Gabriel auch »Unterhaltungskultur«. Während der »Diskurs« vorerst »Diskurs« bleibt. Bis der »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« vielleicht auch beim »Diskurs« einen »Paradigmenwechsel« (Rayk Wieland) hin oder wieder zurück zum »Popgespräch« einleitet oder durchführt. Oder zur Langspielplatte: »Ich habe zum Beispiel immer noch meine alten LPs zu Hause und würde nie auf die Idee kommen, mir diese LPs auf CD zu kaufen, geschweige denn zu brennen.«

Es ist nicht zu übersehen: Der »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« hat eine Menge zu tun. »Meine Aufgabe ist es, den Wirtschaftszweig ernst zu nehmen und den besonderen Zugang, den Künstler zum Alltag haben, wahrzunehmen und der Politik zu öffnen«, sagt der Öffner des Zugangs der Künstler zum Alltag zur Politik. Denn »erst mal geht es auch einfach darum, eine junge Generation zu verstehen, zu der man nicht mehr gehört«.

Wie aber geht das genau, das Verstehen? Muß man sich regelmäßig mit Diedrich Diederichsen treffen? »Helfen da Praktikantinnen« (Gerd Fischer)? Wie sind die Arbeitszeiten? Ein Nine-To-Five-Job? Oder eine 24-Hours-Understanding-Mission? Oder reicht ein »roter Draht« zu Klaus Meine (Scorpions) (wahlweise Peter Maffay oder Klaus Lage)?

Als der »Harzer Roller« (Udo Lindenberg, hihi) sich im Juni in Goslar mit Udo Lindenberg traf, traf er sich jedenfalls danach sogar noch mit den jungen Menschen der Band Wir sind Helden. Nach dem Treffen sagte Sängerin Pola Roy: »Wir haben ihn als Hörrohr definiert.« Eine Nebenbedeutung hatte dieses Statement nicht.

Der neue »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« wird in den nächsten Jahren viel Aufsehen erregen, das ist sicher. Einen ersten Vorgeschmack auf sein Wirken und sein neues öffentliches Auftreten gab er, als er die Trennung von Modern Talking als »seit langem überfällig« bezeichnete. Worauf Thomas Anders beleidigt war, CDU-MdB Steffen Kampeter von einer »unglücklichen Entgleisung« sprach und die größte Konkurrentin des »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs« der SPD, die »Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien« (auch das muß es geben), Monika Griefhahn (SPD), im Gegenzug Dieter Bohlen für das Bundesverdienstkreuz vorschlug, obwohl einen gleichlautenden Vorschlag der einstige niedersächsische Ministerpräsident und heutige »Beauftragte für Popkultur und Popdiskurs« damals abgelehnt hatte. Mithin ein Amt mit Brisanz, wie man hört und liest, das Amt des »Beauftragten für Popkultur und Popdiskurs« der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Doof ist Sigmar Gabriel nicht. Man könnte aber auch sagen, daß die Glocken eines hochinteressanten deutschen Branchenvereins endgültig und vollamtlich nicht mehr sauber ticken, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, SPD.

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 3/03 über die Amerikaschelte deutscher Intellektueller

Konkret 08/03, S. 40

Jens Hoffmann

Kunst & Gewerbe - Land des Raunens

Mit kurzem Atem und etwas Grabesschleim in der Stimme hielt der alemannische Almöhi des spekulativen Denkens, der Doctor Strangelove der abendländischen Subjektphilosophie, kurz: die Machtmeise aus Meßkirch, im Juni 1957 die Festrede zur Fünfhundertjahrfeier der Universität Freiburg und tat dabei so, als sei nichts gewesen. Vierundzwanzig Jahre zuvor war Heidegger mit Dachlatte im rechten Ärmel Rektor derselben Universität geworden, um für »die völlige Umwälzung unseres deutschen Daseins« zu arbeiten. Und obwohl sich die Deutschen sichtlich mühten, eine Vielzahl von Seinsfragen endgültig zu beantworten, mußte sich Heidegger seinen Traum vom Dasein als lorbeerknabbernder Führerphilosoph und oberster Durchblicker der Arier aus dem Schädelchen hämmern. Wie dumm! Die unterschrieben tatsächlich Kapitulationserklärungen! Plötzlich stand er da mit seiner blakenden Seinsfunzel und hatte vielleicht sogar ein Persilscheinproblem.

So fleißig der Philosoph in der Folgezeit die ontologische Differenz zwischen Sein und Seiendem bebrütete und aus dieser Frage eine Theoriekathedrale mit siebzig Bänden Echoraum errichtete, so mimosenhaft gab er sich hinsichtlich der ärgerlichen Geschichte mit der Kreide, den weißen Fingern und den Hakenkreuzen an Freiburger Universitätstafeln. Heidegger kümmerte sich fortan nur noch um Wesentliches. Er wurde Fan des 1. FC Kaiserslautern und kaufte außerdem ein sehr hübsches Gästebuch für seine Grübelkate in den Bergen, damit die Leute endlich aufhörten, irgendwelchen Blödsinn auf seine Übergardinen zu kritzeln. Es lief gar nicht schlecht. Die Seins- und Angstmasche zog noch immer, Übersetzungsanfragen kamen mit der Post. Da konnte man sich auch schon mal mit Eimer in der Flosse als lächelnder Hüter des H2O fotografieren lassen.

Für seinen Vortrag in Freiburg – von Klett-Cotta als CD neu aufgelegt – wählte Heidegger ein vermeintlich unverfängliches Thema, den Satz der Identität. A = A, das Publikum arbeitet an den Sitzmulden und hüstelt höflich. In Fahrt gebracht von diesem »obersten Denkgesetz« nickt er kurz einigen wackeren Griechen zu, die die Klugheit besaßen, dem einzigen Martin zu ähneln. Da niemand in Gelächter ausbricht, läßt der Redner einige Teller mit dampfender Erde und »gewachsener Sprache« rumgehen. Alle sind herzlich eingeladen, sich von der bösen technischen Welt, die man – leider, leider – nicht vernichten dürfe, abzuwenden und heimzukehren ins Land des Raunens, wo ein kleiner Mann mit großer Zange an der Pforte steht und die Seinskärtchen knipst.

Konkret 08/03, S. 40

Erwin Riess

Kunst & Gewerbe - Jörg von Arabien

Seit dem Beginn des neuen Jahrtausends zieht es Jörg Haider in die arabische Welt. Die Freundschaft mit dem Sohn Ghaddafis, die Aktivitäten von FPÖ-Kadern in den Freundschaftsgesellschaften und der gemeinsame Feind Israel festigten die Bande zwischen dem einsamen Kämpfer gegen das Böse und den heldenhaften Kämpfern gegen Imperialismus und Schulkinder. Bald war klar: Der einsame Held braucht eine Hadsch. Da er so viel Böses durchleiden mußte, konnten es nur mehrere Pilgerfahrten hintereinander sein. So kam es auch. Dem ersten Besuch in Libyen im Oktober 2001 folgten mehrere Reisen nach Ägypten, Syrien, Kuwait und in den Iran. Am 10. Februar 2002 erfüllte sich für den Menschenfreund ein Herzenswunsch. Er saß Saddam Hussein gegenüber und verbreitete sich mit der Sonne des Euphrat über die Weltlage, die israelische Aggression und die Rolle der Kärntner Kasnudel im Abwehrkampf gegen die Ungläubigen. Weitere Besuche folgten, die Bande zwischen den Karawanken und dem Zweistromland wurden enger. Hussein gratulierte zu Haiders Wahlerfolgen und dem Eintritt in die Bundesregierung, wunderte sich aber, warum dazu Wahlen notwendig waren, und Haider gratulierte Hussein zu seiner konsequent demokratischen Arbeit für das irakische Volk.

Haiders Hadsch kann nun in einem seltsamen Büchlein, einer Mischung aus Besinnungsaufsatz und Billigreiseführer, nachgelesen werden (Jörg Haider: *Zu Gast bei Saddam. Im »Reich des Bösen«.* Ibera/European University Press). In einem Gespräch mit Saddams Sohn Udai lobt dieser deutsche Tugenden. Sie lägen dem deutschen Volk im Blut und könnten daher von niemandem ausradiert werden. Die Russen hingegen seien verloren, weil käufliche Marionetten jüdischer Finanzbosse, die das Land regierten. Folglich rechnet Udai mit einer baldigen Renaissance nationaler Kräfte in ganz Europa. Mit Vizepremier Tarik Aziz unterhielt Haider sich über die israelische Aggression und Fidel Castros Zigarrengeschenke, während Haiders Freund, Außenminister Sabri, der ehemalige Botschafter in Österreich, vom Wörthersee schwärmte und Haider den Euphrat durch einen Vergleich mit der Drau adelte.

Weil Haider ein Weltmann ist und auf Ausgewogenheit Wert legt, will er demnächst Israelis zu sich einladen, ehemalige Kärntner, die, so Haider, »in den Wirren des Zweiten Weltkriegs ihrer Heimat verlustig gingen«. Ob diese Einladung auf einen fruchtbaren Boden fällt, ist ungewiß. Nicht zu zweifeln aber ist nach Lektüre des Buches daran, daß der Kärntner Landeshauptmann sich im arabischen Raum wohl fühlt. Er teilt diese Erfahrung mit einem Vorgänger im Geiste, der in den Wirren des Krieges ebenfalls seiner Heimat verlustig ging: Alois Brunner, Eichmanns rechte Hand.

Konkret 08/03, S. 40

Armin Schreiber

Kunst & Gewerbe - Herbarium des Grauens

Mit dem ewigen Gemähre, es würden keine guten, pardon, keine schönen Bücher mehr gemacht heutzutage, dürfte nun erst mal Schluß sein. Anläßlich der Jahresausstellung 2003 nämlich, die – wie es in amtspoetischer Formulierung heißt – »das Kunstschaffen der Neuaufnahmen des Deutschen Künstlerbundes« in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland präsentiert, ist ein Katalog, genauer, ein Buch bzw. Büchlein erschienen, das fürderhin wohl in einem Atemzug genannt werden soll mit der Faksimile-Ausgabe der Manessischen Liederhandschrift. Und es muß, ohne Frage, die inspirierende Örtlichkeit der Schau gewesen sein, Prof. Peichls hypertrophe Architektur, die den Initiatoren zu diesem kunstgewerblichen Höhenflug verholfen hat: zu 80 vom r_plus designbüro, Köln, layouteten Text- und Bildseiten auf schwerem kartonartigem Papier in gespreiztem Din A 5-Format mit festem Einband, Fadenheftung und rosarotem Vorsatzblatt. Als seien nicht Kunstinteressierte, sondern Liebhaber derartiger Preziosen als Zielgruppe angepeilt, ist ein bibliophiles Objekt entstanden, das vorerst wahrscheinlich nicht zu toppen ist: konkurrenzlos peinlich. 14 Euro soll der Spaß kosten, fast geschenkt angesichts des kultverdächtigen Titels Herbarium der Blicke, der – subtil antizipiert oder auch gespiegelt meinetwegen im Weiß und matten Olivgrün des Einbandes – in Versalien gedruckten pergamentenen Schutzumschlag ziert.

Nun ist ja die Kunst auch beim Deutschen Künstlerbund bislang immer fortschrittlich-modern gewesen. Deutet sich hier, über das *Herbarium der Blicke,* der langerwartete Paradigmenwechsel an? Oder wollten die Kuratoren in Wahrnehmung ihrer Deutungskompetenz ganz einfach mal kucken, ob Gegenwartskunst nicht auch diesen Kontext verkraftet? Völlig aus der Luft gegriffen ist der Titel nicht, denn in der Ausstellung geht es um Vegetatives, um Landschaft, um Korrespondenzen zwischen Natur und Kunst. Aber rechtfertigt dieser Umstand, sämtliche »Neuaufnahmen«, d.h. Künstlerinnen und Künstler, die heute leben und arbeiten, in ein Assoziationsfeld zu schieben, das mit Vokabeln wie »verblichen«, »vertrocknet«, »verstaubt« belegt ist, mit gepreßten Veilchen und mumifiziertem Vergißmeinnicht? Was ist das: Naivität, Arroganz, Trunkenheit am Steuer? Helfen kann da nur noch der schrille Schrei, denn zu fassen ist diese fatale Verknüpfung heutiger Sehweisen mit biederbürgerlichen Ästhetik-Vorstellungen des vorvorigen Jahrhunderts nicht.

Auch eine Folge der Herbarium-Ästhetik: Zeichnungen, Bilder, Objekte, denen solche Publikationen primär dienen sollten, sind überwiegend im Format von Sondermarken à la »100 Jahre ADAC« reproduziert. Der Informationsgehalt tendiert gegen Null. Entschädigt wird man mittels vier höchst erbaulicher Seiten, auf denen nachzulesen ist, wer Ehrenpräsident, Vorstand, Schriftführer, ordentliches-, außerordentliches- und Ehrenmitglied, Mitglied des Freundes- und Förderkreises des Deutschen Künstlerbundes ist und wer als Schatzmeisterin fungiert.

Konkret 08/03, S. 41

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe - Propheten des Neonliberalismus

Als die Generation Golf klein war, hatte der »Stern« ein Kind, von dem er dreist behauptete: »›Kinder haben Sternchen gern, Sternchen ist das Kind vom ›Stern‹«. Die Generation Golf ist inzwischen erwachsen (zumindest eigentlich), die »Sternchen«-Kinderseite gibt es nicht mehr, doch der »Stern« hat schon wieder Nachwuchs – und diesmal soll die Generation Golf selbst entscheiden dürfen, ob sie ihn gern hat: Das Magazin »Neon«, ein großer Bruder des »Sternchen« und des eingestellten »SZ«-Jugendmagazins »Jetzt«, richtet sich an die 20- bis 30jährigen und alle, die »eigentlich erwachsen werden sollten«. Die Zukunft des Blattes hängt zwar von der ersten Testausgabe ab, die derzeit auf dem Markt ist, doch »Neon« ist nicht jeder Leser genehm. Wer »von ›Superstars‹ vollgedröhnt werden« oder »mit ›Big Brother‹-Kandidaten über den Sinn des Lebens diskutieren« will, der braucht »Neon« nicht, sagen die Macher.

Nur, wer braucht »Neon« dann? Und mit wem soll man über den Sinn des Lebens diskutieren? Etwa mit den »100 wichtigsten jungen Deutschen«, die »Neon« kürt (»Es gibt noch Hoffnung für dieses Land«)? In diese Liste hat es tatsächlich weder Daniel Küblböck noch Zlatko geschafft – dafür aber neben den unvermeidlichen Popliteristen und Attactivisten zum Beispiel auch »Eva Gronbach, 31, Modedesignerin«. Begründung der Redaktionsjury: »Macht ihr Ding ... Mit ihrer Kollektion ›Liebeserklärung an Deutschland‹ will sie ihrer ›Heimat die verlorene Ehre wiedergeben‹.« Und hatte das Damenmagazin »Allegra« bereits vor einem Jahr Deutschland für tragbar erklärt (vgl. KONKRET 8/02), darf Eva Gronbachs schwarzrotgoldener Fummel (wahlweise mit Bundesadler) auch in der Modestrecke der Unisex-Postille »Neon« nicht fehlen.

Mit ihr über die letzten Dinge des Lebens zu philosophieren, könnte schwierig werden, denn die »politische« Designerin präsentiert »ihre Sicht der Dinge« laut Homepage »auf dem Laufsteg«. Immerhin erfahren wir, daß sie »keine Lust auf Demut« hat. »›Ich will gefeiert werden.‹ Mit dieser Aussage umreißt die Modeschöpferin die Spannweite ihrer kreativen Intentionen.« Zu diesen kreativen Intentionen gehört zum Beispiel Gleichberechtigung: »Der Wille zum großen – auch wirtschaftlichen – Erfolg steht *gleichberechtigt* neben dem Anspruch, selbstbewußt den eigenen Standpunkt darzustellen und dabei richtig verstanden zu werden.« Das dürfte ziemlich genau die Spannweite der Intentionen der neonliberalen Leser umreißen. »Ihre ›Liebeserklärung an Deutschland‹«, schreibt Gronbach über Gronbach, »ist eine ganz individuelle Auffassung« – die sie freilich mit Millionen Deutschen gemeinsam hat – , »genährt aus ureigensten Erfahrungen, die unter anderem auch durch ein anthroposophisches Elternhaus und ein gutes Jahrzehnt Waldorfschule geprägt sind. Damit (!) ist Eva Gronbach weit entfernt von ›Leitkultur‹ und dem ›Stolz, ein Deutscher zu sein‹.« Hat sie das Lernziel von Rassenlehrer Rudolf Steiner womöglich nicht erreicht?

Halten wir fest: Stolz, eine Deutsche zu sein, ist diese Frau nicht, sondern: »Diese Frau liebt Deutschland als Europäerin. Sie möchte andern das moderne, junge Deutschland näher bringen, das nichts gemein hat mit dumpfem Rechtsradikalismus und einer braunen Vergangenheit. Das von ihr entworfene T-Shirt, das neben den Namen von Beuys, Böll, Dutschke, Scholl, Staufenberg (!), Adenauer, Goethe und Steiner auch den von Hitler trägt, bleibt ein Einzelstück, das nicht in den Verkauf kommt. ›Ich will verhindern, daß es die Falschen tragen‹, sagt die Kölnerin.«

Bei soviel Mut ist der Platz unter den hundert wichtigsten Jungdeutschen wohlverdient. Wenn die »Neon«-Redaktion mit Leuten wie der nicht-braunen Eva über den Sinn des Lebens diskutieren will, halten wir uns doch lieber an den großen Bruder Zlatko.

Konkret 08/03, S. 43

Stefan Ripplinger

Harrys Hitlerjugend

Kulturkolumne

Der Rettung des Abendlandes durchaus abgeneigt und – da die Welt oft genug ein großes Gefängnis ist, dessen Tore geschlossen zu halten, nur seinen Wärtern tunlich erscheint – dem Eskapismus nicht feind, habe ich mir bei *Harry Potter* nichts Böses gedacht, bis mir kürzlich ein Artikel aus Deutschlands dümmstem Intelligenzblatt in die Hände fiel.

Hermann Hesse war der erste Schriftsteller, dessen großer Erfolg auf der Vorstellung beruhte, es gebe nicht nur eine Art Naturform für alle, die anders sind, sondern sogar eine Heimat für die andersartigen Seelen, Indien oder Kastilien, wie auch immer. Joanne K. Rowling hat dieser Idee nicht nur eine magische, sondern auch eine rassentheoretische Spitze gegeben. Denn tief wie ein höllischer Abgrund ist die Kluft, die Magier und Menschen trennt. »The bond of blood is the strongest shield«, muß Harry Potter lernen, »das Band des Blutes ist der stärkste Schild«. Das ist ein Satz, für den man Martin Walser alle Furien der Aufklärung hinterherjagen würde.

Thomas Steinfeld, der dieses (am 23.6.) veröffentlichte, hat als Literaturredakteur der »Süddeutschen Zeitung« Wichtigeres zu tun als historische Studien zu treiben, und kann also nicht wissen, daß die Aufklärung – die deutsche nicht allein, aber sie besonders – , nicht Gegnerin der »Rassentheorie« ist, sondern ihre Begründerin. Doch glaubt er, der monatelang wie eine Furie gegen den großen Zauberer Lord Voldemort-Ranicki kämpfte, zu wissen, wie er diesen Kampf im nachhinein noch zu seinen Gunsten entscheiden kann. Walser, deutet er an, sei wegen einer zahmen Version derselben Wahrheit verleumdet worden (damals beklagte er »politischen Rufmord«), die Rowling nun in aller Unschuld ausspreche. Welche ist es?

In der Differenz zwischen Menschen und Magiern, also zwischen »Muggels«, »dieser banalen, ein wenig törichten und bestenfalls harmlosen Rasse«, und Voldemorts Zirkel, fährt Steinfeld fort, stecke »mehr als die Attraktivität einer natürlichen Elite, als der Traum von einer angeborenen Überlegenheit. In dieser Differenz verbirgt sich auch die Schlüssigkeit, die scheinbar erlösende Kraft und das brutal Falsche einer Rassendoktrin. Denn was sind die Zauberer, wenn nicht ein auserwähltes Volk, dämonischer und interessanter als die Muggels?«

Reinheit der Rasse wird ausgerechnet von einem »auserwählten Volk« angestrebt, getreu der Ansicht von Antizionisten und Nolte-Anhängern, die Juden wären schon Nazis gewesen, als Hitler noch »Heidis Lehr- und Wanderjahre« las. Daß die im Deuteronomium berichtete Erwählung Israels keineswegs die Exklusivität eines Volkes meint, kann der Redakteur ebenfalls unmöglich wissen, weil er, wie gesagt, Wichtigeres zu tun hat, z.B., den neuen Harry Potter »rassentheoretisch« zu durchforsten. Dafür blieben ihm bis zur Drucklegung genau 24 Stunden Zeit, denn, wie Deutschlands zweitdümmstes Intelligenzblatt anmerkt, war der »Versuch, vor dem 21. Juni ein Fitzelchen der Story zu ergattern, ungefähr so Erfolg versprechend, wie das Bemühen, Massenvernichtungswaffen im Irak aufzutreiben« (»Spiegel«) oder Deutschland zu entnazifizieren.

Jener große Zauberer trat bei Walser bekanntlich als der Erlkönig auf, eine Gestalt der nordischen Mythologie, verwandt mit dem Totenführer Odin. In Steinfelds paranoider Wahrnehmung warf er »seinen Schatten über die ganze Republik«, »während die deutsche Familie«, gewissermaßen Familie Muggel, »verschreckt unter dem Küchentisch hervorlugt«. Nun stellt sich ihm und seinem kriegerischen Zauberervolk der Messias entgegen, Harry Potter, der erst einmal »leiden muß wie jeder Erlöser«. Dessen Kreuzweg der Erkenntnis besteht darin, daß er seine Verwandten nicht verknusen kann und doch lernen muß, daß »Blutsbande stärker als alle anderen persönlichen Verbindungen sind«, worin sich nicht nur »eine Reverenz gegenüber der Mutterliebe« verberge, »sondern auch ein Reflex auf das Motiv der Rasse«. Kurz, nur indem Harry Potter *rassenbewußt* wird, kann er des rassistischen Zauberers Macht brechen und zu einem »genialen Repräsentanten einer neuen, gemischten Rasse« aufsteigen. Ist es abwegig, an den gern getanzten Walser zu denken, erst wenn die Deutschen wieder gerne Deutsche wären, könnten sie Hoffnung schöpfen? Nur soll, was erst sentimentaler Kulturnationalismus war, einer kommenden härteren Generation gleich als Blutsbande angeschirrt werden. Auch Deutschlands drittdümmstes Intelligenzblatt scheint zu hoffen, daß Potter eine neue Hitlerjugend begründet: »*Harry Potter and the Order of the Phoenix* mag seine Leser nicht verändern. Ihren Charakter jedoch stählt die Lektüre bestimmt« (»FAZ«).

Steinfelds Rasse- und Erlösungsphantasien erinnern an jene ebenso schlichte wie wirkmächtige, der Offenbarung des Johannes entlehnte »ur-myth«, die Paul Berman in den Glaubenslehren sowohl der russischen Nihilisten, der Bolschewisten, der Falangisten und der Nazis als auch der Islamisten wiedererkennt. Sie läßt sich so beschreiben: Es gibt ein »friedfertiges und gesundes« Volk. Dieses Volk ist Angriffen ausgesetzt, sowohl von innen, von seiten der Bewohner Babylons, die lieber Handel treiben als die alten Bräuche zu achten und mit ihrer Verkommenheit bald auch die ehrlichen Volksgenossen anstecken, als auch von außen, von seiten teuflischer Mächte, denen in der Synagoge des Satans Opfer

gebracht werden. Doch noch ist es nicht zu spät. Dem Volk ersteht ein Messias, »a genius beyond all geniuses«, der Babylon in einem Armageddon zerstören wird (*Terror And Liberalism,* N.Y./London 2003).

Dieses Schema tauche in immer neuen Abwandlungen auf, doch, seltsam, fast immer hätten Juden die undankbare Rolle der Bewohner der Stadt Babylon zu spielen, die zerstört werden müsse. Man kann sich darüber streiten, ob Berman allen historischen Lagen gerecht wird, die er skizziert. Aber vermutlich ohne Steinfeld zu kennen, hat er dessen Vorstellungswelt doch recht genau erfaßt; der »moralisch heruntergekommene« Dämon, der seinen Schatten über die bodenständigen Muggels oder Deutschen wirft, der geniale Erlöser, der den jüdischen Zauberer besiegen und das Volk wieder ins Recht setzen muß, es ist alles da. Für Steinfeld ist Rowling »mit jedem Buch dieser Serie eine effizientere, zunehmend radikalere Schriftstellerin« geworden. »Radikal«, ein Wort, dessen Etymologie an Ausrottung erinnert, bezeichnet hierzulande nicht nur einen Wert an sich, sondern läßt sich auch steigern: radikal, zunehmend radikal, am allerradikalsten.

Als Kompensation ungestillter Führersehnsucht dient Potter hoffentlich nur deutschen Feuilletonisten. Oder sollten Rowlings übrige drei Milliarden Leser/innen ebenso schauerliche Bedürfnisse haben? Wer es feststellen wollte, müßte in den schon erschienenen, dem Vernehmen nach rund 3.000 Seiten *Harry Potter* blättern; ich habe Wichtigeres zu tun. Aber selbst wenn die Autorin, die als eine verstockte Konservative gilt, im Trüben fischte, wäre damit doch noch immer nicht gesagt, daß ihre meist sehr jungen, an der spannenden Geschichte und kaum an ranzigen Rasselehren interessierten Leser ihr darin folgten. Hier ist ausnahmsweise einmal Deutschlands viertdümmstem Intelligenzblatt zuzustimmen: »Daß die Herrschaft des Bösen Totalität anstrebt und sich der Medien bedient, ist als Einfall so originell wie der rassistische Drall seiner Ideologie. Aber wen interessiert das? Die Potter-Fans bestimmt nicht« (»Zeit«).

Um die Kinder sollte man sich erst Sorgen machen, sobald sie die Schmöker zur Seite legen und zur »Süddeutschen« greifen.

Konkret 08/03, S. 44

Horst Pankow

Friedenspreis vs. Rumsfeld

Die Verleihung des diesjährigen Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an die US-Autorin Susan Sontag ist Teil des Kalten Kriegs, den die Deutschen gegen die Amerikaner führen.

Dies ist ein Land einzigartiger Phänomene. Fast alle Welt kennt sie, und die Konfrontation mit ihnen verleitete kürzlich sogar einen italienischen Staatssekretär zu einer stimmigen Skizzierung deutscher Touristen und Journalisten. Aber wer denkt angesichts deutscher Besonderheiten schon an ein zunächst unauffällig und unbedeutend anmutendes Gebilde mit der prosaischen Bezeichnung *Börsenverein des Deutschen Buchhandels*? Gerade der jedoch sei »für westliche Länder einzigartig«, vermerkte im vergangenen Jahr die »Welt« nicht ohne Stolz, »weil er Verlage und Buchhandel in einem gemeinsamen Interessenverband« vereine. Ob allerdings die kartellartige Organisation von Verlagen, Grossisten und Buchhandlungen wirklich *die* signifikante Besonderheit des traditionsreichen Verbandes darstellt, darf bezweifelt werden.

Als im April 1825 deutschsprachige Verleger und Händler in Leipzig den *Börsenverein der Deutschen Buchhändler* aus der Taufe hoben, hatten sie das nationale Attribut nicht zufällig groß geschrieben. Die Leute waren sich der Vorteile eines einheitlichen deutschsprachigen Buchmarktes, einer einheitlichen Handelsgesetzgebung und vor allem eines verbindlichen Urheberrechts bewußt; ihnen war klar, daß diese Vorteile nur unter der Souveränität eines deutschen Einheitsstaates realisiert werden konnten. Damit befand sich der Börsenverein ab ovo in einer komplizenhaften Liaison mit dem deutschen Staatsprojekt, dem er über alle Metamorphosen bis heute die Treue hält.

Bis zur Erhebung in den Rang einer quasistaatlichen Institution dauerte es freilich noch eine Weile und währte zunächst nur die berühmten zwölf Jahre: 1933 wurde der Börsenverein zur Körperschaft öffentlichen Rechts ernannt; als »Fachschaft« der Reichsschrifttumskammer leistete er seinen Beitrag zur Säuberung deutscher Buchproduktion und -distribution von jüdischen und bolschewistischen Einflüssen. Im Herbst 1945, nach der Aufteilung des besiegten NS-Deutschlands in vier Besatzungszonen, zog er auf Initiative der amerikanischen Besatzungsmacht von Leipzig nach Wiesbaden, kurz darauf nach Frankfurt am Main. Hier nun sollte der tatsächliche Aufstieg des Börsenvereins zu einer deutschen Einzigartigkeit stattfinden.

Es war nicht nur die von ihm ausgerichtete Frankfurter Buchmesse, die den Ruf des Börsenvereins begründete, sondern vor allem die seit 1950 alljährlich stattfindende Verleihung seines *Friedenspreises*. Dieses Ereignis gewann im Laufe der Zeit eine Bedeutung als offiziöse Verlautbarung, besser: Verkündigung, zunächst west- dann gesamtdeutscher Befindlichkeiten, Stimmungslagen und (gewünschter) Zukunftsperspektiven. Der *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels* ist nicht nur eine von vielen mit einem fünfstelligen Preisgeld dotierten Auszeichnungen, mit denen ambitionierte Kulturpolitiker hierzulande dem Umstand Rechnung tragen, daß auch im staatsbürgerlichen Sinne willige Autoren vom Erlös ihres Schreibens allein nicht leben können; er ist zugleich eine Benachrichtigung an Leser und an alle, die durch Feuilletons, TV-Kultursendungen und ähnliches sich über angesagte Themen auf dem Laufenden halten: Dies, liebe aufgeschlossene Leute, sei Euer höchstkritischer Gefaselstoff für die laufende Saison.

Die Angesprochenen haben solche Benachrichtigung bisher immer bereitwillig und aufgeschlossen zur Kenntnis genommen. Deutsche Einzigartigkeit zeichnet sich durch deutsche Übereinstimmung aus, sonst wäre sie keine. Und die Verleihung des Friedenspreises garantierte zumindest immer eine Übereinstimmung des Interesses – selbst dann, oder erst recht dann, wenn dagegen protestiert wurde. Lange vor den Ehrungen der Sympathisantin islamistischer Barbarei Annemarie Schimmel (1995) und des Skinheads h.c. vom Bodensee Martin Walser (1998) samt ihren begleitenden – mal ernsthafte Besorgnis in deutsch-zivilgesellschaftlicher, mal wütende Mahnung in universalistisch-emanzipatorischer Absicht artikulierend – Protestmanifestationen wurde der Preisverleihung gelegentlich heftig widersprochen.

Heute erinnert man sich nur noch auf den der nostalgischen 68er-Gedächtnispflege gewidmeten Websites des 20. September 1968, aber dennoch hat es ihn gegeben. Damals umlagerten mehr als 2.000 vom SDS mobilisierte Demonstranten die Frankfurter Paulskirche, in der dem damaligen Staatschef Senegals, Leopold Sengor, der Preis verliehen wurde. Sengor hatte sich als Wortführer der sogenannten *Negritude* profiliert, einer Art antirassistisch-rassistischer Heilslehre, die »Wesenheiten« von »Schwarzen« und »Weißen« zu ergründen suchte und u.a. Sengors Erkenntnis »Die Emotion ist negerhaft, wie die Vernunft griechisch ist« verbreitete. Seine an die USA gerichtete Aufforderung, die heute wie die konsequente Formulierung einer auch jenseits des Atlantik nicht unbekannten spätbürgerlichen Omnipotenzphantasie erscheint »Ich sage dir: New York laß schwarzes Blut zufließen deinem Blut / Daß es die Stahlgelenke dir mit Lebensöl entroste / Daß deinen Brücken es den Schwung von Kruppen schenke und die Biegsamkeit der Lianen. / Dann kommen die uralten Zeiten zurück. Die wiedergefundene Einheit, Versöhnung von Löwe, Stier und Baum« – diese Aufforderung könnte heute als politisch korrekter Hip-Hop-Text durchgehen. 1968 aber wurde sie von den damaligen Protestierern zurecht als »lyrisierendes Geschwätz« einer »dichtenden Marionette«, so der SDS-Aufruf,

verstanden, welche »die weißen Werte der Faschisten, die Mystik von Blut und Boden als schwarze Kultur der Neger verkauft«.

Sengor, dem wohl als einzigem Afrikaner die Ehre einer Verewigung durch eine Büste des auch nach 45 noch heftig aktiven Nazi-Bildhauers Arno Breker zuteil wurde, hatte kurz zuvor eine vom verhaßten Materialismus inspirierte Hungerrevolte mit Hilfe französischer Exkolonialtruppen blutig niederschlagen lassen. Die Proteste gegen die Preisverleihung an Sengor wurden von der Polizei zusammengeknüppelt, 26 Demonstranten verhaftet und vor Gericht gestellt, wo dann in Form der strafprozessualen Stellungnahme des SDS-Vorsitzenden Hans-Jürgen Krahl ein politisch-autobiographischer Text entsteht, dessen Diktion zwar gelegentlich bei anderen politischen Strafprozessen imitiert wurde, dessen Aufklärungsgehalt bis heute jedoch unerreicht blieb. Auch dies eine Wirkung der deutschen Einzigartigkeit des, als solcher betrachtet, wurstigen Friedenspreises. Interessant ist im übrigen die Tatsache, daß der SDS zuvor eine – erfolglose – Kampagne für die Verleihung eines »Gegenpreises« an den Vorsitzenden der gegen den von der Nato gestützten portugiesischen Kolonialismus kämpfenden Befreiungsbewegung Frelimo in Mosambik initiiert hatte. Also glaubte man, mit dem Börsenverein in eine Konkurrenz um die Hegemonie über die deutsche Partialbildung eintreten zu können und zu müssen.

Bis in die späten achtziger Jahre schien der Börsenverein über kein einheitliches Kriterium für seine Preisverleihungen zu verfügen, außer dem, daß niemand grundsätzlich schlecht über Deutschland zu denken habe. Notorische Gutmenschen wie Albert Schweitzer und Hermann Hesse geben sich auf der Preisträgerliste ein Stelldichein mit Helden der inneren Emigration wie Reinhold Schneider und nicht allzu sehr nachtragenden jüdischen Autoren wie Martin Buber, Nelly Sachs oder dem britischen deutschfreundlichen Verleger Victor Gollancz; auch das Tandem Karl Jaspers (Preisträger) und Hanna Arendt (Laudatorin) hatte darin seinen Platz. Seit den achtziger Jahren erscheinen immer mehr osteuropäische Dissidenten sowie demokratisch geläuterte Exstalinisten auf der Liste. Die Konstellation des Jahres 1989 – Vaclav Havel (Preis), André Glucksmann (Laudatio) – bedarf ebensowenig eines Kommentars wie die von 2001 – Jürgen Habermas (Preis), Jan Philipp Reemtsma (Laudatio).

Zweifellos markieren die erwähnten Preisträger Schimmel und Walser die wichtigsten Etappen deutscher Selbstfindung in den letzten Jahren, weil ihre Wahl am deutlichsten die Brutalisierung des deutschen Selbstbewußtseins kennzeichnet. Insgesamt aber standen die Preisträger bislang vor allem für die deutsche »Innensicht« ein, begleiteten den Weg der inneren ideologischen Homogenisierung der BRD vom Status der begrenzten Souveränität bis zur europäischen Hegemonialmacht. Jetzt, nachdem im Gefolge des letzten Irakkrieges eine Konfrontation mit den USA herbeigeführt wurde, die zumindest an ihrem Beginn nicht weniger forsch artikuliert wurde als die Konfrontationen, die Deutschland gemeinsam mit den USA gegen andere bösartige Mächte führte, bekommt auch die Preisverleihungspraxis des Börsenvereins eine neue Ausrichtung. Das heißt, es wird mal wieder zurückgeschossen: »Der Preis für Susan Sontag ist die Antwort des Deutschen Buchhandels auf Donald Rumsfeld« (»Berliner Zeitung«).

Erstmalig erhält in diesem Jahr mit Susan Sontag eine »amerikakritische Amerikanerin« (»FAZ«) den Friedenspreis. Nur wenige Stunden nach der Pressemitteilung des Börsenvereins wurde die »Ikone der amerikanischen Linken« (»Zeit«) als deutsche Wunderwaffe mit bemerkenswerten Fähigkeiten gefeiert. Zunächst zum »öffentlichen Gewissen Amerikas« (»Berliner Zeitung«) ernannt, wurden bald strategische Hoffnungen auf ihre Person projiziert: »Für das ›alte‹ Europa ist Susan Sontag vor allem der Brückenkopf in die Vereinigten Staaten« (»FAZ«). Danach warten noch bedeutendere Aufgaben auf sie: »Den Keil, den Rumsfeld zwischen Europa und Europa trieb, den wird sie schon wieder rausholen« (»Berliner Zeitung«). Wohlgemerkt: Nicht den Keil zwischen Europa und Amerika soll sie ziehen, sondern den, den die USA in die Mitte Europas trieben. Das mag denen als Ironie erscheinen, die sich noch an Sontags scharfsinnige Texte über *Krankheit als Metapher* (1978) und *Aids und seine Metaphern* (1989) erinnern. Darin argumentiert sie gegen die Interpretation von lebensbedrohenden Krankheiten als aufgrund psychischer und charakterlicher Defizite bedingte »Schuld« der Erkrankten ebenso wie gegen das autoritäre Bedürfnis rechter wie linker Konservativer, »gesellschaftliche Krankheiten« durch Radikalkuren des Gesellschafts-»Körpers« zu heilen, sprich die Demokratie rettenden Blutbädern à la Pinochet und Kissinger zu unterziehen.

Aber die Zeit läßt den Intellekt bekanntlich nicht immer reifen. In den letzten Jahren wurde man verstärkt auf die Möglichkeit des Dümmerwerdens hingewiesen. Susan Sontag war offenbar schon in den achtziger Jahren erschöpft vom dauernden Kritischseinsollen und -wollen. Auch für sie schienen jetzt Radikalkuren, wenn sie nur andere Gesellschaften als die amerikanische betrafen, attraktiv. Der realsozialistische Softputschist Jaruzelski in Polen erinnerte sie an einen Faschisten, und als 1999 die Nato-Bomben auf den zivilisierten Rest Jugoslawiens fielen, fand sie, dies käme acht Jahre zu spät.

Schon ein paar Jahre zuvor war sie den Deutschen ans Herz gewachsen, als sie im bosnischen Bürgerkrieg für die moslemische Seite Partei ergriff und in Sarajevo für die Elite des damaligen Izetbegovic-Regimes eine Aufführung von Beckets *Warten auf Godot* inszenierte, die sie eigenwillig als »Illustration der Gefühle der Menschen in der Stadt« verstanden wissen wollte, »ausgeplündert, hungrig, verzagt, wartend auf eine launische fremde Macht, die sie erretten oder

unter ihre Fittiche nehmen würde«. Als diese Macht dann schließlich Sontags Wunsch nach Feuer und Flamme für den »Autokraten Milosevic« erfüllte, war bedauerlicherweise von der Wünschenden keine öffentliche Rede mehr. Das muß eine narzistische Kränkung mit immenser Schmerzwirkung gewesen sein, so daß Sontag nach dem islamistischen Massaker vom 11.9. ihre Genugtuung nicht verhehlen mochte. Der »Angriff«, ließ sie vier Tage nach dem Massenmord in der »FAZ« verlauten, sei eine »Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen der Vereinigten Staaten«, was im damaligen Kontext ungefähr bedeuten mußte, daß die Toten ihr jähes Ableben aufgrund ihrer unkritischen Haltung zur Politik der US-Regierung selbst zu verantworten haben. Den seinerzeit beeindruckten Leser von Sontags *Metapher*-Büchern stimmt dies traurig, den deutschen Buchhandel und seine gleichermaßen politisch aktivierbare wie illiterate Kund- und Gefolgschaft jedoch froh.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 7/03 über den »Ökumenischen Kirchentag«

Konkret 08/03, S. 46

Christel Dormagen

Buch & Deckel

António Lobo Antunes: Einblick in die Hölle. Luchterhand, München 2003, 287 Seiten, 20 Euro

Der Ich-Erzähler, ein Arzt namens Antunes, kehrt aus dem Urlaub zurück. Während der Autofahrt beschäftigt ihn seine Vergangenheit: In einem, an eine abwesende Tochter gerichteten inneren Monolog spricht er von seiner Kindheit, seinem frühen Wunsch, Arzt zu werden, seiner Zeit als Militärarzt in Angola und jetzt als Irrenarzt in Lissabon. Schreckensbilder aus dem Krieg schieben sich dabei über solche aus der Anstalt und umgekehrt – mit der Pointe, daß der Krieg schlimm war, die Psychiatrie aber schlimmer ist: »1973 war ich aus dem Krieg zurückgekehrt und wußte, was das war, Verletzte, das Schreien und Jammern auf dem Pfad durch den Busch ... aber vom Einblick in die Hölle war ich verschont geblieben.« Krieg und Psychiatrie sind also wie Vorhölle und Hölle. Hölle ist die Anstalt als Institution der systematischen Freiheitsberaubung, Hölle ist sie natürlich für die Insassen, Hölle aber auch für ihn, den Arzt; denn der verachtet sich zutiefst dafür, daß er seine unumschränkte Macht über hilflose Menschen selbstherrlich mißbraucht.

Auch der Schriftsteller António Lobo Antunes war kurze Zeit Militärarzt in Angola. Später arbeitete er als Psychiater in Lissabon und begann, sich den erlebten Horror von der Seele zu schreiben. Und wurde weltberühmt. Am bekanntesten ist wohl das *Handbuch der Inquisitoren* geworden – eine Abrechnung mit der Kolonialtyrannei und der dekadent-korrupten Bourgeoisie seines Heimatlandes. *Einblick in die Hölle* erschien schon 1983 in Portugal, es handelt sich also um ein frühes Werk, und das merkt man. Der Roman wirkt unausgereift, um ein etwas peinliches Wort aus dem literarischen Erntewesen zu benutzen. Viele Antunes-Themen sind schon versammelt: der grauenhafte Angolakrieg, die verkommene portugiesische Oberschicht und die unwürdige Psychiatrie; auch der gewisse Antunes-Rap klingt schon an, dieser alles mit allem verbindende endlos mäandernde Sprachtanz. Doch das Ganze will nicht zusammenpassen, gerade weil der Autor sowohl Entsetzen und Empörung loswerden als auch zeigen will, was er literarisch draufhat.

Mal gelingen ihm starke Passagen, in denen er das Erzählprinzip der verschachtelten Erinnerungen souverän handhabt (wenn er z.B. eine Ärztesitzung in der Irrenanstalt mit der Erschießung von schwarzen Dieben in Angola auf irritierende Weise parallelführt). Da ist seine Sprache klar und knapp, sie wirkt durch das, was sie ausläßt. Dann aber wieder traut er solch scheinbarer Spracharmut nichts zu. Als mangele es an Nachdrücklichkeit, fährt er auf: Stereotypen und Kolportage über dumme Touristen, idiotische Psychiater und herzensweise Irre. Vor allem aber Vergleiche. Für jedes Ding, jede Landschaft, jede Geste wird in panischer Wortwut ein gezierter, verblüffender Vergleich gedrechselt. Wenn der Erzähler unterwegs eine Kassette einlegt, geht das so: »Er suchte im Handschuhfach blind nach Paul Simons Kehle, führte sie in den Almosenkastenschlitz des Kassettenrekorders ein ...« Dieses Dauerbombardement mit abgefahrenen Vergleichen führt zu einem schwindelerregend disparaten Bilderwust, man verliert den Überblick und schnell auch die Staunbereitschaft über Antunes' Sprachmächtigkeit, die nicht selten durchaus Kalauerqualität hat.

Oder handelt es sich vielleicht doch um mehr als eitle Akrobatik? Hat der Schriftsteller A. etwa stellvertretend für seinen Erzähler A., aber eben auch in Personalunion mit ihm, auf unbewußt-verrückte Weise mit gewaltigem Sprachaufwand vom egoschmerzenden Thema ablenken wollen – von der jämmerlichen Figur, die Antunes-Antunes (der Autor und der Erzähler) als Psychiater abgeben?

Konkret 08/03, S. 46

Werner Jung

Buch & Deckel

Wilhelm Genazino: Eine Frau, eine Wohnung, ein Roman. Hanser, München 2003, 162 Seiten, 15,90 Euro

Ein dreifacher Roman, und ein grandioser noch dazu. Am Ende hebt sich ganz kurz einmal der Vorhang – doch alle Fragen bleiben bekanntlich offen: »Ich zweifelte nicht, daß ich mich in einem ungeschriebenen Roman bewegte. Ich sah auf mein Frühstück herunter und wartete auf das Aufzucken des ersten Wortes.« Wir erleben die Initiation eines Schriftstellers, der zu seinem Text findet. Und für diesen einen Augenblick schießen dann die verschiedenen Momente, gut hegelisch also nicht bloß einfache Aspekte, zusammen: Aspekte – das sind lediglich die drei Zutaten (eine Frau, eine Wohnung, ein Roman); Momente dagegen verknüpfen diese Aspekte zu einer dichten Textur, die eine Entwicklungsgeschichte, einen Alltags- und zugleich einen Künstlerroman vorführt.

»Mit siebzehn«, heißt es eingangs, »trudelte ich ohne besondere Absicht in ein Doppelleben hinein.« Denn nachdem er vom Gymnasium geflogen ist, weiß der Ich-Erzähler nicht so recht weiter, macht schließlich auf Drängen der Eltern eine Ausbildung in einer Spedition, schreibt zugleich aber auch für die lokale Presse. Klammheimlich, so gesteht er dem Leser, sei er »fast täglich mit Literatur beschäftigt«. Schlau, wie er ist, der im Schnelldurchgang die Schlichen, Tücken und seichten Untiefen der Tagesjournaille geblickt hat, entschließt er sich dann doch für den (klein-)bürgerlichen Brotberuf, um – aber das hatten wir schon – über den Umweg der Alltäglichkeit zur Literatur zu gelangen.

Davon erzählt dieser kleine große Roman, der in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts spielt, vordringlich: wie aus dem zufälligen und beiläufigen Detail, wie aus einer alltäglichen Wahrnehmung – gar nicht einmal Beobachtung – durch – ja, wodurch eigentlich? – einen Wechsel der Aufmerksamkeitsrichtung Literaturanlässe entstehen. Jederzeit und überall – vor allem aber: in der Normalität des Alltags, den andere gedanken-, gesichts- und geschichtslos nennen würden, der bei Genazino jedoch – in bester realistischer Tradition – in den literarischen Adelsstand gehoben wird.

Konkret 08/03, S. 46

Michael Saager

Buch & Deckel

Ronald Miehling/Helge Timmerberg: Schneekönig. Mein Leben als Drogenboß. Rowohlt, Berlin 2003, 156 Seiten, 16,90 Euro

»Hast du was zum Ziehen? Echt nicht? Ich geb dir auch was dafür. Bitte.« Es soll Menschen geben, die sich auf der Flucht vor dem drohenden Downer, diesem denkbar harten Ende der aufregenden Reise, einem flüchtigen Bekannten flehend vor die Füße geworfen haben. Auf das die Gier weitertoben möge. Für ein kurzes Immer.

Kokain ist eine hochinteressante Droge: Sie taktet dein Leben neu. Nie warst du geiler, größer, stärker, frischer. Dummerweise ist sie außerordentlich teuer. Weshalb der Habende vor Schnorrern nie sicher ist. Weshalb man es aber mit etwas »Herz«, wie der im Gefängnis schmorende Ex-Drogenboß Ronald Miehling es nennen würde, das heißt mit professioneller Skrupellosigkeit, krimineller Umsicht und entsprechender Geldgeilheit, zu einer Menge bringen kann. Plastiktüten voller Scheine stapeln sich irgendwann in der Wohnung dieses ehemals größten Kokainimporteurs Deutschlands.

Der Biograph Miehlings bzw. Autor der Geschichte seines steilen Aufstiegs und raschen Falls direkt in den Knast ist der New-Journalism- und Ex-»Tempo«-Schreiber Helge Timmerberg. Vor ein paar Jahren machte er in den Spuren von Hunter S. Thompson das »Ich« im Kontext betont lässig erzählter Erlebnisreportagen in Deutschland hoffähig. Und da Gonzo-Journalisten es in aller Regel mit Fakten nicht so genau nehmen, weil ihnen neben knackigen kurzen Sätzen, gute Pointen und schlanke Bilder wichtiger sind, kann man sich bei der Lektüre nie so ganz sicher sein, wer hier spricht, wer hier seine Erfahrungen bzw. Ideen zum Besten gibt: Timmerberg oder Miehling?

Timmerbergs Miehling jedenfalls – dieser Hamburger Polizistensohn mit Bullenriecher, der als Zuhälter versagt, weil er schlicht zu wenig Spaß daran hat, Frauen durchzuprügeln – ist, da hilft auch Timmerbergs lakonisches Schreibgewand nicht viel, kaum mehr als ein aufgeblasener, sexistischer Machoarsch mit guten Instinkten. Ein Teufelskerl, der Huren richtig dolle glücklich und regelrecht verliebt ficken kann, ist er selbstverständlich auch. Schon klar.

Konkret 08/03, S. 47

Jan Pehrke

Buch des Monats

Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft.
Campus Verlag, Frankfurt 2002, 208 Seiten, 19,90 Euro

Sofern Soziologen überhaupt noch wissen, wo oben und unten ist, richtet sich ihr Forscherblick meistens hinab zu den Mühseligen und Beladenen. Jetzt hat sich der Darmstädter Sozialwissenschaftler Michael Hartmann jedoch einmal dem unbekannten sozialen Wesen »Establishment« zugewandt. In seinem Buch *Der Mythos von den Leistungseliten* untersucht er, wie offen oder sozial diskriminierend der Zugang zu Machtpositionen in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft organisiert ist. Zu diesem Zweck nahm er sich schichtenübergreifend die Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985 der erfolgversprechenden Fächer Wirtschaftswissenschaften, Jura und Ingenieurswesen vor, verfolgte die Karrieren und setzte sie in Beziehung zur sozialen Herkunft der Absolventen.

Mit der Wirtschaft erwies sich der mächtigste gesellschaftliche Bereich zugleich als der am homogensten zusammengesetzte. Von den Vorständen der hundert größten bundesdeutschen Unternehmen stammen über 80 Prozent aus dem gehobenen oder dem Großbürgertum. Gelangten von den 1955 Promovierten aus der Unter- oder Mittelschicht 11,7 Prozent in Top-Ränge und von den 65ern 12,1 Prozent, so schafften es vom 75er Jahrgang bloß 6 Prozent und von den 85ern nicht mehr als 5,3 Prozent. Von den Doktoren des Jahrgangs 1955 aus dem gehobenen Bürgertum machten dagegen 15,8 Prozent Karriere, von den 65ern 14,3 Prozent, von den 75ern 10,5 und von den 85ern 10,1 Prozent. Die Großbürgerlichen mit Promotion von 1955 waren zu 22,3 Prozent erfolgreich, die von 65 zu 19,6 Prozent, die von 75 zu 16,7 Prozent und die von 85 zu 8 Prozent. Läuft es wirtschaftlich gut, läuft es für diese Kreise besser. Werden die Karriere-Aussichten aber insgesamt schlechter, weil die Konjunktur nachläßt oder die Vorstandsposten sich verknappen, so erweisen sich die Gutbetuchten als besonders krisenfest und erhöhen ihre Quote zuungunsten der Abkömmlinge aus dem gemeinen Volk. Selbst Überflieger aus der Unterschicht, die es aufs Gymnasium und auf die Universität schafften und dort mit der Promotion abschlossen, konnten also kaum in den obersten Konzern-Etagen landen. »Die soziale Herkunft scheint ... völlig unabhängig vom Erwerb des Doktortitels eine zweite, sehr wirksame soziale Hürde im Karriere-Verlauf zu bilden«, resümiert Hartmann.

Diese Herkunft verhindert nämlich das Entstehen von Wahlverwandtschaften. »Bei gleicher Leistung wirkt sich Ähnlichkeit als Plus, Unähnlichkeit hingegen als Minus aus«, zitiert er den Psychologen Dieter Frey. Die Chemie muß halt stimmen. Und karriere-entscheidende Reagenzien wie souveränes Auftreten, Bescheidwissen über Kleiderordnungen, hohe Allgemeinbildung und unternehmerischen Geist verratende Risikobereitschaft brauen sich eben nur im Verlauf einer Oberschichtensozialisation wie von selbst zusammen. Darüber hinaus dürfte auch intensivstes Studium von Benimm-Führern nicht vor den Fallstricken schützen, die Hartmann schildert.

»So kann schon ein etwas zu heller Ton des Anzugs zu nachhaltigem Stirnrunzeln bei den Entscheidungsträgern führen«, schreibt er. Neben den »Normalo«-Doktoren fallen diesem Einstellungsmodus vor allem Frauen zum Opfer. Gelingt es aber doch einmal einem Subalternen, sich durchzumogeln, wird das »alte Geld« immer noch nicht recht warm mit ihm. Hartmann zitiert einen »Zeit«-Artikel, demzufolge das 2001 kurzzeitig drohende Karriere-Aus des Mercedes-Chefs Jürgen Schrempp von Managern der Deutschen Bank »mit geradezu mephistophelischem Gelächter quittiert wurde«, weil ihnen der Parvenü einfach »zu laut, zu schnell« war.

Vorstandsposten in der Wirtschaft zählen für die »High Society«-Doktoren zum Kerngeschäft, demgegenüber sie die rareren Top-Positionen in anderen Bereichen vernachlässigen. In der Justiz kommen deshalb bei der Vergabe höherer Ränge zu 34 Prozent Promovierte aus der Unter- und Mittelschicht zum Zuge. Relativ betrachtet schneiden sie mit einer Erfolgsquote von 8,3 Prozent gegenüber 6,4 Prozent für die Großbürgerlichen und 5,2 Prozent für die Hochschulabsolventen aus dem gehobenen Bürgertum sogar besser ab. Hartmann führt das insbesonders auf die gute Kinderstube der Beamtensprößlinge mit ihren ausgeprägteren Sekundärtugenden, der Staatsorientiertheit und ihren Sinn für Hierarchien zurück, die ein Fortkommen begünstigen. Allerdings stößt das Fördernde dieses Habitus an Grenzen, wie die aus dem Rahmen fallende 12,8prozentige Erfolgsquote des Großbürgertums von 1975 zeigt. Als Folge der Ölkrise auf ihrem angestammten Terrain mit schlechteren Perspektiven konfrontiert, nahmen sie kurzfristig Richterposten in die engere Karrierewahl.

Selbst Professorentitel wurden für die Großbürgerlichen des Promotionsjahrgangs 1975 plötzlich interessanter. Sonst haben sie mit Forschung und Lehre nicht so viel am Hut. Das »gemeine Volk« kommt so zu einem Lehrstuhlanteil von 40 Prozent. Diese relativ hohe Ausbeute verdankt sich vor allem dem durchformalisierten, auf Gremienentscheidungen beruhenden Berufungssystem, das Leistung angemessener honoriert als die undurchsichtigen Verfahren der Wirtschaft, in denen die Oberschichtler ihr kulturelles Kapital ungehindert ausspielen können. Diesen transparenten Prozeß sieht

Hartmann allerdings durch die Stärkung der Unileitungen sowie die geplante Einführung von auch mit Wirtschaftsvertretern besetzten Hochschulräten zunehmend in Gefahr.

Auf politische Mandate haben es die Gutbetuchten so gut wie gar nicht abgesehen. Gerade neun großbürgerliche Politiker hat Hartmann gezählt. Instinktsicher zieht es sie oft dahin, wo sie zum Nutzen der Partei Kontakt mit den Ihren halten können: zum Posten des Schatzmeisters, wenn es sie, wie Richard von Weizsäcker, nicht gerade juckt, standesgemäß für ein paar Jahre den »guten König« zu geben.

Gemessen am Bevölkerungsanteil erreichen Abkömmlinge des gehobenen und Großbürgertums unabhängig von ihren Fähigkeiten in allen Bereichen beeindruckende Quoten. Im Sozialgefüge der Bundesrepublik herrscht also keineswegs eine »neue Unübersichtlichkeit«. Die Gesellschaft hat sich nicht so sehr in voneinander abgeschottete, nach je eigenen Gesetzen funktionierende soziale Systeme ausdifferenziert, als daß großbürgerliche Generalisten sich nicht in allen mit Leichtigkeit heimisch fühlen könnten, kritisiert Hartmann den Systemtheoretiker Luhmann. Auch mit der von Ulrich Beck postulierten »Befreiung aus den Zwängen von Klassen, Schichten und Familien«, welche angeblich die »Anteile der entscheidungsoffenen, selbst herzustellenden Biographie« wachsen läßt, ist es ihm zufolge nicht so weit her. Genauer als diese Theorien oder als geläufige Begriffe wie »Risikogesellschaft«, »Erlebnisgesellschaft« oder »Kontrollgesellschaft« beschreibt deshalb das böse K-Wort »Klassengesellschaft« die Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Konkret 08/03, S. 48

Martin Büsser

Dopplung & Deutung

Wie die Photographie versucht, der Malerei ihren Rang als Kunstform streitig zu machen.

Das großformatige Farbfoto«, sagt der Kunsthistoriker Benjamin Buchloh im Gespräch mit Allan Sekula, »ist mit zunehmender Intensität in einem solchen Ausmaß pikturalisiert worden, daß es praktisch den Platz der Malerei eingenommen hat.« Diese Äußerung benennt eine der vielleicht tiefgreifendsten Veränderungen innerhalb der jüngsten Kunstgeschichte: Seit dem Aufkommen von Minimal und Concept Art, also seit den sechziger Jahren, sind das Ende und die Unmöglichkeit der Malerei immer wieder von den einen postuliert, von den anderen beklagt worden. Derweil hat sich die Photographie in den Museen und Galerien beinahe unbemerkt jene Wände erobert, an denen zuvor noch Gemälde hingen. Das »Fehlen der Malerei« auf der letzten documenta war bereits Folge eines Platzmangels, den die Ausbreitung der Photographie verschuldete. Befürworter dieses Mediums begründen den Wandel mit seiner historischen Angemessenheit: In einer von massenmedial reproduzierten Bildern dominierten Gesellschaft biete gerade die Kunstphotographie eine Möglichkeit, Objektivität und Wahrheitsgehalt des Mediums wie auch des Sichtbaren überhaupt in Frage zu stellen und den Betrachter auf die tägliche Bilderflut vorzubereiten. Vor allem der inszenierten Photographie wird dabei attestiert, daß die von ihr erzeugte »doppelte Perspektive von Distanz und Nähe« (Markus Brüderlin) ein Spezifikum des postmodernen Kunstwerks sei.

Begreift man die Postmoderne jedoch über dieses Spiel mit Distanz und Nähe hinaus auch als eklektizistische Retrokultur, so fällt auf, wie stark sich die zeitgenössische Photographie auf ästhetische Ensembles bezieht, die in der Malerei längst als abgegriffen galten. Zahlreiche Arbeiten von Jeff Wall wirken geradezu wie eine photographische Umsetzung französischer Salonmalerei des 19. Jahrhunderts, werden aber aufgrund des Mediums und der Diakasten-Präsentation nicht als regressiv empfunden. Andere hingegen schlachten noch einmal ebenso schamlos wie ökonomisch erfolgreich die Moderne aus, etwa Thomas Ruff, in dessen soeben erschienenem »Nudes«-Katalog (Schirmer/Mosel) pixelig hochgezogene, dem Internet entnommene Pornomotive zu sehen sind. Auch der Begleittext des angesagten Michel Houllebecq kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Arbeiten trotz neuer technischer Verfahren keinen Schritt über jene Versuche hinausgehen, die Andy Warhol bereits in den sechziger Jahren unternahm.

Nachdem die Malerei das Großformat im Museum etabliert hatte und die Photographie schließlich technisch in der Lage war, diese Dimensionen ebenfalls zu realisieren, ist es in den Ausstellungsräumen zu einer erneuten Bilderflut gekommen, die sich nicht einfach nur mit der angeblichen Postmodernität des Mediums erklären läßt. In vielen Fällen haben wir es eher mit einem zweidimensionalen Relaunch der Ready Mades zu tun, einer Doppelung der Welt: Das Draußen mit seinen Straßen, Plätzen, Alt- und Neubauten, Passanten, Landschaften und Gebrauchsgegenständen kehrt auf Photos im Museum wieder, als gelte es, das Banale ausgerechnet mit dem dazu am wenigsten geeigneten Verfahren in etwas Auratisches zu verwandeln.

Die Zahl auch nur der aktuellsten Veröffentlichungen zu diesem Thema ist so groß, daß hier nur eine Auswahl wenigstens erwähnt werden kann: Nahezu alle Literatur, auf die sich dieser Beitrag stützt, darunter die großen Monographien über Allan Sekula und Candida Höfer – diesjährige deutsche Beiträgerin auf der Biennale in Venedig – stammen aus den letzten Monaten und werden von zahlreichen Einzel- und Sammelausstellungen zur Kunstphotographie flankiert. Es ist bemerkenswert: Große Publikationen zur Photographiegeschichte erscheinen – etwa das siebenbändige Werksverzeichnis zu August Sanders *Menschen im 20. Jahrhundert* (Schirmer/Mosel 2002), und Gegenwartsphotographien – wohlgemerkt keine Unikate – von jüngeren Künstlern erzielen auf Auktionen Irrsinnspreise, etwa 700.000 Euro für ein Architekturphoto von Andreas Gursky. All das ist Grund genug, nach den Ursachen für die Popularität der Photographie als künstlerischem Medium zu fragen, ohne dabei jedoch verallgemeinernde, das Medium selbst betreffende Urteile zu fällen. Diesbezüglich klug war die Antwort, die Ernst Gombrich in einer TV-Dokumentation auf die Frage gab, ob Photographie denn überhaupt eine Kunstform sei: »Es gibt gute und schlechte Photographie.«

Um bei der Unzahl an guten wie schlechten Einzelphotographen, Trends und Schulen einen Überblick zu behalten, ist es sinnvoll, zeitgenössische Photographie jenseits der reinen, nur selten als künstlerisch angesehenen Dokumentarphotographie in drei Kategorien einzuteilen: in eine vorwiegend archivierende, eine inszenierende und eine Milieu-Einblicke gestattende.

Die Grenzen zwischen diesen Kategorien sind oft fließend, etwa bei August Sanders, der mit seinen Photos von Bauern, Arbeitern, Angestellten und Industriellen einerseits Einblicke in die unterschiedlichen Milieus gab, damit aber auch dem Wunsch folgte, die Gesellschaft seiner Zeit in all ihren Facetten repräsentativ zu archivieren. Für die marxistische Kunsttheorie der siebziger Jahre waren Sanders Bilder vor allem als soziologisch lesbare Milieustudien von Interesse; der inzwischen erschienene, gigantische Gesamtkatalog verschiebt den Blick hingegen aufs Archivarische und folgt damit einem allgemeinen Trend: Nicht mehr Milieu-Photographen wie Larry Clark und Nan Goldin bestimmen den Markt,

sondern jene, die jenseits der Dokumentarphotographie dokumentieren und archivieren, vor allem die Becher-Schüler Thomas Struth und Andreas Gursky. Ihre vermeintlich neutrale Doppelung – etwa Struths Museumsbilder, auf denen Betrachter in Museen Bilder (oder Photos von anderen Betrachtern in Museen) betrachten können – , sind von der Kritik für ihre »mehrfach reflexive Struktur« und ihren Beitrag zur »Rezeptionsästhetik« (Markus Brüderlin) gelobt worden – jenen Arbeiten dagegen, die einen Blick in Milieus gewähren, sei es in Rotlichtviertel, Arbeitersiedlungen oder in die Punk-Subkultur, wird häufig vorgeworfen, daß sie einem rückschrittlichen Glauben an die Authentizität des Mediums und des Dargestellten unterliegen.

Von Junkies und Strichern

Von Diane Arbus und Larry Clark in den sechziger bis zu Nan Goldin in den achtziger und neunziger Jahren ist der Milieu-Photographie daran gelegen gewesen, Einblicke in den Alltag und das unmittelbare Lebensumfeld von gesellschaftlichen Außenseitern zu geben. Larry Clark photographierte genau das jugendliche Drogenmilieu, dem er selbst entstammte, Nan Goldin den Alltag der Transvestiten und Prostituierten, die zu ihrem unmittelbaren Freundeskreis gehörten. Die oft wie Schnappschüsse wirkenden Arbeiten entspringen einer in erster Linie aufklärerischen Tradition des Realismus: Durch direkte Nähe soll das Menschliche, oft Banal-Alltägliche der Stigmatisierten einem Publikum nahegebracht werden, das solche Milieus meist nur vom Hörensagen kennt. Als Nick Waplington in seiner Photoserie »Living Room« (1991) eine britische Arbeiterfamilie in ihren eigenen vier Wänden porträtierte, wollte er die Farbigkeit und Lebenslust hervorkehren, also die »grobkörnige, unterdrückte Schwarz-Weiß-Interpretation des Lebens der Arbeiterklasse« hinter sich lassen. Seine damals preisgekrönte Bildserie kann jedoch den Voyeurismus nicht verbergen, der zum maßgeblichen Erfolg solcher Motive beiträgt.

Das Museumspublikum, dem eine Arbeiterfamilie womöglich noch fremder ist als das Rotlicht-Milieu, erhält die Möglichkeit, sich ganz ohne eigene Gefahr einer Erfahrung auszusetzen, die primär artifiziell bleibt. Gegen die Intention der Künstler, mit ihren Photos von Rockern, Strichern und Obdachlosen Klassengrenzen zu transzendieren, findet im Rahmen des Museums vielmehr eine Distanz schaffende Objektivierung des Fremden statt, die schlimmstenfalls mit den ehemaligen Freakshows auf Jahrmärkten vergleichbar ist – ein Effekt, der noch verstärkt wird, wenn großes Format und Farbigkeit Schock und Sensation betonen.

Je stärker den Photographen daran gelegen ist, die Authentizität von Motiv und Machart hervorzuheben, desto leichter fällt es, diesen Arbeiten gegenüber Distanz zu wahren. Wo nicht noch etwas anderes hinzukommt, eine vom Künstler selbst vorgenommene Brechung, tendiert gerade das Authentische zum bloßen Dokument. Eine Ausnahme bilden die frühen Arbeiten von Larry Clark, nicht zuletzt, weil seine kleinformatigen Schwarzweißphotos, an die der Betrachter nahe herantreten muß, den Voyeurismus offen hervorkehren, aber sich nicht in ihm erschöpfen. In seiner »Tulsa«-Serie sind nackte Teenager beim Sex und Drogenkonsum zu sehen, doch bei allem Schockhaften, das ein erigierter Penis noch immer zu vermitteln vermag, erinnern alleine schon die langen Schlagschatten an Caravaggio-Kompositionen. Für einen kurzen Augenblick hat der Photograph eine distanzierte Haltung eingenommen, die das Kompositorische betont, also das Skandalöse ästhetisiert und es dem Betrachter gerade dadurch schwer macht, selber auf Distanz zu bleiben.

Clarks Blick auf Außenseiter warb nicht mehr um Verständnis, sondern fing vermeintlich Abgründiges in stimmig nostalgischen Kompositionen ein. Die subversive Stärke dieser Arbeiten aus den sechziger Jahren, das Selbstzerstörerische in einem poetischen Licht erscheinen zu lassen, ist jedoch längst von der Werbephotographie übernommen worden, wo ein gewisser Heroin-Chic den »Live fast«-Slogan banal an die Kurzlebigkeit der Mode rückbindet.

Die Welt als Bühne

Als Kind der Concept Art arbeitet die inszenierte Photographie daran, gewohnte Wahrnehmungsmuster in Frage zu stellen. In ihrer frühen Photoserie »Untitled Film Stills« (1977-80) stellte Cindy Sherman als weibliche »Hauptrolle« fiktive Szenarien aus Filmen nach. Keines der Photos geht auf einen konkreten Film zurück, und doch hat der Betrachter das Gefühl ständiger Deja-vus. Über diese Deja-vus konnte die Klischeehaftigkeit des kulturellen Bildervorrats vor Augen geführt werden: Shermans Frauenbilder entsprachen standardisierten Posen, die erst als fotografisch gestelltes Abbild als solche gelesen werden konnten. In diesem Fall ist es der inszenierten Photographie gegenüber der authentischen sogar eher möglich, eine aufklärerische Wirkung zu erzielen, da sie als offenkundig gestellte den Blick durchkreuzt, der selbst noch die fiktive Welt des Kinos im Sinne der von Horkheimer/Adorno kritisierten »heruntergekommenen Tiefenpsychologie« als »echtes« Lebensmodell verinnerlicht hat.

Indem inszenierte Photographie sich des Mediums bedient, das gemeinhin als objektiv gilt, gelingt es ihr bestenfalls, jene Repräsentation von Machtverhältnissen herauszuarbeiten, die als Subtext massenmedial verbreiteter Photos gerade deshalb unbemerkt bleibt, weil deren Inszeniertheit nicht in Frage gestellt wird. Doch auch Cindy Shermans kritischer Blick ist einer zunehmend farbigen, großformatigen, spektakulären Photographie gewichen, wo mit monströsen Gliederpuppen nicht

mehr das eigene Medium reflektiert wird, sondern sich Elemente der Malerei – vor allem des Surrealismus – ohne inhaltlich erkennbaren Mehrwert in der Photographie wiederfinden.

Jeff Walls Adaption künstlerischer Vorbilder, die von Ingres bis Manet, von Delacroix bis Gauguin reichen, erweisen sich demgegenüber als vielschichtiger. Seine penibel inszenierten Photos transformieren kunsthistorische Motive in die Gegenwart und bedienen sich dabei ebenso zitathaft der Milieu-Photographie: Auf seinen Photos tauchen Obdachlose, Dealer und Freaks als von Modellen nachgestellte »Augenblicke« einer Geschichte oder Situation auf. Dadurch kommt es zu einem multiplen Verfremdungseffekt: Die Rauferei zweier Männer auf der Straße (»A Fight on the Sidewalk«, 1994) ästhetisiert nicht mehr Authentisches à la Larry Clark, sondern inszeniert es so, daß sich erst durch die Pose ein ästhetisches Moment des Mittelbaren einstellt. Der Trick von Wall besteht darin, daß er die ganze Welt zur Bühne erklärt. Die vertrautesten Motive – etwa eine Gruppe Wohnungsloser unter einer Brücke – werden in einen kompositorischen Rahmen eingebettet, der das Bühnenhafte betont und so für das trügerisch beruhigende Gefühl sorgt, daß alles Irdische doch nur ein Spiel ist.

Es wäre jedoch zu einfach, Walls Arbeiten eine rein historisierende und ästhetisierende Absicht zu unterstellen, die das Soziale völlig ausblendet. Walls Blick ist stets auf die von der Geschichtsschreibung vergessenen Menschen gerichtet, etwa in »Polishing« (1998), wo ein Handelsvertreter in einem schäbigen Hotelzimmer noch einmal schnell seine Schuhe poliert. Indem Wall solchen banalen und zugleich mitleiderregenden Situationen ein kunsthistorisches Gewicht gibt, als handele es sich dabei um Rubens-Motive, erhalten seine Figuren die ihnen im Leben abgesprochene Würde zurück. Erst über die Bühnensituation gelingt es ihm also, dem Nebensächlichen etwas Dramatisches zu verleihen und damit einen Einblick in die tatsächliche Beschaffenheit der Welt zu gestatten. Auch Jeff Wall spielt dabei mit der Repräsentation von Machtverhältnissen, indem er seine oft barock schwelgerischen Kompositionen, die einst der Darstellung von Herrschaft vorbehalten waren, dazu benutzt, Situationen aus dem Leben von Ausgegrenzten und Namenlosen festzuhalten.

Der distanzierte Standpunkt

So unterschiedlich authentische Milieu-Photographie und inszenierte Bilder auch sein mögen, arbeiten doch beide oft daran, soziale Gegensätze oder die visuelle Konstruktion derselben herauszuarbeiten – mit Ausnahme von banal affirmativen Photographen wie Nobuyoshi Araki, dessen lüsterne Photos aus dem Prostituierten-Milieu die Ausbeutungsverhältnisse nicht nur akzeptieren, sondern genüßlich preisen. Ein Urteil über die soziale Dimension der photographischen Arbeiten von Künstlern wie Candida Höfer, Andreas Ruff und Thomas Struth fällt dagegen schwerer. Auf den ersten Blick scheint es, als hätten sie, die zur Zeit womöglich erfolgreichsten Kunstphotographen, alle Fragen des Sozialen zugunsten einer möglichst neutralen Beobachterposition ausgespart.

Bereits ihren Lehrern, Bernd und Hilla Becher, hatte die marxistische Kunstkritik eine neutralisierende Wirkung zugeschrieben: »Die Bechers mythisieren Produktionsmittel«, schrieb Helmut Hartwig 1974 über ihre Photoserien von Industriearchitektur. Indem sie die Gebäude seriell von außen erfaßten, hätten sie diese als ästhetische Gebilde »objektiviert« und das dahinterliegende Elend der Lohnarbeit ausgeblendet. Diese Kritik greift zu kurz, denn einerseits läßt sich Lohnarbeit anhand stillgelegter Zechen sowieso nicht abbilden, andererseits arbeiteten Bernd und Hilla Becher aus einem dokumentarischen Blickwinkel heraus, der nicht unbedingt kühl, aber doch neutral genannt werden kann: Die in Serie abgebildete Industriearchitektur gibt intentional keine eindeutige Lesart mehr vor. Wer den Künstlern Ästhetisierung vorwirft, deutet bereits eine persönliche Empfindung in Photos hinein, die ebensogut beklemmend aufgefaßt werden können.

Inzwischen boomt jener Zweig der Photographie, der unsere unmittelbare Umgebung mit vorgeblich sachlichem Blick ablichtet: Von der Fußgängerzone in Krefeld über die Autobahnausfahrt Luzern bis zu den Wohnsiedlungen in Berlin-Mahrzahn ist kaum ein Ort mehr von der zeitgenössischen Architekturphotographie ausgespart worden, ganz so, als gelte es, sämtliche architektonischen Schandtaten der letzten dreißig Jahre einem großen musealen Archiv zuzuführen. In vielen Fällen ist die kritische Intention dabei eindeutiger als bei den Bechers. Wenn Joachim Brohm mit seiner Photoserie »Areal« (Steidl 2002) zwischen 1992 und 2002 dokumentierte, wie ein Industriegebiet im Laufe der Jahre zu einem »Wohnpark« umgestaltet wurde, fällt es schwer, seine Photos von Lagerhallen, Containern und Autohöfen nicht als kritische Bestandsaufnahme zersiedelnder Architektur zu lesen. Bei Brohm spiegeln die geschichtslosen Nicht-Orte die Dynamik neoliberaler Arbeitsverhältnisse wider, wobei das Temporäre der ständig kommenden und wieder verschwindenden Firmen einen ebenso ernüchternden Eindruck von der »Auflösung von Ort und Identität« (Regina Bittner) vermittelt wie die am Ende stehenden Photos von der »Parkstadt« mit ihren Reihenhäusern für die obere Mittelschicht, von Regina Bittner als »Städte ohne Gründungsmythos« bezeichnet.

Ähnlich verhält es sich mit den im Katalog *Civil Operations* (Hatje/Cantz 2003) vorgestellten Arbeiten von Walter Niedermayr, auf denen großformatige Panoramen alpiner Landschaft zu sehen sind. Bereits durch die eingenommene Perspektive spielen die Photos mit dem Eindruck des Erhabenen, doch die von Sesselliften und Skifahrern bevölkerte Landschaft wirkt nicht harmonisch, sondern wie zerfressen. Wie auch im Fall von Andreas Gursky, der seine Bilder von Sportveranstaltungen, Börsengeschehen, Schwimmbädern und Wohnsiedlungen von einem entfernten, panoramahaften

Standpunkt aus aufnimmt, geben Niedermayrs Photos einen Blick auf Strukturen frei, die ein inmitten des Geschehens sich Befindender nicht wahrnehmen könnte. Mit Hilfe der großformatigen Photographie ist es damit auch ohne digitale Manipulation möglich, die beinahe hyperreale Wahrnehmung einer Umgebung zu erzeugen, an deren Darstellung schon die photorealistischen Maler in den siebziger Jahren gearbeitet hatten.

Archivierung der Tristesse

»Für mich ist Photographieren ein weitgehend intellektueller Vorgang, Personen, oder Städte in ihren historischen und phänomenologischen Zusammenhängen zu verstehen«, erzählt Thomas Struth in der Monographie *Thomas Struth 1977-2002* (Schirmer/Mosel 2002). Auch die Kunstkritik verortet Künstler wie Struth und Gursky im Sinne der Foucaultschen »Archäologie«, deren Arbeiten dem Sichtbarmachen von Machtkonstellationen dienen, die sich vor allem in der Architektur niedergeschlagen haben. Gurskys Panorama-Blick hebt zudem die Verlorenheit des Einzelnen hervor, dem nichts weiter übrig bleibt, als sich in das jeweils vorgegebene soziale System – sei es der Fußballplatz, sei es die Börse – einzufügen. Mit einigem Fatalismus ist aus diesen Aufnahmen der Sieg des Sozialen über das Individuum ablesbar. Ein Gursky-Photo von einem Konzert der Toten Hosen zeigt beispielsweise, wie tausende Fans ihre Arme uniform in die Höhe recken und dabei eine Pose des Sängers Campino nachahmen. Das Publikum bildet ein »Ornament der Masse«, das sich choreographisch kaum von Naziaufmärschen unterscheidet. Würde man jedoch einzelne Konzertbesucher fragen, wie sie den im Photo festgehaltenen Moment empfunden haben, würde wohl keinem eine solche Analogie in den Sinn kommen. Indem Gursky den Einzelnen nicht zu Wort kommen läßt, ermöglicht er einen Blick darauf, wie Öffentlichkeit, soziales Verhalten, Anpassung und systemrelevante Kommunikation funktionieren. Die Totale bietet jenen Hyperrealismus, der dem Betrachter den souveränen Eindruck vermittelt, zum Luhmannschen Beobachter zweiter Ordnung zu werden.

Es ist also durchaus möglich, die Großbildphotographien von trister Architektur, Massenveranstaltungen und zersiedelten Räumen im Sinne Adornos als »Mimesis ans Verhärtete« zu begreifen, als Abbild von Verhältnissen, deren ganze Zerstörtheit sich erst über das Abbild zu erkennen gibt. Aber läßt sich damit die Beliebtheit und die Vielzahl solcher Arbeiten erklären? Vielleicht geht von diesen Photos nicht unbedingt eine verstörende, sondern oft sogar eine beruhigende Wirkung aus. Mit immer größerer technischer Perfektion ist jene Außenwelt, die Alexander Mitscherlich einmal als »unwirtlich« bezeichnete, von diesen Photos gebannt, musealisiert und häufig auf ein reines Strukturphänomen reduziert worden. Das Archiv gibt in seiner historisierenden Eigenschaft zudem vor, daß wir es hier mit etwas bereits Abgeschlossenem zu tun haben.

Als Architekturphotographie noch nicht als künstlerische Arbeit galt, stand sie vornehmlich im Dienste des Denkmalschutzes. Es galt, die Dinge vor ihrem Verschwinden zu bewahren oder doch zumindest noch einmal kurz vor ihrem Verschwinden festzuhalten. In dieser Tradition – wenn auch künstlerisch inszeniert – können selbst noch die Arbeiten von Bernd und Hilla Becher betrachtet werden. Als Bestandteil des musealen Archivs wirken aber auch Thomas-Struth-Photos wie Teile einer Erinnerungsarbeit, obgleich das darauf Abgebildete noch immer existiert.

Es scheint, als hätte sich in der Gesellschaft eine Abscheu gegenüber dem, was aus unserem öffentlichen Raum (und Leben) geworden ist, breitgemacht, die mittels solcher Photos ästhetisiert, also in Bann gehalten wird. Einmal archiviert, ist die reale Katastrophe nicht mehr ganz so schmerzhaft, da ihr Abbild sie im Museum als solche benennt. Gegen die Intention der Photographen dient die Wiedergabe von Tristesse daher vornehmlich einer wie eine Geisterbeschwörung wirkenden Katalogisierung. Mit jedem neuen Autobahnkreuz, das seinen Weg als großformatiges Photo ins Museum findet, arbeitet das Archiv mit fast schon selbstzerstörerischer Lust daran, Gegenwart zu historisieren und ihr Verschwinden zu simulieren. Draußen verschwindet derweil jedoch gar nichts, sondern wird nur einer ständigen, der neoliberalen Ökonomie geschuldeten Transformationen unterworfen.

Die Macht der Bilder

An Häfen und auf Containerschiffen photographierend, hat der amerikanische Künstler Allan Sekula die Auswirkungen der Globalisierung an konkreten Arbeitssituationen verdeutlicht. Der in einer marxistischen Tradition stehende Künstler, der seine Arbeit »eine Trauerfeier für die Malerei, den Sozialismus und das Meer« nannte, geht über die reine Dokumentationsphotographie hinaus – auch er ästhetisiert im Sinne zeitgenössischer Kunstphotographie, sei es, daß er seinen Blick auf Beiläufiges richtet oder selbst noch bei einer Blockade den Mittelpunkt auf den geröteten Abendhimmel legt.

Eines jedoch unterscheidet Sekula von den meisten seiner Kollegen: Er mißtraut der Macht der Bilder, auch seiner eigenen, und bettet sie in lange, oft trockene Essays voller ökonomischer Details. Er habe, so Sekula in der gerade erschienenen Monographie *Performance under Working Conditions* (Hatje/

Cantz) viel von Brecht gelernt, was das Zusammenspiel von Fiktion und Dokumentation angeht. Die grundlegende Frage, ob »die Bedeutungsstruktur des Werkes nach innen, hin zum Kunstsystem, oder nach außen, hin zur Welt« streben soll, hat

Sekula für sich beantwortet, indem er zu einer photojournalistischen Arbeitsweise zurückkehrte, die im Kunstkontext als eher minderwertig betrachtet wird, weil das Photo hier nicht autonom, sondern textunterstützend auftritt. Schließlich wurde der Photographie der Eintritt in die Kunstwelt erst gestattet, als sie den Blick vom Dokumentarischen weg und aufs Strukturelle richtete und sich so formal der Malerei anglich, genauer gesagt einer ihre eigenen Grenzen auslotenden und Gesetzmäßigkeiten reflektierenden Malerei der Spätmoderne.

Das Dilemma vieler künstlerischer Photoarbeiten besteht deshalb darin, daß die ganz reale Außenwelt in ihnen einem strukturellen Spiel mit Wahrnehmungen unterzogen wird, das nichts mehr über die Beschaffenheit der Außenwelt, sondern nur noch über ihre Wahrnehmung aussagt. Wie Warhols zigfach wiedergegebene Monroe-Gesichter werden uns wohl auch noch in den kommenden Jahren unzählige Photos von Strichern, Alkoholikern, Reihenhäusern und Autobahnbrücken in den Museen begegnen, deren Tendenz zum Seriellen dafür sorgt, daß soziale Probleme kompositorisch »bewältigt« werden.

Martin Büsser schrieb in KONKRET 7/03 über eine Kubismus-Ausstellung in Hannover

Konkret 08/03, S. 52

Ludwig Seyfarth

Praktische Kritik

Eine erste Monographie stellt die Zerstörungskunst Gordon Matta-Clarks vor.

Das in Lower Manhattan beheimate New Yorker Institute for Architecture & Urban Resources war Mitte der siebziger Jahre ein angesehener Think tank postmoderner Baumeister. 1976 veranstaltete das Institut eine Gruppenausstellung mit namhaften Architekten wie Richard Meier, Michael Graves oder Peter Eisenman. Einer der eingeladenen Teilnehmer war ein junger bildender Künstler: Gordon Matta-Clark, der Furore gemacht hatte nicht mit eigenen Bauten, sondern mit der systematischen und ästhetisch ausgefeilten Zerstörung bestehender Gebäude.

Eine seiner bis dato markantesten Aktionen nannte Matta-Clark »Splitting«. 1974 durchtrennte er ein vor dem Abriß stehendes Einfamilienhaus in Englewood, New Jersey, genau in der Mitte. Das mühevolle und physische Kraft erfordernde Vorgehen mit Spitzhacke, Motorsägen und Seilzügen sowie das faszinierende Resultat der Aktion sind heute noch nachvollziehbar. Die aus unterschiedlichsten Perspektiven aufgenommenen Fotos sowie die in Kameraführung und Dramaturgie gut komponierten Filme, mit denen Matta-Clark seine »Zerstörungen« dokumentierte, ersetzen zwar nicht das Erlebnis vor Ort, sichern aber ihren Nachruhm.

»One hour later the bulldozer arrived«, heißt es auf einem Zwischentitel des Super-8-Films, den Matta-Clark im selben Jahr von »Bingo« machte. Hier unterteilte er die Holzfassade eines Kleinstadthauses unweit der Niagarafälle in neun Rechtecke, die er in einer assoziativ an das Bingo-Spiel angelehnten zahlenmäßigen Reihenfolge nacheinander abtrug, bis nur noch das mittlere Segment übrigblieb. Neben der Foto- und Filmdokumentation blieben hier auch einige Relikte übrig. Teile der Wand wurden zu selbständigen Skulpturen, die heute in Ausstellungen zu sehen sind.

Zurück zum Institute for Architecture and Urban Resources. Matta-Clarks Ausstellungsbeitrag führte damals zu einem Eklat. In allen verfügbaren Fenstern des Instituts hatte er Photos von Gebäuden der Bronx plaziert, aus denen die Scheiben herausgebrochen waren. Damit wollte er auf die rigorose, ärmere Bevölkerungsschichten vertreibende Stadtplanung in New York hinweisen, zu der auch Projekte einiger an der Ausstellung beteiligter Architekten gehörten. Um die Gewalttätigkeit, die er zum Ausdruck bringen wollte, noch deutlicher zu machen, holte er sich die Erlaubnis, einige bereits angesprungene Scheiben des Instituts zu zerschlagen. Damit nicht genug. Nach der Eröffnungsparty in einem nahegelegen Restaurant kehrte Matta-Clark nachts zurück. Mit einem Luftgewehr schoß er Löcher in alle Fenster des Gebäudes.

Erwartungsgemäß waren die Mitglieder des Instituts davon nicht begeistert. Der Direktor, Peter Eisenman, ließ die Glaser kommen und Matta-Clarks Ausstellungsbeitrag noch am selben Tag beseitigen. Überliefert ist auch, daß Eisenman sich dazu hinreißen ließ, die Schießaktion mit der Reichspogromnacht zu vergleichen. Von den Architekten wurde Matta-Clark jedenfalls nie wieder eingeladen, aus ihrer Vereinigung schlossen sie ihn aus. Ein einstiger Mitarbeiter Matta-Clarks, der heute an ökologischen Konzepten arbeitende Künstler Peter Fend, sieht den Zwist um Matta-Clarks Schießaktion als entscheidendes Ereignis einer bis heute andauernden Entzweiung von Architektur- und Kunstwelt (in: *Gordon Matta-Clark, Zeichnungen*. Generali Foundation, Wien 1997).

Eine differenzierte Analyse dieser Entzweiung lieferte schon 1983 ein Freund und Künstlerkollege Matta-Clarks. Dan Graham, mit seinen Performances, Rauminstallationen, Fotos, Filmen oder spiegelverglasten Pavillons selbst ein ebenso wichtiger Grenzgänger zwischen Kunst und Architektur, schrieb einen bis heute gültigen Text über Matta-Clark (deutsch in: Dan Graham, *Ausgewählte Schriften*. Stuttgart 1994). »Der Architekt baut auf, der Künstler zerstört«, lautet Grahams apodiktisches Resümee, das jedoch nicht unbedingt zugunsten der Architekten spricht. So kritisierte Graham zum Beispiel an Frank Gehry, dem mittlerweile weltbekannten Vertreter »dekonstruktivistischer« Architektur, der durch das Guggenheim Museum in Bilbao oder die kürzlich fertiggestellte Disney Concert Hall in Los Angeles berühmt geworden ist, er würde Matta-Clarks Radikalität als »ökologischen Look« verharmlosen: »Gehry verleibt Matta-Clarks antiarchitekturale Geste der Architektur wieder ein, indem er die Einschnitte einfach als gestalterische Hilfsmittel verwendet.«

Ist Matta-Clarks Zerstörungskunst, die auch als Protest gegen die zeitgenössische Stadtplanung gemeint war, von der »dekonstruktivistischen« Architektur gegen ihren ursprünglichen Sinn gekehrt und ausgebeutet worden? Sind die Gebäude Gehrys oder Zaha Hadids, die auf den ersten Blick so aussehen, als würden sie im nächsten Moment in sich zusammenstürzen, eine Art Restauration der sozialkritischen Gewaltsamkeiten Matta-Clarks?

Wären sie allerdings rein zerstörerisch gewesen, würden Matta-Clarks »Werke« auch 25 Jahre nach seinem Tod nicht diese anhaltende Faszination ausüben. Daß Matta-Clark Schweißbrenner und Motorsäge wie Pinsel benutzen und mit ihnen feine Zeichnungen anfertigen konnte, machen besonders die kegelförmigen Durchbohrungen zweier alter Wohnhäuser aus dem Ende des 17. Jahrhunderts in Paris deutlich. Sie standen direkt neben der Baustelle für das Centre Pompidou und sollten im Zuge der Erneuerung des Hallenviertels abgerissen werden. Graham vergleicht »Conical Intersect«, wie Matta-Clark die

Pariser Aktion nannte, nicht nur mit der kubistischen Malerei, sondern auch mit den Jugendstil-Eingängen der Pariser Metro.

Eine Publikation, die solche Hinweise auch optisch nachvollziehbar macht, ist allerdings erst jetzt auf den Markt gekommen. Nach ein paar Ausstellungskatalogen in den achtziger und neunziger Jahren und einer ersten gründlichen kunsthistorischen Analyse (Pamela W. Lee, *Object To Be Destroyed*, erschienen 2000 bei MIT Press) liegt nun eine erste umfassende Monographie vor. Neben mehreren Essays und einem ausführlichen, Werk und Biographie chronologisch verfolgenden Beitrag von Thomas Crow enthält der im Phaidon-Verlag erschienene Band auch Wiederabdrucke einiger wichtiger älterer Texte sowie mehrerer Interviews Matta-Clarks, alles jedoch nur in englischer Sprache.

Lesenswert im Phaidon-Band sind auch die Erinnerungen von Freunden und Wegbegleitern Matta-Clarks, der 1978 im Alter von 35 Jahren an Krebs starb. Vielleicht hat ihn die Selbstriskanz seiner Kunst, die ihn ständig in Kontakt mit kanzerogenen Substanzen brachte, das Leben gekostet. Seine charismatische Ausstrahlung und sein früher Tod haben dazu beigetragen, daß er mehr als mythische Figur bekannt wurde denn durch die wirkliche Verbreitung seines Werkes. Auch ist sein kurzes Leben von tragischen Schicksalsschlägen geprägt, von dem schwierigen Verhältnis zu seinem Vater, dem aus Chile stammenden surrealistischen Maler Roberto Mattà, und dem tödlichen Unfall oder Selbstmord seines Zwillingsbruders Batan, der 1976 aus dem Fenster von Gordons Loft stürzte.

Ob man Biographie und Werk bei Matta-Clark sinnvoll voneinander trennen kann, ist fraglich. Die Phaidon-Publikation ist weniger darum bemüht als die genannte kunsthistorische Arbeit Pamela W. Lees, liefert aber erstmals wirklich umfassendes Bildmaterial, welches das Auratische an Matta-Clarks Werk auch in guter Druckqualität zum Ausdruck bringt. Wenn diese Aura auch viel mit dem Alter der traktierten Gebäude zu tun hat, so lag die daraus resultierende leicht melancholische Ruinenästhetik wohl kaum im Interesse Matta-Clarks. Er selbst äußerte einmal, daß er viel lieber Gebäude zersägt hätte, die »brandneu, frisch und in keiner Weise bereit für die Axt« seien. Der intendierte aggressive Impuls seiner Arbeit war aus Matta-Clarks eigener Sicht dadurch geschwächt, daß die von ihm zerschnittenen Gebäude eine vergangene Kultur repräsentierten, die ohnehin beseitigt wurde. Seine eigentliche Kritik richtete sich aber auf die Gegenwart. Und daß man ihn nur als Destrukteur und nicht als Entwerfer und Erbauer von Gebäuden kennt, dürfte ausschließlich seinem frühen Tod zuzuschreiben sein. Pläne für eine utopische Architektur der »Erhebung«, für Wohnballons, die weit über dem Erdboden schweben sollten, sind Skizzen geblieben.

Der Einfluß, den Matta-Clark auf die folgenden Künstlergenerationen ausgeübt hat, ist ohnehin kaum absehbar. In den letzten zehn Jahren findet man etliche künstlerische Projekte, die von einem Matta-Clarkschen Geist getragen scheinen, auch wenn sie ästhetisch ganz andere Wege gehen. Der New Yorker Peter Garfield läßt Fertighäuser mit dem Kran hochhieven und fotografiert sie, während sie herunterfallen. Entweder steht das Haus wie ein fliegender Teppich am Himmel, oder es wird in jenem Moment gezeigt, in dem es beim Aufprall dem Druck nicht mehr standhält und in zigtausend Stücke zerbricht. Wörtlicher ist Grahams Diktum »Der Architekt baut auf, der Künstler zerstört«, kaum illustrierbar.

In der Tradition von Matta-Clarks Stadtplanungskritik steht das »House«, das die britische Bildhauerin Rachel Whiteread 1993 im Londoner East End realisierte. Whiteread ließ die Räume eines vor dem Abriß stehenden Wohnhauses mit Beton ausgießen und stellte sie dann separat, den Konturen des Hauses folgend, aufeinander. Die Füllung der Leere wurde zum eindringlichen Mahnmal für die Zerstörung gewachsener urbaner Strukturen durch eine Stadtplanung, die planiert statt saniert.

Whitereads »House« blieb ähnlich temporär wie Matta-Clarks Aktionen. Es wurde schon nach wenigen Wochen beseitigt. Langfristig konzipiert ist ein anderes ihrer Werke, das ebenfalls auf einer in Beton abgedrückten Negativform beruht. Es handelt sich um einen würfelförmigen Block mit den Konturen einer Bibliothek. Whitereads Entwurf gewann den Wettbewerb für ein Holocaust-Denkmal in Wien und steht dort auf dem »Judenplatz«. Die Idee eines kompakten, unzugänglichen Hauses bringt den Gedanken des Verschwindens von Menschen und ihrer Kultur, die »Platzvertreibung«, künstlerisch und auch in der inhaltlichen Aussage überzeugend zum Ausdruck. Läßt sich das für Peter Eisenmans Berliner Stelenfeld, das auf die Wirkung additiver Quantität setzt, auch sagen? Eisenmans Entwurf folgt der Logik einer repräsentativen Besetzung urbanen Terrains, wie sie der Wettbewerb ja auch vorgesehen hatte. Whitereads kompaktes Monument zieht sich gerade von der Ausdehnung des Terrains zurück, auf dem jüdische Mitbürger sich einst nicht mehr aufhalten durften.

Insofern rührt ihr Entwurf an die Macht- und Besitzverhältnisse im urbanen Raum, die Matta-Clark stets im Auge hatte. 1973 erwarb er auf einer öffentlichen Versteigerung in Queens fünfzehn Kleinstparzellen an städtischem Grund und Boden. Es handelte sich um merkwürdige Schnipsel, die bei der Abmessung der als Privateigentum verkauften Grundstücke gleichsam als Reste übriggeblieben waren: ein Streifen Asphalt entlang einer Garagenzufahrt, ein Stück Gehweg oder Teile des Rinnsteins. »Nutzen« konnte er sein Eigentum nicht, aber er machte Fotocollagen davon. Auch diese Aktion weist zwei bei Matta-Clark sehr ausgeprägte Eigenschaften auf, die man bei anderen, auf ähnlichem Terrain arbeitenden Künstlern

nicht immer findet: Anschaulichkeit und Humor.

Corinne Diserens (Hg.): *Gordon Matta-Clark*. Phaidon Verlag, Berlin 2003, 242 Seiten, zahlreiche SW- und Farbabbildungen, 75 Euro

Digital restaurierte Filme von Matta-Clark vertreibt die Galerie Thomas Schulte in Berlin.

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 6/03 über Kunst, Krimi und Kino

Konkret 08/03, S. 54

Tjark Kunstreich

All along the watchtower

Politische Architektur als »Allgemeingut«, israelische Architektur als »Kriegsverbrechen«: über die Berliner Ausstellung »Territories«.

Es könnte alles so banal sein: Eine Ausstellung zeigt Bilder, Pläne und sogenannte Installationen, die das Zusammenspiel von Herrschaft und Architektur belegen sollen. Beweise ließen sich unendlich viele finden – von den Pyramiden am Nil bis zum Neo-Mussolini-Bundeskanzleramt an der Spree. Auch daß zum Beispiel Runddörfer der Verteidigung von Zivilisten dien(t)en, diese aber zugleich zu Kombattanten machen und die Anlage solcher Dörfer auf Hügeln der Kontrolle der Umgebung dient: Das ist seit ein paar tausend Jahren so. In der Architektur spiegeln sich Machtverhältnisse wieder, sei es zur Demonstration des Reichtums oder der Gottgewolltheit des Königs (Versailles), sei es zur Abschottung und Eingrenzung des beanspruchten Territoriums (Chinesische Mauer). Mit den Worten der »Welt«: »Daß Architektur ein zutiefst politisches Instrument sein kann, ist längst Allgemeingut.«

Offensichtlich ist das Gut so allgemein, daß es naheliegt, vom Allgemeinen zum Besonderen überzugehen, das in diesem Falle – wie zur Zeit in beinahe jedem anderen – Israel heißt. Im Zusammenhang mit diesem Staat gilt, daß alles, was anderswo eine Banalität, hier ein Skandal ist. Ein Besucher der Ausstellung »Territories« berichtet enthusiastisch, wenn auch ein wenig umständlich: »Was für ein wunderbarer Panoramablick, eigentlich. Man steht da am Eingang der Kunst-Werke in Berlin auf einer Empore und schaut in die Halle, deren Wände sie mit riesigen Fototapeten von Danny Bauer beklebt haben – und was man sieht, das erinnert zunächst an die Aussicht, die etwa ein Spaziergänger hat, der irgendwo in Norditalien auf einen Hügel steigt: ... Die fleißgebadete Schönheit einer Kulturlandschaft.« Doch ach, die »kleinen Erläuterungstafeln« konterkarieren die Schönheit der Fototapete, meint der Besucher, denn der Aussichtspunkt ist ein Wachturm an der Südspitze Jerusalems, die ins Westjordanland hineinreicht. »Dieser Blick von der Höhe ins Land verliert schlagartig seine touristische Unschuld und wird wieder zu dem, was er in vormodernen Zeiten auch bei uns einmal war: ein Instrument der Herrschaft.«

Was für eine sonderbare Ausstellung mag das sein, die »Welt« und »FAZ«, in der sich unser Besucher ausließ, derlei Bahnbrechendes beibrachte? Sie heißt, in Anlehnung an die umgangssprachliche Bezeichnung für den Gaza-Streifen und das Westjordanland, »Territories« und will nicht nur nach den »aktuellen Weisen der Produktion von Raum« fragen, »sondern ... nach einer räumlichen Anatomie der Macht selbst« suchen, so Kurator Anselm Franke. Diese Suche beginnt in den besetzten Gebieten und führt über Guantánamo Bay und Christiania in die Gated communities der USA. Die bemerkenswerte Fokussierung auf Israel, die besetzten Gebiete und die USA sowie die vielbeschworenen Folgen der »Globalisierung«, die in der Ausstellung nicht anders denn als Amerikanisierung dechiffriert ist, scheint weder Künstlern noch Kuratoren einen Gedanken wert: Ihre Auswahl ist beliebig, und Beliebigkeit führt zielsicher zur jener Art der wertfreien Betrachtung, die keinen anderen Schluß zuläßt als den, den der »FAZ«-Berichterstatter zog: »Daß im Krieg Gebäude zerstört werden ist ein Allgemeinplatz (sic) – und es ist ein großes Verdienst dieser Ausstellung, wenn sie darauf hinweist, daß das Planen und Bauen von Gebäuden deswegen noch lange nicht für Frieden steht, und zwar ganz und gar nicht.« Im Erkenntnisschock fällt ganz und gar nichts mehr auf; zum Beispiel, daß diese Erkenntnis an jedem anderen Ort ebenfalls hätte exemplifiziert werden können.

Aber die Israelis machen das, was andere auch machen, eben so abgefeimt und hinterhältig, daß die »FAZ« die Ausstellung gleich zur »Bundeszentrale für die politische Bildung des Auges« erklärte. Und da ist er denn also wieder, der Jude als Täuscher, der das eine behauptet, um das andere zu tun – und das muß aufgedeckt, entzaubert, enttarnt, demaskiert oder, wie man heute sagt, »kontextualisiert« werden: die Gegenaufklärung im Gewande der Aufklärung.

Kurator Franke weiß Schlimmes zu berichten: »Von besonderem Interesse ... ist das Homa Umigdal, eine Siedlungseinheit, die insbesondere in den 1930er Jahren benutzt wurde und oft über Nacht aufgebaut wurde. Es bestand im Wesentlichen aus Wällen und einem Turm. Das ›utopische‹ Konzept und seine architektonische Realisierung wurden *zum ersten Mal* für offensichtlich militärische Zwecke benutzt. Diese Doppelfunktion, Utopie und militärische Waffe ..., ist für das Verstehen der Effektivität heutiger Siedlungen in den besetzten Gebieten fundamental« (Hervorhebung T.K.).

Die Utopie, von der hier die Rede ist, heißt Zionismus, dessen Verbrechen es gewesen ist, mit der Utopie ernst gemacht zu haben. Die Trennung von (guter, nichtmilitärischer) Utopie und den bösen Mitteln, die angewandt wurden, um sie zu einer »Doppelfunktion« zusammenzuführen, wirkt nur beim »ersten Mal«. Eine gewagte Behauptung, die durch die Exponate der israelischen Architekten Eyal Weizman und Rafi Segal unterstützt werden soll. Weizman und Segal wollen mit Fotografien, Landkarten und Montagen, die sie im Auftrag der israelischen Menschenrechtsorganisation »B'tselem« erstellt haben, zeigen, daß die israelische Siedlungspolitik auf nichts anderes ausgerichtet ist, als darauf, die »palästinensische Volkswirtschaft« an ihrem »natürlichen Wachstum« zu hindern, so Weizman in einem »3Sat-Kulturzeit«-Interview: Was so harmlos aussehe wie normale »Vorortarchitektur« seien in Wirklichkeit »Festungen, die Kontrolle ermöglichen«. Und?,

möchte man fragen, alles andere wäre doch verwunderlich, ganz unabhängig davon, was man von den Siedlern hält. Die Siedlungen dienten der »Verfestigung von Machtstrukturen«, sagt Weizman, und seien »Werkzeuge einer größeren Strategie«, die mit »Menschenrechtsverletzungen« und »Kriegsverbrechen« einhergehe. Da lächelte die Moderatorin Mendelsohn mild: »Das ist ein hartes Wort, Herr Weizman.« Und Schnitt.

In aller Ausführlichkeit, in allen Details, die doch immer nur belegen sollen, was als These von jeder Wand und aus jedem Bildschirm den Ausstellungsbesucher anspringt, wird die palästinensische Sicht der Dinge ausgebreitet: »Einseitigkeit« ist eine Untertreibung, denn die Legitimität der palästinensischen Sache wird als ebenso »natürlich« – d.h. außerhalb jeder politischen Begründung stehend – unterstellt wie das Wachstum der palästinensischen Wirtschaft. Was in den dreißiger Jahren los war, warum die zionistischen Siedler die Wehrdörfer bauten und was heute so schrecklich daran ist, wenn Juden auf palästinensischem Gebiet wohnen – das erfährt der Besucher nicht; er muß nach dem Besuch der Ausstellung vermuten, daß der Staat Israel ausschließlich aus einem worin auch immer wurzelnden bösartigen Expansionsdrang handle.

Die italienische Gruppe »Multiplicity« zeigt mit ihrer Installation, wie je ein palästinensischer und ein israelischer Taxifahrer die gleiche Strecke fahren: Der israelische Fahrer braucht eine Stunde, der palästinensische fünf. Die bloße Gegenüberstellung vermittelt den Eindruck von Willkür und Ungerechtigkeit – und dabei bleibt es. Wer auch wollte einer offenbaren Tatsache widersprechen?

So funktioniert das Angebot dieser Ausstellung, die nicht ein einziges Mal nach der Inszenierung von Architektur auf der arabisch-palästinensischen Seite fragt, nach der bewußten Aufrechterhaltung der Flüchtlingslager in den arabischen Staaten beispielsweise, die eine Integration der vormaligen Flüchtlinge verhindern soll, weil die nach wie vor als (propagandistisches) Kanonenfutter gegen Israel gebraucht werden. Bei aller kühlen Sachlichkeit, die »Territories« ausstrahlen möchte: Gerade die platten Gegenüberstellungen, die sich mit dem Verweis auf ihren künstlerischen Charakter einer politischen Kritik entziehen wollen, funktionieren nicht anders als die Gut/Böse-Konfrontationen in Seifenopern.

Ist das billig!, möchte man ausrufen und schreckt doch davor zurück, weil man sich, Achtung Kunst!, nicht sicher sein kann, ob man nicht doch irgendeine Kontextualisierung verpaßt hat. Die eigene scheint den Ausstellungsmachern jedenfalls nicht wichtig zu sein. Als wäre man nicht in Berlin, Deutschland, sondern auf exterritorialem Terrain, spricht man Englisch, worüber sich die »Welt«-Besucherin echauffiert: »Auch das ist eine Form der Exklusion.« Allerdings ist nicht die Sprache das Problem, auch auf Englisch hätte man den ansonsten doch immer so entscheidenden »Sprechort« reflektieren können. Aber hier, in der Auguststraße in Berlin-Mitte spielt man gern den Weltbürger, schließlich ist es eine internationale Ausstellung. Und außerdem reden wir ja über Israel, nicht über Antisemitismus. Die fatale Trennung funktioniert auch andersrum.

Die israelische Siedlungspolitik ist, folgt man der Ausstellung, im übrigen Vorbild für allerlei böse Folgen der Globalisierung. »Böse« würden die Künstler und Kuratoren selbstverständlich nicht sagen, aber die Darstellungen verweisen auf alle möglichen Formen von architektonischer Ein- und Ausgrenzung, denen in der Dramaturgie der Ausstellung die »natürlich« Israel anzulastende ethnische Parzellierung des Westjordanlandes zugrundegelegt wird, und indem der Schuldige gleich genannt wird, ist auch klar, wer letztlich chinesische Freihandelszonen und amerikanische Militärstützpunkte zu verantworten hat. Die Wall Street ist ein Boulevard in Tel Aviv, oder so ähnlich – es ist die einfache, aber klare Weltsicht der Globalisierungsgegner vom Stamme »attac«, die hier zum »interdisziplinären« Diskurs aufgebrezelt wird. Weil weder Antisemitismus noch seine politische Form, der Antizionismus, vorkommen, gibt es keinen anderen Grund für die israelische Politik als Bosheit, Machtwillen und all den mythologischen Kram vom antisemitischen Grabbeltisch.

Und es ist, anders als von der »FAZ« erhofft, keineswegs der »Spatial turn«, der auf den »Iconical term« folgt. Es ist, nicht weniger gräßlich, die poststrukturalistische Variante der antiimperialistischen Regression: Wo die einen unentwegt von Interessen und Öl und Imperialismus reden und gerade mal wieder eine Hausse erleben, sprechen die anderen von Räumen und Macht, um den Anschluß nicht zu verpassen. Es ist die gleiche Sehnsucht nach »fleißgebadeter« Konkretion, die vor allem zur Verleugnung der wahren Dynamik der Verhältnisse dient, indem sie sie in handliche Teile zerlegt, bis nur noch Tatsachen übrig sind. Und die »sprechen«, das ist Allgemeingut, immer gegen Israel.

»Territories« ist noch bis zum 24. August in den Kunst-Werken, Auguststr. 69, 10117 Berlin zu sehen. Der englischsprachige Katalog kostet 30 Euro.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 7/03 über die Konjunktur der NS-Vergleiche

Konkret 08/03, S. 56

Manfred Hermes

Filmtheater - Lichter

Regie: Hans-Christian Schmid; mit Ivan Shvedoff, Anna Janowskaja; Deutschland 2003 (Prokino); 205 Minuten; ab 31. Juli im Kino

Eine Gruppe von Menschen steigt in der Dämmerung aus dem Laderaum eines Lastwagens. Sie glauben, irgendwo in der Nähe von Berlin zu sein. In Wirklichkeit wurden sie aber nur einen Staat weiter bewegt, von der Ukraine nach Polen, und damit sind sie, vor die Mauern der »Festung Europa« geworfen, vom Ziel ihrer Reise fast ebenso weit entfernt wie zuvor.

Auf der anderen Seite der Oder gibt es andere Probleme mit ähnlichem Ausgang. Ingo, der Pächter eines Bettendiscounters in Frankfurt, sucht sich Arbeitslose zusammen. Sie sollen, als Matratzen verkleidet, seine Ware in Hochhaussiedlungen bekannt machen, in denen die Arbeitslosigkeit bei siebzig Prozent liegt. Da Ingo kein Geld hat, bezahlt er seine Leute nicht. Anna, die für Arbeiten wie diese von Polen nach Deutschland pendelt, kann nun das Kommunionskleid nicht kaufen, das ihre Tochter so gerne hätte. Da ihr Mann Taxifahrer ist, glaubt er, den Ausfall als Hobbyschlepper kompensieren zu können – mit den Leuten aus der Ukraine.

Das Schöne an der Short-Cuts-Dramaturgie wird auch von Hans-Christian Schmid in »Lichter« ausgiebig genutzt. Man kann auf alles anspielen, jederzeit aber auch in eine andere Szene hüpfen, ohne das »Gefühl« von Wirklichkeitsnähe zu gefährden. Im Gegenteil, gerade das Kursorische, in Verbindung mit der Nervosität der nun auch in deutschen Filmen geliebten Handkamera, gilt geradezu als Garant der Authentizität. Aber in die Welten von Asylantrag und Investorenparty, Jugendheim und Zigarettenschmuggel schneidet sich diese Dramaturgie auch hier vor allem passende Schneisen, Kurzschlüsse und Stereotype.

So wird das Matratzensegment, das immerhin Fragen zur Beziehung von Ich- und Du-AGs aufwirft, auf bezeichnende Weise aufgelöst. Aus dem Nichts heraus bauen sich, auch dramaturgisch günstig, Altruismen auf. Inzwischen hat Kolja die Oder durchquert, wurde auf deutscher Seite aber festgenommen. Bei der Befragung durch die Polizei gibt ihm die Dolmetscherin Sonja den Tip, Asyl zu fordern. Da auch das zu nichts führt, entschließt sie sich, nach Polen zu fahren und Kolja zu helfen, und sei es illegal.

Ständig wird durch emotionales Investment oder private Initiative entschärft, was zuvor als gesellschaftliche Härte behauptet wurde. Allerdings ist schon erstaunlich, daß sich ein deutscher Film überhaupt herabläßt, auf Phänomene wie Migration, Arbeitslosigkeit und soziale Deprivation zu reagieren und das auch noch atmosphärisch stimmig und mit einer guten Besetzung wie hier. Unterm Strich ist »Lichter« aber vor allem eines: Das Porträt einer deutschen Landschaft irgendwo im Osten.

Konkret 08/03, S. 56

Michael Klarmann

filmtheater

Bernd Kleinhans: Ein Volk, ein Reich, ein Kino. Papyrossa, Köln 2003, 229 Seiten, 14,95 Euro

Obschon Kino und Film ein mächtiges Propagandainstrument der NSDAP war, konnte sie es nicht so effektiv einsetzen, wie es sich Propagandaminister Goebbels vorstellte. Denn trotz Gleichschaltung wirkten dieselben Filmszenen je nach Lebensumständen, Grundstimmungen und Wohnorten der Betrachter Stadt oder Provinz unterschiedlich. Indes, so Bernd Kleinhans, sei das Bild, das heute etwa in TV-Dokumentationen über jene Zeit präsentiert werde, immer noch geprägt vom »praktisch uneingeschränkten Bildmonopol« jenes Propagandaapparats. Noch heute besteht fast nur das »von diesem Regime selbst erzeugte Bild« seiner selbst.

In seinem Überblick über die NS-Filmpolitik erklärt der Historiker und Philosoph, warum ein »wirkliches Verständnis der NS-Propagandapolitik nicht ohne den Blick auf die Provinz möglich« ist. Das »flächendeckende Massenmedium« habe nämlich zur »Anbindung (dieser) an die Machtzentrale« in Berlin dienen sollen. Gelungen sei das allerdings nicht ganz, auch wenn etwa 1941 die mobilen Filmtrupps der Gaufilmstellen mit 835 Tonfilmwagen die Provinz bereisten, um Wirtshaussäle, Zelte oder Marktplätze zu Kinos zu machen.

Kleinhans zeichnet detailliert nach, wie die NSDAP und vor allem Goebbels seit der Machtübernahme 1933 systematisch eine »totale« Verstaatlichung der Kinolandschaft Deutschlands betrieben. Somit sicherte man sich eines der besten Propaganda-Instrumente jener Zeit und konnte das gewünschte Bild der »Volksgemeinschaft im Kinosaal« und übelste Hetze verbreiten. In diesem Zusammenhang geht der Autor auch auf die zweifelhafte Rolle der Universum-Film AG (Ufa) ein und analysiert ebenso Machart und suggestive Wirkung von Filmen wie »Jud Süß«, Komödien mit Heinz Rühmann, Leni Riefenstahls »Triumph des Willens« und der »Wochenschau«. Selbst wenn es der NSDAP nie gelang, mittels jener Filme das Denken der Menschen völlig auszuschalten, ihre Wirkung war »weit effektiver, als der heute verharmlosende Blick auf Opas Kinos annehmen läßt«, resümiert Kleinhans. Denn insbesondere in den Anfangsjahren gelang es der Partei auch im Kino, latente Ressentiments in der Bevölkerung zu stärken und Männer und Jungen für den Krieg zu begeistern.

Konkret 08/03, S. 56

Tim Slagmann

Filmtheater - Nicht auflegen!

Regie: Joel Schumacher; mit Colin Farrell, Forest Whitaker; USA 2003 (Fox); 81 Minuten; ab 7. August im Kino

Stu Shepard ist »busy«. In der Exposition folgt die Kamera dem Presseagenten (Farrell) durch die Straßen New Yorks, der, immer am Handy, seinem Assistenten Weisungen erteilt, welcher mit einem zweiten Mobiltelefon hinter ihm herhastet. Kurz zuvor hat sich das Kinobild x-fach gesplittet: Dutzende Menschen an irgendwelchen Hörern plappern, ohne zu kommunizieren. Hinter der gewaltigen Sprechblase verschwindet der Sprechende, das macht es Stu einfach, seine Klienten abzuwimmeln, anzulügen.

Als er in eine Telefonzelle schlüpft, um von seiner Frau unbemerkt ein Gespräch mit seiner heimlichen Flamme führen zu können, schnappt die Falle zu: Ein Unbekannter ruft dort an, der alles weiß über Stu und ein Präzisionsgewehr auf ihn gerichtet hat. Sollte er auflegen, droht der Mann am anderen Ende, ihn zu erschießen. Schon ist der Stein ins Rollen gebracht für eine Geschichte, die auf den ersten Blick mehr als bekannt scheint. Stu und sein Milieu, beide holzschnittartig gezeichnet, sind geprägt von Arroganz, Oberflächlichkeit und Betrug. Der einzige Ausweg, wie ihn der Psychopath am Telefon, in seinen Moralvorstellungen eine perverse Verkörperung des konservativen Amerika, sieht: Kontrollverlust, Eskalation, öffentliches Geständnis, Läuterung – und Rückkehr zur Ehefrau. Daß Stu schließlich seine Verdorbenheit in eine der längst herbeigeeilten Nachrichtenkameras rufen kann, ist ein Moment der Exklusivität, der ihm Identität schenkt. Wo alles verdrahtet und vernetzt ist – und konsequenterweise die Allmacht des Snipers dadurch unterstrichen wird, daß seine Sätze aus dem Off kommen – , kann nur noch das Bild die Unverwechselbarkeit garantieren, welche der Stimme verloren gegangen ist.

Nie verläßt die Kamera jene düstere Straße, die sich bald mit Polizei, Schaulustigen und Medienvertretern füllen wird. Jederzeit kann ihr Blick mit dem Blick des Heckenschützen zusammenfallen, der sich hinter irgendeinem Fenster verbirgt. So wird also der gesamte öffentliche Raum zu einem Ort der Bedrohung, vor der auch die angebliche Intimität einer Telefonzelle nicht schützen kann. Das ist die Art »urban paranoia«, welche die Einwohner Washingtons im vergangenen Jahr selbst erfahren mußten und der »Nicht auflegen!« einen Großteil seiner Spannung verdankt.

Während in Joel Schumachers »Falling down« der Protagonist noch am Leistungsdruck seiner Umgebung zerbrach, verkörpert Stu all diese Zwänge. Sein unbewußter Ausbruch aus der Konformität macht ihn verletzlich, der Anachronismus der Telefonzelle hebt ihn räumlich hervor und isoliert ihn im Rauschen des Mobilfunks und dem Fließen des Verkehrs. Wer sich aber ohne Fernsehkamera zum Individuum macht im Moloch New York, der liefert sich aus. In diesem Paradoxon, zwischen der Heilkraft der Bilder und dem Ausbeutungspotential des Medienbetriebs, entspinnt sich die Geschichte in hohem Tempo.

Konkret 08/03, S. 57

Manfred Hermes

Film des Monats - Die Blume des Bösen

Regie: Claude Chabrol; mit Nathalie Baye, Benoit Magimel; Frankreich 2003 (Concorde); 104 Minuten; seit 24. Juli im Kino

Erinnert sich noch jemand an die Zeit, als von Claude Chabrol behauptet wurde, er suche die »Doppelbödigkeit menschlichen Verhaltens« und sei daran interessiert, dem »verlogenen Bürgertum die Maske vom Gesicht zu reißen«? Daran ist immer noch soviel richtig, daß auch seine aktuellen Filme mit der Gleichung Bürgertum und Chabrol zu tun haben.

Die Kamera gleitet durch ein Haus und inspiziert das Interieur einer Wohnung des gehobenen Bürgertums, um schließlich vor einer Leiche anzuhalten. Wenige Sekunden und sechzig Jahre später liegt dasselbe Haus in einem sommerlichen Licht und wird von drei Generationen einer Familie bewohnt. Durch Todesfälle und neue Heiraten ist sie inzwischen zu einem recht gemischten Verbund geworden, in dem auch sonst tabuisierte Konstellationen möglich werden.

François, Sohn aus erster Ehe, nimmt nach mehrjähriger Abwesenheit sofort die alte Liebesgeschichte mit seiner Stiefschwester Michèle wieder auf. Gérard Charpin-Vasseur, sein Vater, tut das, was er am liebsten tut, und das mit einem gewissen Geschick: Er fädelt Sexgeschichten im Hinterzimmer seiner Apotheke ein. Seine Frau, die sich über ihre Ehe keine Illusionen macht, hat sich in eine lokalpolitische Karriere gestürzt. Jetzt stehen die Bürgermeisterwahlen vor der Tür, und Anne ist eine aussichtreiche Kandidatin. Ein anonymer Brief taucht auf, der auf dunkle Flecken der Familiengeschichte hinweist, und allgemein wird angenommen, daß Gérard der Urheber sei; er wolle wohl seiner Frau schaden.

Immer wieder hat Chabrol betont, daß man als Regisseur schon wissen sollte, von wo aus man auf seine Geschichten blickt. Welcher Standpunkt das in seinem Fall ist, daran haben seine Filme wirklich nie einen Zweifel gelassen. Indem Chabrol seine Arbeit auf das mittlere Bürgertum fokussierte, konnten ihm auch Beschreibungen von Charakteren, Selbstdarstellungsformen und Milieus gelingen, die von intensiven Vorkenntnissen profitieren und an Plausibilität oft nichts zu wünschen übrig lassen. Auch in »Die Blume des Bösen« sind auf diese Weise schöne Figuren entstanden, etwa die von Nathalie Baye gespielte Anne: eine disziplinierte, humorvolle und längst nicht mehr junge Frau, die mit permanenter Betriebsamkeit Anflüge von Verbitterung bekämpft.

Insofern sind hier Vatermord, Inzest und »Familiengeheimnisse« auch Knöpfe, auf die Chabrol drückt, um die Spannung wenigstens auf kleiner Flamme zu halten. Die Handlungen sind so reduziert und lose verknüpft, daß sie manchmal wie ein Vorwand für seine Recherchen im Sozialen wirken. In diesem Zusammenhang spielen auch die Interieurs eine wichtige Rolle. Chabrol legt großen Wert auf Dekors, die nach genauen Vorgaben entwickelt sind. Den wohlhabenden Provinzstil von Privathäusern im französischen Südwesten trifft er in »Die Blume des Bösen« ebenso präzise wie die spezielle Schäbigkeit öffentlicher Räumlichkeiten. Geradezu witzig wirkt der Empfangssaal des Rathauses mit seinem Mix aus trüben Farben, gedeckten Mustern und improvisiertem Glanz. Chabrol führt das alles auch in einer Genüßlichkeit vor, die die Grenze zur Parodie nie überschreitet.

Das wirkt um so angenehmer, als man in deutschen Filmen auf diese Art Plausibilitätseffekte in der Regel meist vergeblich wartet. Hier werden die Dinge (und Figuren) meistens nicht als das gezeigt, was sie sind, sondern als das, was sie sein sollen. Das Naheliegende wird in vorauseilendem Gehorsam durch das Besondere ersetzt, kein Wunder, daß hiesige Milieudarstellungen oft so lustlos wirken. Dieser Hang zu sozialer Schwerelosigkeit hat eine ganze Reihe von Gründen, nicht zuletzt die westdeutsche Nachkriegsdoktrin der Klassenlosigkeit. Von daher gibt es in deutschen Filmen eine »amerikanistische« Seite, allerdings um einen spezifischen kleinbürgerlichen Kern gewickelt, der sich nie wirklich zu erkennen gibt.

Chabrols ganz offen agierender Klassizismus schafft hingegen nicht nur eine erstaunliche Genauigkeiten sozialer Rahmendaten, es fällt auch etwas wie eine Radikalkritik des Bürgertum ab. Vom Akt der Demaskierung ist diese Kritik allerdings ebenso weit entfernt wie vom Jakobinertum. Chabrols Haltung tendiert in eine andere Richtung: Das Bürgertum hat viele Leichen im Keller, es geht über Leichen, um seine Interessen zu sichern. Daß aber bereits die beiden Toten, die in diesem Film tatsächlich ausgelegt werden, dieser Ansicht Nachdruck geben sollen, ist kaum anzunehmen. Sie sind vielmehr ein dramaturgischer Platzhalter für die anderen Sauereien, die Chabrol da im Sinn hatte. Wenn er die Keule des Nazi-Kollaborationsverdachts schwingt, bekommen diese Annahmen schon eher eine Form. Eine Mittäterschaft an der Deportation von Juden des Ortes ist eines dieser bösen Geheimnisse eben nicht nur in der Familie Charpin-Vasseur.

Dauernd werden in »Die Blume des Bösen« Décadence-Motive bemüht; sie geben auch der Baudelaire-Assoziation des Titels Futter. Chabrol beschwört die Erstarrung der Familie, ihren Stumpfsinn und die Luftleere ihrer Existenz.

Um dieser Stickigkeit zu entgehen, war François für einige Jahre in die USA gezogen. Das häusliche Elend hat die Mutter in die Politik getrieben. Und Tante Line, die älteste Bewohnerin des Hauses, verschmilzt eine tausendjährige bürgerliche Agenda mit einem individuellen Empfinden von Geschichte: »Zeit vergeht nicht, sie ist eine immerwährende Gegenwart.«

Trotz der Leichen im Keller aber keine Spur von bösem Blut. Es ist erstaunlich, daß trotz der Wiederholungszwänge, die hier aufgeführt werden, trotz der Agonie, die Chabrol behauptet, sein Film ausgesprochen heiter bleibt. Das komfortable Leben der verfemten Klasse zeigt er voller Sympathie, Charme und in einer Entspanntheit, die seine Filme der letzten Jahre ohnehin prägt. Man liebt das Essen und die guten Weine, so schlimm kann das alles also nicht sein.

Konkret 08/03, S. 58

Oliver Tolmein

Beruf: Folterer

Mario Bechis Film »Junta« erzählt eine Geschichte aus der Zeit der argentinischen Militärdiktatur. In vielen Ländern läuft er mit Erfolg □ nur in Argentinien nicht.

Der Folterkeller ist in einer Autoreparaturwerkstatt untergebracht. Während dort, wo die defekten Wagen stehen, Oppositionelle zusammengeschlagen und mit Stromstößen gequält werden, fließt draußen der Autoverkehr zügig durch Buenos Aires. Die Welt der Bewegung, in der es Tag und Nacht gibt, in der Menschen ankommen und wegfahren, und die Welt des Stillstands, in der Neonlicht und Taschenlampen blenden und in der nur die Hoffnung auf ein Ende der Qualen bleibt, sind lediglich durch das dünne Wellblech des Garagentors voneinander getrennt.

In Mario Bechis Film »Junta« wird das, was wir als Welt kennen, vorzugsweise in der Totalen gezeigt, verfremdet durch die Vogelperspektive und das helle Licht der Spotstrahler. Es ist eine Welt, die keine Geräusche kennt, in der selbst der Straßenlärm nur wie ein gedämpftes Murmeln klingt. Dagegen erscheint die Welt in der »Garage Olimpo« nah und, bei aller Grausamkeit, vertraut, hier übertönt das lärmende Radio die Schreie der Gemarterten, wir hören die klaren Dialoge der Folterer, die Handkamera beobachtet die ins Licht der Funzeln und der Neonröhren getauchten Menschen und das, was sie tun, aus der Nähe. Bechis psychologisiert dabei nicht, er führt uns nüchtern vor, wie die in Zivil gekleideten Militärs in der Garage ihrer Arbeit mit Routine nachgehen: Stechuhr betätigen, die kleinen Koffer mit dem Folterwerkzeug ein- und auspacken, die knappen Auseinandersetzungen um Dienstpläne und die Einsatztaktik.

Bechis Folterer sind keine Sadisten, es sind gedankenlose Handwerker, sie sind von ihrem Tun nicht überzeugt, sie haben aber auch keine Zweifel. Sie sind solide ausgebildet und funktionieren meistens gut. Sie haben gelernt, daß sie die Stärke ihrer Stromstöße vom Gewicht ihrer Opfer abhängig machen müssen und daß sie den Gemarterten, auch wenn sie geredet haben, direkt nach den Torturen kein Wasser zu trinken geben dürfen, weil sie sonst sofort verbrennen würden. Sie wollen Aussagen erpressen und dafür belobigt werden – mehr nicht. Bei den Dreharbeiten habe er mit den Darstellern vor allem militärische Einsatzroutinen geprobt, er habe mit ihnen nicht über ihre Rolle gesprochen, sondern habe Festnahmen und das Besetzen von Wohnungen trainiert, erzählt Bechis bei einem Gespräch anläßlich der Vorführung des Films in Hannover.

Im Mittelpunkt von »Junta« steht die Geschichte Marias. Maria gehört zu einer radikalen Oppositionsgruppe. In den Slums von Buenos Aires bringt sie Analphabeten Lesen und Schreiben bei. Sie wird verhaftet und in der Garage Olimpo mit Felix konfrontiert, der bei ihrer Mutter zur Untermiete wohnt. Felix betrachtet Maria als »sein« Opfer, er will sie für sich. Er verspricht ihr bessere Behandlung und sogar die Freiheit, wenn sie mit ihm redet und mit ihm schläft. Sie versucht, ihn mit wertlosen Informationen abzufertigen, und gibt sich mit ihm ab, weil sie hofft, ihn benutzen und so schließlich doch entkommen zu können. Es ist gerade keine Liebesgeschichte zwischen Opfer und Täter, die Bechis erzählt. Beide empfinden nichts füreinander, sie leben in völlig verschiedenen Welten und versuchen einander zu gebrauchen. Während Felix seine Folter auf die Spitze treibt, indem er bei Maria Hoffnungen weckt, bleibt für sie die Absicht, Felix benutzen zu können, eine verzweifelte Illusion. Die vermeintlich unnützen Informationen, die sie ihm gibt, führen tatsächlich zur Verhaftung ihrer Gruppe, weil sich ihr Kontaktmann nicht an die Absprache gehalten hatte, den geheimen Treffpunkt sofort zu verlassen, wenn sie nicht pünktlich auftaucht. Auch für Maria und ihre Mutter, die versucht ihre Tochter freizukaufen, gibt es keine Rettung.

»Junta«, der in Deutschland von einem kleinen engagierten Verleih vertrieben wird, hat zahlreiche Preise erhalten und läuft in vielen Ländern mit Erfolg in den Kinos – nur in Argentinien nicht. Dort boomt lediglich der Verkauf von Videokassetten. Für Bechis, der mittlerweile in Italien lebt, ist das ein Zeichen dafür, daß in seinem Herkunftsland die öffentliche Diskussion über die Ereignisse während der Junta noch nicht möglich ist. Zwar wurde mit Luis Moreno Ocampo ein ehemaliger argentinischer Staatsanwalt, gerade auch aufgrund seiner Erfolge bei der Ahndung von Menschenrechtsverbrechen aus der Zeit der Diktatur, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag. Tatsächlich bestimmen aber Amnestie und Strafverzicht die Situation in Argentinien. Die Folterer und Mörder von einst, die nach plausiblen Schätzungen mehr als 30.000 Menschen getötet haben, laufen größtenteils noch frei herum. Das Militär ist nach wie vor eine einflußreiche gesellschaftliche Kraft.

Aber die Straflosigkeit der Junta und ihrer Schergen und Profiteure war für Bechis, der 1977 selbst zehn Tage in Haft genommen und gefoltert worden war, nicht der Impuls, »Junta« zu drehen. Es war eine Reise nach Bosnien 1995 und die dort erneut erlebte Normalität eines kaum beschreibbaren Terrors, die ihn zu seinem Film motivierte. Dabei ist es nicht nur die brachiale staatliche Gewalt, verübt von einer nicht mehr kontrollierbaren Soldateska, die die Situation im zersplitterten Jugoslawien mit der in Militärdiktaturen verwandt erscheinen lassen mag. Es ist auch die Zerstörung der Gesellschaft, die Ländern in diesen extremen Verhältnissen gemein ist.

Der harmlos erscheinende Untermieter, der zu Beginn von »Junta« noch ein Bier mit Maria trinkt, foltert sie wenige Tage später. In seinem Junggesellenzimmer hat der harmlos wirkende Militär, der den ganze Film hindurch keine Uniform trägt, ein ganzes Lager mit Beutegegenständen eingerichtet, die er seinen Opfern geraubt hat. Anna, Angehörige einer militanten Gruppe, deren Geschichte die Rahmenhandlung von »Junta« bildet, ist dagegen mit der Tochter eines Generals befreundet und sprengt deren Vater in die Luft, nachdem sie kurz zuvor versuchte, die Tochter zu retten. Die sozialen Beziehungen sind in der Welt, die Bechis zeigt, völlig aus den Fugen.

[illegible]

[illegible]

[illegible] hat gerade zusammen mit Walter Schweidler den Band »Was den Menschen zum Menschen macht. Eine Gesprächsreihe zur Bioethik-Diskussion« (Lit Verlag) herausgegeben

Konkret 08/03, S. 59

Ralf Havertz

Ästhetik der Reaktion

Wie die älteste Tragödie des Abendlandes neue Aktualität erhalten soll.

In seiner Trägodie *Die Perser* verewigte der Dichter Aischylos den militärischen Sieg der Griechen über die persischen Aggressoren, die trotz ihrer deutlichen Überzahl an Menschen und Material in der Seeschlacht bei Salamis geschlagen wurden. Dies ereignete sich im 5. Jahrhundert vor Christus, Aischylos selbst hatte an den Kämpfen teilgenommen. Die Personen in seinem Stück aber sind nicht etwa Griechen, die dargestellt werden bei ihren heroischen Taten. Er läßt ausnahmslos Perser auftreten, die er in ihrer Niederlage zeigt, wie sie diese beweinen und bewinseln. Auf diese Weise wollte Aischylos die Größe des griechischen Sieges um so deutlicher herausstellen, was ihm mit einem überwältigenden Erfolg beim Publikum auch gelang.

Vor dem Hintergrund eines anderen, zu seiner Zeit geführten Krieges übertrug Lion Feuchtwanger das Stück 1916 ins Deutsche. Die historische Bedeutung, die der Schlacht von Salamis seit Aischylos beigemessen wurde, hielt er für übertrieben: »Es steht aber zu vermuten, daß in Wirklichkeit diese Kriege nur eine keineswegs belangvolle Episode der persischen Geschichte waren und daß diese Strafexpedition gegen Athen ihren Zweck zum mindesten teilweise erreichte; denn schließlich wurde ja Athen zerstört und ein großer Teil der griechischen Wehrmacht vernichtet. Jedenfalls steht fest, daß, selbst wenn diese Expedition mißlang, die Kernmacht der Perser dadurch nicht getroffen wurde.« Das »Übermenschliche und Heroische an den Kämpfen der Griechen« nennt Feuchtwanger »im wesentlichen literarische Mache«. Und weiter: »Wir sehen diese Kämpfe so, wie die Späteren nach zweitausend Jahren unsern Krieg sehen müßten, wenn etwa nur patriotische Dichtung und Zeitungsberichte der einen Partei erhalten blieben.«

An einer Bearbeitung des Stoffs hat sich kürzlich nun auch der für seine lyrischen Arbeiten bekannte Durs Grünbein versucht. Das Ergebnis seiner Bemühungen darf man sich im August in Neuhardenberg ansehen, inszeniert von Martin Wuttke, finanziert von der »Stiftung Schloß Neuhardenberg«, einem Kind des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Die Stiftung bewirbt die Inszenierung derzeit mit einem Artikel, den Grünbein bereits im Januar dieses Jahres in der »FAZ« veröffentlichte (Wiederabdruck in der »Berliner Zeitung« am 27.6.03). Darin läßt Grünbein sich darüber aus, warum das Stück einen Bezug zur Gegenwart habe.

»Es macht nichts, wenn man den Namen Aischylos noch nie gehört hat«, hebt Grünbein, dem »FAZ«-Leser Absolution erteilend, an und fährt fort: »Das Theater ist zum Reservat der Kulturindustrie geworden, doch die Fakten, um die es hier geht, sind schnell nachgetragen.« Was Grünbein hier wahrscheinlich mitteilen will, ist der Gedanke, die Kulturindustrie habe vom Theater Besitz ergriffen, daher wäre vorauszusetzen, daß Aischylos dem breiten Publikum unbekannt sei. Eines der Dramen dieses Aischylos, *Die Perser*, führt er weiter aus, stelle »im Wortlaut dar, was das amerikanische Kino in geheimer Mission bis zum heutigen Tag propagiert: die Geburt einer Nation als Sieg über die finstern Mächte.«

Die Grünbeinsche Bearbeitung ebenso wie das Projekt in Neuhardenberg dürften in der Erwartung und in der Hoffnung einer amerikanischen Niederlage im Irak in Angriff genommen worden sein, als Allegorie auf den sich omnipotent dünkenden überheblichen Amerikaner, der siegesgewiß in den Krieg zieht und dort sein Fiasko, will sagen »verdientes Stalingrad« erlebt. Grünbein am Vorabend des Irakkrieges: »Es (das Drama, R.H.) setzt ein, wenn die Niederlage besiegelt ist, mit dem Untergang einer Grande Armée.« Dieser »Nullpunkt, in dem alle Auf- und Abwärtsbewegungen der Macht konvergieren«, sei »das Vermächtnis des Stücks«. Darin also, ließe sich dieser Gedanke weiterführen, bestehe auch die Aktualität des Stücks für uns Heutige. Auf die Aktualität kommt Grünbein dann auch direkt zu sprechen: »Das Drama des zoon politikon, das das Gemeinwesen aufs Spiel setzt, allein mit sich selbst, seinen Kriegszielen und den Phantasmen der Allgewaltigen ... ausgeliefert – das sind die Perser des Aischylos und darin liegt, wie das Zwitterwesen von Politik und Kriegführung bei aller Aufklärung bis heute bezeugt, ihre Aktualität.«

Bei all der Aufklärung, mit der sich der Großdichter konfrontiert sieht, greift er zur ontologischen Setzung des dem menschlichen Wesen immanenten Zuges zum Krieg. Wo der Krieg als Seinsbedingung des menschlichen Lebens angenommen wird, da ist der »Feind« als ontologische Kategorie und das Denken in Freund-/Feindschemata nicht fern: »Sollte der Feind wirklich die eigene Frage in Gestalt sein – hier wird sie, radikal wie selten seither, gestellt«, grüßt Grünbein mit Carl Schmitt. Denn er räumt hier zumindest verhalten affirmativ die Möglichkeit ein, daß Identität nur aus der Konstruktion eines feindlichen Anderen hervorgehen kann.

Um welchen Feind und welches Eigene es Herrn Grünbein geht, läßt sich ahnen, wenn man betrachtet, was für ihn die Tragödie des Aischylos »von allen anderen abhebt«. Das Besondere des Stückes liege »in seinem historischen Kern«, darin, daß es um »die Grenzziehung der Kontinente« kreise. Angesichts der behaupteten Aktualität des Stoffs wird uns klar, um welche Grenzziehung die Gedanken des Herrn Grünbein kreisen: die zwischen Amerika und Europa.

Zwar liegt das Stück des Aischylos nahe am Lyrischen, nahe am Gesang – Feuchtwanger nannte es eine »orientalisch wilde, naturalistische Trauer-Orgie« – doch weist das empathische Nachempfinden der Dichtung des Aischylos durch Grünbein über diese hinaus auf Grünbein selbst: »Der Vers steigt auf aus dem Unartikulierten, dem psychischen Chaos, er formt sich zu urwüchsigen Strophen, dann ganzen Blöcken, die über sämtliche Zäsuren und Wechselreden hinweg einen zusammenhängenden Satz ergeben.«

Grünbein, der ähnlich wie Hölderlin engen Kontakt zu allem in allem pflegt, der – wie der Borderliner – Schwierigkeiten mit der klaren Scheidung zwischen innen und außen zu haben scheint, bedarf zur Selbstverortung einer äußeren Grenzziehung, in der ein Feind auftaucht. Es geht hier in der Abgrenzung von Amerika vor allem um Europa, dem in einem von Grünbein als hydrologisch funktionierend vorgestellten System der »Auf- und Abwärtsbewegung der Macht« das zufließt, was den USA abgeht. Um Europa ging es nach Grünbeins Dafürhalten schon Aischylos, denn seit der Schlacht bei Salamis und ihrer Dramatisierung sei »jedem klar, wo Asien aufhört und Europa beginnt«.

Bei all der Aktualität, die Grünbein für den Stoff in Anspruch nimmt, fällt besonders ein Satz auf, den er erklärtermaßen für den »Höhepunkt« des Stückes hält: »Niemals starben an einem einzigen Tag so viele Menschen in so kurzer Zeit.« Mit dem Satz hätte Grünbein schöne Erfolge einfahren und seine *Perser*-Bearbeitung als hochaktuelle Reflektion des Weltgeschehens ausstellen können, hätten die USA ihm nur den Gefallen getan, eine katastrophale Niederlage mit einer rekordverdächtigen Zahl an Toten zu erleiden. Man darf gespannt sein, ob Wuttke seine Perser in Neubrandenburg in amerikanische Uniformen steckt.

Ralf Havertz schrieb in KONKRET 1/98 über nationale Symbole in der Werbung

Konkret 08/03, S. 60

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Jeffrey Lewis: It□s The Ones Who□ve Cracked That The Light Shines Through. Rough Trade/Sanctuary/Zomba

Das Sidewalk Café, in dem jeden Montag die Antifolk-Sessions ausgetragen werden, liegt nur wenige Meter von jenen Orten entfernt, an denen einst Allen Ginsberg, Bob Dylan, The Velvet Underground und The Fugs ihre ersten Gehversuche machten. Was diese Bohème-Geschichte von Greenwich Village betrifft, ist Jeffrey Lewis Traditionalist. All die genannten Namen finden sich auf seiner neuen CD lose verarbeitet, sei es, daß er mit »Arrow« eine Antwort auf das psychedelische »Murder Mystery Story« von Velvet Underground schrieb, sei es das an The Fugs angelehnte »No LSD Tonight«, sei es der dylaneske Auftakter von »Back When I Was 4«, ein Summary des eigenen Lebens vom Kleinkind bis zum vereinsamten Greis, der am Ende sogar seinen letzten Freund, einen Goldfisch, in die Toilette kippt und beim Blick auf die Skelette der »Halloween Parade« den Tod ersehnt.

Auf seiner zweiten Veröffentlichung bricht Jeffrey Lewis mit der Gewohnheit, Antifolk auf eine verrauschte, kaputte, den traditionellen Folk parodierende Musik zu reduzieren, und eröffnet ähnlich wie Beck, der ebenfalls aus der Antifolk-Szene hervorging, einen eigenen, eklektizistischen Kosmos. Der wesentliche Unterschied zu Beck besteht allerdings darin, daß Lewis bei aller stilistischer Vielseitigkeit □ inzwischen sind weite Passagen mit Bandbegleitung eingespielt worden □ nicht postmodern jongliert, sondern durchweg eine Verbindlichkeit schafft, die musikalisch auf einer für New York spezifischen Underground-Entwicklung basiert und in den Texten zugleich benennt, wodurch sich eine solche nonkonformistische Tradition auszeichnet.

Der völlig unprätentiöse Gestus in Vortrag und Instrumentierung sorgt einerseits für »Authentizität« □ diesem Menschen nimmt man es ab, wenn er davon singt, daß es bei den heutigen Preisen kaum mehr möglich ist, in New York als musikalischer Outlaw zu überleben □ , bricht aber auch ständig mit genau jenen Authentizitätsmustern, die einen Großteil der Rockmusik so unerträglich machen. Lewis, der nun einmal kein Rocker ist, sondern ein Erbe der Folkniks, plaudert im Gegensatz zu den vermeintlich souveränen Musikern von sexueller Erfolglosigkeit und von unangenehmen Erfahrungen mit Drogen. Die eigenen Schwächen zu benennen, ohne dabei mit einem Verlierer-Image zu kokettieren, gelingt Lewis, weil er an keiner Stelle in einen jammernden Ton verfällt. Seine Stimme klingt durchweg fordernd und stilisiert damit nicht den Verlierer zum Helden, sondern macht lediglich klar, daß es menschlicher ist, nicht zu den Gewinnern gehören zu wollen.

Konkret 08/03, S. 60

Alexander Kasbohm

Melodie & Rhythmus

Steely Dan: Everything must go. Wea/Warnermusic

»The talk, the sex, somebody to trust; the Audi TT, the house on the vineyard, the house on the gulf coast: These are the things I miss the most«, sinniert der frisch Geschiedene, der die sich ins Endlose dehnenden Tage damit verbringt, die Andrea Doria aus Balsaholz nachzubauen. Donald Fagen und Walter Becker, die bösartigen alten Männer, sind wieder da. Nach dem kühlen Karrierehöhepunkt (und vorläufigen Endpunkt) »Goucho« verstrichen 20 Jahre, bis im Jahre 2000, relativ überraschend, »Two against Nature« erschien. In einem Anflug von Hyperaktivität schafften es die beiden Mittfünziger nun innerhalb von nur drei Jahren schon wieder ein Album zu veröffentlichen.

Die oberflächliche Entspanntheit von »Everything must go« ist – wie alles bei Steely Dan – Ergebnis präziser Planung. Der kalkulierte, der simulierende Aspekt von Popmusik liegt hier immer offen. Es geht um die Oberfläche und um die Konstruktion. Die Inspiration lag immer im Jazz, alles, was Rock ausmacht, fehlt hier. Es gibt keine fetten Gitarren, keine verlogene Authentizitätssimulation – Bier, Rauch und echter Rockerschweiß, die gefürchteten Klischees von »Ecken und Kanten« und »ehrlicher Handarbeit« – keine Angebersoli. Denn wirkliche Könner haben genug Selbstbewußtsein, ihr Können nicht ständig allen, die es wissen wollen oder auch nicht, unter die Nase zu reiben

Steely Dan spielt auf höchster Ebene, bleibt aber »von unten« erreichbar. Und ist einfach zu schlau, um jemals ernsthaft was falsch zu machen. »Everything must go« ist ganz wunderbar entspannt groovend und voller kleiner, heimlicher Melodien. Stücke wie »The Things I miss the most«, »Pixeleen« und »Everything must go« sind selbst im beeindruckenden Gesamtwerk dieser Band noch herausragend.

Auch 2003 ist an dieser Musik nichts gestrig, auch wenn Sie nicht weit von dem entfernt ist, was Becker und Fagen vor 25 Jahren machten. Denn nicht die siebziger Jahre prägten Steely Dan, Steely Dan prägten die siebziger Jahre. Von Album zu Album gab es Feinjustierungen, ohne das von Anfang an bestehende Konzept wirklich zu ändern. Über die Jahre wurde die frühe Üppigkeit immer stärker zurückgefahren. Ihre neuen Alben sind bei allem Detailreichtum Meisterwerke der Reduktion. Geradezu nackt stehen die Grooves im Raum, funky und bluesig. Perfektes Ignorantentum, Kompromisse sind für andere, Geringere.

Konkret 08/03, S. 60

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

The Cinematic Orchestra: Man With The Movie Camera. Doppel-LP/CD/DVD. Ninja Tune/Zomba

Dziga Vertovs 1929 fertiggestellter Film »Der Mann mit der Kamera« verzichtet auf jegliche Handlung. Ziel war es, wie der Regisseur im Vorspann erklärt, eine autonome, international verstehbare Filmsprache zu schaffen. Dies war wiederum nur im Bereich der filmischen Avantgarde, also auf Kosten der Popularität möglich.

»Vertov war ein Pionier, mit dem Recht des Pioniers auf Übertreibungen«, schrieb Peter Weiss in seinem Essay »Avantgarde Film«, »er war besessen von der Kamera«. In dieser Besessenheit begleitet der Film einen Kameramann bei seiner Reise durch Moskau und wechselt immer wieder die Perspektive, zeigt die Bilder des Beobachters, der wiederum von einer weiteren Kamera beim Beobachten beobachtet wird. Im Glauben an die Objektivität des Mediums versuchte Vertov zugleich sämtliche Facetten der Stadt abzubilden, Vergnügungsviertel ebenso wie Fabrikarbeit, Verkehr, Sport und Menschen im Büro, und läßt dies am Ende in einen auch für heutige Sehgewohnheiten noch unglaublich temporeichen Bilderrausch münden.

Im Film ist der Film nun in die Kinos gekommen, die Perspektive wechselt zwischen Kinopublikum und Bildern aus dem Film, wobei die immer schneller werdenden Schnitte und Überblendungen nicht nur der Geschwindigkeit der Stadt huldigen, sondern auch stolz die ganzen technischen Möglichkeiten des Kinos präsentieren. Der Film, mit dem Auge des Kameramanns endend, verbirgt dabei nicht seine Produktionsbedingung – immer wieder zeigt die Kamera das Labor, in dem die gerade gesehenen Bilder geschnitten werden.

Das Londoner Cinematic Orchestra hat »Man With The Movie Camera« nun neu vertont und nutzt jüngere musikalische Techniken analog zu Vertovs filmischem Verfahren: Orchestereinspielung und Samples durchdringen einander, wobei die Samples oft die rhythmische Textur bilden, die mit den Schnitten im Film korrespondiert. Vertovs Anspruch, die Großstadt in all ihren Kontrasten zu dokumentieren, korrespondiert mit dem eklektizistischen Spiel des Orchesters, das zwischen Jazz, Minimal Musik, Klassik-Versatzstücken, Ambient-Sounds und Scratching wechselt, ohne sich dabei jedoch in Effekten zu erschöpfen. Der stimmige Gesamteindruck bleibt also auch noch ohne die Bilder erhalten.

Besonders eindrucksvoll ist die musikalische Umsetzung des rasanten Schlußkapitels gelungen. Hier mögen Erinnerungen an die Filmmusik von Philip Glass aufkommen, nicht als die eines Plagiats, sondern zitathaft mit zahlreichen anderen Einflüssen verwoben. Die Aufnahmen machen deutlich, daß die konstruktivistische Ästhetik, die dem Film zugrunde liegt, erst in den letzten Jahren – vor allem durch Techno – Einzug in die populäre Musik erhielt und dabei den technischen Optimismus der klassischen Avantgarde ebenso euphorisch wie teilweise naiv übernommen hat.

Konkret 08/03, S. 61

Alexander Kasbohm

Platte des Monats

James Kirk: You Can Make It If You Boogie. Marina Records/Efa

1980, als Punk durch Geldgier und Selbstzerstörung den Bach runter ging, suchte Alan Horne in Glasgow nach dem perfekten Popsong. Er suchte in der richtigen Stadt. Die schottische Faszination für amerikanische Musik, für die Byrds, für die Westcoast, für Texas liegt vielleicht in der Sehnsucht nach Licht und Wärme begründet. In Glasgow sucht man die Sonne, wo man sie finden kann: im Whiskyglas, in der Freundin, in sich selbst oder eben in der Musik. Alan Horne gründete das Postcard-Label. Er war Impresario, Motivator, Guru und durchgeknallter Ideengeber. Kein PR-Stunt war ihm zu blöd, kein Trick zu schmutzig. Auf Postcard veröffentlichten Aztec Camera, Josef K, die Go-Betweens und Orange Juice ein gutes Dutzend Singles, die bis heute zu Recht legendär sind. Kaum einer war älter als 20. Edwyn Collins und James Kirk, die Songwriter von Orange Juice, waren Velvet-Underground-Fanatiker und Northern-Soul-Enthusiasten. Sie brachten die Punkideale und die Discokörperlichkeit zusammen, als hätte nicht die ganze Welt deren Unvereinbarkeit behauptet.

Alles, was sie taten, war wichtig. Jedes Detail. Sie unterhielten sich über die wichtigeren Themen. Die konstruktive Arroganz der Jugend und das Bewußtsein, besser zu sein als der ganze verdammte Rest.

Sie kleideten sich nicht immer stilsicher, aber immer stilbewußt. Ihr ganzes Auftreten war ein Statement. Sie wußten, daß alles zusammenhängt. Orange Juice hatte Gefühle und Ideen im Überfluß, jugendlichen Enthusiasmus. Die Band machte großen Pop und ließ sich von schlecht gestimmten Instrumenten oder fehlendem Können nicht verunsichern.

Kirk und Collins wußten, was Pop bedeutete. Orange Juice war unausgereift, schief und majestätisch. Romantisch, unmännlich und sarkastisch. Androgyne, effeminierte Jungs, von Bolan und Bowie durch die Pubertät begleitet. Jung, gebildet und überzeugt. Alles, was Pop ausmacht. Es ging um Kunst. Die Postcard-Singles lagen nicht in einfachen Papierhüllen, die Verpackung war genauso ein Teil des Kunstwerks wie der Inhalt. Musikjournalist Paul Morley verglich das Gefühl damals mit dem Gefühl, das man am Anfang des Frühlings hat: Nichts hat sich verändert, aber man spürt, daß es jeden Moment passieren kann. Ein Gefühl von Dringlichkeit und Unaufhaltsamkeit.

Der erste Song, den Orange Juice aufnahm, war James Kirks »Felicity«: gesungen von Edwyn Collins, weil Kirk nie der weltbeste Sänger war. Bei einem Konzert mitgeschnitten und auf Flexidisc kopiert sollte es dem von Orange Juice herausgegebenen Fanzine »Strawberry Switchblade« beigelegt werden. Doch dann nahmen sie »Falling and Laughing« auf und veröffentlichten diese Hymne an den Trotz und an das Weitermachen als erste von vier Singles auf Postcard. Die »Felicity«-Flexi wurde dann einfach mit dieser Single zusammen verkauft.

Ein für Postcard aufgenommenes Album ist nie erschienen, bis es zu Beginn der Neunziger als »Ostrich Churchyard« veröffentlicht wurde. Ein Dokument all dessen, was diese Band ausmachte. 1981 unterzeichneten sie bei Polydor. Dort erschien »You can’t hide your love forever« – eine großartige Platte, aber zu spät zu üppig, zu sauber und zu teuer. Und vor allem ohne den spontanen Charme der Postcard-Aufnahmen. Nach einer Tour mit den Undertones verließ Kirk die Band und sagte dem Musikbusineß für die nächsten 22 Jahre auf Wiedersehen.

Orange Juice war fortan ein Soloprojekt von Edwyn Collins, der begann, seine ganz persönliche Sichtweise auf Soul auszuarbeiten. Auch jede weitere Orange-Juice-Platte war auf die eine oder andere Weise gelungen, ohne Zweifel, doch es fehlte die erregte Begeisterung, der Zauber der Verletzlichkeit. Die frühe Orange Juice zeigte, daß Pop mehr sein kann als der kleinste gemeinsame Nenner. Alle Beteiligten hatten den Glauben daran, etwas Großes zu schaffen, und sie taten es. Es gibt diese seltenen Momente in der Geschichte, wenn plötzlich alles läuft.

James Kirk kann auch heute noch nicht singen, aber das macht er ganz wunderbar. Sanft und vorsichtig. Die mangelnde Perfektion, die Risse in der Oberfläche, ermöglichen den direkten persönlichen Zugang. »You Can Make It If You Boogie« berührt. Erinnert an die Möglichkeiten von Pop. An den Spaß und die Energie, die man längst verloren glaubte. Und sie erinnert an den Pop, der noch eine Utopie war und keine Karriereoption für Menschen, die nichts wissen, nichts wollen und an nichts glauben.

Heute wird Popstar, wer bereit ist, sich zu demütigen, sich zu unterwerfen, und wer technisch gut singen kann. Die alte Rockistenidee vom Wert handwerklich sauberer Musik hat sich des Pop bemächtigt und ihm die Luft abgeschnürt. Bei James Kirk merkt man hingegen immer das Versuchen, das Wollen. Und Pop erreicht nur dann sein Ziel, wenn man den Versuch spürt, wenn man sein eigenes Versuchen wiederfinden kann. Orange Juice war, und Collins und Kirk sind, Anti-Rock. Mit einer Abscheu vor der Macho-Pose, vor Rockgitarren, vor Soli. Sie wissen, daß instrumentales Können der Vision oft im Wege steht.

Lustigerweise klingt James Kirk heute mehr nach Edwyn Collins, als er es zu Orange-Juice-Zeiten je tat. Er klingt wie ein Edwyn Collins mit guter Laune, wenn das vorstellbar ist. Oder zumindest wie jemand, der genau in diesem seltsamen

Schwebezustand zwischen Melancholie und Entspanntheit lebt und ihn zu schätzen gelernt hat. »I'm an old soak, I haven't a hope, but I'm feeling fine.«

Gleich das erste Stück »Get on Board« ist ein extrem freundlicher Ohrwurm, dessen Refrain auch noch von euphorisierenden Handclaps begleitet wird. Und irgendwie schafft Kirk es, Tommy Sheridan, den Chef der schottischen Sozialisten, in den Song einzubauen. »Nilsson« basiert auf den ersten Takten von Harry Nilssons Hit »Everybody's Talkin«, und so geht es Stück für Stück weiter, Verweise auf Dinge, die man liebt, haufenweise gute Ideen, Geschmack und nicht ein schwacher Titel.

Ein Schotte, der einen Song »Krach auf Wiedersehen« nennt, hat bei mir ohnehin einen nahezu unverspielbaren Sympathiebonus. »You Can Make It If You Boogie« ist nicht mehr und nicht weniger als eine Sammlung von Perlen. Und es ist mir scheißegal, ob das abgegriffen und blöd klingt, der Klang der Wahrheit ist nicht immer elegant. Nicht in diesem Text und nicht auf dieser Platte. Anderen immer die offene Flanke zu bieten heißt natürlich auch, verwundbar zu sein. Bei Orange Juice, bei James Kirk und bei allen ungestümen, sensiblen Menschen.

»You Can Make It If You Boogie« muß die Platte des Monats sein, und sei es nur deswegen, weil es eben doch verdammt viel besser ist, wenn man an etwas glaubt.

Konkret 08/03, S. 62

Jürgen Roth, Michael Rudolf, Michael Sailer, Kay Sokolowsky

KEIN SCHÖNER LAND - Stadt, Land, Russ'

Anekdoten aus der fränkischen Historie.

den Armen Morpheus

Schlafend lag der Franke und hörte nicht, wie der Russ' nahe Bayreuth mit seinen rumpelnden Panzerwagen den waltenden Frieden zu stören anhub. Über das Erwachen des Franken lest ihr aber anderswo. *ks*

Ein Mißverständnis

Als der Russ' einmal in großer Zahl vor Güssenwichsstein aufmarschierte und einen Boten zum Bürgermeister sandte, die Heraus- und Übergabe des Ortes mitsamt allen beweglichen, unbeweglichen, vor allem aber eß- und trinkbaren Gütern einzufordern, da mißlang es selbigem, sich wohlverständlich zu machen. Man beriet sich lange, wer das sei und was er wolle, und endlich, alldieweil der Russ' sein Anliegen zu wiederholen nicht müde wurde, rief ein Ratsherr, der die Welt gesehen hatte: »Der Schweizer ist's!« Nun galt der alte Brauch der Gastfreundschaft in Güssenwichsstein hoch, und während noch die Erkenntnisfreude tobte, hatten schon die Frankenfrauen den Kessel auf den Herd gehängt, um Käse zu schmelzen und solcherart dem Schweizer und den Seinen das Fondue zu bereiten, von dessen dortsamiger Unverzichtbarkeit der kluge Ratsherr zu künden wußte. Wie jedoch der Käse warm wurde und weil man das treffliche Rezept nicht kannte, da wehten Wolken üblen Muffs aus allen Häusern und zur Stadt hinaus. Der Russ', im Tagtraum schon Schnitzelberge vor Augen, die alsbald zu erklettern er innigst hoffte, erbleichte, brach die Zelte ab und floh von dannen. In Güssenwichsstein war großer Jubel, der indes verstummte, als die Rede darauf kam, wer nun für die verdorbenen Käsevorräte aufzukommen habe. Doch wiederum war der weitgereiste Ratsherr um Trost nicht verlegen, indem er verkündete, es sei in dero Schweiz durchaus üblich, in Franken zu bezahlen, und solcherdings sei man im Grunde ja noch gut weggekommen. *ms*

Alles zur Zeit

Es ist der Russ' für seine Beharrlichkeit bekannt; was er einmal angefangen, gibt er ungern ganz verloren, und so zog im Jahre des HErrn 18... wiederum ein großes Heer des Russ' gen Franken, um festzustellen, was es auf sich habe mit den Mären von ungeheuerlichen Lauren, so man daselbst dem Bacchus darzubringen pflege. Doch war die Zeit des Einmarschs schlecht gewählt, indem des Sommers drückende Hitze über das Soldatenvolk hereinbrach, kaum daß es Sachsens kühle Wälder hinter sich gelassen. Was das für ein Land sei, wo derart die Hitze brenne, erfragte der Heerführer von seinem Pionier. Dieser sann lange nach, saß über den mitgeführten Büchern und tat sodann kund, es müsse dies nach allem Fug und Sinn die Hölle selbst sein. Da verließ den Russ' aller Mut, und gleichwohl feiner Schnitzelduft sein Nashaar schon umkräuselte, erschien ihm dies Unternehmen doch allzu riskant, zumal da er wußte, daß auch jener, der an die Hölle nicht glaubt, am Ende doch hinein muß und heraus nicht mehr kommt. So endete ein weiteres Mal der Ansturm, noch ehe der Franke etwas bemerken konnte, und doch war es gut, den HErrn zu loben. *ms*

Ankündigung schlimmer Ereignisse

Von Mund zu Mund ging oft die Geschichte, daß der Russ' etwas fürwahr Furchterregendes im Schilde führte, das schlimmste Not über die Gauen des Frankenlandes bringen würde und manches Ungemach, etwa trocken Brot, Gift in der Suppe und grüne Fahrradreifen. Was genau, wußte man nicht. *jr*

Eine saftige Rechnung

Es geschah, daß der Russ' in einem Jahre nichts zum Schänden fand, sein Feind, der wackere Frankensmann, ward nirgendwie gesehen, und auch die Landgasthäuser hatten alle zu. So irrte der Russ' im Frankenlande umher, bis sein Panzer müde und nicht einmal durch Einreiben mit süßestem Trüffelöle zum Weiterfahren zu bewegen war. Nun trug es sich aber zu, daß der Franke just zu dieser Zeit eine bewaffnete Wallfahrt zum Heiligen Stammgeiste Kevin in Arabien mit einem Abstecher nach Rußland verbinden wollte. Als nun des Russ' Land besenrein wie leergefegt sich ihm präsentierte, wurde der Franke ganz unsinnig und blies die Wallfahrt ab. Damit nicht genug: Wegen des ausgefallenen Krieges berechnete der Russ' dem Franken eine Anfahrtspauschale von drei Millionen Kreuzern mit nur einem Prozente Skonto innert einer Stunde. Das war damals eine ganz dumme Geschichte. *mr*

Die Macht der Gedanken

Ein ehrlicher Franke trieb seine Kühe aus dem Anger auf die Weide hinaus, sprach seinen Viechern warme Worte zu und legte sich ins Maigras. Die melonengelbe Sonne bleckte und tänzelte über die Wange des wackeren Franken, der bloß angetan war mit einem Shirt und einer Stoffhos', und die Gefleckten mampften das dicke, GOttgrüne Gras, während sich der Franke inniglich still einem Gedanken hingab, von dem er noch nicht wußte, welcher Art er sei.

So verging eine Zeit. In einem Momente jedoch schreckte der Bauersmann plötzlich hoch, weil er hinten am Waldesrande, im Gebüschsaume, ein Geräusch vermeinte gehört zu haben. »Ein Franke täuscht sich nicht«, dachte er sich da, und er fügte für sich noch einen weiteren Gedanken hinzu: »Das ist der Russ', auf der Lauer liegt er da, das ist mir gewiß.«

Also berappelte sich der Franke, erhob sich, zog die Stoffhos' »auf Äquator«, schritt hinüber zu seinen grasenden Tieren und flüsterte jeder einzelnen Kuh ein Wort ins flauschige, hellhörig hochgestellte Ohr. Daraufhin taten die Tiere, wie ihnen geheißen, sammelten sich auf einer Linie und begannen, auf den Waldesrand hinzuzumarschieren.

Aus dem Buchen- und Tannengeflechte waren sogleich deutlich gewisse undeutliche und erschreckend blecherne Laute wie »Kuczynski, Katastrophia!« und »Kommando kehrtysky!« zu vernehmen, derweil dem wacker'n Franken unterdessen schon wieder hold liegend daran lag, jenen Gedanken zu denken, an den er schon so lange gedacht hatte, ohne ihn bereits vollends zur Reife gebracht, geschweige denn begonnen zu haben. *jr*

Vom Nutzen der Ergötzung

Ein Russ', so berichtet die Legende, der allein und für sich dahinzog, nach Atzung spähte und derweil und indem er fremd im Lande des Franken war, allüberall Böses wähnte, begegnete einem Frankenmanne, welcher am Wegesrande saß und soeben ein zartes Rebhühnlein auf der Hand hielt, es streichelte und liebkoste. Jener schien das nicht ohne Verwunderung mit anzusehen, wie ein so erhabner und von Kräften strotzender Mann an solcher Kurzweil sich ergötzte. »Was trägst du da in deiner Hand?« fragte der Franke. – »Gewehr!« antwortete der Russ' ohne Zögern. – »Warum ist es nicht gespannt?« – »Weil nicht gut für Mechanik, wenn immer gespannt!« – »Nun, so laß es dich auch nicht befremden, wenn ich meinen Geist ein wenig ausruhen lasse, um ihn zu neuen Arbeiten zu stärken!«, versetzte der Franke, griff aber sodann in seinen Beutel; und wie der Russ' noch meinte, der freundliche Mann wolle sein Brot mit ihm brechen, ward er schon niedergeschossen. Am Abend aber, als der Franke im Wirtshause bei gebratenem Rebhuhne und wohlgebrautem Kellerbiere den Seinigen von der Begegnung kündete, da war ein groß Gelächter und Verwunderung, wie ein Mann so dumm sein kann und dennoch so weit hergekommen. *ms*

Fitneß-Finte

Dem Russ' fiel einmal ein, es anders zu probieren. Er machte einen Plan, den er selbst beinahe verstand, und nach diesem Plane verheerte der Russ' sodann folgende Gemarkungen: Sachsendorf-Süd, Keilstätten, Fürth (komplett), die ebermannsstädtische Schweiz und einen erheblichen Teil von Aufseß. In Aufseß hatte der Russ' nämlich außerdem ein Wirtshaus ausgemacht, in dem blind gebrannt worden war, und das packte ihn sehr an der eig'nen Ehr'.

Wohlan, der Erfolg der Mission war augenscheinlich. Aber nach zwei Tagen stellte sich heraus, daß der Russ' nur Sachsen, Holsteiner und Albaner hingemeuchelt hatte. Dieselben waren vom Franken zu einem »Extreme Wellness Weekend« überall dort einquartiert worden, wo die Kunde von des Russ' Vorhaben vorher hingedrungen war.

Der Franke seinerseits aber war längst über den Wellness-Wanderweg nach Kathi-Bräu entflohen, wo er nun der Katze ein Prosit entbot und jene zarten Maiden orgelte, von denen der Russ' abermals bloß schmachtend träumte. *jr*

Unvorstellbar

Eines Nachts wachte der Russ' auf und stellte sich vor, es gäbe ihn und seinen heldenhaften Krieg wider die läppischen Franken gar nicht. »Unvorstellbar!« schrie der Russ' und schlief auf der Stelle wieder ein. *mr*

Wandel der Zeiten

Ein herrlicher Sommer beschirmte damals die Fränkische Schweiz, warm und blau, und in vollem Safte standen Apfelbaum, Weizen und Gerste. Niemand dachte ein Arges, und heiter freiten die Jünglinge um die Jungfern. Da brach ins Land der Russ' herein mit seinen Gäulen, die aus ihren Nüstern Höllenfeuer bliesen und sich vom warmen Fleische geschlachteter Maiden nährten. Der Franke aber, müde des Hetzens und Tötens, reichte den Eroberern einen kühlen Trunk gelobten Pfister-Bieres und dann noch einen und flugs einen weiteren. Und zuletzt trank man im Schatten der alten Linde gemeinsam aus schweren Steingutkrügen und beschied im Einvernehmen, es müsse ein Ende haben mit dem ewigen Brandschatzen und auch mit der Rache für die Mordbrennerei. Im nächsten Jahr hatte der Russ' dies alles freilich wieder vergessen. *ks*

Taktische Ikonographie

Es wird erzählt, daß der Russ' manchmal sehr ergrimmen konnt'. Als er mit seinem Fußgeleut' und seinen Rössern zum Beispiel einmal ein Wegkreuz, welches den GOttessohn in sterbender Verzehrung zeigte, zu passieren sich anschickte, hielt er bei diesem Anblicke an und inne. Augenblicklich überkam ihn ein Zorn und ein inneres Grollen, nämlich darob, daß der Franke es wagte, ein Leid so schamlos an der Straße auszustellen – ein Leid, das doch er, der Russ', dem Franken wollt' angedeihen lassen.

Unschlüssig und verwirrt verweilte der Russ' in seiner ganzen mannschaftlichen Geschlossenheit vor dem hölzernen Gebilde, während keine acht Morgen weiter der Franke einen Becher hob und in den Wirtssaal rief: »Leut', habt acht, des hamma für den Russ' gemacht!« *jr*

Virtuelle Vendetta

Weil aber der Russ', der von altersher ein Meister in Ikonographie, Schweineschlachtung und Menschenbehandlung war, jene Niederlage von Drügendorf nicht ungesühnt lassen wollte, marschierte er gleich auf Drosendorf zu. Dort war aber niemand. *jr*

Die Tücke des Objekts

Einmal, zu Mariä Lichtmeß, hatte sich der Russ' für die Vertödlichung des Franken eine bunte Schlachtfeldbeleuchtung mitgebracht. Es war nun so, daß diese bunte Schlachtfeldbeleuchtung, wie damals im Russenreiche üblich, nur auf der Basis eines Electricitätsstromes von 110 Volt funktionierte. Im Frankenlande aber, das wußte jeder, nur der Russ', die dumme Nuß, nicht, kam damals schon der Electricitätsstrom mit sage und schreibe 220 Volt aus dem Steckdosengehäus' gefahren. Die Beleuchtung blieb also ausgezündet, das Schlachtfeld, welches sich der Russ' ausgesucht, aber blieb darob finster und dunkel, und der Russ' schlug sich selber tot. Seither heißt der 2. Februar bei den Franken angedächtlich: »Des Russ' unhilfbar vergeigte Lichtmeß«. *mr*

Von der Wendigkeit der Gefühle

Einmal verlief sich der Russ' bei Nürnberg-Langwasser so arg, daß er nach Stunden entbehrungsreichen Marschierens schon aufgeben und die Fehde, verärgert über sich selbst, für beendet erklären wollte. Vorerst.

Gerade hatte er sich also in einem großen Kiefernwalde mit seinen erschöpften Mannen zum Lager gebettet, um zu rasten und den Friedensvertrag aufzusetzen, da fiel ihm auf, daß er die nämliche Schrift ja gar niemandem würde überbringen können, wo man doch so furchtbar herumgeirrt war und nun in der erbärmlichsten Einöde verdammt schien, immerdar unter sich zu bleiben und nie mehr eines Franken angesichtig zu werden.

Bei dieser trüben Aussicht änderte der Russ' seine Meinung deshalb sofort und schwor sich – einem anderen konnte er ja nach wie vor nichts schwören, so sehr er es auch versuchte – , schwor sich, in den nächsten Tagen wenigstens auf Reuth droben und jenseits des Wernsbaches alles kompromißlos kurz und klein zu hauen.

Obschon dort ja schon lange kein Stein mehr auf dem anderen stand, hatte jene Gegend früher nämlich als Übungsgebiet für die »Operation Schnatzkolkaja« herhalten müssen. Aber das war dem Russ' in seinem Frust nun schon gleich ganz scheißegal. So war er eben ... *jr*

Die unerschrockenen Unternehmenssprecher

Einmal war die Verwunderung groß, denn um die Zeit, welche der Russ' sonst zum Marodieren nutzte, gab es eine große Abwesenheit von Kriegslärm im Frankenlande. Der Russ', nicht dumm, hatte nämlich eine transportable kesseldruckimprägnierte Lärmschutzwand mitgeführt. Diese aber ward von ihm übers gesegnete Pfingstfest hinweggestohlen im OBI-Fachmarkte Gößweinstein. Also schickten die fränkischen OBI-Fachmärkte viele wackere Unternehmenssprecher aus, die schändliche Missetat des Russ' denen Franken zu künden. Da ergrimmten die Franken sehr, zogen wider den Russ' und stachen ihn entzwei. Daher heißt es heute: Wo kann man lernen, wider den GOttlosen Russ' zu ziehen? In Franken. Oder bei OBI. *mr*

Schmalhans, der Retter

Als Zar Nikolaus noch herrschte, war mal eine große Not im Lande des Russ'. Bald waren alle Kühe aufgefressen, Ziegen und Pferde desgleichen, und auf den Feldern wuchs kein Halm mehr, sondern bloß eitel Unkraut, aber auch das verschlang der Russ' in seiner Bedrängung. Da kam Kunde ins Zarenreich von den blühenden Weiden des Franken und von einem selten schmackhaften Tiere, allwelches dort in gewaltigen Herden durch die grünen Fluren streift. Und gleich einem

Schwarme Heuschrecken brach der Russ' auf gen Frankenland, den dumpfen Ruf »Schnitzelow! Schweinitsch! Wurstinski!« auf den wulstigen Lippen.

Nahe Würzburg aber kam der Heerzug des Russ' zum Stehen. Denn der Hunger hatte die Marodeure so sehr ausgezehrt, daß sie wie die Fliegen zu Boden fielen und wimmernd wegstarben. Der Franke hörte davon, dankte dem HErrn, welcher ihn so trefflich beschützt hatte, stellte IHM ein Wegkreuz auf und hielt Andacht. Dann ging er in die Wirtschaft, bestellte ein Schnitzel Wiener Art zum Essen und ein Kellerbier zum Trinken und gedachte schon bald des Russ' nicht mehr, und ein frohes Lachen wehte zu den Fenstern hinaus in die milde Abendluft. *ks*

Des Russ' arge List

Um die Zeit des Forchheimer Konkordats kündigte der listige Russ', weil ihm wenig Lust aufs Kämpfen zukam, seine heurige Heerfahrt als Dia-Vortrag bei Schnitzel Wiener Art und feinstem Vollbiere zum Thema »Mollusken und Sukkulenten im Kaukasier Land« an. Wie frohlockten die Franken da. Sie verpfändeten ihre Weiber, Schwesterinnen und Töchter und standen Schlange nach den Tickets, die sich der Russ' teuer bezahlen ließ. Drinnen aber begann der Russ' zu den Franken in Lehnwörtern aus der Kaffeefahrtensprache zu reden, die er fix noch durch den Übersetzungscomputer gejagt hatte wie seine Alte ums Haus. Da überfiel sämtliche Franken ein tiefer Schlaf. Der Russ' band sie, nahm ihnen die Kriegswaffen, lud das Pfandleihhaus, worinnen die Weiber, Schwesterinnen und Töchter allesamt verwahrt lagen, auf seinen Panzer und brauste vor Freude lachend auf und hinweg. *mr*

Lohn der Sünden

Von einem Frankenmädel hatte sich herumgesprochen, daß es des Nachts wiederholt dem elterlichen Hof entschlichen war und sich, so sagte man, dem in den nahen Wäldern lagernden und die Stadt belagernden Russ' anheim gegeben habe. Solch liederlichem Tun wußten die braven Eltern nicht anders Einhalt zu gebieten, als den Dorfpfarrer hinzuzuziehen, der wohl im Bayerischen studiert hatte, gleichwohl ein Franke von rechtem Herz und Sinn war und die Dirn alsbald zur Beichte einbestellte. Der Beichtvater wollte dem Mädel die Schwere ihrer Sünden recht eindringlich vor Augen stellen und richtete demnach die Frage an sie: »Was hast du wohl mit deinen Sünden verdient?« Allein das Beichtkind entgegnete rasch: »Ach, Herr Pfarrer, ich verlange ja nichts dafür!« Da war's der Pfarrer auch zufrieden, denn es blieb ja alles unter sich. *ms*

Die traurige Mär

Als der Russ' einst nahe Aufseß das Frankenland verheerte, fiel ihm auch eine Jungfer in die groben Hände. Der Liebreiz der Maid betörte den Russ' gar sehr. In ihrer Angst begann sie zu singen von duftenden Blumen und lustigen Vögelein, und das Lied rührte die harten Herzen der Schrecklichen recht tief an. Als aber die Jungfer die groben Gesellen lächeln sah, faßte sie Mut und bat darum, wieder heimkehren zu dürfen zu Mutter, Vater und dem Schwesterlein. »Du haben Schwester? Und Mutter?« brüllte der Russ' auf und zwang das entsetzte Mädchen, ihn zum elterlichen Heime zu führen. Dort freilich schändete er die Jungfer, das Schwesterlein, die Mutter und auch den Vater, denn dem Russ' war gerade danach. Als er viele Stunden später abließ, atmete nur mehr die Jungfer. Sie floh zum Herrn Pfarrer und starb, nachdem sie ihr furchtbares Erleben geschildert hatte, in seinem Schoße. Der Herr Pfarrer aber weinte sehr, und aus seinen Tränen wurde ein Bächlein, das bis zum heutigen Tage dahinfließt, weit durchs Frankenland, bis hinein in den großen Main. Der Russ' jedoch verließ einige Zeit später die schönen fränkischen Auen und richtete anderswo Unheil an. *ks*

Die traurige Mär, zum zweiten

Nach anderer Überlieferung geht die Legende von der entehrten Jungfer so aus: Der Herr Pfarrer läutete die Glocken der Sankt-Marien-Kirche wie zum Sturme, und alsbald sammelten sich zahllose wackere fränkische Mannen auf dem Kirchhofe. Er zeigte ihnen den Leichnam der versehrten Maid und schilderte in flammenden Worten ihren Jammer. Einer der Mannen aber rief: »Jou, gibt's des? *Die* dürre Schlunzn ham's derfreckelt? Wos kummt da als näxt's?« Und wie ein Mann packten die Mannen ihre Spaten, Mistgabeln und Bolzenschußvorrichtungen und rannten dorthin, wo der Russ' sich von seinem schandhaften Tun ausschlief. Und als das Hauen, das Forken und Bolzen ein Ende hatte, lebte vom Russ' nicht einer mehr; doch auch der Franke hatte schlimmen Blutzoll entrichten müssen. Die überlebenden Mannen freilich schnitzten ein Wegkruzifix, und zur Mahnung an die grausame Schlacht gleichwie an das Böse, was der Russ' getan, schrieben sie auf ein Schildlein zu Füßen unseres Erlösers: »Trag Dein Kreuz recht willig froh, denn Dein Heiland will es so.« *ks*

Zum ewigen Gedächtnisse

Wie der Russ' sich mal erfrechte wider den Franken in der Adventszeit, davon erzählt man sich viel in Hirschaid und Buttenheim. Es gehört aber nicht hierher. *ks*

Die Autoren brillieren als Heimatforscher auch in »Öde Orte III«. Das von Jürgen Roth und Rayk Wieland herausgegebene Buch erscheint im November bei Reclam Leipzig

Konkret 08/03, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Herrn Claus Jacobi,

Samstagskolumnist in der »Bildzeitung«, Fax 040/ 347 29 645

Jaco, Jaco! Sie sind mir ja ein olfaktorischer Racker, ja, ein Riechgenie! Sitzen da in Ihrer schleswigholsteinmeerumschlungenen, von I a Vorstadtgrün gerahmten Millionendatsche Meilen und Abermeilen entfernt von den Schauplätzen des Eiweißzerfalls und nehmen aber den süßlichen Geruch der Fäulnis, der wie ein riesiges flatulentes Tief über Deutschland streicht, ebenso somnambulischpunktgenau wahr wie gewisse Schmetterlinge den Brunftgeruch von ihresgleichen über ganze Kontinente hinweg wittern. Sitzen da an einem antiken Schreibmöbel und tunken die Edelfeder in die Abendlanduntergangstinte. Sitzen da und rümpfen die Braue und sind niedergeschlagener denn der Regen ob der Fülle der Phänomene des Verfalls. Die vulgärmarxistische Analyse des amtierenden kapitalistischen Irrsinnsbetriebs ist Ihr Bier nicht. Sie, der elegante Lexikonflaneur, lassen Ibsen aufblitzen, Ibsens bösen Boyg, der schuld sein soll an all dem Zeug, das Sie, ein großer Beobachter vor dem Herrn, sine ira et studio und mit buchhalterischer Correctness registrieren. Ja, es geht im Lande Uz alias Deutschland von Tag zu Tag, ja von Staatsschuldensekunde zu Staatsschuldensekunde, von Lebensversicherungspleite zu Lebensversicherungspleite, hiobischer zu. Ja, noch sind die nahen, unter Umständen auch entfernteren Parkanlagen selbst beziehungsweise persönlich nicht verwildert, aber doch schon ungepflegter als früher, weil die Arbeitslosen, die Sie als jung, und die Rentner, die sie als alt rekognoszieren, des vormittags dort sonnenbaden, statt mit Heckenschere und Gartenkralle der Verwilderung zu wehren. Ja, die Rolltreppen stehen still, weil die unter den Milliardenprofiten ächzenden Kaufhauskonzerne den Strom nicht mehr bezahlen können. Ja, gute Restaurants sind schlecht besucht, weil immer mehr Anlageberater entweder im südafrikanischen Exil oder im hiesigen Knast speisen. Ja, durch die Bank werden die Kinder, egal ob aus betuchtem Milieu oder aus Armutsgrenzgebieten dümmer, denn die Farbe blättert in den Internaten am Bodensee und im Taunus wie in den Grundschulen in Kreuzberg oder Mümmelmannsberg gleichermaßen ab. Ja, die Schlaglöcher werden tiefer, weil die Fahrer der Laster der Tugend, ihnen, also den Schlaglöchern, auszuweichen rücksichtslos entraten. Auf eben diesen kariösen Straßen aber feiert die Spaßgesellschaft feste feste ihre Feste. Ja, an Bürohäusern und Geschäften lautet das meist verbreitete gemeinsame Schild (schön gesagt: »lautet das meist verbreitete gemeinsame Schild«) »Zu vermieten«, weil nämlich bislang dort firmierende Marktlücken in ein billigeres Lohnland abgewandert sind. Ach, müßig von den bald fünf Millionen weder zum Spargelstechen noch zum Kirschenpflücken willigen Arbeitslosen zu sprechen, und müßig zu konstatieren, daß in Sachen Bahn kein Verlaß mehr ist auf die Uhr. Sehr wohl aber sei der die Post in der Regel afternoon, nicht selten aber auch post mortem des Empfängers zustellenden Post eine Jeremiade nachgerufen: Für mehr Briefträger hat sie kein Geld, das Luder, aber x-Millionen wirft sie raus für diese in China, im Urwald und aus dem Hubschrauber heraus gedrehten entsetzlichen depperten Werbefilmchen mit den unerträglichen Gottschalkgfriesern. Ich weiß nicht, ob Sie’s in »Bild« gelesen haben: In Braunschweig hat die Soko »Bibi Blocksberg« unlängst 23 alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen verhaftet, die einem besonders widerwärtigen Kultus huldigten. Statt den Götzen Geld ganz normal anzubeten, verbrannten sie den Götzen und beteten die Asche des Götzen an, wobei sie, Agape war ihnen hekuba, egoistisch masturbierten. Dies, lieber Jaco, dünkt mich ein nicht zu vernachlässigendes Ergänzerl zu sein zu Ihrem aus Brot, Spielen, schamlosen Schemen der Dekadenz, Moral- und Religionszwangmangel, sowie den häßlichen Häuptern von Gewalt, Betrug und Korruption fleißig gefügten Mosaik des Abstiegs. Lassen Sie mich Ihnen ein für alle Mal sagen:

Es küsse das Volk sich

Es umarme sich der Staat

Angesichts eines Riechers

Von Claus Jacobischem Format

P.S.: Wir sollten uns unbedingt kennenlernen. Denn auch mir stinkt vieles. Wann paßt es Ihnen? Ich könnte Sie mit dem Velo aufsuchen. Oder wir treffen uns im Dieze-Köpi in der Rappstraße (20146 HH). Ich beginne schon mal, mich darauf zu freuen.

***

Lieber Thomas Uhlig in 10965 Berlin!

Sie schrieben am 29. Juni an die Redaktion: »Ich bitte um kurze Auskunft/Literaturhinweis, was es mit den ›Pfahlbauten von Uhldingen‹ auf sich hat. Mit priapischen Grüßen ...«

Nun: Wir drehten Anfang der Achtziger fürs ZDF ein 45-Minuten-Feuilleton titels »Die gute Stube« über das menschliche Hausen im Laufe der letzten Jahrtausende. Und da kamen wir halt auch nach Uhldingen am Bodensee, wo die Pfahlbauten aus der Steinzeit aus dem Wasser ragen. Sie könnten mich mit der Lötlampe kitzeln, und ich könnte Ihnen nicht sagen, warum ich beim Beschreiben einer konkreten Auswirkung des Stimulans Kokain eine Anleihe bei den antiken Bodenseebauwerken nahm. Bewußt? Unbewußt? Ach, wer weiß schon, was im Kopf vor sich geht, gell. Der lustigste Dreh war übrigens der beim Hersteller für Eigenheim-Atombunker. ich sage nur: Natodoppelbeschluß, Fulda-Gap! Was es nicht alles gab an zutiefst Aufregendem, wa...

Einen schönen Tag Ihnen in Berlin. Ihr H.T.

Konkret 08/03, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Seit der Kolpingsohn Norbert Blüm die Herrschaft der Arbeitsplatzbesitzer über die zur Arbeitslosigkeit Verdammten dieser Erde erst erfunden und dann entdeckt hat, ist der Klassenanalyse kein Ding mehr unmöglich, und so liest man in der »Süddeutschen Zeitung«, die SPD sei eine

Partei, die von Visionen träumt, aber die alten Rezepte beschwört, wenn vor der Parteitags-halle Feuerwehrleute, Polizisten und Lehrer protestieren. Das ist aber die Herausforderung, vor der die SPD steht: Sie muß ihrer von den Segnungen sozialdemokratischer Politik verwöhnten Klientel sagen, daß es so nicht weitergehen wird.

Da sehnt man sich doch mächtig nach dem Mäzen, der den Verfasser, einen Hans-Jörg Heims, damit belohnt, daß er ihn drei Jahre lang ausschließlich von den Segnungen leben läßt, mit denen sozialdemokratische Politik Feuerwehrleute, Polizisten und Lehrer verwöhnt.

Andere belohnen sich für erworbene Verdienste gleich selber – so wie der Erich Rathfelder von der »Tageszeitung« sein Wirken als Gefreiter der deutschen Propagandakompanie beim Überfall auf Jugoslawien nach dem Sieg mit einer »Kulinarischen Reise durch Bosnien«:

Das bekannteste Gericht Bosniens heißt Cevapi oder Cevapcici.

Helmut Qualtinger als Herr Travnicek hat das Gericht »Kefalleraptschitsche« genannt und sehr zutreffend in »Hundstrimmel mit'n Zwiefel« übersetzt. Auch der »Burek«, schreibt Rathfelder,

schafft es in die Reiseführer. Doch nicht alle Besucher wissen, welche Überraschungen in den von Teig umhüllten Füllungen stecken kann. Wer Fisch mag, findet überall die Bachforellen, die meist à la Müllerin zubereitet

und also hingerichtet werden. Wie schon so manche andere Greuel kann Rathfelder auch diese enthüllen:

Es gibt Burek mit Hackfleisch, aber auch mit Spinat, mit Käse, mit Kartoffelbrei oder mit Mangoldfüllungen. Bekannt wurde der »Bosanski Lonak«, der bosnische Topf, in dem sich auf dem geviertelten Kohl Möhren, Zwiebeln, Knoblauch und viele andere Gemüse tummeln.

Das alles muß der Rathfelder jetzt essen. Manchmal, finde ich, ist sogar der Gott des Krieges gerecht.

Neues aus Deutschland aus »Neues Deutschland«:

Dalai Lama: Ohne uns Menschen ginge es der Erde zur Zeit besser als mit uns. Der Mensch ist der größte Schädling auf der Erde. Ohne Menschen gäbe es auch keine Kriege mehr und keine Massenvernichtungswaffen, die alles Leben bedrohen.

Nicht alles war besser, als es die DDR noch gab. Daß aber ein Redakteur des Zentralorgans, der eine Seite der Wochenendausgabe mit einem Gespräch zwischen Franz Alt und dem Dalai Lama füllt, heute auf den verdienten Ausflug nach Bautzen verzichten muß, ist mehr als nur schade.

Ein Kommentar im Zentralorgan trägt den Titel:

Unsitte Massenmord

Hier wäre vielleicht eine gebührenpflichtige Verwarnung ausreichend.

Was den Unterschied macht zwischen einem Kolumnisten der »Frankfurter Allgemeinen« und einem von KONKRET? Der Kolumnist der »Frankfurter« verdient sein Geld mit Einfällen wie diesem, den der Volker Zastrow hatte:

Will ein Politiker Erfolg haben, dann muß er zur rechten Zeit als derjenige gelten, der das Richtige tun wird.

Heißt der Kolumnist der »Frankfurter« Thomas Schmid, kommt er auf diese Weise zu seinem Salär:

Italien ist es oft schwergefallen, die Mitte zwischen Größenphantasien und einer Politik des permanenten Stolperns zu finden.

Ganz anders der Kolumnist von KONKRET. Er ist beim Versuch, eine Politik des permanenten Stolperns sich vorzustellen, so schwer gefallen, daß er auf die Frage, wie ein Land die Mitte zwischen ihr und Größenphantasien finden könnte, die Antwort gibt, daß ein Politiker, der Erfolg haben will, zur Unzeit als derjenige gelten muß, der das Falsche tun wird.

Die Welt geht großen Zeiten entgegen:

Erster Weltpreis für Literarische Reportage. Der Lettre Ulysses Award for The Art of Reportage. Am 4. Oktober 2003 wird eine Jury aus international anerkannten Schriftstellern in Berlin zum ersten Mal einen Preis für die beste Literarische Reportage der Welt verleihen. Das von der Kulturzeitschrift »Lettre International« in Verbindung mit der Aventis Foundation initiierte Projekt beinhaltet Preisgelder von insgesamt 100.000 Euro. Das Goethe-Institut Inter Nationes mit seinen internationalen Niederlassungen ist Partner des Projekts. Ein solcher Preis ist ein historisches Novum. Die Mitglieder der Jury und ihre Sprachräume: Swetlana Alexijewitsch (Weißrußland): Russisch; Jorge Edwards (Chile): Spanisch ...

Und dann, ich schwör's:

Hans Christoph Buch (Deutschland): Deutsch ...

Ist die historische Weltpremiere des internationalen Inter-Nationes-Goethe-Instituts-Avensis-Ulysses-Art-Preises nicht eine zu kosmische Angelegenheit, als daß man sie durch den nächstbesten Kakao ziehen sollte?

Die »FAZ« meldet:

Der längste deutsche Autobahntunnel Deutschlands wird heute eröffnet.

Und verschweigt uns diskret, von welchem Land der Tunnel in welches führt. Investigativer Journalismus war halt nie ihre Sache.

Eugen Wagner, ehemaliger sozialdemokratischer Bausenator und der Erbauer des längsten hanseatischen Autobahntunnels Hamburgs, kann seine Meinung zur Gestaltung des Spielbudenplatzes im Stadtteil St. Pauli durch den Popkünstler Jeff Koons nicht halten:

Reine Verblödung, ich finde das furchtbar.

Wenn ich noch einmal Revolution mache, dann unter der Parole »Übellaunige Kleinbürger aller Länder, verpißt euch!«

Wissen »Spiegel«-Leser wirklich mehr?

Der Ölmagnat Jean Paul Getty galt noch in den siebziger Jahren als einer der reichsten Männer der Erde – und als einer der unbarmherzigsten. Seine vier Söhne von fünf Frauen ignorierte er so lange, bis sie für ihn arbeiten konnten.

»Spiegel«-Leser wissen mehr. Aber wissen sie alles? Wer sagt ihnen, warum Gettys fünfte Frau zwei Töchter von vier Vätern abgetrieben hat?

Zu Adornos hundertstem Geburtstag hat das Hamburger Institut für Sozialforschung seinen Heinz Bude mit einem selbstverfaßten Nachtrag zu den Untersuchungen über die *Authoritarian Personality* gratulieren lassen.

Es ist vielen klar, daß die Bundesrepublik nach dem Ende ihrer glücklichen Zeit auf die Haltekonstruktion des Sozialstaates nicht mehr bauen kann. Deshalb nimmt der Bedarf an Selbstverantwortung und Eigeninitiative zu. Das ist der Kern des Bürgers: Er ist für sich selbst verantwortlich.

Bude meint mit dem Bürger aber nicht sich, denn verantwortlich für diese Ansicht ist bekanntlich nicht er, sondern die Herren Hundt, Henkel, Guido Quietschvergnügt und die Leitartikler aller Blätter. Aber auch die meint Bude nicht, wenn er fragt:

Was macht den Bürger aus?

Bude hat, wie die Lokalpresse berichtet,

drei Merkmale herausgearbeitet: 1. Familienstolz. Der richtige Bürger definiert sich über seine Familie. Der Bürger sorgt sich darum, daß sein Erbe gesichert ist. 2. Ständischer Instinkt. 3. Gemeinschaftsverpflichtung. Ein Bürger zeichnet sich dadurch aus, daß er sich für die Allgemeinheit einsetzt. Er ist Mäzen, Sponsor, nimmt die Dinge selbst in die Hand.

Der richtige Bürger heißt Reemtsma. Er hat sein Erbe gesichert, ist Mäzen, und sein ständischer Instinkt läßt ihn eine Haltung einnehmen, in der sein Angestellter Bude leichter sich nähern kann. Ganz wie Adorno gesagt hat.